

16. Jänner 1918



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang Wien, Mittwoch, 16. Jänner 1918 Nr. 17

**Städtische Kohlenlagerplätze.** Da auf den städtischen Kohlenlagerplätzen zum Teil russische Kriegsgefangene und Soldaten griechisch-orientalische Konfession beschäftigt sind, bleiben die städtischen Kohlenlagerplätze am Samstag, 19. d.M. wegen des griechisch-orientalischen Festtags für den Verkauf geschlossen. Dagegen findet Sonntag, 20. d.M. zwischen 8 und 12 Uhr der Verkauf statt und können jene Parteien, deren Belegtag Samstag ist, entweder Freitag, 18. oder Sonntag, 20. d.M. die Kohle beziehen.

**Lebensmittelkarten - Ausgabe.** Am Samstag, 19. d.M. gelangen die Mehlbezugskarten und Brotbezugskarten für die 146. bis 161. Woche, die Brot- und Mehlkarten für die 146. bis 153. Woche, die Fett- und Butterkarten für die 71. bis 78. Woche, die Milchkarten für die 49. bis 56. Woche und die Kartoffelkarten für die Zeit bis zum 20. April d.J. zur Ausgabe. Infolge der herrschenden Papierknappheit und der Schwierigkeiten bei der Herstellung des Papiers war es nicht möglich, sämtliche Mehlbezugskarten für die städtischen Mehlbestellen wie bisher auf gelbem Papier herzustellen; es musste rosa Papier verwendet werden und werden daher in den Bezirken I bis einschliesslich VI 6 rosa Mehlbezugskarten und in den anderen Bezirken gelbe Mehlbezugskarten für den Mehlbezug bei den städtischen Mehlbestellen zur Ausgabe gelangen. Die Mehlbezugskarten für Konsumentenorganisationen werden wie bisher durchwegs in blauer Farbe ausgegeben werden.

**Ortschulrat Leopoldsdorf.** In der letzten Sitzung des Ortschulrates Leopoldsdorf wurde Bezirksvorsteher Dr. Blasel zum Obmann dieser Korporation gewählt.

**NB.** Der Korrespondenz liegt ein Bericht des Wohnungsamtes über die Wohnungsfrage nach dem Kriege bei, worüber die Rathaus-Korr. am Montag ausführlich berichtet hat.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung am 16. Jänner 1918.

Die Galerie ist dicht gefüllt.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilung: Der Wiener Gemeinderat hat einen schweren Verlust erlitten: GR Ignaz Gebhart ist am 8. Jänner nach langem schmerzvollem Leiden entschlungen. Der Verblichene hat über 20 Jahre öffentliche Funktionen in der Wiener Gemeindeverwaltung bekleidet, am 13. Mai 1897 entsandete ihn der 2. Wahlkörper des 15. Bezirkes in die Bezirksvertretung, am 31. Mai 1900 der 4. Wahlkörper des 15. Bezirkes in den Gemeinderat. Dieses Mandat hatte er bis zu seinem Tode inne und versah es mit aller Fleiß und aller Gewissenhaftigkeit. Im Juni des verflossenen Jahres wählte ihn der Gemeinderat in den Stadtrat und gab ihm dadurch Gelegenheit, die Interessen seines Bezirkes, dessen Wohl ihm sehr am Herzen gelegen war, nach seinen besten Kräften zu vertreten. Ausserdem wirkte StR. Gebhart verdienstlich als Armenrat und Mitglied des Ortschulrates für den 15. Bezirk, so dass ihm kein Betätigungsgebiet der autonomen Gemeinde fremd geblieben ist. Mit ihm ist ein einfacher schlichter Bürger der Stadt Wien dahingegangen, ein Mann, ausgestattet mit den

Mitteln zu dienen. Wir werden unserem verblichnen Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Kriegsminister richtete an den Bürgermeister nachstehendes Schreiben: Sehr erfreut über die freundliche Mitteilung, dass die Gemeinde den im Felde stehenden aus Wien sich rekrutierenden Angehörigen des 2. Korps Weihnachtsgeschenke gewidmet hat, bitte ich Euer Exzellenz der Gemeinde Wien für diesen schönen und hochherzigen Akt des warmen Dank des Kriegsministeriums gütigst vermitteln zu wollen. In Beantwortung einer vom GR. Partik über die Vereinigung von Wiener Steueradministrationen eingebrachte Anfrage teilt der Finanzminister mit: Die fortgesetzten militärischen Einberufungen und der Zuwachs an Arbeitsaufgaben haben der Aufrechterhaltung des ungestörten Dienstes bei den Wiener Steueradministrationen immer grössere Schwierigkeiten bereitet und zwar sowohl bei der Bewältigung der Manipulationsarbeiten als auch bei der Besetzung der Posten der Referenten und leitenden Beamten. Um diesen Schwierigkeiten wenigstens zum Teile zu begegnen, sah sich die Finanzverwaltung genötigt, einige Wiener Steueradministrationen zu verlegen, um so durch die Vereinigung der einzelnen Referate und Fachabteilungen eine ökonomischere Arbeitsverteilung und ausgiebigere Ausnutzung der verfügbaren Funktionen zu erzielen. Sollte sich die weitere Notwendigkeit ergeben, auch bei anderen Steueradministrationen ähnliche Massnahmen zu treffen, so braucht hier nicht besonders versichert zu werden, dass die Finanzverwaltung bei derartigen Verfügungen auf die Interessen der beteiligten Bevölkerung die weitgehendste Rücksicht zu nehmen nicht ermangeln wird.

In Beantwortung einer von GR. Rottler über die Durchführung des Nachtarbeitsverbotes im Bäckerzweige gestellte Anfrage teilt der Handelsminister mit, dass das Handelsministerium mehrfache, sowohl von der Seite der Vertreter der kleingewerblichen Bäcker, als auch von Seite der Arbeiterschaft im Laufe der letzten Zeit erhobene Beschwerden zum Anlass genommen hat, beim k.k. Amte für Volksernährung die Veranstaltung unter Zuziehung der Interessenten (Fabriken, handwerksmässige Betriebe und Arbeitnehmer-Organisationen) anzuregen, welche am 24. Oktober v.J. stattfand und bei welcher die Frage der Aufrechterhaltung der den Grossbetrieben erteilten Bewilligungen zur Nacharbeit eingehend erörtert wurde. Das Ergebnis der Enquete sowie der im Anschluss daran abgehaltenen Beratungen eines Subkomitees gleicher Zusammensetzung, wie oben erwähnt, war, dass die seinerzeit „bis auf weiteres“ zugestandene Dispense vom Nachtarbeitsverbote für sämtliche in Betracht kommenden Brotfabriken der Monarchie durch Verfügung des Amtes für Volksernährung nunmehr bis zu einem bestimmten Termin nämlich bis zum 1. Februar 1918 eingeschränkt wurden. Hierbei wurden die Fabriken zugleich angewiesen, bis zu diesem Zeitpunkte jene baulichen Adaptierungen durchzuführen, welche erforderlich sind, um den Uebergang zur blossen Tagesarbeit in technischer Hinsicht zu ermöglichen. Anfangs Jänner l.J. wird sodann im Amte für Volksernährung eine neuerliche Besprechung über den Stand der Angelegenheit abgehalten werden, wobei sich zeigen wird, ob angesichts der dann herrschenden Verhältnisse (insbesondere beim Getreidezuschub und bei der Kohlenversorgung) an die unausgesetzte Durchführung des Nachtarbeitsverbotes an der das Handelsministerium vom sozialpolitischen Standpunkte aus das lebhafteste Interesse nimmt, gedacht werden kann.

Der unter dem Decknamen Wilhelm bereits seit Jahren bekannte Wohltäter hat auch heuer wieder 10.000 Kronen für die Schulen des 10. Bezirkes gespendet. Bürgermeister Dr. Weiskirchner sprach hierfür seinen besonderen Dank aus.

Gespendet haben für Arme: Kaiserl. Rat Ernst Pollock namens der Kinder des Baron Adolf Neumann 5000 Kronen, die Grafen Johann und Albert Nemess und Baronin Karl Huszar 5000 Kronen, die Erben nach Eduard Ellissen 5000 Kronen, Ein Ungenannter 5000 Kronen, Johann Presl 500 Kronen, Viktor Mautner 500 Kronen, Gräfin Cornelia Schenk zu Castel 500 Kronen, Georg Meichl 400 Kronen für die Armen des 11. Bezirkes, Michael Skirka 300 Kronen zuhanden des Bezirksvorstehers Spitaler für Arme des 3. Bezirkes, Dr. Dietrich Moldauer 200 Kronen, unter der Chiffre N.N. 200 Kronen, Viktor Herz für die Mannschaft der städtischen Feuerwehr 200 Kronen, Bezirksrat Friedrich Büchle 200 Kronen, der Verein der Sparsamen 110 Kronen, Viktor Zeoral, Josef Kleinpoter je 100 Kronen für die Armen des 18. Bezirkes, Mels Blum 100 Kronen, Kaiserl. Rat Heinrich Haas 100 Kronen; der am 8. Dezember verstorbenen Kaiserl. Rat Philipp Fleischl testamentarisch 1000 Kronen, die am 17. Februar 1916 verstorbene Helene Hartberger testamentarisch für die Armen des 4. Bezirkes 100 Kronen; der Verein der Freunde des Uhrenmuseums der Stadt Wien hat einen Teil der Sammlung „Leinner“ nämlich 110 Stockuhren um 15.285 Kronen angekauft und dem Uhrenmuseum der Stadt Wien gespendet.

Schriftführer GR. Phön verliest den Einlauf.

GR. Ignaz Fischer fragt, ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass für jede Menge Reis auch für 1/8 kg 1 Krone auch von den Mindestbeiträgen angeblich für Kriegsursorgewecke eingekauft wird.

BGM. Dr. Weiskirchner: Mir ist bekannt, dass im Einvernehmen mit dem Armeekommando die Bestimmung getroffen wurde, dass der von der Militärverwaltung der Gemeinde zur Verfügung gestellte Reis an schwangere und stillende Frauen, sowie Kinder unter 6 Jahren abgegeben werden darf und zwar unentgeltlich, wenn sie im Besitze von grünen Einkaufsscheinen sind, dagegen an die Besitzer der blauen, braunen und weissen Einkaufsscheine gegen Erlag eines Betrages von mindestens 1 Krone.

Ich habe dem aus dem einfachen Grunde zugestimmt, weil Kinder Kinder bleiben, ob sie nun von armen oder von wohlhabenden Eltern stammen. Dass jeder eine Krone zahlen muss, das ist nicht wahr, erkundigen Sie sich gefl. früher Herr Gemeinderat, bevor Sie hier solche unrichtige Angaben vorbringen.

GR. Schäfer fragt, ob der Bürgermeister bei den künftigen Behörden wegen Aufhebung des fleischlosen Freitags vorgehen werde. Es wäre im Interesse aller, die Innereien, sämtliches Werkzeug, sowie Geflügel als Ersatz für das fehlende Mehl freigegeben.

BGM. Dr. Weiskirchner: Der Interpellant irrt, wenn er meint, dass an Würsten aller Art kein Mangel herrscht, da in jüngster Zeit hauptsächlich infolge der bekannten Transportschwierigkeiten leider auch der Auftrieb von Wurstvieh auf dem Wiener Zentralviehmarkte sehr zu wünschen übrig lässt. Immerhin ist aber die Versorgung mit Fleisch und Würsten noch günstiger als die mit Mehl und Gemüse, so dass der Vorschlag des Herrn Gemeinderates Schäfer insbesondere wegen der Herabsetzung der Mehlration alle Beachtung verdient, wenn es mir auch nicht notwendig erscheint, dass von den beiden fleischlosen Tagen der Woche gerade der Freitag als solcher aufgelassen werden soll. Das Eingehen auf diesen Vorschlag bedingt aber eine Abänderung der Ministerialverordnung vom 14. Juli 1916, R.G.Bl.Nr. 218, zu der nur das Volksernährungsamt im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien zuständig ist; ich werde daher diese Interpellation dem Volksernährungsamte zur weiteren Veranlassung vorlegen.



GR. Partik stellt folgende Anfrage: Die durchgeführte freie Kunden-Rayonierung für Zucker und Kaffee hat ergeben, dass sich im freien Handel rund 1.400.000 Personen und bei den Konsumenten - Organisationen ca. 650.000 Personen in die Kundenlisten eintragen ließen. Die Belieferung mit Kriegskaffee und Zucker ist durch die Mithilfe des Magistrats durchgeführt worden. Aus den vorangeführten Zahlen ergibt sich, dass noch 2/3 der Bevölkerung ihren Bedarf im freien Handel deckt und nur 650.000 Personen durch Konsumenten - Organisationen versorgt werden. Auf diesem Umstand wird bei der Zuweisung anderer Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nicht gebührend Rücksicht genommen, da die Zuweisungen nie der richtigen Zahl entsprechen und der nichtorganisierte Teil der Bevölkerung häufig gänzlich übergangen wird. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dieses Ergebnis den Zentralstellen bekannt zu geben und seinen Einfluss bei den massgebenden Stellen dahin geltend zu machen, dass bei den Zuweisungen auf jenen Teil der Bevölkerung, der keiner Organisation angehört und seinen Bedarf im freien Handel deckt, künftig gebührend Rücksicht genommen wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Sofern die Gemeinde Wien rationierte und nicht rationierte Lebensmittel abgibt, wird jederzeit auf die schlüsselmässige Aufteilung an den freien Handel beziehungsweise die Verbraucherorganisationen Bedacht genommen. Ich werde nicht ermangeln, das Ergebnis der Zucker und Kaffee - Rayonierung den staatlichen Lebensmittelzentralen bekanntzugeben, damit dieser Aufteilungsschlüssel auch bei denjenigen Lebensmitteln, welche die Zentralen direkt - als ohne Vermittlung der Gemeinde - abgeben, berücksichtigt werden.

Ich kann nur meiner besonderen Befriedigung darüber Ausdruck geben, dass die Verteilung durch den Konzern sich so gut bewährt hat.

GR. Emmerling weist in einem Antrage darauf hin, dass ein Rest von mindestens 100 Bänken neben dem Materiallager an der Franz Josefsbahn nächst der alten Ferdinands - Wasserleitung seit mehreren Jahren im Freien liegen und langsam zugrunde gehen.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, daß diese Bänke nicht mehr zu verwenden sind, sondern nur Brennholzwert haben. Alle Magazine des Wirtschaftsamt sind mit wertvollere Material angefüllt.

GR. Skeret stellt folgende Anfrage: Nach Blättermeldungen beabsichtigt die Gemeinde Wien der Anregung der Zentralstelle für Wohnungsreform und dem gleichgerichteten Verlangen von sozialdemokratischer Seite tragend, nunmehr zum Bau von Kriegswohnungen zu schreiten. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister bereit, dem Gemeinderate ausführlich über den geplanten Bau von Kriegswohnungen zu berichten? Kann der Bürgermeister die Zusicherung geben, dass der Bau dieser Kriegswohnungen unbedingt in den nächsten 3 Monaten beginne und im Laufe dieses Jahres soweit gediehen sein wird, dass zumindest einige Tausend Kriegswohnungen bis zum Jahreschlusse beziehbar sein werden? Ist der Bürgermeister in der Lage über die voraussichtlichen Mietpreise der Kriegswohnungen ehestens Aufschluss zu geben?

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Selbstverständlich wird sowohl über den geplanten Bau von Kriegswohnungen als über den ganzen Komplex der Massnahmen für die Wohnungsfrage nach Abschluss der Vorarbeiten dem gemeinderätlichen Wohnungsfürsorgeausschuss und dem Gemeinderate eingehend berichtet werden.

Mit dem Bau von Kriegswohnungen wird die Gemeinde sofort beginnen, wenn dies die Verhältnisse zulassen. Es dürfte dem Herrn Interpellanten bekannt sein, wie es gegenwärtig mit Baumaterialien, Bauarbeitern und Baufuhrwerk bestellt ist.

Es wird vom Kriegsministerium beider sachlichen Demobilisierung abhingen, ob den öffentlichen Korporationen aus dem viele Millionen betragenden Vorräten Materialien zur Verfügung gestellt werden, damit sie

derart zur Verteilung kommen, daß auch das kleine und mittlere Gewerbe und nicht bloß Zentralen damit beteiligt werden.

Es ist unrichtig, daß die Gemeinde Wien der Anregung der Zentralstelle für Wohnungsreform und dem Verlangen von sozialdemokratischer Seite tragend, zum Bau von Kriegswohnungen schreite. Ich habe vielmehr auf Grund der Mitteilungen des städtischen Wohnungsamtes sofort die Einleitung für eine weitgehende technische und finanzielle Aktion angeordnet und nur diesem rechtzeitig ergriffenen Massnahmen istes zu danken, wenn schon heute spruchreife Vorschläge für die Wohnungsfürsorgeausschuss vorliegen. Die Gemeindeverwaltung ist seit einer Reihe von Jahren zielbewusst bemüht, in der Frage der Wohnungsfürsorge tatkräftig einzugreifen, sie wird dieser ihrer sozialen Pflicht auch weiterhin nachkommen. ( lebhafter Beifall ).

GR. Emmerling urteilt in einer Anfrage die Beratung und Beschlussfassung der neuen Bauordnung.

BGM. Dr. Weiskirchner: Bekanntlich ist der Entwurf der neuen Bauordnung seinerzeit der Regierung mitgeteilt worden, damit sie in der Lage sei, rechtzeitig zu ihm Stellung zu nehmen. Die Regierung hat über den Entwurf auf Grund einer Beratung der in Betracht kommenden Ministerien ein ausführliches Gutachten ausgearbeitet, in welche abgesehen von zahlreichen minder Punkten grundsätzliche Bedenken gegen einige wesentliche Aenderungen des Entwurfes erhoben wurden. Zur Austragung dieser Meinungsverschiedenheiten sind mit der Regierung Verhandlungen eingeleitet worden, die bisher noch nicht abgeschlossen sind. Ich werde demnächst der vom Gemeinderate eingesetzten Kommission Gelegenheit geben, sich mit dieser Frage zu beschäftigen.

GR. Hohensinner stellt folgende Anfrage: Da nach Kriegsende zahlreiche neue Haushaltungen gegründet werden dürften, die Wohnungseinrichtungen aber unerschwingliche Preise erreicht haben, so sorgen einzelne Städte im Deutschen Reich schon jetzt dafür, dass an jung verheiratete Ehepaare billige Möbel geliefert werden können; sie bewilligen zur Durchführung dieser sozialen Massnahme bedeutende Betriebskapitalien und schliessen Lieferungsverträge auf Herstellung neuer Möbel ab. Der Preis für eine solche Wohnungseinrichtung soll 700 bis 800 Mark betragen. Geliefert sollen nur Möbel für Zimmer und Küche werden. Es wird gefragt: Welche Stellung nimmt der Bürgermeister zu der sozialen Massnahme, billige Wohnungseinrichtungen für jung verheiratete Ehepaare durch die Gemeinde zu beschaffen, ein? Ist er geneigt, vom Magistrat ein Gutachten über die Durchführbarkeit dieser Massnahme abzuverlangen? Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe schon auf Grund der ersten Zeitungserartikel das Wohnungsamt beauftragt, die Frage zu studieren und über die Sache zu berichten. Der Vorstand des Wohnungsamtes hat bereits vom Magistrat Köln dankenswerte Mitteilungen über die Einzelheiten erhalten und gewärtigt weitere solche aus einigen anderen deutschen Städten. Die Unternehmung bezieht sich nicht nur auf die Beschaffung neuer Möbel, sondern auch auf die Vermittlung beim Verkehr mit alten Möbeln. Das Wohnungsamt ist gegenwärtig damit beschäftigt, die Möglichkeit der Durchführung insbesondere im Anschluss an den Wohnungsnachweis zu prüfen und es wird in dieser Angelegenheit in Bälde an den Wohnungsfürsorgeausschuss und an den Gemeinderat berichtet werden.

GR. Kunschak und Genossen stellen folgende Anfrage:

Der bekannte Germanist Professor J. Wieser hat ein Lehrbuch „ Deutsche Sprachlehre für Mittelschulen und verwandte Lehranstalten “ herausgegeben. Zwecks Einführung dieses Buches an den

deutschen Mittelschulen in Böhmen wurde von der Statthalterei in Böhmen ein Gutachten eingeholt. Dieses Gutachten findet, dass vom allgemein politischen und vom staatspolizeilichen Standpunkte zu Beanständigungen kein Anlass gegeben sei, doch wäre das Beifall: „ Wien, eine der schönsten deutschen Städte “ durch „ Wien, eine der schönsten österreichischen Städte “ zu ersetzen.

Nach der Eigenart der Stellung der Statthalterei in Böhmen und nach dem Geitze der Erledigung handelt es sich der Statthalterei in Böhmen offenbar darum, die Bezeichnung als deutsche Stadt zu behaupten. Gegen ein solches Unterfangen muss vom Gemeinderate der Stadt Wien lebhafteste Verwahrung eingelegt werden. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister bereit, bei der Regierung gegen das Ansinnen der Statthalterei in Böhmen schärfsten Protest einzulegen und die Forderung zu erheben, dass diesem Ansinnen jedwede Berücksichtigung verweigert werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich bin dem Kollegen Kunschak ausserordentlich dankbar, dass er auf diesem Wege auf eine so unglaubliche Entscheidung der böhmischen Statthalterei aufmerksam gemacht hat. Gewiss ist das Wien in erster Linie als österreichische Stadt sich fühlt, wir waren aber immer stolz darauf, dass wir eine deutsche Stadt und eine der ältesten deutschen Kulturstätten sind. Wir müssen dagegen protestieren, dass verhindert wird, in einem Lehrbuche für Mittelschulen Wien als deutsche Stadt zu bezeichnen. Allerdings bleibt Wien eine deutsche Stadt trotz dieser Entscheidung der böhmischen Statthalterei und alle Kollegen werden dafür sorgen, dass unsere Stadt ihres nationalen Charakters nicht entkleidet wird. ( Beifall ).-

Die GGR. Solterer, Spalowsky und Ullreich stellen einen Antrag, auf eine Regelung der Sonn- und Feiertagsruhe für die städtischen Gartenarbeiter.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.



Als erster Referent ergreift StR. Spalowsky das Wort, um über die Stellungnahme der Gemeinde Wien gegen die vom k.k. Amte für Volksnahrung verfügte Kürzung der Mehlquote zu berichten und führt aus: Nach dem der Krieg bereits mehr als 4 Jahre gedauert, hat sich in unserer Bevölkerung die Hoffnung festgesetzt, dass es nun zum Frieden kommen werde. Mitten in diese Hoffnung hinein kommt nun eine Botschaft, die eine wahrhaft ausserordentlich kritische Situation ankündigt und uns zeigt, dass unsere Ernährungsverhältnisse so kritisch geworden sind, wie sie es bisher niemals waren. Das Amt für Volksnahrung hat zuerst Transportschwierigkeiten für die Kürzung der Mehlquote verantwortlich gemacht, in Wirklichkeit war aber dies nur ein Vorwand, denn wir leiden tatsächlich Mangel. Angesichts dieser Situation sind wir zur Feststellung gezwungen, dass das Leben der Bevölkerung angesichts dieser verringerten Ration einfach unmöglich gemacht ist. Dabei waren die bisherigen Ernährungsverhältnisse schon ziemlich unerträglich, aber man hat wenigstens der Bevölkerung noch verschiedene Ersatzstoffe als Zubehören geben können. Jetzt fällt aber auch das weg und zu allem kommt, dass die Fleischpreise wesentlich gegen das Vorjahr gestiegen sind, so dass für breite Schichten der Bevölkerung der Fleischgenuss jetzt überhaupt nicht mehr in Betracht kommt. Ausserdem haben wir im Vorjahre noch die volle Fettration erhalten, während wir jetzt seit Monaten nur mehr die Hälfte und von dieser Hälfte, die Hälfte wiederum nur in Ersatzstoffen bekommen. Ebenso schlecht ist die Versorgung der Bevölkerung mit Milch und Zucker und angesichts aller dieser Umstände muss man zur Meinung kommen, dass den Herren von Ernährungsamt der Massstab für die Bedürfnisse der Bevölkerung vollständig fehlt.

Der Redner verweist auf die grossen Unterschiede in den auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Lebensmittelmengen vor dem Kriege und im Jahre 1917 und erklärt, die Tatsache, dass der Fleischgenuss heute nahezu überhaupt ausgeschaltet sei und dass alle übrigen Nahrungsmittel um 40 bis 50% eingeschränkt seien, unsere Ernährungslage als trostlos erscheinen lassen. Man versuche die Kürzung als berechtigt hinzustellen und verweist darauf, dass wir jene Menge erhalten, wie sie in Deutschland schon seit langem in Geltung sei. Dieser Hinweis ist aber nicht zutreffend, sagt Redner, weil Deutschland seiner Bevölkerung pro Kopf 7 Pfund Kartoffel wöchentlich ~~xxx~~ ausfolgt. Die Kürzung der Mehlquote ist deshalb nicht nur unerträglich, sondern die Regierung überantwortet die Bevölkerung letzten Endes dem Hunger, die Bevölkerung, die so viele Opfer gebracht hat. Dabei hat die Regierung die Bevölkerung durch die verschiedensten Verlautbarungen, die sich heute als unwahr herausstellen, fortwährend zu beruhigen getrachtet. Im Dezember hat man gesagt, dass die Lebensmittelversorgung bis zur nächsten Ernte gesichert sei (lebhaftes Zwischenrufe). Das ist eine Taktik, die einer Regierung unter gar keinen Umständen würdig ist. Es hat dies aber auch zur Folge, dass die Bevölkerung derartigen Verlautbarungen überhaupt keinen Glauben mehr schenkt. Dabei sucht man immer wieder der Gemeinde die Schuld in die Schuhe zu schieben und es wird eine förmliche Hetze gegen das Rathaus betrieben.

Redner schildert die Massnahmen der Gemeindeverwaltung in der Lebensmittelfrage insbesondere in der Brot- und Mehlbeschaffung und wendet sich gegen die Vorwürfe gegen die Gemeinde in einem Teile der Wiener Presse, die vielfach behauptet, dass die Gemeinde mit ihren

Massnahmen zu spät gekommen sei. Die Gemeinde wie auch der Bürgermeister haben kein Mittel unversucht gelassen, die Regierung auf den Ernst der Lage aufmerksam zu machen und unausgesetzt sei auf die Regierung eingewirkt worden. Wenn diese Forderungen nicht immer ganz und voll berücksichtigt wurden, so sei dies vielleicht auch darauf zurückzuführen, dass es diese Presse nicht unter ihrer Würde gefunden habe, aus parteipolitischen Gründen fortwährend gegen den Bürgermeister und die Gemeinde zu hetzen. Wenn diese Gattung Presse in ihrem Kampfe nicht aufhöre, dann werde man zu anderen Mitteln greifen. Wir haben keine Ursache, uns bei Ausübung unseres verantwortungsvollen Amtes uns fortwährend von Pressetrolchen angreifen zu lassen. Diese Presse möge sich hüten, dass nicht ein neuer Schönerer auftritt ein neuer Schönerer, der seine Sache vielleicht etwas entschiedener und gründlicher macht.

Aus den geschilderten Massnahmen der Gemeinde geht für jeden objektiv denkenden Menschen klar hervor, dass von Seite der Gemeinde alles unternommen wurde, um rechtzeitig auf die Bedrohlichkeit der Situation aufmerksam zu machen. Trotzdem versagt jetzt auch die Versorgung mit Mehl und Getreide vollständig und die Kriegsgetreideverkehrsanstalt ist die letzte Centrale, welche vor aller Öffentlichkeit den Beweis für ihre Unfähigkeit erbracht hat. Wir können nur feststellen, dass die Gemeinde ein Verbrechen nicht trifft, und ich will die Regierung aufmerksam machen, dass sich der Bevölkerung bereits eine tiefgehende Erregung bemächtigt hat, die nicht gemacht und sehr wohl zu begreifen ist. Wir erheben Protest gegen diese Verfügung der Regierung weil es uns daran zu tun ist, auch weiterhin in Ruhe leben zu können und wollen schon gar nicht zusehen, dass eine Regierung durch ihre Taktik es zuwege bringt, dass unser Vaterland direkt der Revolution zugeführt wird. Wir erheben heute zum letzten Male unser Stimme denn wir haben später keine Ursache mehr, uns irgend einer Verantwortlichkeit zu unterziehen. Darum bitten wir sie als letzten Apell an die Regierung die folgende Resolution zum Beschlusse zu erheben und beantrage über Wunsch mehrerer Herrn im 2. Absatze die Einfügung zu machen, dass die Gemeinde hinsichtlich des laufenden Versorgungsjahres 1917/18 schon seit Mitte August 1917 auf die kommenden Dinge hingewiesen habe.

Die Resolution liegt bei.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz

GR. Dr. Hein: Die Ausdrücke, wie „jüdische Schandpresse“, „Présetroché“ sind unter allen Umständen ordnungswidrig und unparlamentarisch, insbesondere, wenn sie vom Referententisch aus erfolgen. Sie hätten vom Vorsitzen als ungehörig zurückgewiesen werden sollen. Auch die Drohung mit dem Hausfriedensbruch sei ungehörig. Redner sei immer ein Feind von Pauschalgriffen gewesen; wenn in einzelnen Fällen unrichtige Angriffe erfolgen, sollen sie widerlegt werden. Wir haben in Wort und Schrift seit längerem den Standpunkt vertreten, dass die Wiener Bevölkerung eine dauernde Verkürzung der Mehlquote nicht ertragen könne. Die Kürzung der Quote sei ein Bankrott der Ernährungspolitik. Es war sehr bequem zuerst die rumänische Ernte heranzunehmen, dann erst ist man zu dem unangenehmen Geschäfte der Requirierung geschritten. Die Ungerechtigkeit bezüglich der Seibat versorger komme immer deutlicher zum Ausdruck, denn diese, welche

in Oesterreich fast 10 Millionen Menschen umfassen, haben eine ungleich grössere Quote als die städtische Bevölkerung, ausserdem noch ist ihnen der volle Anteil bis zum Ende des Erntejahres gesichert. Es müsste aber auch verlangt werden, dass dem Oesterreichischen Staate ein grösseres Kontingent aus der rumänischen Ernte und auch aus der italienischen Beute eingeräumt werde.

Da die ganze Hoffnung der Entente auf die Aushungerungspläne gerichtet ist, so muss endlich neben der militärischen Einheitsfront auch eine wirtschaftliche Einheitsfront unter den Mittelmächten hergestellt werden. Die Ereignisse, die sich heute vollzogen haben, sind ein Fingerzeig, dass es im Interesse des gemeinsamen Kampfes unumgänglich notwendig ist, dass alles geschieht, um die Bevölkerung Oesterreich und Wiens entsprechend zu versorgen. Es kommt vor, dass Kriege auch im Hinterlande verloren werden.

Wir haben allen Grund den Frieden herbeizusehen; einen Frieden auf der Grundlage der Gerechtigkeit, auf derjenigen Grundlage, wie sie die Mehrheit des deutschen Reichstags proklamiert hat und wie er auch im Wiener Gemeinderate oft besprochen worden ist. Die Bevölkerung leidet für eine gemeinsame Verteidigung, aber es ist fraglich, ob sie diese Leiden auf sich nehmen will für etwaige uferlose Anxionsideen. Wir alle wünschen einen ehrenvollen Frieden, der den heimatlichen Herd bewahrt und die heutigen Ereignisse glaube ich sollten die Herbeiführung eines solchen Friedens fördern. Wir wissen ja, dass unser Monarch wiederholt seinen Friedenswillen bekundet hat und wir glauben, dass es im Sinne aller gelegen ist, aber namentlich im Sinne der leidenden Bevölkerung, wenn diejenigen Verhandlungen, welche heute geführt werden, zu einem günstigen Ergebnis kommen und der Friede zustande gebracht wird, nach den Grundsätzen der gegenseitigen Rechtsachtung und der gegenseitigen Gerechtigkeit. In diesem Sinne werden wir auch für die Resolution stimmen und denjenigen Anträgen unsere Zustimmung geben, durch die das bisherige System der Ernährungspolitik der Regierung auf das Schärfste verurteilt wird.

GR. Reumann verweist darauf, dass es in der Bevölkerung am meisten empörend gewirkt habe, wenn in Zeiten, in welchen eine furchtbare Notlage durch die Kriegsverhältnisse über die Bevölkerung hereingebrochen ist, absichtlich oder unabsichtlich die Wahrheit nicht gesagt wurde und der Bevölkerung die wirkliche Gefahr verschwiegen wurde. Es hat sozusagen den letzten Blutstropfen aufgepeitscht, dass Berichte in der letzten Zeit hinausgegangen sind, die eine blanke Lüge gewesen waren und dass man die Bevölkerung mit Hoffnungen erfüllt hat, von denen man im vornherein wissen müsste, dass sie nicht erfüllt werden konnten. Die Wahrheit ist von Seite der Staatsanwaltschaft konfisziert worden und die Lüge wurde toleriert. So behandelt man eine Bevölkerung nicht, welche in diesem furchtbaren Kriege so ungemein schwere Opfer gebracht hat. Zumindestens kann die Bevölkerung verlangen, dass sie die Wahrheit erfahre. Es sind auch Fehler über Fehler gemacht worden, die unsere Lage immer mehr verschlechtert haben. Wir haben schon zu Beginn des Krieges gewünscht, dass wir in Bezug auf die Bedeckung unseres Bedarfes an Getreide vollständig der ungarischen Regierung ausgeliefert sind, einer starken Regierung und trotzdem haben wir geglaubt, dass wir uns in der Zeit einer furchtbaren Krise mit einer schwachen Regierung begnügen können, ob sie jetzt Stürgkh oder Seidler heisst. Wir sind in Oesterreich mit dem Unglück geschlagen, dass wir keine energischen Staatsmänner finden, Wir sind mit dem Unglück geschlagen, dass in diesem Kriege eines übersehen worden ist: dass nicht nur allein die Gewalt der Waffen, nicht nur der Militarismus den Krieg entscheiden kann, sondern dass auch die Bevölkerung im Hinterlande über Sieg und Niederlage entscheidet.



~~Wahlrecht~~

3





Wir haben darauf vergessen, dass eine Katastrophe, welche die Kraft der Bevölkerung zusammenbrechen lässt, auch den Zusammenbruch unserer militärischen Rüstungen unbedingt zur Folge haben muss, und trotzdem hat man geglaubt, es sei alles getan, wenn man das ganze Augenmerk auf die militärischen Rüstungen wendet. Mit dem Willen allein kann man den Zusammenbruch nicht verhindern. Wenn auch dieser gute Wille Anerkennung findet, bei solchen Schwächlingen, die sich am Sitze des Ernährungsamtes befinden. Zwei Schwächlinge machen noch immer keinen energischen Mann und das drückt sich in jenen Verhältnissen, die sich so furchtbar gestaltet haben in plastischer Weise aus. Wir müssen tief bedauern, dass es zu solchen Erscheinungen wie gestern und heute gekommen ist, zu Erscheinungen, von denen wir sagen müssen, dass sie eine natürliche Folge der Verhältnisse sind, die sich aber nicht so schlimm gestalten hätten müssen, als sie sich wirklich gestaltet haben.

Die Bevölkerung wartete schon lange, dass wir nicht ungenutzten Bedarf decken können. Mit bewundernswerter Geduld hat sie die schweren Opfer des Krieges auf sich genommen, die noch dadurch verschärft wurden, dass die liebsten Angehörigen im Schützengraben liegen oder von der Feindes Kugel hinweggerafft wurden. Aber alles was wir tun können, man kann die Kräfte des Volkes nicht überbeanspruchen. Wenn man es zusammen und wir verlieren trotz der militärischen Erfolge den Krieg. Die günstigeren Verhältnisse der Selbstversorger werden von Volke als Ungerechtigkeit empfunden. Es war verfehlt, zuerst die rumänischen Zuschüsse aufzuheben, denn während dieser Zeit blühte im Hinterlande der Schleichhandel mit dem heimischen Getreide. Es ist zu bedauern, dass auch bürgerliche Kreise die Bevölkerung getäuscht und erklärt haben, unsere Ernährung sei vollkommen sichergestellt. Wir sind keine Freunde der Regierung, wir bedauern aber, dass die Bevölkerung in eine solche Situation gebracht wurde. Wir alle stehen unter dem verhängnisvollen Eindruck der gänzlichen Hilflosigkeit und Rathlosigkeit unserer gegenwärtigen Regierung. Eine furchtbare Verantwortlichkeit lastet auf ihr, wir können ruhig sagen, wir sind nicht die Verantwortlichen sondern jene, welche in ihrer namlosen Schwäche das Unglück auf die Bevölkerung heraufbeschworen haben. Die Regierung scheint noch immer an Wunder zu glauben, die Kürzung der Mehlquote ist ein politisches Ereignis von grosser Fahrweite, sie kann eine Katastrophe herbeiführen, wie sie ärger nicht gedacht werden kann. Vor dem Eintritte dieser Katastrophe hat die Wiener Gemeindevertretung wiederholt in eindringlichster Weise gewarnt.

Auch die Verhandlungen in Brest-Litowsk zeigen, dass unsere diplomatische und militärische Vertretung die Situation in der wir uns befinden noch immer nicht erfasst. Es gibt nur ein einziges Mittel dieser Lage zu entkommen, den Frieden, denn wir sind reif zum Frieden geworden. Wir glauben ja nicht, dass ein Friede sofort die Verhältnisse ändern wird, aber er ist eine Aufrichtung der Bevölkerung aus ihren Mühsalen, ein Hoffnungstrahl, dass in absehbarer Zeit wieder andere Zustände eintreten könnten. Diesen Friedensschluss so rasch als möglich herbeizuführen ist Aufgabe einer wirklich denkenden Vertretung unseres Reiches. Wenn da in Brest Worte fallen, in welchen die ganze Ueberhebung der Soldateska spricht, müssen wir dagegen entschieden und schärfsten Protest einlegen, denn in einem solchen Momente darf man nicht vergessen, was alles für uns auf dem Spiele steht. Die Bevölkerung ist bei uns ausgesenaltet um ihren Willen in irgend einer Weise kundzutun und so müssen wir neuerlich darauf hinweisen, dass die proletarische Bevölkerung, unter die ich auch den Mittelstand rechne, unter der Last des Krieges zusammenbricht. Wir nehmen zwar die Resolution an, müssen aber offenen Herzens sagen, sie entspricht uns nicht, denn sie ist uns zu zahm, aber wir begnügen uns mit ihr, als vielleicht letzte Warnung an die Regierung.

Vizepräsident Herrmann übernimmt den Vorsitz.

GR. Hohenhinner: Ich werde mit Versprechungen gemästet, so rief Hamlet aus. Geht es uns vielleicht besser? Werden nicht auch wir von der Regierung mit Zusicherungen und Versprechungen gemästet? Hamlet rief aber weiter, dass etwas faul sein müsse im Staate Dänemark. Ist vielleicht bei uns auch etwas faul? Jawohl, denn unsere ganze Ernährungspolitik und Ernährungsplan war verfehlt. Wer würde es in Oesterreich wagen, gegen die Grossagrarien aufzutreten, die kleinen Bauern haben ja selber nichts, oder gegen die Ungarn ein scharfes Wort zu sagen. Im Schneesturm der Karpathen waren wir ihre Bundesgenossen, jetzt im Hinterlande sind wir es nicht. Es fallen auch schon sehr harte Worte gegen unsere deutschen Bundesbrüder, ich will aber heute davon nicht weiter sprechen. Der Redner wiederholt schliesslich seinen Vorschlag aus dem Stadtrate, dass eine Abordnung der Gemeinde Wien sich zum Kaiser begeben solle, um dem Monarchen über die Verhältnisse volle Klarheit zu geben.

GR. Kunschak: Die heutige Sitzung wird wohl als eine der denkwürdigsten in der Geschichte dieser Stadt bezeichnet werden dürfen, weil über eine Angelegenheit beraten wird, wie sie ernster kaum mehr gedacht werden kann. Die Vertreter der verbündeten Mächte sitzen mit den Vertretern der russischen Regierung zusammen, um über den Abschluss eines Separatfriedens zu verhandeln, eine Tatsache, die überall hellen Jubel innige Freude und festeste Zuversicht wachgerufen hat. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Verhandlungen über den Separatfrieden sich nicht so einfach vollziehen, wie eine häusliche Angelegenheit, sondern dass jede Partei sorgfältigst ihre und des Gegners Position abwägt. Es kommt da gewiss nicht auf die Geschicklichkeit zu verhandeln an, sondern auch darauf, welches Ansehen jede Partei zu den Verhandlungen mitbringt, welche Folie den Unterhändlern das Hinterland bietet. Man möchte nun glauben, dass ganz selbstverständlich in einem solchen Augenblicke die verantwortlichen Faktoren alles aufbieten, um die Situation ihrer Vertreter mit allen Mitteln zu stärken. Man verlangt von der Bevölkerung und zwar mit Recht, dass sie sich stark zeige und je grösser das Selbstvertrauen der Bevölkerung in diesen Tagen ist, umso gewichtiger wird das Wort ihrer Vertreter dort oben in die Waagschale fallen. Man kann aber von der Bevölkerung keine Wunder verlangen, sondern nur so viel, was sie faktisch zu leisten imstande ist und so gesellt sich zur Forderung der Staatlenken an die Bevölkerung ganz von selbst die Forderung der Bevölkerung an diese, die Möglichkeit zur starken Selbstbewusstheit. Pose auch zu geben, denn der Wille in der Bevölkerung hierzu fehlt nicht, und hat während der ganzen Kriegsjahre nicht gefehlt.

Die Bevölkerung hat an Heroismus an Selbstverleugnung, an all dem, was wir mit dem Worte Patriotismus bezeichnen ganz bewundernswertes geleistet; dagegen habe es die Regierung an staatsmännischer Voraussicht stark fehlen lassen. Schon im ersten Kriegsjahre wussten wir, dass unsere Feinde nicht auf die Entscheidung durch die Waffen rechneten, sondern auf die Wirkungen des Hungers. Ebenso wie in der Getreide-Versorgung wurde auch in der Kartoffelversorgung arg gesündigt. Es ist zu bedauern, dass ein Teil der Wiener Presse die Sache so darstellt, als ob die Kürzung der Mehlquote eine Wiener Angelegenheit wäre. Die Kürzung ist an anderen Orten schon früher erfolgt und wird jetzt in ganz Oesterreich durchgeführt. Es ist also ein Zeichen von Gedankenlosigkeit, von Blödsinnigkeit, vorzuschlagen, dass der Wiener Gemeinderat seine Mandate niederlegen soll. Die Frage ist: Ist der jetzige Zustand eine unabwendbare Kriegsfolge oder ist er mit der Kriegelage nur lose zusammenhängend und selbst verschuldet. Die Antwort lautet: Selbstverschuldet. Der Ertrag unserer Ernte mit den Zufuhren aus Rumänien - unter Berücksichtigung dass das ganze Heer von Ungarn versorgt wird -

reicht aus, um mit der durch die Brot- und Mehlkarte festgesetzte Ration bis zur neuen Ernte durchzukommen, vorausgesetzt, dass die Ernte ganz erfasst wird und dass mit ihren Produkten nicht Betrug und Wucher getrieben wird (Lebhafter Beifall). Während Böhmen voriges Jahr seine Bevölkerung selbst versorgte und noch einen ziemlichen Ueberschuss an die anderen Kronländer abführte, hungert heute ein Teil der Einwohner Böhmens infolge der passiven Resistenz der tschechischen Landwirte. Wenn man in die Zahl der tschechischen Politiker hineingreift so kann man jeden einzelnen als bewussten Hochverräter erklären. (Lebhafter Beifall). Man musste versehen, um die passive Resistenz zu brechen. Man brachte aber nicht den Mut auf. Aber auch die Verhältnisse in Galizien spielen eine nicht unbeträchtliche Rolle. Grosse Mengen von Mehl gingen in 5 Kilo Paketen nach Deutschland es war dies nur möglich, weil dort die Getreideaufbringung vollständig versagte und grosse Mengen von Getreide der öffentlichen Ablieferung entzogen wurden. Aber nicht die galizischen Bauern sind die Schuldtragenden, denn ihnen -hört das Getreide nicht, sondern den Schleichzisen oder den jüdischen Schnapschenker. Die jüdischen Spekulanten haben das Mehl der Allgemeinheit entzogen. Dass die Behörden nicht eingeschritten sind die Hinterziehung unerhörter Mengen von Lebensmitteln zu verhindern, ist die schwerste Anklage gegen sie erhoben worden ist. Die Ereignisse, die sich heute in Wien abspielten, und

die eine Folge dieser Erscheinungen sind, dürfen nicht den Rücktritt des Gemeinderates zur Folge haben, der mit seinen schwachen Kräften sich stets restlos für die Interessen der Bevölkerung eingesetzt hat, sondern den Rücktritt der Regierung, die schwer belastet ist, mit dem was sie bereits verschuldet und mit dem was in den kommenden Tagen sich ereignen kann. Die Wiener Bevölkerung ist des Ernstes der Zeit der Verantwortung ihrer Verpflichtung gegenüber dem Vaterlande sich voll bewusst. Es gibt 2 Auswege. Es müssen im letzten Moment alle Lebensmittel straff erfasst werden, es muss eine Beschlagnahme der Lebensmittel aller Haushalte erfolgen. Es ist zweifellos, dass viele Haushalte weit über den Bedarf eingedeckt sind.

Ich möchte ruhig erklären, eine Umstellung der Leopoldstadt mit einem ehernen militärischen Kordon und systematische Durchsuchung von Haus zu Haus würde unerhörte Lebensmittel an den Tag bringen. Eine sofortige Internierung der Flüchtlinge würde uns gleichfalls in den Besitz grosser Lebensmittelvorräte bringen. Weiters muss ein ernstes Wort Ungarn und ein ebenso ernstes Wort mit Deutschland gesprochen werden. Ich verkenne nicht, dass Deutschland auch nichts übriges hat, es wird aber doch in der Lage sein, Vorräte abzugeben, Ungarn aber wird dies umso leichter tun können, wenn es sich entschliesst, seine Mehl- und Brotquote auf unsere Quote herabzusetzen. Diese Dinge müssen durchgesetzt werden, sonst führen sie zu einer solcher Vergiftung der Verhältnisse in Oesterreich, die uns mehr schaden ~~ist~~ werden als eine verlorene Schlacht. Ich will mich weiter äussern gegen die Bestrebungen, die jetzt aus Deutschland zu uns herüber getragen werden. Ich erkläre offen, Deutschland wird der Sache des Friedens und seiner eigenen Sache einen grösseren ~~ist~~ Dienst erweisen, wenn es Mehl und Brot herüber schickt und sich seine kriegsheftzerischen Pastoren drüben behält.

Was die Kundgebung anbelangt, so glaube ich, dass der Gemeinderat damit entgegen dem bewusst verlogenen verleumderischen Bemühungen in einzelnen Zeitungen von sich behaupten kann, dass er seine Verpflichtungen restlos erfüllt hat und dass die Kundgebung von heute nicht ein Aufschrei ist in letzter Minute, sondern nur die Niederschreibung der Schlussumme unter eine Bilanz, die für den Wiener Gemeinderat ein glänzendes Aktium, für die Regierung aber eine erschreckende Passivpost ergibt.

Nach einem Schlussworte des Referenten, in welchem er sich in ebenso scharfer Weise gegen eine heutige Meldung eines Splinterblattes (Wiener Allgemeine Zeitung) über die gestrigen Sitzungen als un wahr ausspricht, und nach tatsächlichen Berichtigungen des GR. Dr. Hahn werden die Referententräge einstimmig durch Erheben von den Sitzen angenommen.  
Nach Erledigung einiger Geschäfte wurde die Sitzung geschlossen.



am 16. Jänner 1918.

## T A G E S O R D N U N G.

## I. Nachtrag.

Erledigt im Stadtrate	Referent Herr Gemeinde- rat	Zahl	Post Nr	Gegenstand
15. I. 1918	SPALOWSKY	518	15	<p>Resolution der Gemeinde Wien gegen die vom k.k. Amte für Völksernährung verfügte Kürzung der Mehlmquote. (<u>Antrag</u>: Die nachstehende Resolution wird genehmigt:</p> <p>Der Wiener Gemeinderat protestiert gegen die vom k.k. Amte für Völksernährung verfügte Kürzung der Mehlmquote, welche mit den herrschenden Verhältnissen begründet wird.</p> <p>Die Gemeindeverwaltung stellt bei diesem Anlasse fest, daß sie rechtzeitig, wiederholt und mit allem Nachdrucke auf die Ursachen der jetzt eingetretenen Mehlmknappheit hingewiesen hat, daß sie auch zweckdienliche Maßnahmen zur Hintanhaltung dieser geradezu beklagenswerten Entwicklung, die noch dazu mit dem tatsächlichen Vorratsstande in der Gesamtmonarchie nicht im Einklange steht, in Vorschlag gebracht hat, welche Maßnahmen bei den berufenen Organen in keiner Hinsicht Berücksichtigung gefunden haben.</p> <p>Angesicht der straffen zentralen Bewirtschaftung des Getreides und Mehles und der vollständigen Abhängigkeit des großen Konsumzentrums Wien von den jeweiligen Zuweisungen der Kriegsgetreideverkehrsanstalt konnte die Gemeinde Wien im eigenen Wirkungskreise Vorkehrungen zur Abhilfe nicht treffen.</p> <p>Die Gemeinde Wien muß die Forderungen erneuern, daß noch jetzt in letzter Stunde die zur Erfassung der inländischen Getreidevorräte geeigneten Zwangsmaßnahmen unverweilt getroffen werden, daß der Schleichhandel in Mehl und Getreide und die ihn begünstigende Lohnmüllerei sofort abgeschafft, daß weiters die Importe aus Rumänien eventuell auf dem Landwege realisiert werden und schließlich Ungarn mit allen Mitteln zur Getreidebeziehungsweise Mehlanlieferung an Oesterreich verhalten werde.</p> <p>Es ist ein Gebot der Gerechtigkeit, daß die Kürzung der Mehlmquote - falls sie unvermeidlich ist - auch bei den Selbstversorgern zur Anwendung gebracht und daß für die Bevölkerung der Gesamtmonarchie einheitlich die gleiche Kopfquote an Brot und Mehl festgesetzt werde.</p>

Die Regierung wird schließlich aufgefordert, zur Deckung des Entfalles an Verschleißmehl, Ersatzmittel wie Rollgerste, Teigwaren, Hirse eventuell Sauerkraut und Dörrgemüse zur Verfügung zu stellen.



6. Februar 1918.



**Wiener Volks-Korrespondenz.**  
Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,  
Wien, I. Neugebäude.

21. Jahrgang, Wien, Mittwoch, 6. Februar 1918. Nr. 35.

**Gemeinderätliche Wahlen.** In des Kuratorium der Kaiser Franz Josef-Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes Wiens wurden vom Gemeinderate die GR. Angermayer, Kürber, Leitner, Panosch, Roth und Leopold Schmidt als Mitglieder, in die Donauregulierungs-Kommission die GR. Melcher und Skaret als Ersatzmänner gewählt.

**Städtische Strassenbahnen.** Vom Freitag, den 8. d.M. an wird die Haltestelle Versorgungsheimstrasse in der Lainzerstrasse zur Breuergasse (Verbindungsbahn) verschoben. Von diesem Tage an gilt der Ausnahmestarif für eine Fahrt nach Mauer nur für die Strecke Haltestelle „Verbindungsbahn - Mauer Langegasse“.

**Bezirksratssitzung.** Die Bezirksvertretung Brigittenau hat die für den 6. d.M. anberaumte Sitzung auf Freitag, dem 8. d.M. 1/6 Uhr abends verschoben.

**Obmännerkonferenz.** Unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner und in Anwesenheit der VB. Hierhammer, Hoss und Rain fand heute die 90. gemeinderätliche Obmännerkonferenz statt, in welcher ein Bericht des Magistratsrates Dr. Festenbauer über die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle zur Kenntnis genommen wurde. Magistratssekretär Dr. Rosakopf berichtete hierauf über die Schaffung eines städtischen Landwirtschaftsämtes, dem die Verwaltung der landwirtschaftlichen Güter und Betriebe, die Leitung der Anbau-Aktionen, die Aufsicht über die Schreber- und Kriegsgemüsegärten, über die Fischzucht der Gemeinde Wien etc. obliegt. Die Konferenz nahm den Bericht mit einmütiger Zustimmung zur Kenntnis. Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilte hierauf mit, dass er mit der provisorischen Leitung dieses neuen Amtes den Landwirt und städtischen Ober-Tierarzt Dr. Steflik betraut habe. Zum Schlusse nahm die Konferenz einen Bericht des Magistratsrates Dr. Ehrenberg über die Einleitung einer grosszügigen Gemüse- und Kartoffelanbau-Aktion der Gemeinde Wien im Görzischen und in Teilen des besetzten Venetiens zur Kenntnis.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung am 6. Februar 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen:  
Es drängt mich vom ganzen Herzen zwei Kollegen zu gedenken, welche Ende dieser Woche ihren 80. Geburtstag begehen. Es sind dies Dr. von Dorn und kaiserl. Rat Wessely. Beide blicken auf ein reiches Leben der Arbeit zurück und ich glaube im Sinne aller zu sprechen, wenn ich beiden verehrten Herren den herzlichsten Glückwunsch des Wiener Gemeinderates ausspreche und den Wunsch beifüge, der liebe Gott möge ihnen noch viele Jahre segnenreichen Schaffens schenken. (Lebhafte Zustimmung)  
Der Bürgermeister legt eine Zusammenstellung der Ende 1917 bei der Stadtbuchhaltung unerledigt gebliebenen Kontrahentenrechnungen vor. Der Einlauf betrug im Vorjahre 52.516 Stück, erledigt wurden 54.288 Stück, unerledigt blieben 3.469 und zwar 3.061 aus dem Jahre 1917 und der Rest aus dem Jahre 1912-16. Diese Rückstände betreffen zum grössten Teil geringfügige Restzahlungen, die im Einvernehmen mit den Kontrahenten liegen geblieben sind oder blieben wegen unausgetragener Rechnungs-differenzen oder weil sie von feindlichen Ausländern ausgestellt sind unerledigt.

an mich eine Zuschrift, welche sich mit der Rede des Kollegen Sealeovsky befasst und in welcher gegen die Beleidigung der Publizistik Verwahrung eingelegt wird.

Der unbekannte Wohltäter „Wilhelm“, welcher seit einer Reihe von Jahren den Schulen des 10. und 20. Bezirkes namhafte Beträge zuwendet hat ausserdem bereits in der letzten Gemeinderatssitzung verlautbart 10.000 Kronen noch 22.000 Kronen für die Schulen des 10. und 20. Bezirkes gewidmet.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner spräche dem unbekanntem Wohltäter den herzlichsten Dank aus und versichere ihm der besonderen Dankbarkeit der Gemeinde für sein Kinder- und Schulfreudliches Wirken.

Gräfin Marie Salm spendet 100 Kronen für arme und kranke Kinder von gefallenen oder im Felde stehenden Soldaten.

Das Ministerium für Kultus und Unterricht hat zur Abhaltung des Fachkurses für Jugendfürsorge eine Subvention von 2000 Kronen bewilligt.

Gespendet haben: Die Erben des verstorbenen Grossindustriellen Ignaz Bleier 2000 Kronen für die Armen des 19. und 500 Kronen für die Armen des 4. Bezirkes. - Karl Bundschuh 500 Kronen für die Armen der bestandenen Gemeinde Hietzing. - Hans und Fanny Nawratil 200 Kronen für Arme des Bezirkes Wieden. - Louise Quapil 200 Kronen für Arme des Bezirkes Währing. - Alfred Herzl 100 Kronen für die Arme kaiserl. Rat Heilinger 3 Waggons Dünger für die Kriegsgemüsegärten. - Johann Horak 3000 kg Brennholz für Arme des 17. Bezirkes. - Herr und Frau kaiserl. Rat Michler 8 Bände der Liedersammlung Orpheus und mehrere Bände musikalischer Handschriften von Operarien aus altem Wiener Familienbesitz.

Schriftführer GR. Stanglberger verliesst den Einlauf GR. Rotter stellt folgende Anfrage: Zeitungsnachrichten zufolge hat Staatssekretär Dr. Slesner Hantos in einer Besprechung folgendes erklärt: „In königl. ungarischen Handelsministerium wird schon seit geraumer Zeit für die Zukunft Ungarns gearbeitet. In den einzelnen Abteilungen sind die Arbeiten schon so weit gediehen, dass die Vorarbeiten anfangs 1918 beginnen können. Wir können schon heute mit Sicherheit darauf rechnen, dass unsere Kriegsgefangenen in Russland bis dahin zu Hause sein werden und an den Arbeiten teilnehmen können. Ich rechne auf etwa 30.000 Kriegsgefangene, die sich nur mit Erdarbeiten befassen werden. Würde ein Rückkehr unserer Kriegsgefangenen bis Frühjahr noch nicht erfolgen können, so werden halt Russen und Italiener arbeiten, doch die Arbeit muss begonnen werden. Sämtliche Steinbrüche Ungarns werden während des Krieges durch den Staat ausbeutefähig gemacht. In der Abteilung für Fluss- und Seeschiffahrt des königl. ungarischen Handelsministeriums ist der Plan zum Ausbau einiger Flüsse (Theiss, Maros, Aluta), Hafenanlagen und Kanäle bereits fertig und heuert der Verwirklichung. Auch der Ausbau der kleineren Seen und Binnenmeere ist fertig. Der zweite Punkt unseres Programms ist die Ausgestaltung unseres Eisenbahnnetzes. Mit zwei Milliarden Kronen wird unser Programm hier verwirklicht werden. Der Zentralbau sämtlicher Bahnhöfe in Budapest wird schon dieser Tage begonnen werden. Der Transitverkehr der Hauptstadt wird in einem separaten Frachtenbahnhof erfolgen, der 30-40 km von Budapest entfernt sein wird. Hierfür haben wir 7 Milliarden Kronen in Aussicht genommen. Das Doppelgleis muss in Ungarn Gesetz werden. Sehr viel Linien der Staatsbahnen werden elektrisch betrieben werden.“ Aus dieser Mitteilung kann ersieht werden, in welcher grosszügiger Weise die ungarische Regierung die Ausgestaltung der Verkehrswege, der Wasserstrassen wie der Eisenbahnen in Aussicht nimmt und zugleich vorsorgt, dass reichliche Arbeitsgelegenheit geschaffen wird. In Oesterreich vernimmt man von derartigen

dingen nichts.

der Herr Bürgermeister geneigt, bei der Regierung vorstellig zu werden, dass auch in Oesterreich der Ausbau der Wasserstrassen und Eisenbahnen ehestens in Angriff genommen und mit aller Beschleunigung durchgeführt werde.

Versitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert:

Die angeführten Zeitungsartikel sind mir bereits zur Kenntnis gebracht worden. Es ist bezeichnend, dass bei uns in Oesterreich von derartigen weittragenden Plänen nichts verlautbart; in Deutschland wie in Ungarn wird die wirtschaftliche Entwicklung für den Frieden vorbereitet, unsere Regierung scheint trotz aller Entschliessungen und Denkschriften nicht den Willen zu haben, die für die Hebung der Volkswirtschaft so notwendige Ausgestaltung der Verkehrswege zeitgerecht durchzuführen. Der für Wien und ganz Oesterreich so wichtige Donau-Glar-Kanal ist vollständig baureif, er könnte jederzeit in Angriff genommen werden, die österreichische Donau bedarf nur an einigen wenigen Stellen des entsprechenden Ausbaues. Diese Arbeiten dürfen nicht mehr hinausgeschoben werden, soll nicht die Entwicklung der österreichischen Reichshälfte unwiederbringlich Schaden erleiden. Die Stadt Wien ist an dem Ausbau der Wasserstrassen in besonderem Masse interessiert, da sie durch ihre natürliche Lage berufen ist, der Mittelpunkt des mitteleuropäischen Wasserverkehrs zu werden.

Ähnlich ist es auch mit der Ausgestaltung der Eisenbahnen. Der Krieg hat zwar die Transitlinien in und bei Wien beschleunigt, es ist aber die von der Stadt Wien seit Jahren betriebene Regelung der Wiener Bahnhofsfragen noch keinen Schritt weiter gediehen, die Elektrifizierung der Stadtbahn, der Bau neuer Stadtschnellbahnen, der elektrische Betrieb auf den Vollbahnen, der Bau verschiedener notwendiger Bahnlücken sind trotz aller Bemühungen, noch immer nicht zur Lösung gebracht worden. Ich habe mich neuerlich an die Regierung gewendet, um alle diese Fragen vielleicht doch endlich einmal ins Rollen und zur Durchführung zu bringen.

BGM. Dr. Weiskirchner fügt hinzu: „Ich werde nicht ermüden und gewärtige hierbei die werktätige Unterstützung des gesamten Gemeinderates, dass das gesamte Verkehrswesen in eine Hand und zwar in die Hand der Gemeinde gelegt werden muss.“ (Lebhafte Beifall)

GR. Schäfer fragt namens der Gastwirte, Hoteliers und Kaffeesieder, ob dem Bürgermeister bekannt ist, dass derzeit in den Betrieben der Genannten Requirierungen und Beschlagnahmen von Lebensmitteln erfolgen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Mir war in dem Augenblicke als GR. Schäfer vor wenigen Tagen mich besuchte und die in der Interpellation geschilderten Verhältnisse darstellte von den Requirierungen nichts bekannt. Es ist dies eine Angelegenheit, die nicht die städtischen Behörden befasst und die ausschliesslich durch Organe des Kriegewucheramtes (Finanzorgane die der Polizeibehörde angegliedert sind) durchgeführt wird. Ich habe den Magistrat veranlasst, Erkundigungen einzuziehen und auf Grund der Erhebungen kann ich mitteilen, dass das Kriegewucheramt auf Grund eines Erlasses der Statthalterei vom 28. September 1917 „Der Ankaufstätigkeit aller Gast- und Schankgewerbetreibenden ein besonderes Augenmerk“, in der Richtung zugewendet wird, ob diese nicht durch „Ueberbieten geforderter üblicher oder amtlicher Preise“ Lebensmittel aller Art an sich zu ziehen trachten, dadurch den Schleichhandel fördern und so Mitschuldtragend an der allgemeinen Knappheit der notwendigsten Lebens-



mittel werden und durch Bezahlung wahrer Phantasiepreise eines der bedeutendsten Glieder in der Kette des unaufhaltsamen Anschwellens aller Preise bilden. Ich kann nichts anderes machen, als mit dem Statthalter diese Angelegenheit besprechen. Aber eines muss ich hervorheben. Was unsere sesshaften Geschäftsleute in dieser Zeit durch eine Fülle von Verordnungen und eine oft geradezu harte Durchführung derselben gepeinigt werden, geht über das Mass dessen hinaus, was ein patriotischer und gewiss auch ehrlicher und solider Geschäftsmann zu tragen fähig ist. Es ist oft sehr schwer zu differenzieren zwischen Wucher, welcher gewisse der strengsten Bestrafung unterliegen soll, und zwischen dem, was sich vollzieht bei Geschäftsleuten und Privaten, welche um nicht zu verhungern trachten, Lebensmittel für sich und für die Gäste zu bekommen. Ich hoffe., dass meine Rücksprache mit dem Statthalter Wandel in diesen Dingen bringen wird. ( lebhafter Beifall )

GR. Schäfer fordert in einer Interpellation die schnelligste Aufhebung des Verbotes des Fleischgenusses an fleischlosen Tagen.

BCM. Dr. Weisskirchner: Ich habe eine ähnliche Interpellation schon einmal beantwortet und zwar zu einer Zeit, als die Versorgung der Bevölkerung mit Mehl und Gemüse noch günstiger war. Was damals zutreffend war, gilt aber heute nicht mehr und die jetzt erlassenen Verordnungen, zeigen bereits den richtigen Stand der Dinge. Ich kann nur dem Wunsche Ausdruck geben, dass die neue Einrichtung sich bewährt. Ich fürchte aber, dass die Verordnung den Erfolg haben wird, dass die Mindestbemittelten und die oberen 10000 Tausend, letztere zu Phantasiepreisen in den Besitz von Fleisch gelangen werden, der Mittelstand aber überhaupt nichts bekommen wird. Vom Mittelstand hängt auch die Existenz vieler Gastwirtschaften ab. Wir haben heute eine Reihe von Verordnungen vor uns und wir müssen abwarten, ob die sich bewähren und jenen Erfolg haben werden, den die Staatsverwaltung sich davon verspricht oder ob nicht im Gegenteil Fleisch nur mehr im Schleichhandel zu haben sein wird.

GR. Dr. Hein stellt fest, dass bei der in der letzten Gemeinderats-sitzung vorgenommenen Wahl der Mitglieder der Vermittlungskämter in allen Bezirken die von den Bezirksvertretungen vorgeschlagenen Männer gewählt wurden, während im 2. Bezirk die vorgelegte Liste ganz unberücksichtigt blieb, im ersten Bezirk nur zwei, im zweiten Bezirk nur ein freiheitlicher Vertrauensmann gewählt wurde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: GR. Dr. Hein hat wiederholt mit mir über diese Sache gesprochen und ich hätte gedacht, dass er bereits genügend informiert ist. Da er mich fragt, was ich in der Zukunft zu tun gedenken werde, so sage ich ihm, dass ich diese Interpellation bis zur nächsten Wahl der Gemeindevermittlungskämter aufheben werde.

GR. Hohensinner fragt, welche Stellung der Bürgermeister zur Institution der Schulärzte einnehme und ob er geneigt sei, schon jetzt die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, damit bei Friedensschluss städtische Schulärzte angestellt werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich stehe der Einführung der Schulärzte sympatisch gegenüber und glaube, dass es eine Notwendigkeit sein wird, Schulärzte anzustellen. Aber gegenwärtig ist es der ungünstigste Augenblick, um diese Angelegenheit zur Sprache zu bringen, da für die dringendsten Bedürfnisse zu wenig Aerzte vorhanden sind.

GR. Hohensinner fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dem Gemeinderate einen Antrag zur Beschlussfassung vorzulegen, nach welchem alle Schulkinder vom nächsten Schuljahre angefangen die Lernmittel

unentgeltlich erhalten sollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich bin nicht der Meinung, dass allen Kindern ohne Unterschied unentgeltlich die Lernmittel abgegeben werden, weil ich nicht einsehe, warum auch bemittelten Eltern die Lernmitteln geschenkt werden sollen und sie sich dies auch nicht gefallen lassen werden. Die Gemeinde hat gerade auf diesem Gebiet schon grosse Opfer gebracht, weil die Zahl der beteiligten Kinder sehr stark angestiegen ist. Es ist zweifellos, dass der Kreis der Kinder sich noch mehr erweitern wird, weil ja der Mittelstand vollständig zusammenbricht und es muss getrachtet werden, dass auch die Kinder des Mittelstandes das bezweckte Lehrziel erreichen. Ich werde die Anfrage dem Magistrat zuweisen zur Erhebung, ob und in wie weit eine Erweiterung des Kreises der zu beteiligten Kinder notwendig ist.

GR. Philp fragt, in der Angelegenheit der Kollektiv - Haftpflichtversicherung für die Volks- und Bürgerschullehrer an. Wie weit die Verhandlungen bereits gediehen seien und wann der Bürgermeister diese für die Gemeinde Wien und für die Lehrerschaft so wichtige Vorsorge zur Durchführung zu bringen gedenke.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert die Frage der Haftpflicht und Unfallversicherung für die Lehrerschaft stehe in Verhandlung und werde schon demnächst vom Magistrat an den Gemeinderat geleitet werden.

GR. Rummelhardt richtet an den Bürgermeister folgende Anfrage:

Sicherem Vernehmen nach wurde in den letzten Wochen öffentlich auf Gassen und Märkten in Krakau in den Kreisen der den Schleichhandel betreibenden polnischen Juden allenthalben der Ruf laut „Der Friede droht“. Hiedurch gaben dieselben ihrer Befürchtung Ausdruck, dass der Friede nahe sei und sie daher nicht mehr in der Lage sein werden, die zum Zwecke der Preistreiberei von ihnen aufgestapelten Lebensmittel und sonstigen Waren zu so hohen Preisen verkaufen zu können, wie dies bisher der Fall ist. Während mit den Lebensmittelkarten in Krakau fast nichts zu haben ist, bekommt man alles um schweres Geld von den polnischen Juden im Schleichhandel. Im Vormonate hatte die arme polnische Bevölkerung in Krakau 5 Tage lang kein Brot, während dieser Zeit assen die Reichen in den vornehmen Hotels Butterkipfeln zum Oberskaffee. Während in Wien die Mehlration verkürzt werden musste, weil angeblich zu wenig Mehl vorhanden ist, werden in Krakau Kaisersemmeln, das Stück zu 60 Heller, Stritzeln das Stück zu 70 Hellern verkauft. Ein Kilogramm Griess wärd zu 9 K 50 h und 1 Liter Milch zu 3 K 20 h im unerlaubten Handel abgegeben. Die polnischen Juden, von denen die Mahlprodukte zu haben sind, behaupten dieselben aus Russisch Polen zu beziehen und erklärten heimlich die hohen Preise. Wenn tatsächlich Mehl Griess etc. in solchen Mengen aus Russisch Polen zu haben sind, warum nur für die Krakauer Juden im Schleichhandel? Warum werden diese Mahlprodukte nicht aus Russisch Polen auf gesetzlichem Wege nach Oesterreich gebracht und hier auf Wien und die übrigen Gewerbe und Industriezentren verteilt? Weiss das k.k. Ernährungsamt nichts von dem Schleichhandel der polnischen Juden in Krakau und an anderen Orten? Der Ruf „Der Friede Broht“ ist in Krakau auf den Gassen und Märkten erschollen; in Wien dürfte er in gewissen Kaffeehäusern Widerhall gefunden haben. Er erscheint jeden normalen Menschen unfassbar, dass es im vierten Kriegsjahre Leute gibt, die sich vor dem Frieden fürchten, weil er der Befriedigung ihrer unersättlichen Gier nach Geld und Besitz ein Ende machen könnte. Ich richte daher an den Bürgermeister die Anfrage, ob er gewillt ist, den Ernährungsminister auf die geschilderten skandalösen Verhältnisse in Krakau aufmerksam zu machen und ihn zu ersuchen, die aus Russisch Polen stammenden Mahlprodukte der Allgemeinheit und namentlich den Bewohnern der Stadt Wien zuzuführen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, er werde nicht ermangeln, diese Anfrage dem Ernährungsminister zu überreichen.

GR. Dr. von Dorn stellt folgenden Antrag: Um sowohl der Bevölkerung, als auch dem Parlamente rechtzeitig die Gelegenheit zu gründlicher Erwägung der für die zukünftige Entwicklung unseres Verhältnisses zu Ungarn zu treffenden Vorkehrungen zu bieten und jedenfalls dem Wiedereintritte einer jener Zwangslagen vorzubeugen, unter deren Drucke schon so oft eine Benachteiligung Oesterreichs hingenommen werden musste, ersucht der Gemeinderat der Stadt Wien die hohe k.k. Regierung die im vorigen Jahre von den beiden Regierungen provisorisch vereinbarte Neuregelung der wechselseitigen Handels- und Verkehrsbeziehungen zwischen den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern und den Ländern der ungarischen Krone ehestens zu veröffentlichen.

Die GR. Gussenbauer und Nagler stellten folgenden Antrag: Die seitens der Gemeinde Wien an die „deutsche mensa academica“ gewährte bisherige Unterstützung ist bei der „mensa academica“ mit Rücksicht auf die Höhe der Lebensmittelpreise zu verdoppeln und es ist der entsprechende Teilbetrag für das verflossene Verwaltungs-jahr 1917 nachträglich zu bewilligen und auszubahlen.

Die beiden Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Hierauf wird zur Erledigung der Tagesordnung übergegangen.

Vize-Bgm. Hierhammer unterbreitet die bekannten Anträge betreffend die Kredithilfsaktion für den kriegsbetroffenen Gewerbebestand. In seinem Berichte bezeichnet es der Redner als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, die zahlreichen wirtschaftlichen Existenzen, die infolge des Krieges niedergebroschen sind und sich aus eigener Kraft nicht wieder aufzurichten vermögen zu stützen und zu fördern. Der Gewerbebestand und der Kaufmannstand haben am meisten in ihrem Wirtschaftsleben gelitten und nicht nur die aus dem Kriege heimkehrenden, sondern auch die Daheimgebliebenen sind der Ungunst der Verhältnisse vielfach zum Opfer gefallen. Der Redner bittet den Anträgen des Stadtrates die Zustimmung zu erteilen.

GR. Hohensinner (kontra): erklärt, der Friede werde noch viel größere Aufgaben stellen, als der Krieg; gewiß sei das Los der Gewerbetreibenden ein sehr trauriges und er stimme deshalb den Ausführungen des Antragstellers aus vollem Herzen zu, nur müsse er sich gegen die parteimässige Zusammensetzung der Kommissionen, welche die Vergebung der Unterstützung zu besorgen haben, wenden. Er stellt den Antrag, daß die staatlichen Verträge in der gleichen Zahl in die Kommission aufgenommen werden, wie die Vertreter der anderen Körperschaften. Die gegenwärtige Mehrheit sagt er hat ja nicht die Gewähr, ob sie im Rathause bleiben wird. Es ist ja auch möglich, daß die Bolschewiki in das Rathaus einziehen (Heiterkeit). Der Staat hat ein Interesse am Gewerbe, ob es die Bolschewik haben werden, weiß ich nicht und darum glaube ich, daß mein Antrag im Interesse der Gewerbetreibenden gelegen ist.

GR. Bretschneider (pro): Sie haben schon gehört, daß auch von unserer Seite kein Einspruch gegen diese Vorlage erfolgt. Wir kennen die Lage der Gewerbetreibenden und wirwenden uns nur dagegen, daß der Gemeinderat im gegenwärtigen Zeitpunkte, wo so viele Mandate bereits abgelaufen sind, eine Kreditoperation über 10 Jahre durchführen will. Auch ist die Organisation der Körperschaften, welche die Darlehensgesuche empfangen und die entsprechenden Beschlüsse fassen, vielfach eine rein parteimässige. Die Mehrheit bleibt trotz aller Zusicherungen auch hier wieder auf dem alten Parteistandpunkte und regelt eine große Sache genau so wie dies früher immer der Fall war, ohne die Minderheit zur Mitarbeit heranzuziehen.

GR. Dr. Hein: Wir sind selbstverständlich für die Vorlage, da wir ja seit jeher auf dem Standpunkte stehen, daß dem Gewerbebestande



3  
Kredithilfe geboten werden müsse. Ich mache aber aufmerksam, dass zwischen den ursprünglichen Vorschlägen und den jetzigen Anträgen eigentlich ein Widerspruch besteht, indem jetzt in die Bestimmungen die Kleinkaufleute nicht ausdrücklich aufgenommen worden sind. Die Kleinkaufleute haben durch die Zentralen sehr gelitten und wenn das böse Wort gesprochen worden ist, von der Umstellung der Leopoldstadt, so muss ich Ihnen schon sagen, dass gewiss mehr in der Mehlfrage geschahen wäre, wenn diese jüdische Getreidehändler zur Versorgung in richtiger Weise herangezogen worden wären.

(Rufe bei der Mehrheit: "Das glauben Sie aber selbst nicht")

Bezirksvorsteher Dr. Blasel; Besser wie der Ernährungsminister GR. Dr. Hein: Die Organisationen der Kaufleute fehlen auch ganz in den Kommissionen und ich finde, dass diese Vorlage so sehr man ihr zustimmen muss, in Bezug auf die Zusammensetzung der Kommissionen überhaupt ungenügend ist.

GR. Melcher: Die Vorlage kommt in vielen Fällen schon zu spät. Beinahe 2 Jahre hindurch haben über diese Sache Besprechungen stattgefunden, und heute kann den meisten Gewerbetreibenden durch Unterstützungen überhaupt nicht mehr geholfen werden. In Ungarn werden die heimkehrenden Krieger sofort wieder an ihre gewohnte Tätigkeit der Bebauung des Ackers schreiten, in Oesterreich wird es dagegen in dieser Beziehung viel schlimmer aussehen. Redner spricht sein Bedauern darüber aus, dass auch die Schritte, welche seinerzeit vom Bürgermeister in der Angelegenheit der Fertigstellung unvollendeter Bauten unternommen wurden seitens der Regierung nichts geschehen sei und bezeichnet ebenfalls die Zusammensetzung der Kommissionen als eine einseitige, die auch dem Werke das geschaffen werden sollte, nicht vom Vorteil sein könne. Im Uebrigen erklärt er für die Anträge stimmen zu wollen.

GR. Breuer: Alle Stände der Bevölkerung, ausgenommen die Kriegsgewinner und Kriegswucherer haben schwere Lasten zu tragen, zweifellos aber ist der Mittelstand und vor allem der Gewerbestand am schwersten betroffen worden. Der Lehrer, der öffentliche Beamte brauchen keine Sorge tragen, ob sie ihre Plätze nach Kriegsschluss frei finden werden, und sie gehen deshalb einer gesicherten Zukunft entgegen, ganz anders ist dies beim Gewerbestand, und deshalb ist es Pflicht der Gemeindeverwaltung diesen Bedrängten, auch steuerlich hochwichtigen Stände helfend beizuspringen. Wenn der Gewerbegeossenschaftsverband vom Stadtrat Hohensinner beanständet wurde, so muss darauf hingewiesen werden, dass die Vorsteher sämtlicher Genossenschaften auf Grund des Gesetzes Mitglieder desselben sind und wenn sie von der Partei des Herrn Hohensinner nichts wissen wollen, dann aber trotzdem als parteiisch bezeichnet werden, so ist dies ein arger Missgriff.

Ich bin der Meinung, dass wir hier ein Werk setzen, würdig der Gemeinde Wien, würdig aber auch des Gewerbestandes, welcher bewiesen hat, dass er nicht nur leistungsfähig ist auf technischen Gebieten, sondern auch in steuertechnischer Hinsicht. Wenn man vom Gewerbestand aber erhöhte Leistungen verlangt, muss man ihn geechterweise auch in die Lage versetzen, diese erhöhten Leistungen tragen zu können. Ich möchte das bekannte Wort umprägen, dass hinter dem Sarge der Autonomie der Gemeinden als erster Leidtragender der Staat gehen wird, in den Satz, dass hinter dem Sarge des Gewerbestandes als erster Leidtragender die staatliche Organisation gehen wird. Der Gewerbestand wird neue Kräfte sammeln und den Beweis erbringen, dass die grosse Zeit ein grosses Geschlecht auch in ihm hervorgebracht hat.

Nach dem Schlussworte des Referenten Vize-Bürgermeister Hierhammer werden seine Anträge einstimmig genehmigt, der Abänderungsantrag Hohensinner abgelehnt.

Nach weiteren Berichten des Vize-Bürgermeisters Hierhammer wird für die Ausstellung des Albrecht Dürer-Bundes ein Ehrenpreis von 300 K und dem Kleintierzucht und Schrebergartenverein "Esparsette" in Wien, XII., für das Jahr 1918 eine Subvention im Betrage von 500 K bewilligt.

Ueber Antrag des STR. Zatzka wird der Verkauf einer Parzelle im 13-Bezirke nächst der Breitenseer- und Schanzstrasse im Ausmasse von 181 m<sup>2</sup> um K 8000 genehmigt.

Nach den Berichten des Vize-Bürgermeister Hoß wird dem Verein "Kinderschutzstationen" für das Jahr 1918 eine Subvention von 110.000 Kronen und für den Betrieb der Tagesheimstätte für 100 Mädchen, XX., Salzachstrasse ein jährlicher Verköstigungsbeitrag von 30.000 Kronen gewährt.

Dem Vereine "Gartenfreunde" in Wien, XII., Wienerbergstrasse 39 wird nach dem Antrage desselben Referenten eine Subvention im Betrage von 500 K bewilligt.

GR. Aichhorn legt den Verwaltungsbericht der städtischen Kaiser Franz Josef Jubiläums-Lebens- und Rentenversicherungsanstalt für das Jahr 1916. (Angenommen).

Nach einem Antrage des V.BGM. Rain wird der Rechnungsabschluss des Brauhauses der Stadt Wien und der Oekonomie "Wallhof" vom 1. Juli 1916 bis 30. Juni 1917 genehmigt.

GR. von Steiner legt die Resolution der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien an die k.k. Regierung in Angelegenheit der Invalidenversorgung zur Beschlussfassung vor und führt aus: Die Militärversorgungsgesetze, die den berechtigten Ansprüchen der Berufsangehörigen der Armee nicht mehr entsprechen, berücksichtigen vollends in gar keiner Weise die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Kriegsinvalidität und des Heldentodes von Gagisten und Mannschaften der Reserve und des Landsturmes. Das letzte zivile Arbeitseinkommen und die darauf ruhende soziale Stellung bleiben vollkommen unbeachtet. Dieses Unrecht kann nicht bestehen bleiben. Der drohenden Gefahr einer Massenproletarisierung vorzubeugen, ist namentlich für die Interessen der städtischen und großstädtischen Bevölkerung von größter Wichtigkeit. Mit Recht ist darauf hingewiesen worden, dass angesichts des beschränkten Rekrutenkontingents erst der Krieg die unumschränkte Anwendung der allgemeinen Wehrpflicht bedeutet.

Nun sind alle wehrfähigen Staatsbürger aufgerufen, nun ist die Armee ein Volksherr. Seit Jahren vermehren wir bei jedem Wechsel der Regierung Enunziationen der neuen Regierung, bei jeder Kriegsangelegenheit Erklärungen der einzelnen Minister, dass sie die Versorgung der Invaliden und kriegshinterbliebenen Witwen und Waisen als ihre vornehmste soziale Aufgabe betrachten. Leider hören wir die Botschaft, doch fehlt die Tat. Nachdem schon Tausende und abertausende Kriegsbeschädigte oder durch Kriegsdienst arbeitsunfähig gewordene mit ungenügenden Versorgungsgenüssen entlassen worden sind, ist es daher die Pflicht des Gemeinderates, in energischer Weise zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Der Regierung und den Abgeordneten des Volkes, der Presse und überhaupt allen, die verpflichtet und berufen sind, den Willen der Gesamtheit zu erfassen und zu verwirklichen, obliegt die Pflicht, bei der unumgänglichen Reform der Militärversorgungsgesetzgebung ganz besonders auch der kriegshinterbliebenen zu gedenken und für die Sicherheit des Existenzminimums der Kriegswitwen und der Kriegswaisen das Möglichste zu tun.

Eine große Schicht, ein wertvolles, staatsershaltendes Element der Bevölkerung ist, je länger das Ringen währt, umso mehr in Mitleidenschaft gezogen: Der Mittelstand, ganz besonders die Gruppe der selbständig Erwerbstätigen des Gewerbes und Handels, der bäuerlichen Bevölkerung und der freien Berufe.

Die wirtschaftliche Existenz solcher Familien ist auf dem ununterbrochenen Arbeitsfleisse ihres Hauptes aufgebaut.

Unter diesem Gesichtspunkte müssen jetzt die Militärversorgungsgesetze reformiert werden.

Eine allgemeine Aufbesserung der Rentensätze allein genügt nicht; auch nicht die Einführung einer Kriegszulage nach deutschem Vorbilde, obwohl

diese im Interesse der Berufsangehörigen des Heeres auch für uns unbedingt notwendig ist. Zum Grundbetrage, vermehrt um die Kriegszulage, muß für die Reserve- und Landsturmeute noch eine Zusatzrente hinzukommen, die den Invaliden und den Kriegshinterbliebenen für den Verlust des zivilen Einkommens annähernd Ersatz bietet.

Jedermann weiß, daß das Wohnungsfürsorgegesetz novelliert werden muß; es geschieht jedoch nichts. Die Kriegerheimstättenbewegung stockt und eine diese Frage für ganz Oesterreich regelnde Verordnung ist bis heute nicht erschienen, während in Deutschland das Kapitalsabfindungsgesetz nebst Ausführungsbestimmungen schon im Juli 1916 alle diese Fragen ordnet. Ununterbrochen kommen neue Fälle, welche entschieden werden müssen.

Nur Wien hat die Kriegerheimstättenfrage geordnet und ist alles vorbereitet, um zeitgemäß mit dem Bauen zu beginnen.

Die Errichtung der k.k. Arbeitsvermittlung bewährt sich zwar, die Fürsorgestelle der Gemeinde Wien steht hilfreich und unterstützend den Invaliden und Kriegshinterbliebenen bei Erlangung ihrer Ansprüche zur Seite; doch ist es dringend geboten, daß die Forderung, welche seit Jahren erhoben wird, ein k.k. Invalidenamt zu errichten, welches jetzt im Rahmen des Ministeriums für soziale Fürsorge angegliedert werden könnte, endlich einmal zur Durchführung gelangt. Und dieses Invalidenamt hätte sich auf Jahrzehnte hinaus eingehend und ausschließlich mit der Frage der Kriegsbeschäftigten und Kriegshinterbliebenen zu beschäftigen.

Bei dieser Gelegenheit muß noch das Augenmerk auf ein wichtiges Thema gelenkt werden, das der Aufmerksamkeit des Ministeriums für soziale Fürsorge besonders empfohlen werden soll. Es ist das die Frage der Vermissten im Felde. Die Zahl der Militär- und auch Zivilpersonen im Gefolge der Armee, welche als vermißt galten, weil sie ihren Angehörigen durch längere Zeit keine Nachricht gegeben haben und über ihr Schicksal den zuständigen Behörden und Kommanden nichts Gewisses bekannt ist, ist außerordentlich hoch. Die Heeresverwaltung hat für die Nachforschung nach Vermissten eine Organisation im Frieden nicht vorgesehen, was ihr nicht zum Vorwurf gemacht werden kann, weil es in früheren Kriegen nur sehr wenig Vermisste gegeben hat.

Die oesterreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz hat in Erkenntnis der außerordentlichen Wichtigkeit des Problems der Vermissten, für die Nachforschung mustergiltige Einrichtungen geschaffen, welche auch von der Militärverwaltung vollinhaltlich anerkannt werden.

Was wird aber in dieser Hinsicht nach dem Friedensschluß geschehen? Abgesehen davon, daß die quälende Ungewißheit über das Schicksal eines Angehörigen unerträglich und die traurigste Sicherheit noch immer dieser Ungewißheit weit vorzuziehen ist, befinden sich unter den Vermissten viele Männer in vorgerückten Jahren, die mitten aus ihren bürgerlichen Verhältnissen herausgerissen und jetzt verschollen, eine Unmenge gelöster Beziehungen, Personen und Sachen rechtlicher Natur zurückgelassen haben, die unbedingt einer Regelung bedürfen.

Es ist daher Pflicht des Gemeinderates, insbesondere mit Rücksicht auf die große Zahl der in russischer Kriegsgefangenschaft mit Tod Abgegangen die Aufmerksamkeit des Ministeriums für soziale Fürsorge auf dieses wichtige Gebiet zu lenken und zu empfehlen, daß rechtzeitig mit der Heeresverwaltung Vereinbarungen getroffen werden, wie das Vermissten-Problem nach dem Kriege weiter behandelt werden soll und welche Kompetenz sich damit zu befassen haben wird.

Der größte Teil der Forderungen, welche heute in dieser Resolution zum Beschlusse erhoben werden sollen, ist in Deutschland bereits durchgeführt, in Ungarn besteht seit Jahren ein königl.-ungar. Invalidenamt.

Es ist daher dringend geboten, daß sich auch in Oesterreich die verantwortlichen Faktoren nicht auf Worte beschränken, sondern ihre Pflichten den Männern gegenüber, welche ihre Staatsbürgerpflicht rückhaltslos erfüllt haben, auch durch Taten beweisen.



4  
GR- Dr. Hein erklärt, dass die gestellten Anträge wärmstens zu begrüßen sind und dass die Angehörigen seiner Partei für sie stimmen werden. Die Versorgungsansätze sind geradezu lächerlich. Es ist aber die Frage ob der Staat selbst wenn er ausreichend vorsorgen will dies auch im Stande ist- Sicherlich ist, die blosser Geldversorgung für den Staat unmöglich, um die Invaliden zu befriedigen. Nach der Abrüstung wird es sich darum handeln nicht nur die Arbeit der Vollgesunden, sondern auch jene der Invaliden in die richtigen Bahnen zu lenken- Die Volkswirtschaft wird der Arbeit der Invaliden nicht entraten können.

Die Tendenz die Invaliden in ihrem früheren Berufe zu beschäftigen, ist sehr lobenswert. Es wird aber oft nicht möglich sein dass die Invaliden mit den Gesunden konkurrieren. Es wird deshalb eine Vorzugsstellung der Invaliden notwendig sein. Ein Kriegsbeschädigten Recht muss entstehen für die Invaliden muss der Uebertritt von einem Gewerbe in das andere erleichtert werden, der Befähigungsnachweis wird sich, wenn er in voller Strenge gehandhabt wird, als hinderlich erweisen-. Es müssen also Erleichterungen für die Invaliden geschaffen werden.

Sehr zu begrüßen ist ferner die Einsetzung der gemischten Kommissionen, es ist anzustreben, dass nach der Abrüstung alle die Invaliden betreffenden Angelegenheiten den Militärischen Instanzen entzogen werden und dass Leute, die im praktischen Leben stehen, die erforderlichen Entscheidungen treffen.

Wir verlangen eine öffentliche Rechnungslegung über alle gesammelten Fonds und die Verwendung derselben- Das sollte eigentlich eine Sache des Parlamentes sein, denn die Spenden sind von Zivilisten gegeben worden für das gesamte Volksheer- Die Art wie heutzutage manchmal diese Angelegenheiten behandelt werden, entspricht mir nicht ganz. Diese Paradeversammlungen, die manchmal stattfinden, und in denen ein General einen sehr wohlwollenden Vortrag hält, machen bei der Grösse dieser Sache eigentlich einen komischen Eindruck. Derartige Unternehmungen sind nichts für Jours und dergleichen, Wir müssen auch an die militärischen Behörden das Ersuchen stellen, dass sie nicht mehr Invaliden züchten, als unbedingt der Krieg erfordert, dass sie bei den Musterungen doch mit einer gewissen Reserve vorgehen. Die militärischen Behörden müssen doch einsehen, dass die wirtschaftliche Verteidigung, heute beinahe schon die militärische Verteidigung an Bedeutung überragt und da dürfen nicht Leute aus dem wirtschaftlichen Leben herausgerissen werden, um dann eine Abwehrkanone zu bedienen, wo niemals ein Fliedler hinkommt. Ich stimme den Anträgen zu und kann nur wünschen, dass die Frage der Invalidenversorgung von uns allen in jedem Geiste durchgeführt wird, welcher der grossen Aufgabe entspricht, im Geiste wahrer Menschlichkeit, aber auch im Geiste der Brüderlichkeit- Jedem Tüchtigen muss die Bahn frei gemacht werden, das sollten auch Sie bei der Gemeinde beherzigen, niemand darf aus einem anderen Grunde, als dem, dass er nicht geeignet ist, zurückgewiesen werden. Nur dann, wenn alle Kräfte entsprechend herangezogen werden, können wir die grosse Aufgabe lösen, die uns allen noch bevorsteht.

GR- Reumann: Die gegenwärtigen Invalidenrenten sind vollständig unzulänglich, das ist eine Tatsache über die sich auch die Regierung keiner Täuschung hingibt und es schreiben auch Verhandlungen mit Ungarn, von denen wir aber leider nicht wissen, ob sie auch zum Ziele führen werden. An der Regelung der Invalidenversorgung, hat auch die Gemeinde ein sehr grosses Interesse, weiß sie ja durch die Unzulänglichkeit der Renten sehr in Mitleidenschaft gezogen wird. Wenn ein Mann heute etwas mehr als 29 Kronen an Invalidenrente erhält, so muss er doch unbedingt der Armenfürsorge zur Last fallen- Ich glaube, dass wir die Forderung zur Schaffung eines ganz neuen Gesetzes über die Versorgung jener Invaliden erheben müssen, welche aus diesem Kriege hervorgegangen sind. Die uns vorgelegte Entschliessung erscheint vollkommen ungenügend- Warum soll erst ein Verlust an Arbeitsfähigkeit von mehr als 10 % entschädigt werden? Eine derartige Bestimmung könnte für die Invaliden die verderblichsten Folgen haben und die Gemeinde Wien hat auch gar keine Ursache zu sagen, dass diejenigen, welche bis zu 10 % Erwerbsfähigkeit verloren haben, keine Entschädigung bekommen sollen. Redner tritt für die Abstufung bis zu 20 %, 20 bis 49, 50 bis 75, und 75 bis 100 % ein, doch dürfte nicht die Charge massgebend sein, sondern die Rente müsse einzig und allein, nach dem Verluste an Erwerbsfähigkeit zu bemessen sein. Redner wendet sich auch dagegen, dass die Entschliessung in den mildesten Ausdrücken gehalten wurde und erklärt, die Gemeinde habe ein Recht zu fordern. Es müsste auch direkt das Gemeinderatspräsidium an das Ministerium für soziale Fürsorge herantreten und Erkundigungen einziehen, wie weit die Verhandlungen in der Frage der Invalidenversorgung mit Ungarn gediehen sind und welche Vorlage ausgearbeitet werde, sowie mit welchen Mitteln die Forderung durchgesetzt werden soll. Der Redner beantragt einen diesbezüglichen Zusatz zur Entschliessung und verweist noch darauf, dass auch die Gewerbebehörde instruiert werden müsse, damit sie den Kriegsinvaliden das grösste Entgegenkommen zuwende, damit diese in die Lage kommen ihre Existenz fristen zu können.

GR- Dr. Löwenstein: Ich bin ebenfalls der Meinung, dass das gegenwärtige Invalidengesetz nicht mehr zeitgemäss ist und dass ein vollständig neues Gesetz von neuen Grundsätzen durchdrungen geschaffen werden muss. Der Redner wendet sich dann gegen die Behauptungen des Abgeordneten Winter in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 30. Jänner, dass einzelne Personen durch die eileitriche Verhandlungen gemartert worden seien.

Dreierlei müssen wir anstreben: Die Invaliden wiederum der Familie zur rückzugeben, sie im Interesse der Volkswirtschaft wieder erwerbsfähig zu machen; zu trachten, daß durch die Versorgungsgenüsse, das Budget des Staates nicht zu stark belastet werde, weil wir ja auch dafür durch Steuern aufkommen müssen. Der Redner weist sodann auf die grosse Zahl der „Zitterer“ hin, es gibt deren ungefähr 150.000, welche durch eine 4 wöchentliche bis dreimonatliche Behandlung wieder vollkommen erwerbsfähig gemacht werden können. Der Redner nimmt sodann gegenüber den Angriffen des Reichsratsabgeordneten Winter, Oberstabsarzt Dr. Frisch und Hofrat Dr. Wagner von Jauregg in Schutz und protestiert namens der gesamten Aerzteschaft dagegen, daß die Handlungsweise der Aerzte in so unrichtigen Lichte dargestellt werden.

GR. Angeli führt aus, daß bezüglich der Entlassung von Kriegsbeschädigten kein System herrsche. Es werden Leute entlassen, welche zuhause das Elend vorfinden, weil sie selbst nicht verdienen können, und den Angehörigen der Unterhaltsbeitrag entzogen wird. Andererseits werden Leute zurückgehalten, welche aus besseren Kreisen stammen und als Aufsichtspersonen oder in sonstiger Stellung brauchbare Dienste leisten könnten. Er fordert, daß die Regierung darauf dringe, daß gewisse Anstalten und Institute, namentlich Banken und Versicherungsanstalten, Invaliden in ihre Dienste aufnehmen. (Beifall).

Die Referentenanträge werden hierauf einstimmig genehmigt, der Antrag Reumann wegen des Portfalles der 10% Entschädigung abgelehnt, seine übrigen Anträge aber genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

Ueber Antrag des STR. Schneider wird die Herstellung einer Gleisschleife in der Endstation Franzensbrückenstrasse am Praterstern mit dem Kostebetrage von 163.000 Kronen beschlossen.



27. II. 1918.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Mitzew,  
Wien, 1. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 27. Februar 1918. Nr. 56.

Verkaufsvorschriften für ungarisches Schweinefleisch. Die in letzter Zeit immer lauter werdenden Klagen aus den Kreisen der Bevölkerung über die Misstände bei der Abgabe des Fleisches jener Schweine, welche den Wiener Selchern von der städtischen Schweineübernahmestelle zum Verkaufe an die unmittelbaren Verbraucher zugewiesen werden, haben die Erlassung einer neuen Verkaufsvorschrift nötig gemacht, die am 1. März 1918 in Wirksamkeit tritt. Die wichtigsten Bestimmungen dieser auf Grund der Preistreibeiverordnung erlassenen Verkaufsvorschrift sind folgende: Die Selcher müssen, wie in der Grossmarkthalle, das ihnen zugewiesene Schweinefleisch in Kilopaketn verrichten und diese den mit der Ueberwachung betrauten Organen des Kriegswucheramtes und des Marktamtes vor Beginn des Verkaufes vorzählen; hiedurch soll verhindert werden, dass die Stammkunden der Selcher - allenfalls durch Gewährung eines höheren Preises - in bevorzugter Weise bedient werden. Um die Kontrolle zu ermöglichen, ist ein bis ins Detail geregelter Avisodienst zwischen der genannten Uebernahmestelle und den Kontrollorganen des Kriegswucheramtes eingerichtet worden. Der Verkauf des Schweinefleisches ist nur an die im Bezirke der Abgabestelle wohnenden, unmittelbaren Verbraucher - mit Ausschluss der Gast- und Schankgewerbetreibenden, Anstalten, Konsumentenorganisationen u.s.w. - gestattet und zu diesem Zwecke an die Vorweisung des Einkaufscheines gebunden; nur in der Grossmarkthalle darf an die unmittelbaren Verbraucher aller Bezirke Wiens solches Schweinefleisch abgegeben werden, jedoch ebenfalls nur gegen Vorweisung des Einkaufscheines.

Die Versorgung mit Brot und Mehl. Bürgermeister Dr. Weiskirchner richtete in der heutigen Sitzung des Herrenhauses nachstehende Interpellation an den Ministerpräsidenten: Die Bevölkerung der Stadt Wien leidet unter der ungenügenden Versorgung mit Brot und Mehl. Die Mehlquote wurde im vergangenen Monate verkürzt, das Brot wird hauptsächlich - bis zu 80 % aus Maismehl bereitet. Aber auch die Importe von Maismehl dürften nur mehr durch eine gewisse Zeit noch andauern. Die Hoffnungen der gesamten Bevölkerung waren auf den Brotfrieden gerichtet, den Graf Czernin mit der Ukraine in Brest Litowsk abgeschlossen hat. Die Bevölkerung ist nun darüber tief beunruhigt, dass die Truppen des verbündeten Deutschen Reiches den Weg in das Gebiet der Ukraine nehmen und sich der dort lagernden Getreidevorräte versichern, während anscheinend seitens unserer Monarchie bisher keine geeigneten Massnahmen getroffen wurden, um auch uns ausreichende Mengen von Getreide zu sichern und mit aller Beschleunigung herbeizuschaffen. Diese Sicherung und Herbeischaffung unentbehrlicher Lebensmittel kann billigerweise nicht als ein feindseliger Akt gegen die Republik der Ukraine aufgefasst werden, sondern erscheint als zweckmässige Realisierung des Friedensvertrages. Da nun der Herr Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus erklärt hat, dass österreichisch ungarische Truppen nicht in die Ukraine einmarschieren werden, fragen die Gefertigten an, welche anderen Massnahmen hat die Regierung vorgesehen, um im Interesse der notleidenden und geängstigten Bevölkerung den Import von Getreide aus der Ukraine zu sichern und innerhalb welcher Zeit sind solche Importe zu gewährleisten.

Verkauf von eingelagerter Geflügel. Am Ende dieser und der nächsten Woche wird von der Wild- und Produkten A.G. eingelagerter Geflügel (Hühner und Indiane) im Gesamtgewichte von rund 60.000 kg nach den Weisungen der Gemeinde Wien ausgegeben werden. Der Preis stellt sich im Detailverkaufe auf 16 Kronen per kg. Der Verkauf wurde in jedem Bezirke an einzelne Geflügelhändler übertragen, die Verkaufsstelle wird durch eigene Aufschriften ersichtlich gemacht werden.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung am 27. Februar 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen Gependet haben: Franziska Löber 8000 Kronen für eine Stiftung zu Gunsten von Schuhmachern und deren Witwen; die Administration der Neuen Freien Presse 3030 Kronen, darunter 3000 Kronen von Alois Lemberger für Arme; der Wohltäter Wilhelm 3000 Kronen für arme Schulkinder des 10. Bezirkes; Johanna Holly 3000 Kronen für Arme; Ferdinand Pierer 1500 Kronen für Arme des 14. Bezirkes; Albin Gehrig letztwillig 1000 Kronen für Arme des 17. Bezirkes; W.E. Kiensat 500 Kronen für eine Waisenstiftung; Johann Fürst zu Schwarzenberg 500 Kronen; Fürst zu Fürstenberg 200 Kronen; die Ankerbrotfabrik 100 Kronen anlässlich der Mitleistungen der Feuerwehr; anlässlich Ziviltrauungen: Kaiserl. Rat Schweinburg und Johann Klinckhoff je 200 Kronen, Emil Eisenstädter 100 Kronen; Ludwig Baumgartner 100 Kronen für die Armen von Penzing; das Stift Schotten 1200 Portionen Wein und 120 Kronen, Hugu Scholz 250 Kronen beide für das Versorgungshaus.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe es für meine Pflicht erachtet, für die heutige Gemeinderatsitzung über die Lage unserer Kriegsgefangenen in Russland an zuständiger Stelle Auskünfte einzuholen. Die Wiener Bevölkerung ist tief beunruhigt über die Vorgänge in Russland und hat grosse Sorge um die Kriegsgefangenen. GR. Handerek hat Ende des Vorjahres eine Interpellation überreicht die ich aber damals nicht zur Verlesung gebracht, sondern unmittelbar dem Minister des Aeussern übersendet habe. Die Erklärung des Ministers des Aeussern, dass unsere Kriegsgefangenen frei sind, hat anfänglich Begeisterung in der Bevölkerung ausgekost, dann aber Beunruhigung wegen der Ungewissheit hervorgerufen. Insbesondere nachdem die Zeitungsnachrichten sehr auseinander gingen und kein klarer Einblick in die wahren Verhältnisse möglich war. Ich habe mich daher vor einigen Tagen an den Freiherren von Slatin gewendet mit dem Ersuchen, mit genauer Nachrichten zukommen zu lassen. Diese lauten:

Die österreichisch ungarische Kommission in Petersburg, welche aus Vertretern des Kriegsministeriums und des Roten Kreuzes zusammengesetzt war und während der Brest Litowsker Verhandlungen über den Austausch der Kriegsgefangenen und Zivilinternierten mit den Delegierten der Bolschewikiregierung verhandelte, drängte darauf, über die Verhältnisse der Kriegsgefangenen eine möglichst genau umschriebene Entscheidung der russischen Regierung zu erhalten. Diese Entscheidung wurde dahin getroffen, dass die Kriegsgefangenen in den ihnen zugewiesenen Lagern und Ubikationen bis auf weiteres verbleiben, dort gepflegt und nach Friedensschluss in ihre Heimat befördert werden. Eine grosse Zahl von Gefangenen, welche nicht unter strenger Aufsicht oder militärischer Bewachung standen, so besonders die als Feldarbeiter verwendeten Gefangenen, haben die Gelegenheit der Unruhen zum Entkommen benützt und sind meist ungehindert durch die militärische Front herüber-

gekommen. Ihre Zahl soll sich auf ca. 60.000 belaufen und sind von unseren und den deutschen Truppen aufgenommen worden. Sie werden nach Durchführung einer gewissen Quarantaine weiterbefördert werden. Die noch in Russland zurückgehaltenen Gefangenen sind vorläufig in den ihnen zugewiesenen Lagern, werden von der Regierung gepflegt und harren des Austausches, über dessen Durchführung die genauen Bedingungen und Modalitäten im Friedensvertrage festgesetzt werden. Vor allem muss hervorgehoben werden, dass bisher keinerlei Klagen über grausames Vorgehen der Bolschewikiregierung und ihre Truppen gegen unsere Gefangenen vernommen wurden. Die rote Garde und die sich ihr anschliessenden Banden, welche das Land durchziehen verüben Gewalttätigkeiten nur gegen ihre politischen Gegner, die bürgerlichen Kreise.

Was die Verpflegung der Gefangenen anbelangt, so kann man auch hierüber beruhigt sein. Die österreichisch ungarische Regierung widmet monatlich einen Betrag von 5 Millionen Rubel, welcher der Schutzmacht Dänemark übergeben wird, und welche diesen Betrag zur Anschaffung von Lebensmitteln oder zur Beteiligung mit Barbeträgen verwendet. Der Hilfsdienst ist ausgezeichnet durch Dänemark organisiert. 20 Delegierte amtieren in den 20 Distrikten, denen viele Hilfskräfte zur Verfügung stehen und welche wieder mit den einzelnen Lagerkommissionen stets in Verbindung sind. Die Lagerkommissionen sind aus Offizieren und Mannschaften gemischt zusammengesetzt, so dass eine gleichmässige Behandlung von Mann und Offizier gewährleistet ist. In den grösseren Stationen sind Labestationen eingerichtet. Die Lebensmittelbeschaffung erfolgt sowohl in Russland selbst, als auch aus China und Japan für die im weiten Osten gelegenen Gebiete. Am schwierigsten gestaltet sich die Lebensmittelbeschaffung im zentralen Russland, wegen des Mangels der Transportmittel. Für die Rückbeförderung der Gefangenen wird bei den Friedensverhandlungen darauf Bedacht genommen werden, dass Invalide und Kranke in erster Linie zum Austausch gebracht werden, dann jene, welche schon lange in Gefangenschaft stehen und dann alle übrigen. Die Rückbeförderung wird unter Aufsicht des Roten Kreuzes stattfinden. Gegenwärtig sind alle Gefangenenlager in Russland von Seuchen frei. Besonders und rühmend hervorzuheben verdient die ausserordentlich fürsorgliche Tätigkeit für unsere Kriegsgefangenen der Organe unserer Schutzmacht in Russland, des Königreiches Dänemark und allen voran die des dänischen Gesandten in Petersburg. Unser Kriegsministerium mit der ihm unterstellten Auskunftstelle für Kriegsgefangene ist eifrigst bemüht, gemeinsam mit der dänischen Regierung alles wahrzunehmen, was das Wohl und Wehe unserer Kriegsgefangenen berührt und diese Tätigkeit wird eifrigst fortgesetzt, bis die Aufbauaktion vollendet ist.

Ich kann nur den heissen Wunsch nicht nur des Wiener Gemeinderates sondern der ganzen Bevölkerung Ausdruck geben, dass unsere Söhne und Brüder, die schon Jahre lang in der Kriegsgefangenschaft schmachten bald der heimatlichen Scholle und ihren Angehörigen zurückgegeben werden. ( Lebhaftige Zustimmung )

Der Bürgermeister teilt dann mit, dass er die am 16. Jänner vom Gemeinderate beschlossene Resolution bezüglich Herabsetzung der Mehlquote den beteiligten Ministern zugesendet habe und einer Minister Höfer, habe am 31. Jänner in einer Zuschrift die Resolution beantwortet.



In der Zuschrift heisst es, dass die dauernde Deckung der vollen Quote nicht möglich war und dass der Minister es für weniger bedenklich gehalten habe, die Quoten rechtzeitig herabzusetzen, als Gefahr zu laufen, dass in absehbarer Zeit Mahlprodukte überhaupt nur in ganz unzureichendem Masse verteilt werden könnten. Der Minister zählt sodann die Massnahmen auf, welche vom Ministerium bereits durchgeführt wurden. Der Bürgermeister bemerkt hierzu, dass die Sachlage sich in der Zwischenzeit wesentlich verschlechtert habe.

Der Bürgermeister benützt die Gelegenheit um den scheidenden Minister für seinen guten Willen und seine Arbeitsmühe den Dank auszusprechen. Er habe wiederholt Gelegenheit gehabt, mit Minister Höfer zu sprechen, an seinem guten Willen dürfe absolut nicht gezweifelt werden.

Bürgermeister Weiskirchner bringt sodann noch folgendes zu Kenntnis: Sowohl Stadtrat als auch Obmännerkonferenz erkannten bereits im November des Vorjahres die Gefahr einer Kürzung der Kopfquote an Brot und Mehl und haben die Regierung rechtzeitig auf diese Erscheinung aufmerksam gemacht. Bereits in den Jahren 1915 und 1916 wurde immer wieder die Forderung erhoben, dass die Gemeinde einen eisernen Vorrat zur Verfügung stelle.

Nun drohte in der vergangenen Woche allerdings nicht die Gefahr einer Verordnung, sondern tatsächlich die Gefahr einer Kürzung der Brotquote und in den letzten Tagen gelang es der Kriegs-Getreide-Verkehrs-Anstalt nur mit dem Aufgebot aller Kräfte und unter teilweiser Verwendung von Kochmehl und zu Mehl vermahlener Rollgerste den Mehlbedarf für die Broterzeugung von einem Tag auf den andern sicherzustellen. (Rufe: Unerhört!) Dieser Zustand ist unhaltbar und unerträglich, (Lebhafte Zustimmung) Weil die Versorgung einer Bevölkerung von 2 Millionen Menschen nicht auf den Zufall rechtzeitig oder verspätet einlangender Getreidetransporte bestellt werden kann. Die systematischen Beruhigungsversuche, die gewisse Schönfärbereien die wir von Zeit zu Zeit in den Zeitungen lesen, sind wertlos, sie dienen nur dazu, die Bevölkerung zu beruhigen. Es steht vielmehr außer allem Zweifel, dass das staatliche Getreideregime infolge der verhängnisvollen Fehler und Irrtümer im Aufbringungsdienste vollständig zusammengebrochen ist. Ueber das Tor der Kriegs-Getreide-Verkehrs-Anstalt könnte ruhig geschrieben werden „Bankrott“. Emsomehr ist es zu bedauern, dass das Volksernährungsamt gegenüber allen Parteien des Wiener Gemeinderates einmütig aufgestellten Forderungen taub geblieben ist. Während Niederösterreich seiner Abgabepflicht in vollem Umfange nachgekommen ist, sind die Sudetenländer aus Aktivposten in der Getreideaufbringung Passivposten geworden und da trotz aller Versprechungen Ungarns in der Anlieferung von Edelgetreide überaus säumig ist (Rufe: hört!) passiert derzeit die Brotmehlversorgung fast ausschliesslich auf den Maizuschüben aus Rumänien (Rufe: Hört welche unter erheblichen Schwierigkeiten heraufgebracht werden.

Wie mir von berufener Stelle mitgeteilt wurde, sind auch die Maizbezüge aus Rumänien nurmehr für einen relativ kurzen Zeitraum sichergestellt und es bleibt zur Vermittlung des Ueberganges bis zur neuen Ernte nur die Erfassung und Aufbringung der in der Ukraine gelagerten Getreidevorräte (neuerliche Hört Hört - Rufe) als ich an der Spitze des Wiener Gemeinderates den Grafen Czernin am Wiener Nordbahnhofe bei seiner Ankunft aus West Litows zu begrüßen Gelegenheit hatte, da konnte ich ihn wohl bezeichnend als den Bringer des von der Wiener Bevölkerung heiss ersehnten Brotfriedens bezeichnen. Nun bin ich wohl genötigt, darauf hinzuweisen, dass die österreichische Regierung die Bedeutung dieses Brotfriedens im Interesse der hungerrnden Wiener Bevölkerung doch nicht voll erfasst hat. (Rufe: Die hat nicht dürfen) Während die Truppen des verbündeten Deutschen Reiches ohne

jeße feindselige Absicht gegen die selbstständige Republik Ukraine in das Land marschieren, um die dort lagernden Getreidevorräte zu sichern, und nach Deutschland zu schaffen, hat der österreichische Ministerpräsident erklärt, dass unsere Truppen die Front nicht verlassen und nicht zu dem gleichen Zwecke in die Ukraine einmarschieren würden. (Stürmische Pfuihufe) Ich weiss nun nicht, welche anderen Massregeln die österreichische Regierung ergriffen hat, um das so notwendige Getreide in der Ukraine zu sichern und herauszubringen. Aber ich habe mir erlaubt, im Herrenhause eine solche Anfrage an die Regierung zu richten. (Stürmische Bravo Rufe) Ich gewärtige, dass die Bevölkerung Wiens eine beruhigende Antwort erhalten wird, denn wir haben nichts schön zu färben, wir müssen den Verhältnissen klar entgegensehen und unsere Bevölkerung muss die volle Wahrheit erfahren. (Lebhafter Beifall) Wenn die Verhältnisse so weiter fortgehen, sind wir nicht imstande, durchzuhalten. Die österreichische Regierung muss wieder Vertreter nach Berlin senden, um Hilfe für die Wiener Bevölkerung zu erbitten. (Rufe: Wer ist schuld daran) Ich glaube daher wohl, dass ich namens aller Kollegen des Wiener Gemeinderates an die Regierung die mahnende Forderung richten muss, alles daran zu setzen, damit die Getreidevorräte, die auch dem Friedensvertrag für uns bestimmt sind, in der Ukraine erfasst und mit möglichster Beschleunigung hergebracht werden.

Ich muss aber schon sagen, dass mich die Zeitungsnachrichten die ich heute lesen konnte, sehr peinlich überrascht haben. Die Wiener Gemeindevertretung fordert seit langer Zeit die Errichtung eines eigenen Ernährungsministeriums mit einem Minister an der Spitze der beiden Häuser des Reichsrates verantwortlich ist. Jetzt soll aber wieder ein Hofrat an die Spitze des Amtes kommen (Hört Hört Rufe) er soll wider dem Ministerpräsidenten unterstellt werden. Wollen wir denn eine zweite

wir denn eine zweite Auflage der Episode Kochstein erliegen, ich glaube wir müssen heute an den Ministerpräsidenten die Forderung richten, das Ernährungsamt nicht als Experimentierfeld zu betrachten. Dieses braucht ein strenges Strafenregime. Wir müssen einen Mann an der Spitze haben, der auch mit jenen Machtmitteln ausgestattet wird, um die Aufbringung zu gewährleisten und die gerechte Verteilung zu sichern. Mit dieser Mahnung an den Ministerpräsidenten will ich meine Ausführungen schliessen. (Lebhafter andauernder Beifall).

GR. Leitner verliest den Einlauf:

GR. Dr. von Schwarz-Hiller interpellierte über die Beschlagsnahme zweier Hotels im Bezirke Leopoldstadt für militärische Zwecke.

In derselben Angelegenheit stellt auch GR. Schöffler eine Anfrage.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner weist in seiner Erwiderung darauf hin, dass er bereits mehrmals dem Kriegsminister eingehend die Verhältnisse auf diesem Gebiete geschildert habe und dass er ihn auch im Finanzausschusse der Delegation auf diesen Gegenstand aufmerksam gemacht habe. Leider seien die Versprechungen nicht im vollen Masse in Erfüllung gegangen und er werde deshalb neuerlich an den Kriegsminister mit der bestimmten Forderung herantreten, die militärischen Büros auf Kosten der Hotels aber auch auf Kosten der Geschäftleute in der Umgebung dieser Hotels zu vermehren. Er wisse auch nicht, ob nicht bei einer besseren Geschäftseinteilung mit geringerem Personal und weniger Amtsräumen das Auslangen gefunden werden könne.

GR. Schöffler fragt ob der Bürgermeister den berechtigten Wünschen der Grünwaren- und Obsthändler auf Aufhebung der Geos entsprechen will

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt in seiner Antwort, wenn je eine Zentralstelle den Befähigungsnachweis ihrer vollsten Unfähigkeit erbracht habe, so sei dies die Geos (Zustimmung). Wir haben jedes Vertrauen in diese Zentralstelle verloren und wir können nur mit den Marktleuten, deren Klagen mir sehr gut bekannt sind und denen ich immer ein aufrichtiger Freund und Beschützer war, in den Ruf einstimmen: Hinweg mit der Geos! (Lebhafter Beifall)

GR. Rötter fragt, ob der Bürgermeister bei der Regierung vorstellig werden will, damit diese die nötigen Verfügungen auf unverzügliche Heimbeförderung der galizischen Flüchtlinge treffe.

Der Bürgermeister versichert, er werde nicht ermüden und ermahnen, den Minister des Innern an seine Pflicht zu erinnern, endlich die Repatriierung der Flüchtlinge durchzuführen.

GR. Dr. von Schwarz-Hiller weist darauf hin, dass durch die kaiserliche Verordnung vom 19. März 1916 die Forderungen für Lieferungen und Arbeiten oder sonstige Leistungen in 3 Jahren verjähren. Er fragt, ob der Bürgermeister bei der Justizverwaltung vorstellig werden wolle, dass eine Anpassung dieser Verordnung an die Kriegs- und Uebergangswirtschaft herbeigeführt werde.

Der Bürgermeister erklärt, er werde diese Anfrage in der nächsten Sitzung des Gemeinderates beantworten.

GR. Dr. Hein protestiert in einer Anfrage dagegen, dass nach den Wünschen der Agrarier das Amt für Volksernährung seiner Selbstständigkeit beraubt und zu einer blossen Sektion des Ministerrats Präsidiums herabgedrückt werde.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass diese Anfrage bereits mit seinen Ausführungen zu Beginn der Sitzung erledigt erscheine.

GR. Gussenbauer stellt folgende Anfrage: In den letzten Tagen war der 21. Bezirk der Schauplatz von Bussert unerquicklichen Szenen. Während verschiedentlich im Bezirke Brotverkäufer ihre Geschäfte mangels an Brotmehl gesperrt halten mussten und im Ubrigen sich die Bevölkerung schon seit längerer Zeit von Maismehl bei der Broterzeugung zufrieden geben muss, wurden in den letzten Tagen ganze Wagenladungen von Weizenmehl an einige Betriebe des 21. Bezirkes zur Herstellung von Mazzoth oder Mazzes von der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt beigelegt. Die mit Weizenmehl beladenen Wagen fuhren unter polizeilicher Assistenz zu den Erzeugungsstellen und es ist nicht verwunderlich, dass eine immer grösser werdende Menge von Frauen sich vor diesen Betrieben ansammelte und in mehr als stürmischer Weise die Herausgabe des für die Mazzothherzeugung erforderlichen Mehles verlangte. Erst dem wiederholten Einschreiten der Polizei gelang es, die Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Bei aller Toleranz gegenüber den rituellen Gebräuchen Andersgläubiger muss die Verwendung von feinem Weizenmehl zur Mazzesherzeugung in dieser schweren Zeit der Brotnot direkt als eine Aufreizung bezeichnet werden und ist die Verbitterung des ganzen Teiles der Bevölkerung, der nur unter den erheblichen Schwierigkeiten sich in den Besitz von reinem Weizenbrot setzen kann, nur zu begreiflich.

Ich glaube, dass der beinahe vierjährige Weltkrieg mit allen seinen Entbehrungen und Enttäuschungen auch bei dem jüdischen Teile unserer Bevölkerung die Erkenntnis reifen lassen musste, dass bei aller Achtung religiöser Gebräuche gewisse Einschränkungen welche den Interessen der Gesamtheit dienen, am Platze wären. Es wird gefragt: Was gedenkt der Bürgermeister zu tun, um derartigen, die Bevölkerung aufreizenden Gebräuchen, welche in der Kriegszeit nicht gerechtfertigt sind, entgegenzutreten?



3  
Bürgermeister erwidert: Ich habe schon in der Vorwoche von diesen Vorfälle im 21. Bezirk gehört und es hat mich interessiert zu erfahren, wer dieses Weizenmehl bewilligt hat. Ich habe nunmehr die Antwort durch die Statthalterei erhalten, dass die Erzeugung des Mazzes vom Ante für Volksernährung bewilligt worden ist und die Bereitstellung des Mehles über direkten Auftrag dieses Amtes durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt erfolgt. Die Abgabe des Mazzes an den Konsum wird nur gegen Abtrennung der entsprechenden Brotkartenabschnitte stattfinden; die Mazzesbezieher bleiben während der jüdischen Feiertage vom anderweitigen Bezuge von Brot und Mehlprodukten ausgeschlossen.

Der Bürgermeister erklärt, er habe sich auch sonst noch erkundigt und in Erfahrung gebracht, dass das Ernährungsamt anlässlich der jüdischen Osterfeiertage für ganz Cesterreich 100 Waggons Weizenmehl aus einer Budapest Mühle freigegeben hat, hiervon sind 16 Waggons für den Bedarf der Wiener Israeliten bestimmt. Das aus Weizenmehl herzustellende Mazze wird durch 9 Tage und zwar in der Zeit vom 27. März bis 4. April genossen. Im Einvernehmen mit dem Ernährungsamt wird die Wiener israelitische Kulturgemeinde während dieser 9 Tage den normalen Bezug von Brot und Mehl um 39 Markenabschnitte à 50 Gramm Mehl pro Person kürzen. Es ist Vorsorge getroffen, dass der Bezug von Brot und Mehl während dieser Zeit in der normalen Brot- und Mehlverkaufsstelle unmöglich gemacht wird. Es wird auch mitgeteilt, dass während der 9 Tage pro Kopf ca. 1000 Gramm Mazzes abgegeben werde, wodurch eine Ersparung von 950 Gramm Mehl pro Kopf während der 9tägigen Periode eintritt, was eine Gesamtersparung von 7½ Waggons Mehl ergeben soll.

Ich stehe nicht an, zu erklären, dass, wenn auch das Mehl für die Mazzeserzeugung aus Ungarn bezogen wird, uns sich gegenüber der normalen Verbrauchsquote an Mehl Ersparungen ergeben, dennoch im 4. Kriegsjahre die Verwendung von reinem Weizenmehl für die Mazzeserzeugung auf die breiten Massen der Bevölkerung, welche nur Brot in unzulänglichem Masse und zu 80 % mit Maismehlzusatz erhalten, eine Deunruhigung hervorrufen muss und dass die ganze Verantwortung für etwaige Störungen der Ruhe und Ordnung von der Polizei beziehungsweise von der Statthalterei getragen werden muss.

Die Verlesung und die Beantwortung dieser Anfrage wird von der Mehrheit mit stürmischen Unwillenskundgebungen und Prötestrufen begleitet. Mehrere Gemeinderäte rufen: Wir Christen dürfen nicht einmal zu Allerheiligen Kerzen brennen.

GR. Müller: Herr Bürgermeister, wird das Morgen in den Judenblättern stehen, es wäre nämlich wünschenswert, dass auch diese Kreise orientiert werden.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VBGM. Hoss legt die bekannten Anträge auf Beitritt der Gemeinde Wien zu der zu gründenden Grossschlachtungs-Gesellschaft G.m.b.H. mit einer Stammeinlage von 100.000 Kronen vor und fügt seinem Berichte bei: „Es ist heute schon vom Bürgermeister der Friedensschluss um der Ukraine erwähnt worden. Wir hören, dass dort Lebensmittel namentlich Getreide und Fleisch in grossen Mengen vorhanden sind. Was wäre daher natürlicher als unter allen Umständen zu greifen, damit wir uns diese Vorräte sichern. Unsere Soldaten haben 3½ Jahre unter den ärgsten Verhältnissen Krieg geführt und jetzt, wo es sich blos darum handelt Brot für ihre Familien, für ihre Frauen und Kindern zu sichern und hereinzubringen, nimmt man auf einmal Anstoss daran, sie dort ruhig einmarschieren zu lassen.“

GR. Müller: Die Deutschen führen das Getreide ja schon aus.

VBGM. Hoss: Unsere Soldaten sollen ja dort nicht mehr Krieg führen, sondern nur die Grenzen zwischen Gross-Russland und der Ukraine sichern, aber auch das darf nicht geschehen. (zahlreiche Zwischenrufe „Man weiss schon warum“). Wir aber bestehen darauf, und verlangen, dass von dort endlich auch für uns Lebensmittel eingeführt werden. Unsere Soldaten werden durch die Vorgänge im Hinterland und im Parlament nur irreführt und ich kann mir nicht denken, dass Männer wie Sie, die so viel ausgehalten haben, jetzt, wo es sich um das Letzte Durchhalten handelt, sich weigern sollten, vorzugehen. Endlich verlangt auch der Referent die Ausgestaltung des Volksernährungsamtes zu einem selbstständigen Ministerium.

VBGM. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. Stein: Der Referent hat zu Beginn erklärt, dass es sich um eine zentrale Bewirtschaftung des Fleisches handelt, eines Artikels, der uns in den letzten Monaten noch in halbwegs erträglichem Ausmasse übrig geblieben war. Als nun bekannt wurde, dass auch das Fleisch zentral bewirtschaftet werden sollte, war es ebenso verschwunden, wie vorher alle anderen Artikel und sofort hat der schon bekannte Schleichhandel zu den unerschwinglichen Preisen eingesetzt. Es genügt ja heute der bloße Name „Zentrale“, um in der Bevölkerung Gefühle von Wut und Hass auszulösen. Ist ja doch die Wirtschaft der Zentralen eine der traurigsten Erscheinungen dieses Krieges. Trotzdem soll wieder eine Zentrale errichtet werden und diesmal ist es die Gemeinde, die man dazu zwingt, hilfreiche Hand dabei zu bieten. Man beruft sich darauf, dass die Zustimmung der Fleischhauer hierzu einstimmig erfolgt sei in Wirklichkeit sind aber 90 % von ihnen dagegen, weil sie nicht wollen dass sie wie blosser Fleischhändler degradiert werden. Ich erkläre, dass ich im wohlverstandenen Interesse der bürgerlichen Gesellschaft niemals meine Hand zu solchen Anträgen bieten werde und verlange, um den Fleischhauern Gelegenheit zu geben, in einer neuerlichen Abstimmung ihre wirklichen Ansichten zum Ausdruck zu bringen, den Antrag auf Vertagung zu betrachten.

Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt.

GR. Eder: Die Schaffung der neuen Zentrale der Grossschlachtungs-Gesellschaft ist gewiss ein Eingriff in die Gewerberechte der Fleischhauer. Nicht bloss 90 sondern 100 % der Fleischhauer sind gegen die Errichtung der Grossschlachtungs-Gesellschaft, aber unter dem Zwange der Verhältnisse und in der Befürchtung, dass eine Grossschlachtungs-Gesellschaft ohne Fleischhauer, haben die Fleischhauer einstimmig der Gründung der Grossschlachtungs-Gesellschaft zugestimmt. In dieser Zentrale werden zum Unterschied von allen anderen Zentralen auch Fachleute sitzen und ein mächtiges Wort dreinzureden haben. Auf diese Errungenschaft ist die Genossenschaft stolz. Unter den 24. Aufsichtsräten befinden sich 12 Fleischhauer, unter den vielen Geschäftsführern 3 Fleischhauer. Die derzeitige Fleischnot in Wien hat folgende Ursache: In Ungarn wurde eine Zentrale für die Aufbringung des Viehes geschaffen. Der freie Einkauf in Ungarn, durch Wiener Fleischhauer hat aufgehört. Während früher monatlich ungefähr 10.000 Rinder aus Ungarn nach Wien kamen, kommen jetzt nur mehr 3000 und weiter 100 aus Kroatien. Aber auch die Qualität der Rinder hat sich bedeutend verschlechtert, weil die Fleischhauer einen Stolz darsin setzen, und ein Interesse daran hatten, Rinder besserer Qualität nach Wien zu bringen. Der Preis der früher K 7.50 per kg Lebendgewicht für Qualitätsvieh betrug,

stellt sich jetzt auf K 9.- für minderwertiges Vieh, das heisst das Fleischverteuert sich mindestens um K 3.- per kg. Infolge der Sendung dieses minderwertigen Viehes ist auch die Fleischausbeute sehr gering, es verringert sich also auch dadurch die Quantität. Ich glaube auch nicht, dass durch die Zentralschlachtung eine Ersparung an Spesen herbeigeführt werden wird. Auch eine bessere Verwendung der Nebenprodukte ist ausgeschlossen, denn die Wiener Fleischhauer wussten ja schon bisher Haut und Fett zu festgesetzten Preisen abliefern. Diese Preise sind so niedrig, dass die Fleischhauer sie beim Verkaufe des Fleisches einkalkulieren mussten, so dass dieses auch dadurch in die Höhe stieg. In der letzten Zeit hat sich auch die Gewohnheit eingebürgert, dass aus den Kronländern, insbesondere aus Böhmen kein Vieh sondern nur mehr Fleisch nach Wien geschickt wird. Abgesehen davon dass dieses Fleisch sehr minderwertig ist, entgehen uns durch diesen Vorgang auch die Nebenprodukte insbesondere Fett und Innereien.

Redner erklärt, die Fleischhauer hätten dechalt der Einführung der Grossschlachten nicht zugestimmt, weil sie der Ueberzeugung seien, dass diese Institution nur für den Krieg geschaffen sei und weil die Fleischhauer dadurch den richtigen Einfluss bekommen, ja befürchtet worden sei, dass man die Grossschlachtungs-Gesellschaft ohne den Fleischhauerstand mache. Es sei ein Unterschied zwischen den Zentralen, in denen Leute sitzen, die keine Ahnung vom Fache haben und solchen Zentralen, wo ausgesprochene Fachleute sitzen. Redner betont, dass die Fleischhauer das lebhafteste Interesse daran hätten, dass für die konsumierende Bevölkerung etwas rechtes geschaffen werde und um dies zu erreichen, seien sie an die Gemeinde Wien herantreten, die, wie der Referent richtig betont habe, das Zünglein an der Waage bilden sollte, da die andere Hälfte



NE. Auf dem zweiten Bogen 1. Spalte, 3. Zeile von unten ist in dem Satze „im Interesse der hungernden Wiener Bevölkerung doch nicht voll erfasst hat“ das Wort „hungernden“ auf Veranlassung der Saatsanwaltschaft zu streichen.

der Einrichtung direkt agrarisch sei. Redner bittet zum Schlusse, dass die Vertreter der Gemeinde bei den Beratungen dafür eintreten, dass Fleischhausern, welche zwei Geschäfte besitzen, gestotet werde, unter strengster Kontrolle zweierlei Fleisch zu führen, da ja auch bei der Grossschlächtereialle Gattungen verkauft werden. Weiters richtet er an das Präsidium der Wiener Fleischhauer die Bitte, sich in dieser schweren Zeit, wo es sich um die Existenz eines Jahr- hunderte bestehenden Gewerbes handle, seinen Stand tatkräftigst zu unterstützen, damit nicht das eintrete, was von gewisser Seite behauptet werde, dass die Wiener Fleischhauer von der Oberfläche verschwinden. Er versichert, dass mit der vorliegenden Schöpfung eine Zentrale geschaffen werden solle, an der man zum Unterschied von anderen Zentralen, nichts aussetzen können wird (lebhafter Beifall)

GR- Reumann erklärt, er könne den Optimismus den die Ausführungen des GR- Eder gezeigt haben, nicht in allem teilen. Der freie Handel hätte unter den gegenwärtigen Umständen gerade so vor der Fleischnot kapitulieren müssen. Die Christlich Sozialdemokraten stehen deshalb auf dem Standpunkte, dass eine ganze Reihe von Lebensmitteln die zentrale Bewirtschaftung geradezu erfordern und er sei der Ansicht, dass auch die Viehverwertungsstelle nicht nur auf Kriegsdauer, sondern auch für die Zeit nach dem Kriege geschaffen sei. Deshalb sei es auch notwendig, dass sich die Gemeinde materiell an der Grossschlachtung beteilige, damit der Einfluss der Gemeinde Wien für alle Zeiten aufrecht erhalten bleibe. Redner weist darauf hin, dass es grosse Aufgaben zu lösen gelte, -- vor allem müsse an den Abbau der Preise gedacht werden. Wir müssen ein Veto dagegen einlegen, dass nur Fleisch aus den Kronländern nach Wien kommt. Wenn die Zentralisierung gut durchgeführt wird und wenn die Organisation ausgestaltet wird, dann ist zu erwarten, dass sie ein Segen für die Bevölkerung und für das Gewerbe bedeuten wird. Wir müssen aber, wenn die Verhältnisse wieder normal sein werden, trachten, uns insbesondere von Ungarn unabhängig machen, namentlich hinsichtlich des Bezuges von Schweinen. Die Bukowina produziert sehr viele Schweine und die allgemeine Behauptung, dass dort Säuchen grassieren, ist in der Form sicherlich unrichtig. Der Referent hat auch einige Worte über den Feldzug in der Ukraine gesprochen. Ich möchte dringend davor warnen, der Bevölkerung zu sagen, dass riesige Vorräte in der Ukraine lagern, die dem Consum zugeführt werden können, wodurch eine augenblickliche Besserung herbeigeführt werden kann. Wir haben schon einmal die bittersten Erfahrungen mit Vorräten gemacht, die nicht in unseren Händen sind. Die erste Notwendigkeit für die Bevölkerung ist der Frieden. Wir haben einen Verteidigungskrieg geführt und dürfen keinesfalls uns in den Verdacht bringen lassen, dass wir Annexionen anstreben. (Lebhafte Zwischenrufe: das wollen wir auch gar nicht) Der Einmarsch in die Ukraine kann verderbliche Folgen für die Schlussverhandlungen, für die Schliessung eines allgemeinen Friedens haben. Wir stellen für die Ukraine nicht einen Mann zur Verfügung (Zwischenruf: Wir wollen keinen Feldzug gegen die Ukraine) Wenn Vöglger erklärt, er sei über-

zeugt, dass die Soldaten bei einem an die gerichteten Aufrufe freiwillig in die Ukraine einmarschieren, dann sage ich, er kennt nicht die Stimmung, (unter den Soldaten herrscht nur eine Stimme: „Nach-Haus“) (Lebhafter Widerspruch, Stimmen Sie für das Budget?)

GR- David: Keinen Heller für das Kriegsbudget) Wir wollen uns glücklich schätzen, wenn wir mit Rußland solche Vereinbarungen treffen, welche es ermöglichen, dass die russ- Bodenprodukte uns wirklich zugeführt werden, wir wollen ein freundschaftliches Verhältnis mit Rußland und alles verhindern, dass es gestört wird. Die Gemeinde Wien hat alle Ursache, auf denselben Standpunkt zu stehen, wie wir und alles zu verhindern, was den allgemeinen Frieden verschleppen könnte. Wir bedauern daher, dass solche Worte vom Referententisch aus gefallen sind.

Die Schlussworte des Redners wurden von zahlreichen Zwischenrufen begleitet und es herrschte während derselben eine grosse Unruhe im Saale.

GR. Bielohlawek erklärt, dass die Fleischhauer einstimmig der Grossschlachtung zugestimmt haben, wäre die Angelegenheit eigentlich erledigt, man könne nichts anderes tun, als dafür stimmen, weil ja die interessierten Kreise selbst dafür gestimmt haben. Der Redner wendet sich dann den Ausführungen des GR- Räumann zu und bemerkt: Ich weiss nicht ob auf der Gallerie ein Ententespion sitzt, aber wenn, so muss ihm das Herz im Laibe vor Freude sitzen. Es wird heute so über die Teuerung geklagt, wenn man aber in Wien und anderswo so leben könnte wie im Frieden dann könnte der Krieg vielleicht 30 Jahre dauern. Im Jahre 1911, da hat das kg Rindfleisch K 1.20 gekostet und die Fenster wurden eingehaut wegen der wahnsinnigen Teuerung. Glauben die Sozialdemokraten dass noch einmal im Leben die Zeit kommt, wo das kg Rindfleisch um K 1.20 zu haben ist? Das sei eine Folge der Hetze gewesen, die fortwährend gegen die Produzierenden Stände entfacht wurde. Die Sozialdemokraten haben bisher nichts anderes gemacht, als die Arbeitgeber gegen die Arbeitnehmer aufgehetzt und wenn man heute so viel von der Revolution spricht, so muss man sich fragen, wo sind denn die Folgen der Revolution? Was hat denn die französische Revolution erreicht, sie hat die Menschheit in die Hände einer organisierten Advokaten Diebslique gebracht. Die Milliardenrepublik Amerika hat ebenfalls nicht einen Funken Gefühl für die Arbeiterschaft und jetzt kommt man mit einem neuen System daher, das aber Gott sei Dank jämmerlich verkracht ist. Eigentlich sollten wir eine Dankeskundgebung an die Bolschewiki senden, denn je jetzt hat die Welt gesehen, wie das eigentlich ausschaut, was man mit Freiheit Gleichheit und Brüderlichkeit bezeichnet. Eine solche Demokratie soll vielleicht beiden Mittelmächten Platz greifen. Ich glaube dass jetzt schon dem borniertesten Arbeiter die Augen aufgehen. Wenn heute so gegen den Einmarsch in die Ukraine gewettert wird, so ist dies nur der Zorn weil die ganze Sache so verkracht ist. Ja wenn alle Menschen gleich wären, gleich gewachsen, gleich gescheit gleich wohlwollend brauchten wir überhaupt keine Gesetze mehr, am allerwenigsten diejenigen der Sozialdemokraten. Das Wort Brüderlichkeit ist an sich schon ein Schwindel, denn ich kenne genug Brüder, die sich miteinander rauefen. (Zwischenruf: Vielleicht bei Ihnen auch) Ja vielleicht auch aber ich habe einen solchen Unsinn eben nie behauptet (Lebhafte Heiterkeit) Weil sie sehen, dass die Internatio-

nale jämmerliche Schiffbruch erlitten hat, soll das Frauenwahlrecht als letzte Hilfe kommen. Meine Herren Spzialdemokraten sie kennen die Frauen sehr genau. Lassen sie sie nur einmal in diesen Saal herein- kommen und mit beraten, da muss da immer am nächsten Tag einer mit dem Besen die Haare auskehren. (Stürmische Heiterkeit) Das Ende der Welt ist noch nicht gekommen und ich möchte nur wünschen, dass wick endlich die braven Arbeiter, soweit sie noch denken können und auch die bürgerlichen ermannen und sagen, so kann es nicht weiter gehen. Es ist höchste Zeit, endlich mit der Feigheit eine Ende zu machen, denn ein Blick nach Deutschland zeigt uns, wie man gewisse Leute mit Erfolg zu Paaren treibt. Hier spricht kein Satter, kein Besitzender zu ihnen, sondern auch nur ein Proletarier, ein gewesener Schlosser- gehilfe, der nichts hat, als sein Einkommen als Landesauschuss. (Lebhafte Zustimmung) Es ist die 12. Stunde dass die bürgerlichen sich daran erinnern sollen, dass sie nicht mehr zu zittern, sondern sich zu wehren haben. Es geht nicht an, dass jeder, der sich sein Brot ehrlich verdient, als Ausbeuter hingestellt wird. Wir müssen hinausgehen in alle Kreise und allen sagen, eure wirtschaftlichen For- derungen wollen wir vertreten, aber das Verbrechen des Hochverrates und des Vaterlandsverrates lassen wir uns nicht mehr länger gefallen.

BGM. Dr. Weisskirchner übernimmt den Vorsitz.

GR. Kunschak sagt, dass es angesichts der einstimmigen und begründeten Meinung der Bevölkerung über die Wirtschaft der Zentral gewiss nicht leicht sei für die vorliegenden Anträge zu stimmen, denn es wisse heute noch niemand, ob positive Erfolge damit verbunden sein werden.



Durch die Zentralschlachtung ist keine Gewähr geboten, dass wir Vieh aus Ungarn bekommen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass die Bildung der Grossschlachtung die Viehpreise ungünstig beeinflussen wird. Die ungarische Regierung hat die Preise für Getreide fast um 100 % erhöht, sie wird ein gleiches Ansinnen der Viehzüchter ebenfalls bewilligen, wird doch die Handelsbilanz Ungarns dadurch günstig beeinflusst. Einer guten Ausblick gewährt der Umstand, dass das Institut gut geleitet wird. Das Unglück der Centralen ist nicht ihr Programm und ihre Tendenz, sondern ihre Verwaltung. Dort sitzen nur Fachmänner in der Entschlagung von der militärischen Dienstpflicht und in der Fähigkeit hohe Gehälter für sich herauszuschlagen. Die Grossschlachtung hat keinen ausgesprochenen privatkapitalistischen Charakter, es sitzen Männer drinnen, die die Bedürfnisse des Konsums und des Gewerbes kennen und die, wie ich hoffe, auch den Mut haben werden, ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben.

Bezüglich der Bemerkungen des GR- Reumann muss ich zunächst erwidern, dass man bezüglich der Vorräte in der Ukraine keine Hoffnungen wecken darf, die nicht mit Sicherheit erfüllt werden können. Die Ukraine war jedoch in Friedenszeiten die Kornkammer Russlands und ganz Europas, sie lieferte uns Hülsenfrüchte und hat auch während des Krieges nicht bloss die neutralen Staaten, sondern auch die feindlichen Staaten versorgt. Es ist also, nach-dem seit 2 Jahren ein Export nicht möglich war, ~~die~~ mit Berechtigung anzunehmen, dass noch grosse Vorräte vorhanden sind. Es wurde auch ausgemacht, dass wir diese Vorräte gegen räubersiche Banden sichern und ebenso den Transport schützen. Die Soldaten hätten sich gefreut dort einzumarschieren in der Ueberzeugung, dass sie mit dazu beitragen, die Knappheit der Lebensmittel im Hinterlande zu mildern. Die österreichische Regierung ist gegenüber einer Anfrage der Sozialdemokraten zu der Antwort gelangt, nicht ein Mann wird die Grenze überschreiten. Die Regierung hat gegenüber dieser demagogischen Anfrage pflichtvergessen gehandelt. Wir wollen alle den allgemeinen Frieden. Es ist nur die Frage, wie man zu ihm ~~kommt~~ kommt: Durch den sozialdemokratischen Friedenswunsch oder den Wunsch der russischen Regierung oder aber durch die Energie oder die Charakterfestigkeit des deutschen Volkes und seiner Führer. (Stürmischer Beifall). Ich bin überzeugt, dass hunderte von Männern allenfalls gern ihr Leben opfern, wenn sie mit dem „Bettel“ aus der Ukraine ihre Kinder zuhause retten können. Auch wir geben keinen Heller für den Krieg aber unter der Bedingung, dass auch die französischen Sozialdemokraten mit dem ehemaligen Minister Thomas an der Spitze, wenn Henderson und

Vandervelde keinen Heller für den Krieg bewilligen. Durch die Nichtbewilligung des Kriegskredites wird unser Volk auf die Schlachtbank geliefert. Der Friede kommt nicht, wenn wir unser eigene Verteidigungsfähigkeit schwächen, er kommt nicht, wenn wir schöne akademische Reden halten, sondern er kommt erst, wenn wir unsere Pflichten gegenüber dem Vaterlande voll bewusst sind, wenn wir als Sieger mit dem Schwerte die Bedingungen diktieren werden. (Lebhafter Beifall)-

Schluss der Debatte und Wahl von Generalrednern wird genehmigt.

GR. von Steiner erklärt, dass ein jeder in den <sup>feindlichen</sup> verbündeten Staaten als Vaterlandsverräter erklärt ~~wäre~~ würde, wenn die feindliche Armee in unserem Lande stünde und ein Friede ohne Annexionen und Entschädigungen verlaggt würde. Die Bevölkerung müsste volles Vertrauen zum Kaiser und zum Grafen Czernin, ein glücklicher Anfang sei im Osten gemacht, es sei zu hoffen und zu wünschen, dass der Friede im Westen bald nachfolgen möge!

Nach einem Schlussworte des Referenten, werden die Anträge desselben genehmigt.

BGM. Dr. Weiskirchner setzt mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit das Referat des VBGm. Rain wegen der Petition über das Militärtaxwesen von der Tagesordnung dieser Sitzung ab.

Von den Gegenständen der weiteren Tagesordnung wird das Referat des GR. von Steiner über den Ankauf der Liegenschaft „Bellvue“ im XIX. Bezirk im Gesamtausmasse von 147.507 Quadratmeter, um den Preis von 700.000 Kronen sammt Möbel für Zwecke des Wald und Wiesengürtels und für die Anlage eines Waisenhauses genehmigt, ebenso der von VBGm. Rain vorgelegte Verwaltungsbericht der städt. Leichenbestattung.

Nach einer Reihe weiterer Geschäftsstücke wird die Sitzung geschlossen.



7. III. 1918.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien. I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 7. März 1918. Nr. 63.

Die nächste Hauslistenabgabe und Ausgabe der Lebensmittelkarten. Die nächste Hauslistenabgabe fñndet am Samstag, 9. d.M. statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, 16. d.M. die Brot- und Mehlkarten für die 154. bis 161. Woche, die Fett- und Butterkarten für die 79. bis 86. Woche, die Milchkarten für die 57. bis 64. Woche und die Seifenkarten für die Monate April, Mai, Juni und Juli d.J. ausgegeben werden. Da die ordnungsmässige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hiefür angesetzte Termin genau einzuhalten und wird es sich empfehlen, dass die Leser dieser Mitteilung die Hausverwaltung hierauf aufmerksam machen.

Einstellung des Schuhverkaufes in der Volkshalle. Der Schuhverkauf im Rathause wurde mit dem gestrigen Tage gñnzlich eingestellt. Die geringen Bestände an Arbeiter- und Kinderschuh~~en~~ werden für die kommende Herbst- und Winterszeit sichergestellt. Zu Beginn der warmen Jahreszeit wird die Zentralstelle wieder Holzsandalen mit beweglicher Sohle zu billigen Preise abgeben, worüber rechtzeitige Verlautbarung erfolgen wird.

Pachtung des Gutes Deutsch - Altenburg. In der heutigen Sitzung des Stadtrates berichtete StR. von Steiner über die Pachtung von Wirtschaftsgründen in Deutsch - Altenburg für Zwecke des Landwirtschaftsbetriebes der Gemeinde Wien. Der gesamte Pachtbetrieb umfasst nebst den erforderlichen Wirtschaftsgebäuden eine Fläche von 173'4662 Hektar beziehungsweise ca. 300 Joch Aecker und Wiesen. Der Pachtvertrag läuft bis zum Jahre 1927. Zum sofoertigen Anbau können Brotgetreide, Mais, Mischling, Möhren und andere Rübenarten kommen, insbesondere ist der Boden für Kartoffelanbau geeignet. In den geräumigen, gut erhaltenen Stallungen können 70 Milchkühe untergebracht werden. Das Inventar umfasst neben 40 Milchkühen, 17 Kalbinnen und 13 Pferden eine vollständige Einrichtung an Maschinen und landwirtschaftlichen Geräten; auch Getreidevorräte, sowie erhebliche Mengen von Bohnen, Kartoffeln etz. sind vorhanden. Der Stadtrat beschloss nach einem Antrage des Berichterstatters das Gut bis zu dem genannten Zeitpunkte zu pachten und das lebende und tote Inventar um den Gesamtbetrag von rund 130.000 Kronen zu übernehmen.

Einberufung von landaturmpflichtigen Personen ohne Waffe. In der heutigen Stadtratsitzung brachten die StRe. Dr. Hein und Hohensinner nachstehenden Antrag ein: Die Gemeindeverwaltung der Stadt Wien erhebt Einspruch dagegen, dass die Militärverwaltung neuerdings in Wien ca. 2000 untaugliche mit schweren Gebrechen behaftete Personen ohne genügende gesetzliche Berechtigung zumeist aus wichtigen wirtschaftlichen Funktio<sup>nen</sup> herausreisst, um sie zu unwichtigen Landsturm<sup>hilfs</sup>diensten zu verwenden. Der Antrag wurde der raschesten geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.



26. März 1918.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler.  
Wien. 1., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 26. März 1918. Nr. 81.

GR. Leopold Schmidt +. Am Sonntag ist der GR. Leopold Schmidt nach längerem Leiden im 71. Lebensjahre gestorben. Er gehörte vom Jahre 1893 bis zum Jahre 1910 dem Bezirksrat Ottakring an und wurde in diesem Jahre vom ersten Wahlkörper des 16. Bezirkes in den Gemeinderat entsendet. Er war auch Obmann-Stellvertreter des Ortschaftsrates und war Mitglied mehrerer gemeinderätlicher Ausschüsse. In allen diesen Stellungen hat er sich durch ausserordentliches Pflichtgefühl und rege Betätigung ausgezeichnet. Vor kurzer Zeit ist sein einziger Sohn auf dem Felde der Ehre gefallen. Das Leichenbegängnis fändet morgen Mittwoch, 2 Uhr nachmittags vom Trauerhause 16. Bezirk Payer gasse 2 aus statt, die Einsegnung erfolgt in der Breitenfelderkircher am Uhlplatz und die Beerdigung am Ottakringer Friedhofe .

Osterdienst der Brot- und Mehlkommissionen. Am Karsamstag, den 30. d.M. ist in allen Brot- und Mehlkommissionen Vormittagsdienst, weil an diesem Tage der Nachmittagsdienst entfällt. Am Ostersonntag entfällt der Kommissionsdienst gänzlich und bleiben die Kommissionslokale geschlossen. Am Ostermontag wird nur Feiertags-Journaldienst gehalten.

Heranziehung von Landsturmpflichtigen zum Landsturmdienst ohne Waffe. In der heutigen Sitzung des Stadtrates brachte Bürgermeister Dr. Weiskirchner einen eingehenden Bericht des Magistrates über die Heranziehung von Landsturmpflichtigen zum Landsturmdienst ohne Waffe zur Kenntnis. Der Bürgermeister gab bekannt, dass er bereits am 2. Februar l.J. eine ausführlich begründete Denkschrift dem Kaiser übermittelt habe, in welcher er auf die schweren wirtschaftlichen Schäden hinwies, welche die neuerlichen Einberufungen zur Folge haben. Schon durch die bisher erfolgten zahlreichen Musterungen sei bereits ein derartiger Tiefstand der für die Wirtschaft zur Verfügung stehenden Kräfte eingetreten, dass zur Aufrechterhaltung wenigstens der umgehend notwendigen Betriebe und Unternehmungen Landsturmenthebungen in grösserem Umfange zugestanden werden mussten. Der Chef des Ersatzwesens für die gesamte bewaffnete Macht, welchem diese Denkschrift zugewiesen wurde, hat nun an die Militärkanzlei einen Bericht vorgelegt, nach welchem auf die weitere Heranziehung nicht geeigneter bis zur Erreichung des von den Regierungen zugestandenen Kontingentes (ungefähr 50.000 Mann, darunter <sup>Wien 2.500</sup> für Wien) im Interesse der Sicherstellung des rollenden Ersatzes nicht verzichtet werden könne. Es liege in der Macht der politischen Bezirksbehörde, den Anforderungen der Volkswirtschaft Rechnung zu tragen, da die Details der Durchführung dieser Aktion dem direkten Einvernehmen zwischen den Militärkommandos und den politischen Behörden überlassen sei. Der Magistrat müsse sich daher darauf beschränken, im eigenen Wirkungskreise durch weitestgehende Ausscheidung von Angehörigen der in Betracht kommenden für die Allgemeinheit wichtigen Berufsclassen, die Härten der Massnahme nach Möglichkeit zu mildern.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner beantragte 1. Der Stadtrat nimmt seinen Bericht betreffs Heranziehung Untauglicher zum Landsturmdienst zur Kenntnis. 2. Der Stadtrat erwartet vom Magistrate als politische Behörde 1. Instand, dass er die wirtschaftlichen Rücksichten genauestens und strengstens wahre und keine Einberufung veranlassen werde, welche diesen gebotenen Rücksichten zuwider ist. 3. Hiedurch ist der Antrag der StRe. Dr. Hein und Hohensinner erledigt. An den Bericht schloss sich eine Debatte, an welcher sich die StRe. Knoll, Dr. Hein und Müller beteiligten, worauf die Anträge des Bürgermeisters einstimmig zum Beschlusse erhoben wurden.



15. April 1918



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 10. April 1918. Nr. 95.

**Kinderschutz-Stationen.** Der unter dem Protektorate der Erzherzogin Maria Josefa stehende Verein „Kinderschutzstationen“, welcher Kindern ohne Unterschied der Konfession und Nationalität in seinen 22 Anstalten unterbringt, hält am 13. April um 7 Uhr abends im Gemeinderatssitzungssaale des Neuen Wiener Rathauses seine diesjährige Generalversammlung ab. Anschliessend findet um 9 Uhr eine allgemein zugängliche Festversammlung statt, bei welcher Ministerialrat Dr. Eduard Prinz von und zu Liechtenstein einen Vortrag über die Aufgaben der Jugendfürsorge halten wird.

**Zur Zuckerrayonierung.** Nachdem trotz wiederholter Aufforderung noch immer zahlreiche Parteien auf Grund des neuen amtlichen Einkaufsscheines die Eintragung in die Kundenliste des bisherigen Zuckerverkäufers nicht nachgekommen sind, wird aufmerksam gemacht, dass die Zuckerverkäufer verpflichtet sind, nach dem 14. April 1918 keine Eintragung in ihre Kundenliste mehr zu machen, es sei denn, anlässlich der Uebersiedlung oder in Fällen, welche die Zustimmung des magistratischen Bezirksamtes aufweisen.

**Vorläufige Regelung des Einheits- und Extremfleischbezuges für Haushaltungen.** Für den von den Fleischhauern wöchentlich zu verfassenden Auszug aus dem amtlichen Vormerkbuche wurde eine Drucksorte aufgelegt, welche in der Konskriptionsamts-Abteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes zu beheben ist und zwar für die erste am 15. d. M. erfolgende Abgabe zwischen dem 11. und 13. d. M., für die folgenden Abgaben jedesmal am vorhergehenden Montag gelegentlich der Abgabe der Abschnitte. Für den Umschlag, unter welchem die Fleischhauer und die ihren Mitgliedern Rindfleisch liefernden Konsumentenorganisationen, Lebensmittelager u. dgl. wöchentlich am Montag die von den weissen amtlichen Einkaufsscheinen und von den roten Lebensmittelkarten für Militärrurlauber abgetrennten Abschnitte abzugeben haben, wurde eine amtliche Drucksorte nicht aufgelegt, es kann aber zwischen dem 11. und 13. d. M. in der Konskriptionsamts-Abteilung des zuständigen magistratischen Bezirksamtes ein Muster behoben werden, nach welchem der vorgeschriebene Umschlag jedesmal anzufertigen ist.

**Stiftung.** Im Mai d. J. gelangen die Zinsen der Georg und Anna Hillgrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf Beteiligung haben nur Bürger von Wien, welche infolge von Unglücksfällen in momentane Notlage gekommen sind; Bürger der ehemaligen Vorstadt Leingrube geniessen vor allen anderen Bewerbern den Vorzug. Gesuche um Beteiligung sind bis längstens 15. April in der Kanzlei des Bezirksausschusses Mariahilf einzubringen.

**Pferde - Lizitationen im April 1918.** Stabiles Pferdespital Wien am 11. und 25.; Brunn am 29.; Göding am 30.; Pferdeverwertungsstelle: Wiener Neustadt am 13. und 27.; Hart bei Amstetten am 20., Spratzern bei St. Pölten am 16., Furgstall am 18., Znaim am 14., Wien Meidling am 12. und 24., Wien St. Marx am 23. April 1918.

**Ernennungen.** Der Stadtrat hat ernannt: im Stände der rechtskundigen Beamten: Dr. Karl Miksch zum Magistrats-Oberkommissär, Dr. Edmund Mayer zum Magistratskommissär; im Stände des Stadtbauamtes: Ing. Rudolf Held zum Bauoberkommissär, Felix Teich zum Baukommissär; im Hilfsstatus: Leopold Binder und Karl Schaden zu Bauaufsichtsrevidenten, Josef Prochazka zum Geometer-Assistenten; in der Hauptkassa Robert Svoboda zum Kontrollor, Adolf Müller und Theodor Bittner zu Adjunkten; im Steueramt: Karl Kirchsteiger zum Adjunkten; in der Kanzlei Richard Proschek und Rack zu Direktionsadjunkten, Johann Bauer zum Oberoffizial, Karl Kunrath und Rudolf Walz zu Offizialen, Arthur Breymann, Ferdinand Janaschek, Johann König, Rudolf Silberbauer und Johann Zöch zu Akzessisten; im Zentralwahl und Steuerkataster Julius Sommerer zum Offizial; Heinrich Rossmann und Franz Esberger zu Bezirkswahlkatasterbeamten; im Exekutionsamt Josef Hager zum Oberoffizial, Theodor Jellinek und Otto Schinkenmeyer zu Offizialen und Peter Rabenseufner zum Akzessisten; Karl Farger und Friedrich Holzinger zu Forstverwaltern.

**Ankauf von Gründen in Bad Hall.** Der Stadtrat beschloss nach einem Berichte des StR. Dr. Haas, Gründe in Bad Hall in der nächsten Nähe des Kaiserin Elisabeth Kinder-Hospizes im Ausmasse von rund 29.000 m<sup>2</sup> um 26.500 Kronen zu erwerben. Die Ackergründe eignen sich für den Anbau von Kartoffeln und Gemüse, das Ertragnis der Wiesen reicht für mehrere Kühe, so dass die Ernährungsverhältnisse der Pflinglinge des Kinderspitales verbessert werden können.

**Gemeinderätlicher Bürgerklub.** Unter dem Vorsitze des Obmannes StR. von Steiner fand gestern eine Sitzung des gemeinderätlichen Bürgerklub statt, in welchem die Wiederwahl der Leitung mittelst Zurufes genehmigt wurde. - Bürgermeister Dr. Weiskirchner erstattete sodann einen ausführlichen Bericht über die Vorgesprache der Vizebürgermeister und der Obmänner beim Ministerpräsidenten Dr. von Seidler. An den Bericht knüpfte sich eine eingehende lebhafte Debatte, in welcher von einer Reihe von Rednern die Unzulänglichkeit der Ernährungslage der Bevölkerung erörtert und mahlreiche Beschwerden gegen die Wirtschaft der Zentralen und gegen die ungleichmässige Verteilung wichtiger Lebensmittel erhoben wurde. Es folgten dann die Beratungen der Referate der heutigen Tagesordnung. Schliesslich wurde über Antrag des StR. Dr. Klotzberg unter lebhaftem Beifall einstimmig dem Minister des Aeussern Graf Czernin für seine Ansprache an die Vertreter der Gemeinde Wien und die darin enthaltenen bedeutsamen Aeusserungen den herzlichsten Dank ausgesprochen.

WIENER GEMEINDERAT  
Sitzung am 10. April 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner hält dem verstorbenen Gemeinderate Leopold Schmidt einen tief empfundenen Nachruf, der von der Versammlung stehend angehört wird. *Legen Sie die Hand auf das Herz!*  
Ich habe am 14. März d. J. der Regierung die Absicht kundgegeben, die allgemeinen Gemeinderatswahlen auszuschreiben und gebeten, die Mandatsverteilung zu prüfen und zu genehmigen. In Beantwortung dieser Eingabe erhielt ich nun von der Statthalterei nachstehende vom 4. April d. J. datierte Mitteilung: „Ueber die Vorlage vom 14. März d. J. beschreibe ich mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass ich es ablehnen muss, die Berechnungen über die Verteilung der Mandate anlässlich der von Euer Exzellenz in Aussicht genommenen Ergänzungswahlen für den Wiener Gemeinderat zu prüfen und zu bestätigen, weil die Regierung nach wie vor nicht in der Lage ist, der Durchführung von Wahlen in den Wiener Gemeinderat und die Bezirksvertretungen zuzustimmen. Der k. k. Statthalter Bleyleben.“ Meine Herren! Vom Standpunkte der Selbstverwaltung können wir dies nur bedauern (lebhafteste Zustimmung). Auch im 2. und 4. Wahlkörper sind viele Mandate fällig und es ist daher eine grosse Zahl von prolongierten Mandaten zu erwarten.“

Der Hausbesitzer Rudolf Berghofer hat 2250 Kronen für Ortsarme in Hernals und 500 Kronen zur Auspeisung armer Kinder in Hernals vermacht.

Die Ballfundsammlung 1918 des 20. Bezirkes hat ein Ergebnis von 2760 Kronen gezeitigt.

Der verstorbene Brauereidirektor Julius E. Thausing hat für arme Kinder des Bezirkes Wieden einen Betrag von 1000 Kronen gewidmet.

Der Seidenfabrikant Rudolf Reichert hat für die Pflinglinge des Kinderhospizes Sulzbach Ischl 300 Kronen gespendet.

Die verstorbene Frau Lina Walter hat einen Betrag von 500 Kronen erlegt. H. Seidenfrau hat 300 Kronen gewidmet. Karl Ahorn hat 300 Kronen den Armen des Bezirkes Neubau gewidmet. Dr. Guiso Müller hat 100 Kronen für Arme des 3. Bezirkes gespendet. Die Firma A. Herzmanzky hat 500 Kronen und Johana Schöbel 100 Kronen für Arme des 7. Bezirkes gespendet. Dr. Josef Frankl hat 100 Kronen gespendet. Fritz Bodansky hat 200 Kronen gespendet. Die Direktion für die Linien der Staatseisenbahngesellschaft hat dem Mannschaftsfonds der städtischen Feuerwehr 100 Kronen überwiesen.

GR. Philp verliest den Einlauf:

GR. Rotter richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob ihm bekannt sei, welche Stellung die Regierung in der Frage der österreichischen Wasserstrassen einnimmt und ob er geneigt sei unter Verweisung auf die Beschlüsse des Wiener Gemeinderates und des Wiener Wasserstrassentages neuerlich an die Regierung heranzutreten und sie zu ersuchen, endlich einmal zu der Frage Stellung zu nehmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Ich muss leider feststellen, dass die Bemühungen der österreichischen Kanalfreunde bisher ohne jeden Erfolg geblieben sind. Die Entschliessungen des Gemeinderates und des Wasserstrassentages wie die zahlreichen weiteren Denkschriften, die ich zur Betreibung der Sache der Regierung übermittle, haben keine Antwort erhalten, wir sind der Verwirklichung des angestrebten Zieles um keinen Schritt näher gekommen. Es muss und mit Heftigkeit erfüllen, wenn wir sehen, in welcher grosszügiger Weise die Vorarbeiten für den Donau-Mairkanal in Angriff genommen wurden. Wir gönnen den Bayern die Herstellung der von ihnen schon seit langer Zeit angestrebten Grossschiffahrtsstrasse vom Rhein zur Donau, umso mehr als auch wir uns davon eine Belebung des Donauverkehrs versprechen und wir werden gewiss auch die Ausgestaltung der Donau fördern, aber wir müssen im Interesse der österreichischen Volkswirtschaft mit der grössten Entschiedenheit daran festhalten, dass der Donau-Oder-Kanal sofort hergestellt wird, der für Oesterreich und besonders für Wien eine Lebensnotwendigkeit ist (Rufe: Sehr richtig!). Es ist sehr bedauerlich, dass die österreichische Regierung in der Wasserstrassenfrage nicht die gleiche Energie beweist, wie die bayrische Staatsregierung, obwohl sie sich auf ein verfassungsmässig zustande gekommenes Gesetz und ein schon baureifes Projekt stützen kann. Wir müssen daher immer wieder die Forderung erheben, dass die Regierung ihrer gesetzlichen Verpflichtung nachkommt. Ich werde gerne die vorliegende Anfrage zum Anlass nehmen, mich neuerlich an die Regierung mit dem Ersuchen zu wenden, ihre Stellung zur österreichischen Wasserstrassenfrage, insbesondere zur Durchführung des Donau-Oder-Kanales bekannt zu geben. GR. Ignaz Fischer wünscht in einer Interpellation Massnahmen gegen die auf Wiener Bahnhöfen sich herumtreibenden schulpflichtigen Knaben und jungen Burschen, die das für Handlanger- und Trägerdienste erworbene Geld vernaschen, vergeblich und verspielen. Diese Jugend bilde eine Zuchtanstalt für Irrenbrüder.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, die Angelegenheit gehöre in den Wirkungskreis der Polizeibehörde, er werde die Anfrage an den Polizeipräsidenten leiten.



Dieser Teil des Berichtes kommt vor den  
Interpellationen

Der Polizeipräsident richtet in Erwiderung auf die Interpellation des GR. von Steiner über die Sicherheitsverhältnisse in Wien nachfolgende Zuschrift an den Bürgermeister: Ich habe schon vor längerer Zeit zur Bekämpfung der überhandnehmenden Einbrecherplage die zentrale Behandlung der Anzeigen wegen schwerer Einbrecherdiebstähle und aller bei Einbruchdiebstählen ergriffenen Personen im Sicherheitsbüro angeordnet und eine ausgiebige Vermehrung des Personales dieses Amtes verfügt. In der Erkenntnis, dass die repressive Tätigkeit an sich allein die Sicherheitsverhältnisse nicht ausreichend zu bessern vermag, habe ich bereits die Ergänzung der Sicherheitswache und des Polizeigentekorps auf den systemisierten Stand, welcher während des Krieges durch Abgänge und Abkommandierungen stark geschwächt wurde und überdies eine ausgiebige Vermehrung dieser polizeilichen Exekutivorgane bei den vorgesetzten Stellen beantragt. Überdies habe ich mich an das Platzkommando mit dem Eruchen gewendet, zur Vornahme von umfassenden nächtlichen Streifungen Militärpolizeiorgane zur Verfügung zu stellen, um die Stadt von verbrecherischen Elementen, unter denen viele Militärpersonen sind, nach und nach zu säubern. Dass übrigens die mangelhafte Beleuchtung, wie dies in der Anfrage des Herrn Gemeinderates von Steiner ausgeführt wird, die Sicherheit der Person und des Eigentums schwer beeinträchtigt, ergibt sich ohne weiters aus der Statistik der im Polizeirayons verübten Einbruchdiebstähle. Die durchschnittliche Anzahl der täglich erstatteten Einbruchsanzeigen betrug nämlich im Juni 1917 10, im Juli 7, im August 8, im September 6, im Oktober 13, im November 13, im Dezember 15, im Jänner 1918 18, im Februar 15 und im März 15.

Bgm. Dr. Weiskirchner fügt bei: Ich zweifle gar nicht, an dem guten Willen, aber es genügt ja nicht nur die Vermehrung der Wache, sondern es ist vor allem auch eine Verbesserung unserer Ernährungslage notwendig, denn dies würde sehr dazu beitragen, dass diese Diebstähle, die sich hauptsächlich auf Lebensmittel erstrecken, unterbleiben.

Gr. Schäfer richtet an den Bürgermeister eine Interpellation, betreffend die in den letzten Tagen in den Tagesblättern erschienenen Richtpreise der wichtigsten Lebensmittel, dass er nicht wisse, woher die Gastwirte die Lebensmittel zu den angegebenen Richtpreisen nehmen sollen, für bittet den Bürgermeister zu wollen, was zum Schutze des Lebensmittelhandels gegen diese unmöglichen Richtpreise zu geschehen habe.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Veröffentlichung der Richtpreise in den Wiener Tagesblättern ist von der Zentralpreisprüfungskommission im Einvernehmen mit dem Volksernährungsamte vorgenommen worden. Ich selbst oder die Gemeinde Wien haben nicht den geringsten Einfluss auf die Beschlüsse oder Anordnungen dieser Zentralstelle, da sie gemäß § 32 der sogenannten Preistreibeiverordnung nur

aus Vertretern der Landwirtschaft, des Baugewerbes, der Industrie, des Gewerbes, des Handels, sowie der Konsumentenorganisationen besteht und in ihr die Gemeinde Wien überhaupt nicht vertreten ist (Rufe: Hört!). Es wäre daher Sache der Vertreter des Handels und des Gewerbes in der Zentralpreisprüfungsstelle selbst gewesen, gegen die vom Herrn Interpellanten beklagte Veröffentlichung der Richtpreise energische Stellung zu nehmen.

Gr. Herold <sup>in seiner Interpellation</sup> fragt die Gründung eines staatlichen Auslands-Aufklärungsamtes, zu welchem der Gemeinderat Männer der Feder, Industrielle und Kaufleute, sowie sprachkundige Hoteliers beigezogen werden sollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Diese Anfrage behandelt eine Angelegenheit, die mich schon seit langem interessiert. Ich werde mir ein ausführliches Magistratsreferat vorlegen lassen, die Anfrage werde ich als Antrag behandeln und dem Stadt- und Gemeinderat vorlegen.

Der Bürgermeister bemerkt hierzu, ich kann nur mitteilen, dass gelegentlich der Vorsprache der Abordnung beim Ministerpräsidenten, dessen Aufmerksamkeit auf die überflüssige Papierverschwendung die Bevölkerung irreführende und aufreizende Verlautbarung (Rufe: Sehr richtig!) gelenkt hat

Gemeinderat J. Fischer fragt:

Es verlautet, dass in den Wiener Kühlhäusern grosse Mengen an Fettgänsen und sonstigem Geflügel aufgestapelt sind. In den letzten Tagen wurde eine frisch angelandete Geflügelsendung in das Kühlhaus in der Franzensbrückenstrasse geführt und da die Kühlhausverwaltung verweigerte, wurde das Geflügel im Kühlhaus im Prater eingelagert. Der Interpellant stellt die Anfrage:

1.) Ist der Bürgermeister geneigt, amtlich feststellen zu lassen, ob und welche Mengen und seit welcher Zeit Geflügel in den Wiener Kühlhäusern aufgestapelt sind und 2.) Ist der Bürgermeister zutreffenden Falles geneigt, sofort entsprechende Massnahmen und der Preistreibeerei ein Ende zu machen.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert: Leider trifft soweit es mir bekannt ist und der Magistrat in der ihm zur Verfügung gestandenen kurzen Zeit erheben konnte, die Annahme des Interpellanten, dass in den Wiener Kühlhäusern grosse Mengen an Fettgänsen und sonstigen Geflügel, aufgestapelt sind, nicht zu: Im städt. Kühlagerhouse wenigstens liegen heute ungefähr 380 qm Geflügel, also für den Wiener Bedarf sehr kleine Mengen, die dazu noch durchwegs aus kleinen in den letzten 14 Tagen eingelangten und nur zur vorübergehenden Einlagerung bestimmten Posten bestehen. Mir wäre es sehr angenehm, die grosse Mengen von Geflügel bestätigen zu können.

Leider ist diese Behauptung nicht richtig. Ich habe ausdrücklich eine in einer früheren Sitzung des Gemeinderates erklärt, dass ich das städtische Kühlagerhouse nicht zu preistreiberischen Spekulationszwecken ausnützen lasse. Eine vorübergehende Einlagerung in Kühlagerhouse muss deshalb erfolgen, weil sonst das Geflügel verderben würde. Schliesslich bemerke ich, dass die Preisbildung für Geflügel in Wien ganz und gar abhängig von jener in Ungarn und die Bekämpfung der Preistreibeerei in erster Linie

dem Kriegswuchereramte zusteht. Ich werde daher diese Interpellation dem Kriegswuchereramte, das ohnedies in den letzten Wochen gerade gegen die Geflügelgrosshändler ziemlich scharf vorgegangen ist, zur weiteren Amtshandlung übermitteln.

GR. Dr. Ritter von Schwarz-Hiller fragt, ob der Bürgermeister nicht geneigt wäre, vom Magistrate ein Elaborat ausarbeiten und dem Gemeinderat vorlegen zu lassen, in welchem unter ausführlicher Darlegung der Gründe, welche nicht nur für die Stadt Wien, sondern auch für ganz Oesterreich gleiche Bedeutung haben, Regierung und Parlament ersucht würden, ein Gesetz für die Uebergangszeit auszuarbeiten, in welchem der gegenwärtig für andere öffentliche Zwecke in Anspruch genommene Wohnraum während der Uebergangszeit, d. i. während eines Zeitraumes von etwa drei Jahren nach dem Kriegsschluss, der öffentlichen Wohnungsfürsorge der Städte und Länder dadurch zur Verfügung gestellt werde, dass diese beiden Körperschaften ermächtigt würden, in die Mietverträge, bzw. in die Requisitionsverhältnisse einzutreten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Der Wiener Gemeinderat hat sich mit dieser Frage bereits in seinen Sitzungen vom 20. und 21. März d. J. anlässlich der Beratung über die Wohnungsfrage nach dem Kriege befasst. Ich habe das Ergebnis dieser Beratungen allen beteiligten Zentralstellen zur Kenntnis gebracht und hiebei als allerdingste Aufgabe der Regierung die Erlassung eines Gesetzes gefordert, durch welches die im Requisitionswege gemieteten Objekte und die auf Pachtgründen errichteten Läger und Baracken für eine Uebergangszeit insbesondere für Zwecke der Gemeinde gesichert werden. Sollte sich die Erfüllung dieser Forderung wider Erwarten verzögern, so werde ich nicht versäumen, rechtzeitig den Wiener Gemeinderat zu unterrichten, um neuerlich im Namen des Wiener Gemeinderates die Regierung mit allem Nachdrucke an ihre Pflicht erinnern zu können, diese ebenso wichtige als dringende zur Vermeidung einer die öffentliche Ordnung bedrohenden Obdachlosigkeit unentbehrliche Vorkehrung mit der grössten Beschleunigung zu treffen.

GR. Franz Kubacek verweist auf Zeitungsberichte denen zufolge bei der Regeerlung des Fleischbezuges den Bewohnern der Stadt Klagenfurt, bzw. Kärntens pro Kopf und Woche 75 Dekagramm Fleisch zugewiesen wurden. Er richtet an den Bürgermeister die Anfrage, was er zu tun denke, damit die Bewohner Wiens ein angemessenes Fleischquantum zugewiesen erhalten.

BGM- Dr. Weiskirchner: Die in den Zeitungs- nachrichten vom 6- d- M- enthaltenen Angaben über die Höhe der für Kärnten festgesetzten wöchentlichen Fleischkopffquote, sind nach einer beim Amte für Volksernährung eingeholten Information unrichtig. - Es wird vielmehr die für dieses Kronland festgesetzte Kopffquote bedeutend geringer sein. Die bezüglichen Verhandlungen sind jedoch beim Volksernährungsamte noch nicht zum Abschlusse gelangt. Was

ich in der jüngsten Zeit hinsichtlich der Sicherung und Besserung der Fleischversorgung Wiens veranlasst habe, dürfte den Herren aus den Zeitungsberichten bekannt sein und ist heute bei einer anderen Interpellation noch Gelegenheit haben, auf diese Sache zurückzukommen. In den letzten Tagen haben eine Denkschrift über die traurigen Lebensmittelverhältnisse Wiens der Regierung überreicht, in der gerade die Fleischversorgung die Hauptrolle spielt. Es ist ein Zeichen der ganz unzulänglichen Organisation unseres Ernährungsdienstes, dass eine gleichmässige Verteilung der vorhandenen Lebensmittel in Oesterreich überhaupt nicht erreicht werden kann. Dass aber gerade Wien am meisten leidet, geht daraus hervor, dass wir der grösste Konsumort sind, dass unsere Produktion innerhalb der Gemeindegemarkung eine unendlich kleine ist, die jedenfalls in gar keinem Verhältnisse steht, zu den Bedürfnissen der Verbraucher. Ich habe durch das Stadtphysikat eine Untersuchung darüber anstellen lassen, wie die Ernährungsverhältnisse jetzt gegenüber jenen sind, die wir im Frieden hatten. Das Stadtphysikat ist auf Grund seiner wissenschaftlichen Erwägungen zu dem Schlusse gekommen, dass wir jetzt ein Ernährungsdefizit von 65 % haben, sodass also die Bevölkerung heute nur mehr 35 % jener Bedarfsartikel erhält, die sie in Friedenszeiten hatte. Diese Ziffer spricht mehr als alles andere für die Verhältnisse, unter denen wir jetzt leiden.



GR. <sup>frucht</sup> ~~Kunschak~~ Wie mir von absolut glaubwürdiger Seite mitgeteilt wird, werden an die Gemeinschaftsküchen der „Rohö“ pro Kopf und Woche nicht 20, sondern 50 dkg Rindfleisch angegeben. Die Mitglieder der Rohö bzw. die Gäste der Gemeinschaftsküche derselben erhalten somit 70 dkg Rindfleisch, das ist mehr, als die dreifache Menge, welche der Bevölkerung verabfolgt wird. Diese Tatsache, die nur als ein unerhörter Skandal bezeichnet werden kann, ist geeignet, die über alles Mass geduldige Bevölkerung in grösste Erregung zu versetzen, sie mit lebhafter Erbitterung zu erfüllen.

Ist der Bürgermeister bereit, bei den massgebenden und für diesen Skandal verantwortlichen Stellen die sofortige Behebung desselben zu fordern.

Bgm. Dr. Weiskirchner antwortet: Es ist richtig, dass die Gemeinschaftsküchen der Rohö pro Kopf und Woche nicht 20, sondern ~~alle Behörde, die hätte~~ Gemeinschaftsküchen; ebenso richtig ist, dass die Teilnehmer dieser Küchen sich ausserdem noch auf Grund ihrer Einkaufsscheine bei den Fleischhauern oder auf den Märkten weitere 20 dkg Rindfleisch erwerben können (Rufe: Unerhört!) Ein Verschulden hierin trifft jedoch nicht im geringsten Masse die Organe der Gemeinde Wien, diese haben vielmehr rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht, dass die Belieferung der Gemeinschaftsküchen mit 50 dkg Rindfleisch pro Kopf und Woche zu grossen Ungerechtigkeiten in der Rindfleischverteilung führen müsse, ebenso wie die bevorzugte Belieferung der Konsumentenorganisationen mit 30 dkg pro Kopf und Woche. Ich kann nur heute, von dieser Stelle aus erklären, wenn die Regierung glaubt, dass die Wiener Bevölkerung in dieser schweren Zeit noch weiter durchhalten soll, so ist dies nur möglich, wenn jedermann aus dem Volke die Gewissheit hat, dass niemand anderer mehr bekommt, als er. Nur die gleichmässige Verteilung der Lebensmittel kann der Bevölkerung den Mut erhalten, weiter durchzuhalten, jede Ungerechtigkeit in der Verteilung muss zu für die Regierung recht unangenehmen Erscheinungen führen. Dass von der Gemeinde Wien rechtzeitig auf die Ungleichmässigkeiten der Belieferung mit Fleisch hingewiesen wurde, wolle folgenden Feststellungen entnommen werden: Gemäss Art. 7 Punkt c der Ministerialverordnung vom 1. Feber 1918 obliegt der Wiener Marktkommission unter anderem auch die Bestimmung jener Personen und Anstalten, Konsumentenorganisationen etc., welche zum Zwecke des weiteren Vertriebes oder der Verarbeitung des Rindfleisches Rinder oder Rindfleisch käuflich überlassen werden soll, sowie

In die Kompetenz der Wiener Marktkommission fällt auch die <sup>die</sup> Anordnung, dass die ~~Behörden, Anstalten~~ Gemeinschaftsküchen mit 50 dkg Rindfleisch pro Kopf und Woche

beliefert werden sollten. Von dieser Anordnung erhielt der Vertreter des Magistrates in dieser Stelle, so wie ein anderer damals als Fachkündiger beigezogener Funktionär des Magistrates erst am Donnerstag, den 14. März 1. J. Kenntnis; beide Organe des Magistrates nahmen sogleich Stellung gegen diese Anordnung und machten insbesondere darauf aufmerksam, dass dies eine besondere Bevorzugung dieser beiden Arten von Körperschaften gegenüber allen übrigen Konsumenten beinhalte und die zur Verfügung stehenden Rindfleischmengen eine verhältnismässig so starke Belieferung der genannten Korporationen wohl nicht zulassen. Es wurde ihnen aber bedeutet, dass be-

reit die erforderlichen Verständigungen der in Betracht kommenden Körperschaften und Fleischhauer und die notwendige Veranordnung des Volksernährungsamtes versandtbereit vorliegen und eine Abänderung dieser Anordnungen unmöglich sei, wenn nicht das Einsetzen der neuen, von allen Seiten schon dringend geforderten Rindfleischverkehrsregelung über den 18. März 1. J. hinaus neuerlich verschoben werden sollte; hierauf konnten die Vertreter des Magistrates nicht einraten und mussten die Verantwortung für die Folgen dieser Anordnung jenen überlassen, welche diese getroffen hatten.

Als dann sowohl in der mittlerweile konstituierten neuen Marktkommission als auch in der breiten Öffentlichkeit immer mehr die Bindung des Rindfleischbezuges an eine bezügliche Karte gefordert wurde, und hierüber am 27. März 1. J. die ausschlaggebende Sitzung der Vertreter aller in Betracht kommenden Behörden stattfand, bei der die Rindfleisch-Kopfquote allgemein auch für die Mitglieder der Konsumenten-Organisationen mit 20 dkg festgesetzt wurde, machte der Vertreter des Magistrates abermals darauf aufmerksam, dass, wenn schon derzeit die doppelte Belieferung jener Personen mit Rindfleisch nicht unmöglich gemacht werden könne, so doch jedenfalls die für die Mitglieder der oben genannten Küchen festgesetzte Kopfquote viel zu hoch sei; er richtete daher einen sehr eindringlichen Appell an den anwesenden Vertreter des Volksernährungsamtes, dieses möge anlässlich der Bindung des Rindfleischbezuges an den weissen Einkaufsschein auch eine Aenderung der fraglichen Anordnung hinsichtlich der Kopfquote der Mitglieder der Kriegs- und Gemeinschaftsküchen verfügen; eine Erledigung auf diesen Antrag des Vertreters des Magistrates in der Besprechung vom 27. v. Mts. ist aber bisher nicht erflossen.

Diese Frage wurde dann endlich noch einmal in der Sitzung der Marktkommission vom 4. d. M. aufgeworfen und die Stellungnahme des Vicebürgermeisters Hoss und des Vertreters des Magistrates zu dieser Frage von einigen Vertretern anderer Stellen geteilt; gegen eine Verkürzung der Kopfquote der Teilnehmer der Kriegs- und Gemeinschaftsküchen nahmen aber in entscheidender Weise die in der Eigenschaft als beratende Organe anwesenden Vertreter der Frauenorganisationen, sowie der Arbeiterschaft Stellung und es wurde, da angeblich für diese Woche eine Aenderung der derzeit festgesetzten Schlüsselschlüssel am Samstag vorige Woche nicht mehr möglich war, die endgültige Beschlussfassung über diese Frage auf die nächste Sitzung verlegt.

Welche Bedeutung die Festsetzung dieser Kopfquote hat, ist daraus zu entnehmen, dass die Kriegs- und Gemeinschaftsküchen derzeit mit fast 44.000 kg Rindfleisch wöchentlich, d. i. bei einer Schlachtabeute von 150 kg pro Rind mit rund 300 Stück Rindern wöchentlich beliefert werden müssen.

Aus dieser Darstellung ist zu entnehmen, dass die Gemeinde Wien alles und zwar rechtzeitig unternommen hat, um die zweifellos bestehende besondere Bevorzugung der Teilnehmer der Kriegs- und Gemeinschaftsküchen beim Rindfleischbezug zu beheben und dass sie keine wie immer geartete Verantwortung dafür trifft, wenn etwa infolge dieser Bevorzugung die nicht organisierten Verbraucher wie beim Bezuge anderer Lebensmittel so auch bei dem des Rindfleisches verkürzt werden.

3

*Kraftig*  
Bürgermeister Dr. ~~Weiskirchner~~ fügt hinzu: Ich habe diesen Bericht zur Kenntnis gebracht und ~~habe~~ ~~hinzufügen~~, wenn nicht endlich ~~alle~~ ~~Protektionen~~ gewisser ~~Acater~~ endlich aufhören, die Bevölkerung ~~notwendiger~~ ~~Weise~~ ~~der~~ ~~Bevölkerung~~ zur Selbsthilfe ~~wird~~ ~~verleiten~~ ~~müssen~~ (lebhafter Beifall)

Die GR. Breuer und Schmid stellen folgende Anträge: In der Wiener Allgemeinen Zeitung (6 Uhr Blatt) vom 8. April 1918 führt Herr Bezirksvorsteher Dr. Blasel unter der Ueberschrift „Kommunale Gemüseversorgung“ aus, dass jetzt, nachdem das Projekt einer kommunalen Geos gefallen sei, der Marktinspektor Steindl vom Lerchenfeldermarkt einen Zustimmungsbogen für das Projekt der Gemeinde unter den Marktleuten kursieren lasse und denen, die nicht unterschreiben wollen, sagt, dass dieses Projekt doch zustande kommen werde und dann alle, die jetzt nicht unterschreiben keine Ware erhalten würden.

Ferner wird in diesem Artikel darauf hingewiesen, dass am 8. April auf dem Ostbahnhof der erste Kommunalspinat eingelangt ist und 10 Waggons vollkommen verdorben waren. Der Spinat, den die Gemeinde bezogen hat, ist infolge unsachgemässer Verpackung verdorben, während die wenige Ware, welche die Wiener Händler bezogen haben, in tadellosem Zustande eingelangt ist.

Es wird gefragt, ob dem Bürgermeister von diesen Vorgängen etwas bekannt ist und inwieweit diese Behauptungen des Herrn Dr. Blasel den Tatsachen entsprechen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Marktamtsober-Inspektor Steindl hat ausgesagt, dass diese im zugesagte Handlung an wahr sei. Was die Vorgänge auf dem Ostbahnhofe betrifft, so bemerke ich, dass der erste Spinat nicht erst am 8. April, sondern schon in der Woche vor Ostern eingelangt ist, dass die Gemeinde bisher 62 Waggons mit rund 240.000 kg bezogen hat und dass das erste Mal am 6. April in einem Waggon verdorbene Ware enthalten war.

Die verdorbene Ware beträgt 10% der gesamten bisher bezogenen Menge, ein Prozentsatz, der in Anbetracht der Leichtverderblichkeit der Ware als nicht übermässig bezeichnet werden muss. Dass nur die Gemeinde verdorbene und die Händler nur tadellose Ware bekommen haben, ist nicht wahr.

Richtig ist, dass sowohl die Gemeinde als auch die Händler gute und verdorbene Ware bekommen haben, wie das k.k. Bahnbetriebsamt Ostbahnhof und die Marktamtsabteilung Naschmarkt jederzeit bestätigen können.

Von einer unsachgemässen Verpackung der städtischen Ware kann keine Rede sein, weil die ganze von Ujvidek abgehende Ware ohne Unterschied, ob sie für die Gemeinde oder für Händler bestimmt ist, von derselben Händlergenossenschaft verpackt wird und bei allen Sendungen, sei es nun, dass die Ware in

*Kraftig*  
Körben, in Steigen oder in loser Schüttung verladen wird, in gleicher Weise vorgegangen wird.

Das Verderben der Ware ist eben auf die Zunahme der Temperatur, auf die verhältnismässig lange Transportzeit und wahrscheinlich auch auf Qualitätsunterschiede zurückzuführen.

Verdorbene Ware ist auch im Frieden, wo die Transportverhältnisse viel günstiger waren, in jeder Saison eingelangt.

Es ist eine bekannte Tatsache, die jeder Händler bestätigen wird, dass die Wiener Händler beim Spinatgeschäfte seit jeher grosse Verluste erlitten haben.

Bgm. Dr. Weiskirchner fügt hinzu: Weil eben Bez.-Vorsteher Dr. Blasel hier anwesend ist, möchte ich ihn doch bitten, er solle, wenn er Wahrnehmungen gemacht, mir diese mitteilen und nicht den Zeitungen schicken, wodurch Beunruhigungen in der Bevölkerung hervorgerufen werden würden. Die Zeit ist so schwer geworden, und wir alle ohne Unterschied der Partei haben alle Ursache, die Bevölkerung in Ruhe zu erhalten und alles zu vermeiden, was dazu beiträgt, die Spannung, die in der Bevölkerung vorhanden ist, zu lösen. Es kann ja hier und da etwas vorkommen, aber die Herren mögen sich dann lieber an den Bürgermeister wenden, als im Wege der Zeitungen die Bevölkerung in Unruhe zu versetzen (Lebhafte Zustimmung).

GR. Stein stellt eine Anfrage in derselben Angelegenheit der Bürgermeister erklärt, sie mit der vorerwähnten Antwort für erledigt.

GR. Klotzberg stellt folgende Anfrage: Heute kam es in der Grossmarkthalle zu stürmischen Szenen: Es war der erste Tag der Neuregelung des Rindfleischbezuges und es konnten daher alle jene Personen, welche in Unkenntnis der neuen Bestimmungen entweder ohne weisse Einkaufsscheine oder mit solchen der Buchstaben M bis Z erschienen, Rindfleisch nicht beziehen; erregte dies schon heftigen Unwillen, so steigerte sich dieser noch dadurch, dass diese Personen beim vollständigen Mangel von Schwein- Kalb und Schaffleisch auch andere Fleischsorten nicht erstehen konnten. Zu all dem kam aber noch, dass das feilgebotene Rindfleisch so geringer Qualität war, dass viele Käufer darauf verzichteten und daher grosse Mengen unverkauft in die Kühlräume zurückgebracht werden mussten, wiewohl dieses Fleisch eine längere Lagerung und zwar infolge seiner geringen Qualität nicht einmal in Kühlräumen verträgt. Es wird gefragt: Ist es richtig, dass das in der Grossmarkthalle heute feilgebotene Rindfleisch so minderer Qualität war, dass die Käufer trotz der Not an allen Lebensmitteln lieber darauf verzichteten. Ist es richtig, dass dieses Fleisch eine längere Lagerung in den Kühlräumen nicht verträgt und daher Gefahr besteht es könne nichtmehr als Rindfleisch zugeführt werden. Wenn ja, ist der Bürgermeister in der Lage hier Abhilfe zu schaffen.



Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Es ist richtig dass das heute in der Grossmarkthalle feilgebotene Rindfleisch zum grossen Teile sehr geringer Qualität war und daher die Käufer trotz der Lebensmittelnot auf dieses Rindfleisch lieber verzichteten, Es war typisches Fälsch von Beinlvieh. Ich habe wiederholt in Eingaben an die zuständigen Zentralstellen das Verlangen gestellt, dass den Kronländern die Lieferung des für Wien auferlegten Rinderkontingentes nicht nach der Stückzahl, sondern nach der Qualität auferlegt werden soll. Böhmen liefert ganze Rinderviertel mit einem Durchschnittsgewicht von 18 bis 20 kg, nicht selten aber solche von 12 kg und noch weniger. In normalen Zeiten hatten wir Rinder mit 400 kg Schlachtgewicht, heute mit 48 kg. Ich werde die Regierung auf die heutigen Vorfälle in der Grossmarkthalle aufmerksam machen und abermals von ihr die dringende Abhilfe unter Anwendung der schärfsten Massregeln zu fordern.

Die Gemeinderäte: Adig. Rat Wamberger, Lorenz Wiesinger, Rudolf Hoffenmayer und Gustav Schöffler stellen folgende Anfrage: Ist der Bürgermeister gewillt mit allem ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dahin zu wirken, dass die Wiener Gasthausbetriebe mit den notwendigsten Lebensmitteln ausgiebiger wie bisher versorgt werden, dass die Einfuhr aller Arten von Lebensmitteln nach Wien unbehindert stattfinden können und dass Ungarn veranlasst werde, der Stadt Wien mit grösster Beschleunigung von seinen noch immer reichlich vorhandenen Lebensmitteln einen entsprechenden Teil abzugeben?

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert: Die Versorgung der Gasthausbetriebe mit Lebensmitteln fällt ebenso wie die Sicherstellung des Lebensmittelbezuges für die Einzelhaushaltungen angesichts der zentralen Bewirtschaftung fast aller Lebensmittel in den Wirkungskreis des Ernährungsamtes. Die Gemeindeverwaltung, welche im Interesse des konsumierenden Publikums auf den ungestörten Fortbetrieb der Gastwirtschaften Wert legt, ist unablässig bemüht, bei den staatlichen Zentralstellen eine Besserung der Dotierung der Gastwirtschaften zu erwirken. Allerdings scheiterten zum grossen Teile die Schritte der Gemeindeverwaltung infolge der allgemein bekannten Lage des Lebensmittelmarktes. Auch die vorliegende Anfrage wird zum Anlass genommen werden, um neuerlich und mit allem Nachdrucke beim Ernährungsamte im Interesse einer besseren Versorgung der Gasthausbetriebe zu intervenieren.

BGM. Dr. Weiskirchner fügt hinzu: Ich möchte den Wirtin nahelegen, sie sollen mit einer Deputation zum Ministerpräsidenten oder zum Präsidenten des Ernährungsamtes gehen und den Herren Aug in Auge endlich die Wahrheit über die Lage in Wien sagen. Es bleibt nichts anderes übrig, als alle Kreise der Bevölkerung aufmerksam zu machen, dass die Ernährungslage ungünstig ist. Durch die unverantwortliche Tätigkeit der Zentralstellen sind die Verhältnisse nicht besser, sondern schlechter geworden.

GR. Hohensinner fragt, ob der Bürgermeister an kompetenter Stelle dahin wirken wolle, dass die in den Schulhäusern untergebrachten Mannschaften nach Möglichkeit zusammengezogen

werden, damit wieder eine Anzahl von Schulen freigemacht und ihrer ägentlichen Bestimmung zugeführt werden kann.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Belag der Schulen mit Militärmannschaft oft wechsle, so dass einzelne Räume vorübergehend nicht voll ausgenützt werden. Nach Ansicht der militärischen Stellen sei ein Zusammenziehen von Truppen aus verschiedenen Objekten in ein Schulgebäude aus militärdisziplinären Gründen unzulässig. Beim Magistrat seien übrigens gegenwärtig Verhandlungen im Zuge, um wieder eine Anzahl Schulgebäude ihrer Verwendung zuzuführen.

Die sozialdemokratischen Gemeinderäte stellen folgenden Antrag: Der Gemeinderat trete der Frage näher ob sich die Bildung eines freiwilligen Vereinigung von Ortsgemeinden mit der Gemeinde Wien in der Weise empfehlen würde, dass die zu vereinigenden Gemeinden jede für sich als Ortsgemeinde fortbestehe, dass sie aber gemeinsam mit der Gemeinde Wien die Produktion von Wohnungen fördern und durchführen, an der Beschaffung und Aufteilung von Lebensmittel teilnehmen auf die Bebauung brach liegender Gründe Einfluss nehmen und sonstige Aufgaben die im gemeinsamen Interesse liegen wie zum Beispiel Assanierungsaufgaben zur Lösung zu bringen suchen. Die Gefertigten beantragen für diese Art der Vereinigung vorläufig mit den Ortsgemeinden der politischen Bezirke Baden, Floridsdorf-Umgebung, Korneuburg, Neunkirchen Wr. Neustadt, die den Gemeindeverband Gross-Wien zur Durchführung der angegebenen Zwecke zu bilden hätten, zwecks Aussprache in Verbindung zu treten. Die Gefertigten beantragen weiter der Antrag auf Bildung einer solchen Vereinigung ist zur geschäftsordnungsmässigen Behandlung dem Stadtrat zuzuweisen und über dessen Erledigung ehestens dem Gemeinderat Bericht zu erstatten.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Hoss beantragt, dem Vereine der Beamten der Stadt Wien eine Subvention von 2500 Kronen zu bewilligen. Angenommen.

VB. Rain legt den Entwurf einer Petition an die Regierung wegen Neuregelung des Militärtaxwesens vor. Die Petition verweist auf das seinerzeitige Einschiessen der Gemeinde Wien, das bisher einer Erledigung nicht zugeführt worden ist und schlägt vor, von der Dienstersatztaxpflicht auszunehmen: a) alle im Alter der Taxpflicht stehenden oder in dasselbe gelangenden Personen, welche Frontdienste oder mindestens ein Jahr Landsturmdienst mit der Waffe geleistet haben, b) alle jene unter a genannten Personen, welche Frontdienste geleistet haben und nach vor Beendigung der Demobilisierung enthoben wurden c) alle unter a genannten Personen, welche vor vollendeter Dienstpflicht wegen eingetretener Dienstuntauglichkeit entlassen wurden und deren Gebrechen schon vor der Einrückung bestanden und sich während der Dauer der militärischen Dienstleistung verschlimmert haben. Von der Elterntaxpflicht sollen alle Eltern ( Elternteile ) aller unter a) bis c) angeführten Personen ausgenommen werden. Gleichzeitig stellt der Gemeinderat an die Regierung das dringende Ersuchen bei der Einhebung der Militärtaxe und bei der Eintreibung von Taxrückständen die weitestgehenden Erleichterungen zuzugestehen.

GR. Dr. Hein stimmt dem Antrage zu und erklärt: Ursprünglich war beabsichtigt, nur jene von der Taxpflicht auszurehmen die an der Front gedient haben. Das wäre meiner Ansicht nach zu enge gewesen und deshalb habe ich beantragt dass die Ausnahmen erweitert werden. Seit diesem Antrag ist aber das Hilfsdienstpflichtgesetz gekommen und heute ist es ein Unrecht, irgend jemanden der zwangsweise zu einem Dienste herangezogen ist, noch weiter Militärtaxe bezahlen zu lassen. Der Redner bespricht die Tatsache, dass seitens der Militärbehörden vielfach mit dem Menschmaterial Verschwendung getrieben werde und weist darauf hin, dass insbesondere das ganze Offizieradienerwesen sehr reformbedürftig sei. Ebenso reformbedürftig sei auch das Enthebungswesen und es müsse an die Militärbehörden die dringende Forderung gerichtet werden, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten mehr zu berücksichtigen.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der vorgeschlagene Petitionsentwurf genehmigt.

Nach einem Antrage des GR. von Steiner wird ein Kauf offeriert von Richard und Alice Salzer auf eine Liegenschaft in Heiligenstadt im Ausmasse von ungefähr 657 m<sup>2</sup> um den Preis von 36.000 Kronen genehmigt.

Str. Braun berichtet über ein Ansuchen der „Teerag“ A.G. für Thierfabrikate, Asphalt, Russ und chemische Produkte um Bestellung eines Baurechtes an zwei Parzellen an der Simmeringer Lände.

GR. Reumann führt im Interesse der Errichtung von Kleinwohnungen seine Bedenken gegen die Ausführung des Str. Braun aus und tritt für die Ablehnung des Antrages ein. Er spricht einer Rückverweisung des Antrages an den Stadtrat das Wort, die aber abgelehnt wird.

GR. Melcher führt aus, dass es richtig ist, dass das Baurecht in erster Linie für Wohnungszwecke gedacht ist, dass es aber im Laufe der letzten Jahre keine Seltenheit gewesen ist, dass wir durch die Nichtförderung der Industrie diese nach Ungarn getrieben haben. Sehen wir uns andere grosse Städte in Deutschland an, dort entwickelt sich zuerst die Industrie und dann erst die Wohngebäude. Wir haben doch kein Interesse gehabt doch kein Interesse daran, Industrie-arm zu werden.

GR. Kurz: Als Vertreter des 11. Bezirkes musste ich wohl zu diesem Gegenstande sprechen. Redner spricht von den Nad Beilen, die die Apollokerzenfabrik in Bezug auf Bewohnung der umliegenden Leute ausüben, was bei der zu errichtenden Fabrik nicht der Fall sein wird und tritt für die Annahme des Antrages ein.

VBGM. Rain weist auf die lange Frist von 70 Jahren hin, und betont, dass die Vorlage dem Bürgerspitalfunde Rechte wegnehme. Wir können die Kaufkraft nach 15 und 20 Jahren nicht, und müssen mit Fondsgeldern vorsichtiger sein. Redner stellt den Antrag, den in Rede stehenden Antrag an den Stadtrat zurück zuweisen, der angenommen wird.

Nach einem Antrage des Stadtrates Dr. Haas die Erhöhung der Verpflegungskostenbeträge im israelitischen Versorgungshause IX., Heugasse 9 um 30 Heller pro Kopf und Tag beschlossen.

GR. Spalovsky stellt einen Antrag auf Aenderung der Statuten und der Geschäftsordnung des Arbeitsvermittlungsamtes in welchem an die Regierung das Ersuchen gestellt wird, bei Zuerkennung der in der Verordnung vom 24. Dezember 1917 in Aus-

sicht genommenen staatlichen Begünstigungen auf die Grosse und Bedeutung sowie auch die Erheblichen Kosten des Arbeitsnachweises, des Arbeiterfürsorgeamtes, gebührende Rücksicht zu nehmen.

GR. Domes begrüsst den Antrag umso mehr, als die Gemeinde Wien sich entschliesst dem Arbeitsnachweise eine paritätische Behandlung zu geben. Er weist darauf hin, dass der Versuch der Regierung auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises Ordnung zu schaffen, sehr schwächern ist und ein passives Resultat nicht geschaffen wird. Der Redner befürchtet dass es für den paritätischen Arbeitsnachweis einen ständigen Zankapfel bilden werde, wenn er während eines Streiks oder einer Aussperrung vermitteln sollte. Es wäre für die Wirksamkeit des Arbeitsvermittlungsamtes viel vorteilhafter, wenn der paritätische Ausschuss sofort einberufen würde, wenn die Frage zu entscheiden ist, ob bei einem Streik oder bei einer Aussperrung die Vermittlungstätigkeit fortgesetzt werden soll und er wünscht, dass bis zur Beschlussfassung durch den Ausschuss überhaupt nicht vermittelt werde. Er stellt deshalb auch den Antrag auf Ausschaltung des bezüglichen Punktes und bittet ihn im Stadtrate neuerlich zu beraten.

GR. Schächter bezeichnet die Schaffung des Arbeitsnachweises in der vorliegenden Form als ein ganz besonderes Entgegenkommen gegenüber der Arbeiterschaft und gibt dem Wünsche Ausdruck, dass in dem Falle der Schaffung von öffentlichen Arbeitsnachweisstellen die Arbeitsvermittlungen eingeschränkt und in Zukunft Konzessionen für solche überhaupt nicht mehr erteilt werden.

GR. Rummelhart ersucht, dass seitens des Präsidiums Veranlassung getroffen wird, dass das Arbeiterfürsorgeamt mit der Regierung in Verbindung trete, damit eine eigene Verordnung bezüglich der Lehrstellenvermittlung herausgegeben werde, denn die Lehrstellenvermittlung gehöre überhaupt nicht in eine öffentliche Arbeitsvermittlung hinein.

GR. Spalovsky betont in seinem Schlussworte, dass nicht nur die sozialdemokratische, sondern auch die christlich soziale Arbeiterschaft für den paritätischen Ausschuss eingetreten sei ( Dr. Domes: Umso besser Herr Kollege!) Der Berichterstatter erklärt sich im Uebrigen damit einverstanden, dass die Vorschläge der GR. Domes und Schlechter dem Stadtrate zugewiesen werden. Die Einschränkung der privaten Vermittlungen bezeichnet er ebenfalls als eine absolute Notwendigkeit und bemerkt, auf die Ausführungen des Gemeinderates Rummelhardt, dass die Regierung bei der Regelung der Facharbeitsvermittlung auch auf die Lehrstellenvermittlung in entsprechender Weise Rücksicht nehmen werde.

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge angenommen. Der Antrag Domes wird dem Stadtrate zugewiesen. Die Anregungen der Gemeinderäte Schlechter und Rummelhardt werden vom Bürgermeister dem Magistrat zur Berichterstattung überwiesen.

Stadtrat Tomola berichtet über die Errichtung einer städtischen Akademie für soziale Verwaltung und begründet in längeren Ausführungen die bekannten Anträge. Dieselben werden genehmigt.

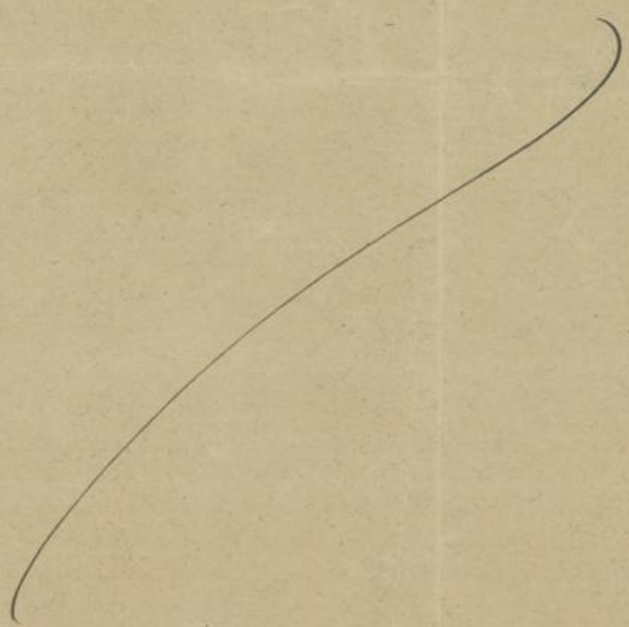
Die Sitzung wird sodann geschlossen.



2  
Beschlagnahme-Verfügung

Die k. k. Finanzverwaltung hat folgende genehmigt  
§. 487 A. P. G. Die Leupoldengasse Post zugewiesenen  
Briefkasten - das Grundstück: Wiener  
Rathhaus Correspondenz Nr. 85 vom 10. / 4. 1918

ausgegeben der Stelle von „und kann nur hinzusetzen“ bis  
zur Selbsthilfe wird schreiben müssen.



Diefe Mitteilung muss die Nachfolgende ausgeben  
und dass nicht bekannt gegeben werden muss.

Wiener, 10. 5 das Datum vom 9. Juli 1894 Nr. 161/



k. k. Staatsanwaltschaft  
Wien, am 10. April 1918.

Maas



IM NAMEN SEINER MAJESTÄT DES KAISERS :

Das k.k.Landesgericht Wien als Pressgericht hat auf Antrag der k.k.Staatsanwaltschaft erkannt, dass der Inhalt

der periodischen Druckschrift : " W i e n e r Rathaus-Korrespondenz " vom 10. April 1918 N<sup>o</sup> 95 durch die Stelle: " und kann nur hinzufügen " bis " wird schreiten müssen "

das Ver...gehen..... nach §§ 305 StG.

begründe und es wird nach § 493 StPO. das Verbot der Weiterverbreitung dieser Druckschrift ausgesprochen, die von der k.k.Staatsanwaltschaft verfügte Beschlagnahme nach § 489 StPO. bestätigt und nach § 37 Pr.G. auf die Vernichtung der saisierten Exemplare erkannt.-

G R Ü N D E :

In der obbezeichneten Stelle wird zu unsittlichen und durch das Gesetz verbotenen Handlungen aufgefordert, angeeifert und zu verleiten gesucht, weshalb der Tatbestand des







23. IV. 1918



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michew,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 23. April 1918. Nr. 106.

## Der Bürgermeister über Tagesfragen.

In einer gestern abgehaltenen massenhaft besuchten Versammlung beim Dreher auf der Landstrasse unter Vorsitz des Bezirksvorstehers Spitaler hielt gestern Bürgermeister Dr. Weiskirchner eine Rede. Nach den Ausführungen des ersten Redners StR. Dr. Mataja sagte Bürgermeister Dr. Weiskirchner unter anderem: Minister kommen und gehen, daran sind wir in Oesterreich gewohnt und die Demission löst kaum irgend eine Bewegung aus. Anders war es allerdings in der Vorwoche, als der Minister des Aeussern Graf Czernin seinen Abschied nahm. Ohne dass er je in unmittelbare Berührung mit dem Volke gekommen wäre, war er in der kurzen Spanne Zeit der Volksdiplomate geworden, dessen Worte tief in das Herz der Deutschen Oesterreichs drang und dem unbeschränktes Vertrauen entgegengebracht wurde. Sein Abschied aus dem Amte löste tiefe Erregung aus und wir können nicht glauben, dass Oesterreich der hervorragenden Kraft dieses glänzenden Staatsmannes auf die Dauer wird entbehren können. Wir nehmen daher auch nicht Abschied von ihm, sondern sagen: Auf Wiedersehen Graf Czernin! (Stürmischer Beifall und Heil Czernin! Ruf).

Wir hoffen, dass die von Graf Czernin eingeleiteten Friedensverhandlungen einen erfolgreichen Verlauf nehmen. Allerdings mehren sich schon die Stimmen, dass bei den jetzigen Verhandlungen mit Rumänien der ungarische Einfluss bezüglich des Importes von Fleisch und Vieh sich äusserst und Oesterreich hierbei verkürzt werde. Wir müssen vollen Einblick in diese Verhandlungen bekommen, denn unsere Ernährungslage ist derart, dass wir ohne ausgiebige Importe aus Rumänien und der Ukraine das Auslangen in den nächsten Wochen und Monaten nicht finden können. Der gestrige Erlass des Volksernährungsamtes zeigt ja evident den Zusammenbruch des staatlichen Ernährungsdienstes und tut unserer Bevölkerung die grössten Opfer zu. Wenn wir uns denken, dass die Bevölkerung aus dem August 1914 unvermittelt mit einem Ruck in den April 1918 versetzt worden wäre, so würde der Krieg bald aus gewesen sein. Aber in den Kriegsjahren 1914 bis 18 hat die Bevölkerung ein Training wie das eines Hungerkünstlers durchgemacht und begnügt sich mit Mengen von Lebensmitteln, die nur mehr 35 % des Friedensbedarfes erreichen.

Das System der Zentralen, über das ja mein Vorredner eingehend gesprochen hat, hat sowohl was die Erfassung wie

die Verteilung betrifft, versagt, und wir haben eigentlich eine Probe auf den sozialistischen Zukunftsstaat mit Schaudern an unserem eigenen Leide durchgemacht. Es ist die höchste Zeit, dass unsere Regierung von Versprechungen und Verhandlungen zu Taten übergeht. Unsere Bevölkerung hat durch Monate die grössten Opfer gebracht, die äusserste Geduld bewiesen, aber auch ihre Tragfähigkeit geht an den Rand. Warum sind wir nicht rechtzeitig, so wie die Deutschen in die Ukraine einmarschiert, warum wird mit der ungarischen Regierung fortwährend verhandelt, ohne zu einem für uns befriedigenden Abschluss zu gelangen, warum wird in tschechischen Agrarbezirken nicht so requiriert, wie im Stammlande der Monarchie, das durch zivile und militärische Requisitionen ausgeschöpft ist. In letzter Stunde rufe ich der Regierung zu, der wachsenden Missstimmung der Bevölkerung eingedenk zu sein und der stets getreuen Wiener Bevölkerung das Durchhalten zu ermöglichen.

Die Lage der fix Angestellten ist unhaltbar geworden. Jede Zuwendung, die die Gemeinde mit schweren budgetären Opfern bringt, löst neue Preissteigerungen aus und ohne Abbau der Preise ist eine Besserung der Lage der fix Angestellten nicht zu gewärtigen. Die Löhne der manuellen Arbeiter sind gestiegen, die Rohmaterialien sind gestiegen und die fix Angestellten können die Produkte nicht mehr kaufen. Wir stehen nach Kriegsschluss vor den grössten Problemen: Abbau der Löhne, Abbau der Frauenarbeiten, Wiederaufrichtung unseres Gewerbestandes, denn im Kriege haben sich Grosskapital und technische Errungenschaften so verbündet, dass wir mit Grund annehmen können, es werden die Verhältnisse wie vor dem Krieg nicht mehr wiederkehren. Das mittelständige Gewerbe wird nur im engsten Anschluss an die Gemeinde seine Wiederaufrichtung finden und seine notwendige Existenz im Rahmen der Grossstadt sichern. Schon meine jetzige Kommunalpolitik ist auf diese Zukunft gerichtet und nur die finanziellen und sonstigen Machtmittel unserer Grossgemeinde können dem mittelständigen Gewerbe die Existenz verbürgen. Allerdings hat auch die Macht der Gemeinde ihre Grenzen. Wir haben im Gemeinderate grundlegende Beschlüsse gefasst in Angelegenheit einer grosszügigen Wohnungsfürsorge, wir haben unsere Anträge gestellt wegen ausreichender Invalidenversorgung und Bekämpfung der Volkskrankheiten, aber alle diese Anträge nur unter der Voraussetzung, dass auch die Regierung mit ihren Machtmitteln eingreift und dass in gemeinsamer Arbeit Regierung, Land und Gemeinde diese grossen Probleme zur

Lösung bringe.

Die Jugendnot mit ihren traurigen Erscheinungen in physischer und psychischer Beziehung schreit nach Abhilfe. Es vergeht keine Versammlung, in der ich nicht an alle Kreise der Bevölkerung mich wende um Massnahmen zum Schutze und zur Erhaltung der heranwachsenden Generation. Ich kann aber auch wohl sagen, dass in dieser Frage volles Verständnis obwaltet und es wird uns gelingen, für das vorschulpflichtige Alter, wie auch für die Kinder der Schule Vorsorge zu treffen. Ich gehe aber heute noch weiter. Die Gemeinde muss in intensivster Weise die Erweiterung der Volksbildung für das nachsulpflichtige Alter in die Hand nehmen. Schon die grossen technischen Errungenschaften unserer Zeit erfordern eine grosszügige Kulturpolitik, um nicht Inkongruenzen hervorzurufen, welche der geistigen und sittlichen Entwicklung widerstreben würden. Gewiss sind auch in dieser Beziehung Anfänge vorhanden, die aber energisch ausgebaut werden müssen. Ich denke an Volksbüchereien, muster-giltige Lichtspielbühnen, wissenschaftliche Vorlesungskurse, kurz an eine geistige Hebung der Jugend unseres Volkes, herausgewachsen aus religiöser Empfindung und sittlichem Inhalt. Auch die Demokratisierung unseres Wahlrechtes erheischt mit Notwendigkeit eine Steigerung der Volksbildung. Unserer Jugend darf nicht weiter perverse Schundliteratur, Detektivfilme und Verbrecherromane geboten werden. In wahrhaft religiöser Vertiefung wollen wir unsere Jugend geistig ertüchtigen, denn nur jedem Volke wird eine glückliche Zukunft beschieden sein, das mit der materiellen Wohlfahrt auch die geistige und sittliche Wohlfahrt zu verbinden in der Lage ist.

Und so will ich mich denn vom Tagesgewirre, vom Tagesjammer und von freudloser Arbeit mit einem Blick in die Zukunft lösen. Dieses glückliche Volk im materiellen Gedeihen und sittlicher Erhebung soll unser deutsches Volk sein, dem ich dienen will bis an mein Lebensende. (Stürmischer anhaltender Beifall).

Vom Strandbad Gänsehüfel. Der Stadtrat genehmigte nach einem Antrag des StR. Zatzka die Abänderung der Badeordnung für das Strandbad Gänsehüfel in der Richtung, dass die Bestimmung, wonach der Familienbadestrand mit Einzelkarten derzeit nur für gleichzeitig ankommende Familienmitglieder beiderlei Geschlechtes zugänglich war, aufgelassen wird.



24. IV. 1918.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verleger und verantw. Redakteur Franz Mijew,  
Dign. 1. Neugebäude.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 24. April 1918. Nr. 109.

**Das Luft- und Sonnebad im 19. Bezirk.** Im Vorjahre wurde die Errichtung eines Luft- und Sonnebades bei den im Kuchelauerhafen stehenden städtischen Stromebecken genehmigt. Das Bad erfreute sich sofort nach der Eröffnung eines derart regen Zuspruchs, dass sich die Anlage schon im abgelaufenen Jahre als viel zu klein erwies. Der Stadtrat beschloss eine Ausgestaltung des Bades durch Vergrößerung des Luft- und Sonnebadstrandes und durch die Herstellung eines Verbindungssteiges von diesem Strande zum Stromebad an Stelle der bisherigen Ueberführung der Badegäste mittelst eines Kahnens. Das Bad mit seiner fast 1600 Meter langen Wasserfläche des Kuchelauerhafens wird den Wiener Schwimmvereinen zur Abhaltung ihrer schwimmsportlichen Veranstaltungen und zu Übungszwecken überlassen werden, der Verband der österreichischen Schwimmvereine hat diese Zusage mit Freude aufgenommen, so dass die geplante Ausgestaltung des Bades auch zur Förderung des Schwimmens ausserordentlich viel beitragen wird. Die Kosten für die Ausgestaltung betragen 18.000 Kronen.

**Ernennungen.** Der Stadtrat hat ernannt: Im Stände der Buchhaltung Josef Rieder, Johann Sehnert und Johann Krotmar zu Rechnungsoberrevidenten; Josef Raab zum Rechnungsrevidenten; Franz Kowanda und Friedrich Güttler zu Rechnungsassistenten; im Stadtbaumeisteramt: Ingenieur Franz Weid zum Baukommissär; Karl Kreß zum Bauaufsichtersrevidenten; im Marktamt: Karl Görgl, Anton Seywald, Karl Spizhacsek, Alois Thimann und Anton Hodák zu Marktamtsinspektoren; in der Kanzlei: Otto Halsek zum Direktionsadjunkten; Ludwig Donin, Josef Sedlacek, Albert Kramer, Eduard Hohler und Josef Ritter von Zuzande zu Oberoffizialen; Otto Pflaß und Thomas Gröbner zu Kanzleiazkessisten. Bei der Zentral-Sparkasse Karl Scheichbrein und Johann Müller zu Rechnungsbeamten in der 9. Rangklasse, Richard Richter, Rudolf Stiedry, Josef Schrenker und Adolf Stransky zu Rechnungsbeamten in der 10. Rangklasse.

**Anschaffungsbeitrag der Lehrer.** Heute mittags empfing der Obmann des Bürgerklubs Oberkurator von Steiner im Rathause eine Abordnung der städtischen Lehrerschaft in der Frage der Bewilligung eines Anschaffungsbeitrages. Oberkurator von Steiner nahm die Wünsche der Lehrerschaft entgegen und erklärte, dieselben dem Bürgermeister bzw. dem Bürgerklub zur Kenntnis zu bringen.

**Neue Bürger.** Der Heimats- und Bürgerausschuss der Stadt Wien hat das Bürgerrecht der Stadt Wien verliehen:

Innere Stadt: Emmerich Mazanetz, Kaffeesieder; Johann Pokorny, Damenkleidermacher; Josef Bulis, Damenkleidermacher (Berichterstatte GR. Heindl); Landstrasse: Johann Cikryt, Kleidermachermeister; Alois Pernerstorfer, Wäschehändler (Berichterstatte GR. Findenigg); Wieden: Johann Baranek, Gemischtwarenhändler; Josef Benisch, Schlosser; Josef Schultmaier, Schriftensmaler; Nikolaus Eckelhardt, Schuhmacher; Georg Strobel, Maurer; Maximilian Josef Böhm, Uhrmacher; Ludwig Richard Reiter, Schuhmacher (Berichterstatte GR. Breuer); Margarethen: Leopold Kuffner, Futteralmacher; Michael Schrei,

Herrenkleidermacher (Berichterstatte GR. Aichhorn); Josef Strasser, Gemischtwarenhändler (Berichterstatte GR. Roth); Mariahilf: Wilhelm Groisinger, Gastwirt; Anton Karl Neuberger, Graveur; Josef Oberayer, Musiker (Berichterstatte GR. Paulitschke); Neubau: Georg Alois Hörmann, Gemischtwarenhändler (Berichterstatte GR. Fichler); Josefstadt: Jakob Johann König, Geschäftsleiter (Berichterstatte GR. Rotter); Alsergrund: Karl Rudolf Schiller, Glasmaler; Josef Kratky, Kürschner; Rupert Roman Böck, Gastwirt; Anton Lechner, Schuhmacher; Leopold Bachheimer, chir. Instrumentenmacher; Karl Schreiner, Instrumentenmacher; Karl Schnitzer, Hutmacher; Johann Hromadko, Gemischtwarenhändler; Karl Riedel, Gastwirt (Berichterstatte GR. Partik); Favoriten: Franz Krumpolz, Schlosser; Karl Gloggnitzer, Schlosser; Franz Sasek, Schuhmacher & Berichterstatte GR. Böck; Hietzing: Emil Josef Mickerts, Papierhändler (Berichterstatte GR. Partik); Rudolfsheim: Ignatz Göbharter, Glaser; Karl Fidler, Gemischtwarenhändler (Berichterstatte GR. Wiesinger); Fünfhaus: Anton Novotny, Tischler (Berichterstatte GR. Breuer); Ottakring: Eduard List, Pfaidler; Franz Mayer, prot. Kaufmann (Berichterstatte GR. Hötzel); Hernals: Emil Michel, Uhrmacher; Alois Karl Spurny, Dampfwaschereibesitzer (Berichterstatte GR. Rykl); Währing: Johann Molnar, Siebmacher; Sebastian Weninger, Tischler; Franz Adolf Lunak, Gemischtwarenhändler; Josef Ziegler, Gemischtwarenhändler (Berichterstatte GR. Brenta); Floridsdorf: Ferdinand Simon Ertl, Gemischtwarenhändler (Berichterstatte GR. Knoll).

In derselben Sitzung wurde einer grösseren Anzahl von Personen die Zuständigkeit bzw. die Zusicherung der Aufnahme in den Wiener Heimatsverband verliehen.

**Eine neue Kriegsküche.** Morgen (Donnerstag) wird die Kriegsküche Nr. 60 im Amtshause des 9. Bezirkes, Schleisingerplatz den Betrieb aufnehmen.

**Wohlfahrtsfleisch.** Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird an die Besitzer der grünen, blauen und gelben Einkaufsscheine für Mindestbemittelte das Wohlfahrtsfleisch (20 Deka für jeden Kopf des Haushaltes) zum Preise von Y 3.50 für 1 kg in den bekannten Ständen und Geschäften der Grossschlächtereien in der 54. Woche gegen Abtrennung der beiden Abschnitte E und F vom Einkaufsschein an folgenden Tagen abgegeben werden: Samstag den 27. April für die Wamen von A bis F, Montag den 29. April G - K, Mittwoch den 1. Mai L - R, Donnerstag den 2. Mai S - Z. An den gleichen Tagen werden in denselben Ständen und Geschäften der Grossschlächtereien an die Mindestbemittelten nebst dem Wohlfahrtsfleisch auch die Innereien, soweit der Vorrat reicht und mit Berücksichtigung der Kopffzahl der einzelnen Haushalte, zum vorgeschriebenen Höchstpreise gegen blosse Vorweisung des grünen, blauen oder gelben Einkaufsscheines abgegeben.

Die Besitzer von abgestempelten grünen, blauen und gelben Einkaufsscheinen, die hiedurch zum Einkauf von Rindfleisch berechtigt sind, können die ihnen zukommende Menge von Montag den 29. 1. M. bis einschliesslich Montag den 6. Mai gegen Abtrennung der beiden Abschnitte E und F wenn sie die Wochenmenge auf einmal beziehen wollen, und gegen Abtrennung je eines der beiden Abschnitte, wenn sie

ihre Wochenmenge in 2 Partien beziehen wollen, bei allen Versuchen feststellen, mit Ausnahme der Abgabestellen für Wohlfahrtsfleisch zu dem für die Inhaber der weisen Einkaufsscheine geltenden Preisen erhalten.

Wiener Gemeinderat  
Sitzung am 24. April 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen: Helene Salzer hat 6000 Kronen zum Ankauf von Schuhen für bedürftige Knaben des 10. und 16. Bezirkes zur Verfügung gestellt. - Kommissär des Magistrates der Stadt Wien in R. Dr. Hugo Czermak Edler von Nordhausen hat den Armen der Stadt Wien testamentarisch 1000 Kronen gespendet. - Die I. österr. Turngeräte - Fabrik J. Plaschkowitz hat für den Mannschaftsfond der städtischen Feuerwehr einen Beitrag von 100 Kronen gespendet. - Helene SSB hat letztwillig eine Asylstiftung für erwachsene Blinde errichtet. Die Verlassenschaft beziffert sich auf 164.700 Kronen.

GR. Biber stellt an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt wäre, den massgebenden Einfluss der Gemeinde Wien dahin geltend zu machen, dass den preis-treibenden Tendenzen im Holzhandel dadurch Halt geboten werde, dass an Stelle der Richtpreise - im Rahmen der heutigen Verhältnisse - Höchstpreise für Rundholz erstellt werden und dass seitens der Produktion und des Grosshandels ohne sachliche Begründung und Berechtigung erzwungene Bestimmungen - dass für Holz ab allen Stationen ein und derselbe Preis gilt - aus den Preisbestimmungen eliminiert werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Diese Anfrage kommt mir von besonderer Bedeutung vor und ich werde sie heute nicht durch meine Antwort abschliessen, sondern ich werde sie dem Magistrat zur Berichterstattung an den Gemeinderat zuweisen.

GR. Schäfer verlangt in einer Interpellation, dass die Marktämter die wirklichen Preise erheben und wöchentlich wenigstens zweimal veröffentlichen und dass die Komüne die von ihr gezahlten und angebotenen Preise für die Engroskäufe bekanntgibt. Der Interpellant führt in seiner Anfrage aus:

Wir beziehen dormalen nur aus den besetzten polnischen Gouvernements. Der Vorgang der Aerar-Einfuhrbewilligung ist viel zu kompliziert und ist zu vereinfachen. Jetzt gibt bezüglich jeder einzelnen Post das bezügliche Armeekommando seine Aeusserung ab, dass die Ware für das betreffende Gebiet sehr benötigt wird, und nach dieser Aeusserung gibt das Armeekommando erst die Ausfuhrbewilligung. Wegen der Einfuhrfreiheit muss man sich erst wieder an das Amt für Volksernährung und dann an die spezielle Zentrale wenden. Dem gegenüber sollte das Armeekommando seinen Bedarf bis zur neuen Ernte feststellen und das darüber vorhandene freie Kontingent auch gleich freigeben. Das Armeekommando könnte gleich auf einmal diese Erklärung zur Gänze und uneingeschränkt genehmigen. Das Amt für Volksernährung könnte z.B. für Wien ein bestimmtes Quantum der verschiedensten Einfuhrartikel freigeben und von dieser Entschliessung die Zentrale verständigen, dass bis zu der festgesetzten Kontingenthöhe die Einfuhr nicht zu hindern ist. Damit würden alle Einzelinterventionen entfallen.

Bgm. Dr. Weiskirchner verweist in seiner Antwort darauf, dass schon seit Beginn des Krieges die Marktpreise und zwar die wirklichen erheben und auch auf den Märkten auf eigenen Tafeln ersichtlich gemacht werden. Ueberdies erfolgen Verlautbarungen im Wege der Presse. Was den Gemeinderat Schäfer interessiert, würde auch Redner selbst interessieren, wie man

nämlich die Schleichhandelspreise ebenfalls auf einen Preiszettel bringen könnte. Dies sei aber unmöglich, da es sowohl die Käufer wie auch die Verkäufer angestrichen vermeiden, diese Preise der Marktbehörde zu nennen und ihre Abmachungen meist nur im Flüsterton treffen. Was die Approvisionierungskäufe der Gemeinde Wien betrifft, erklärt der Bürgermeister, so entfaltet die Gemeinde auf diesem Gebiete nicht eine behördliche, sondern lediglich eine kommerzielle Tätigkeit. Die Ankäufe erfolgen unter Wahrung aller kommerziellen Interessen, zu denen auch das gehört, dass die Preise nicht publiziert werden. Bezüglich der Beschaffung von Lebensmitteln aus den Okkupationsgebieten macht es allerdings den Eindruck, als ob die heutige militärische Organisation auf diesem Gebiete noch aus der grossen Zeit der Kaiserin Maria Theresia her rührt. Ich glaube, als ersten Leidtragenden wird mich Kollege Schäfer selbst betrachten, nachdem ich bereits 4 Jahre mit diesen Agenten zu tun habe. Es ist ein wahres Martyrium, sich mit Ankäufen aus den Okkupationsgebieten befassen zu müssen.

GR. Schäfer teilt in einer Interpellation des Bezirksvorstehers Dr. Blasel mit: Am 10. d.M. fuhr ich von Oberhollabrunn nach Wien. Da sah ich ein jammervolles Bild: In dem Wartesaal sassen ungefähr 50 hungrig und müde aussehende Frauen mit Rucksäcken und warteten auf den Zug. Auf einmal ging die Tür auf, ein Gendarm trat ein, ging aber gleich wieder hinaus. Die Frauen atmeten auf, jedoch kam sofort die Täuschung. In 10 Minuten kamen 5 Gendarmen, sperrten die Eingänge ab und kontrollierten die Rucksäcke. Die Frauen mussten mit ihnen in einen Nebenraum gehen und den Inhalt der Rucksäcke ausschütten. Die Frauen hatten 20 bis 25 Erdäpfel, Brot, Eier, auch andere Lebensmittel, sowie Milch. Es entstand ein Jammerschrei, Weinen, Bitten, aber es nützte nichts, der Gendarm sagte, das sei Gesetz, da könnte man nichts machen. Am Tisch lagen einige hundert Eier, Haufen Erdäpfel und Milch wurde in Gefässe zusammengeschüttet. GR. Schäfer fragt, was mit den requirierten Lebensmitteln geschah? Warum gibt man in Wien auf den Bahnhöfen durch grosse, auffallende Plakate nicht bekannt, dass es nicht erlaubt ist, Lebensmittel nach Wien zu bringen. Da würden sich die Leute gewiss überlegen, wegzufahren und sich solchen Gefahren auszusetzen. Seit einer Woche existiert dieser Unfug und nur in Oberhollabrunn, während sonst nirgends auf der ganzen Strecke von Znaim. Was gönkt der Bürgermeister zu tun, um dieser grausamen und aufreizenden Behandlung der hungernden Bevölkerung Wiens ein Ende zu bereiten?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich kann nur erwidern, dass ich es nach wie vor für meine Pflicht halte, gegen dieses wirkliche Vergehen der Bezirkshauptmannschaft auf das Entschiedenste beim Statthalter Einspruch zu erheben (Lebhafter Beifall). Wenn mir erwidert wird, dass damit eine Bresche in das System geschlagen sei, so kann ich nur sagen, was nützen alle Systeme, wenn man dabei verhungern kann? Der Interpellant kann versichert sein, dass ich mit allem Nachdruck den Standpunkt weiter einnehmen werde, den ich bisher eingenommen habe (Beifall).



GR. Schlechter stellt in Anbetracht der Zustände, dass Brot, Mehl, Kartoffel und andere Lebensmittel, deren Erlangung an Bezugschein gebunden ist, auch ohne dieselben zu unglücklich hohen Preisen sind, an den Bürgermeister folgende Anfrage: Ich erlaube mir, den Bürgermeister zu fragen, ob es denn nicht höchste Zeit wäre, den Verhältnissen bei der Approvisionierung ein Ziel zu setzen und die durch diese Verhältnisse eingetretene Versorgung der Bevölkerung mit rationierten Lebensmitteln zu beseitigen.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich versichere Sie, dass ich die Zustände auf das Höchste bedauere. Diese Angelegenheit gehört aber in die Kompetenz des Kriegswucheramtes und werde ich diese Anfrage dahin abtreten.

GR. Skaret stellt folgende Anfrage: Im Landesgesetze vom 1. Juli 1917 wird angeordnet, dass der Bezirksschulrat die Schulleiterstellen in Wien 14 Tage nach Einlangen der Erledigungsanzeige, die übrigen Lehrerstellen hingegen zu Beginn des Schuljahres und im Monate Februar den Konkurs zur Wiederbesetzung auszuschreiben hat. Da diese Ausschreibungen bisher nicht erfolgten, wird gefragt, ob der Bürgermeister den Grund für die Ausschreibung der gesetzlichen Bestimmungen mitteilen und ob er die Ausschreibung sofort veranlassen wolle?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Um die Lehrstellen, welche auf Grund der seitens des Wiener Stadtrates am 16. Februar 1918, bzw. 7. März 1918 vollzogene Ernennungen zur Erledigung gekommen sind, zur Ausschreibung bringen zu können musste die Bestätigung dieser Ernennungen durch den Landeschulrat abgewartet werden. Die Ausschreibung der Schulleiter und Lehrerstellen ist in dem Amtsblatte zur heutigen Wiener Zeitung erschienen. Die Besetzung dieser Stellen erfolgt mit rechtlicher Wirkung vom 1. August 1918.

Es ist also nichts gesetzwidriges vorgegangen, sondern die Sache ist ganz ordnungsgemäss verlaufen.

GR. Dr. Hein fragt ob der Bürgermeister veranlassen wolle, dass der Ausschuss zur Beratung einer Reform der Gemeindeverfassung und der Gemeindevahlordnung, welcher seit vielen Monaten keine Sitzung abgehalten hat, endlich einmal wieder zu einer Sitzung einberufen werde.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Wie dem Interpellanten bekannt sein dürfte, ist in der letzten Sitzung des Ausschusses die Überzeugung durchgedrungen, dass eine Wahlreform nur im Wege eines Kompromisses zustandekommen könne. In dieser Beziehung hat die Tätigkeit nicht geruht und Verhandlungen haben durch die ganze Zeit stattgefunden. Sobald die Möglichkeiten vorliegen wird, eine zweckmässige und fruchtbringende Tätigkeit wieder aufzunehmen, werde ich nicht versäumen, den Ausschuss einzuberufen.

GR. Wimberger fragt, ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, dass der auf die Gasthauskette angewiesene Teil der sesshaften Wiener Bevölkerung, wie die vorübergehend hier weilenden Fremden und Militärpersonen bei der amtlichen Lebensmittelbelieferung der Gasthäuser und Hotels mindestens die gleiche Berücksichtigung erfahren, wie die ohnehin nicht aus dem Vollen schöpfenden Besucher der Gesellschaftsküchen, und dass bei jener massgebenden Stelle endlich die Überzeugung Platz greift, dass es weniger im Interesse der Wirte, wie in dem der Bevölkerung gelegen ist, die derzeit nach im Betrieb stehenden Gasthausküchen in Wien, durch bessere Lebensmittelbelieferungsbetriebsfähigkeit zu erhalten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe bereits in der

letzten Sitzung in Erwiderung einer ähnlichen Anfrage erklärt, dass die Sicherstellung von Lebensmitteln für die Gasthausbetriebe in den Wirkungskreis des Volksernährungsamtes fällt, ebenso wie für die Gemeinschaftsküchen. Ich bin in einer Sitzung, welche vom Volksernährungsamt einberufen worden war für die gleichmässige und gerechte Verteilung mit allem Nachdrucke eingetreten, weil ich es für nicht passend halte, dass staatliche Benifikationen gewissen Vereinigungen als Forderungen ihrer Propagandatätigkeit gewährt werden. Ich kann nur neuerlich versichern, dass ich die Bestrebungen der Gastwirte vollstens unterstütze und kann ihnen nur raten, sich zum Ministerpräsidenten und zum Präsidenten des Volksernährungsamtes zu begeben, um dort ihre Forderungen mit allem Nachdrucke vorzubringen.

GR. von Steiner stellt folgenden Antrag: Der Rücktritt des Grafen Ottekar Czernin von der auswärtigen Führung der Monarchie hat in allen Kreisen, denen das Vaterland und seine Zukunft am Herzen gelegen ist, das tiefste Bedauern ausgelöst und insbesondere die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, die mit Stolz und Zuversicht das Wirken des Staatsmannes verfolgt empfand das Scheiden des Grafen Czernin von seinem Amte als einen schweren Verlust für Volk und Vaterland. Die Vertretung der Stadt Wien hatte im verflossenen Jahre wiederholt die Gelegenheit ergriffen, dem Grafen Czernin für sein Wirken, das von tiefem Verständnis für das Denken und Fühlen des Volkes und die Tragfähigkeit seines Opfermutes begleitet war, im Namen der Wiener Bevölkerung aufrichtigen Dank auszudrücken. Unvergessen aber wird in der Geschichte der Stadt und des Landes jene programmatische Rede bleiben, die Graf Czernin am 2. d.M. vor den Mitgliedern der Obmännerkonferenz des Wiener Gemeinderates gehalten hat und jene leitenden Grundsätze enthält, welche unser Heil und unsere Zukunft nach aussen und im Innern verbürgen. Graf Czernin brachte uns die ersten Friedensschlüsse und es wird sein unvergängliches Verdienst bleiben, wie dieses Werk in erster Linie ihm zu verdanken war. Was er erreicht hat und was er verzeichnet hat, das ist uns ein dauernder Gewinn; jenes, weil auf dem bereits erzielten Teilfriede der von den Völkern heissersehnte Friede, so Gott will, in naher Zeit wird aufgebaut werden können, und dieses, weil es als der Glaubenssatz für den Bestand des Vaterlandes erkannt worden ist und nicht mehr geschmälert werden kann.

In dem heute veröffentlichten Handschreiben des Kaisers an den Grafen Czernin ist festgelegt, dass die Politik, in deren Interesse der Staatsmann tätig war, für das kaiserliche Haus und die Staaten richtunggebend bleibensoll und Graf Czernin scheidet mit den grössten Ehren, die einem Staatsmanne zuteilwerden können. Wir hegen zuversichtlich die Hoffnung, dass Graf Czernin sich bald wieder an der Leitung unserer Staatsgeschäfte beteilige; denn das Vaterland braucht Kraft, Entschlossenheit und Vertrauen.

Im gegenwärtigen Augenblicke aber erachten wir es als unsere Pflicht, dem Grafen Czernin jene Dankesschuld abzutragen, die er durch seine bisherigen Erfolge und Leistungen sich verdient hat. Es wird beantragt: Dem Minister a.D. Ottekar Czernin wird in dankbarer Würdigung der Verdienste die er sich in schwerer Zeit um das Vaterland erworben hat, das Ehrenbürgerrecht der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien verliehen.

Die Gm. Dr. Hein, Dr. von Dorn und Genessen stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschliessen, Sr. Exzellenz dem Minister des Aeussern a.D. Ottekar Czernin zum Ehrenbürger der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu ernennen;

GR. Kneil beantragt, es möge die Linie 32 ( Jedlersee bis Spitz ) bis zur Esslinggasse geführt werden.

GR. Wawerka beantragt, den Lehrpersonen, sowie deren Witwen und Waisen einen einmaligen Anschaffungsbeitrag in derselben Höhe wie den städtischen Angestellten zu gewähren. Die Auszahlung habe vorschussweise gegen seinerzeitige Verrechnung auf einen eventuell vom Staate geleisteten Anschaffungsbeitrag für das Jahr 1918 zu erfolgen. Eine Einarbeitung des staatlichen Anschaffungsbeitrages für 1917 in diese neue Zuwendung aus Gemeindemitteln habe nicht stattzufinden.

GR. Solterer beantragt, es mögen aus dem veranschlagten Kredite von 85.000 Kronen für militärische Jugendvorbereitung auch die deutschen Turnvereine bedacht werden. Insbesondere seien die bisher von diesen Turnvereinen zur Zahlung verlangten Kosten für die Benützung städtischer Turngeräte samt Beheizung und Beleuchtung gestrichen werden. Etwa bestehende Zahlungsrückstände deutscher Turnvereine aus diesem Titel seien ebenfalls aus diesem Kredite abzuschreiben. Die Anträge werden der geschäftserdnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten. Vize-Bgm. H o s beantragt: In Stellvertretung des Vize-Bürgermeisters Hierhammer für Remunerationen an Wachorgane, für Hilfeleistungen bei Lebensrettungen im Jahre 1917 den Betrag von 6000 Kronen zu bewilligen und dem Wiener Schützenverein für die k.k. Landwehrschiessschule eine Subvention von 1000 Kronen zu gewähren. ( Angenommen ).

Vize-Bgm. Hoß berichtet sodann über die Gewährung eines neuerlichen Anschaffungsbeitrages an die städtischen Angestellten und bemerkt, dass sich der Stadtrat heute neuerlich mit den vorliegenden Anträgen beschäftigt und teilweise eine neuerliche Vorlage beschlossen habe. In dem heutigen Referate, führt Redner aus, ist nichts über die Lehrer enthalten und es soll darüber, ob diese den Anschaffungsbeitrag erhalten sollen oder nicht, ein eigenes Referat einer demnächstigen Gemeinderatssitzung vorgelegt werden. Es ist nämlich noch eine Klärung notwendig bezüglich des staatlichen Anschaffungsbeitrages für die Lehrer und es ist ausserdem auch noch notwendig zu wissen, in welcher Weise und in welcher Höhe der Staat eine Zuwendung für die Lehrer im Jahre 1918 beschliessen wird. In der ersten Vorlage haben wir auch gesagt, dass die Eingelückten nicht berücksichtigt werden und heute ist nun eine Abänderung dahingehend beschlossen worden, dass Mannschaftspersonen, deren Familien den Unterhaltsbeitrag nicht beziehen, den Anschaffungsbeitrag erhalten, während jene eingelückten Angestellten, welche den Anschaffungsbeitrag nicht erhalten, für jedes Kind einen einmaligen Anschaffungsbeitrag von 60 Kronen bekommen sollen. Es ist eine Reihe von Wünschen gestellt worden, die sich auf die Lohnregulierung, die Herabsetzung der Dienstzeit und die doppelte Anrechnung der Kriegsjahre beziehen, deren Erfüllung eine dauernde Belastung bedeuten würden und die deshalb separat behandelt werden müssen, wobei seinerzeit auch gleichzeitig neue Einnahmequellen für die Gemeinde erschlossen werden müssen. Die Deckung des gegenwärtigen Anschaffungsbeitrages, der rund 10 Millionen Kronen erfordert, kann noch aus dem 80 Millionen Anleihen der Gemeinde erfolgen. Von dieser Anleihe sind tat-

sächlich nur 75 Millionen zugezählt und erübrigen nach Abzug der 10 Millionen Kronen noch 25 Millionen Kronen. Der Staat hat neuerlich den Anschaffungsbeitrag in der gleichen Höhe wie im Vorjahre bewilligt, er ist damit aber keineswegs der Gemeinde Wien vorausgeeilt, denn der Staat hat die Beiträge nur bewilligt, und wird sie erst später zur Auszahlung bringen, während sie bei uns bewilligt und dann auch sofort zur Auszahlung gebracht werden sollen. Der Berichterstatter legt schliesslich folgenden in der heutigen Stadtratsitzung beschlossenen Antrag vor:

1.) Den Angestellten der Gemeinde Wien und ihren Unternehmungen mit Ausnahme der Lehrpersonen, sowie den Witwen und Waisen dieser Angestellten wird ein neuerlicher einmaliger Anschaffungsbeitrag im gleichen Ausmasse gewährt, wie er mit dem Gemeinderatsbeschluss vom 19. Dezember 1917, Pr.-Z. 12620 bewilligt worden ist; den zum Militärdienst eingerückten oder zur persönlichen Kriegsdienstleistung herangezogenen Angestellten jedoch nur dann, wenn sie dem Mannschaftsstande angehören und ihre Familien keinen staatlichen Unterhaltsbeitrag beziehen.

Bezüglich der Einteilung der aktiven Angestellten in die Familienstandsklassen, der Behandlung der weiblichen Angestellten, der Feststellung der Gesamtbezüge und der Bemessung der Zulagen haben die Bestimmungen des zitierten Gemeinderatsbeschlusses über die Kriegszulage für die städtischen Angestellten im ersten Halbjahre 1918 sinngemässe Anwendung zu finden.

Den Anschaffungsbeitrag erhalten von den aktiven Angestellten nur jene, die am 1. Jänner 1918 bereits in Gemeindedienste gestanden sind.

Angestellte der beiden untersten Bezugsklassen ( bis zu einem Gesamtjahresbezuge von ausschliesslich 3200 Kronen ), die bereits am 1. Jänner 1914 im Gemeindedienste gestanden sind, erhalten den Anschaffungsbeitrag in einem um 10% seines Betrages erhöhten Ausmasse.

Den zum Militärdienste eingerückten oder zur persönlichen Kriegsdienstleistung herangezogenen Angestellten, welche den vorbezeichneten Anschaffungsbeitrag nicht erhalten, wird für jedes Kind ein einmaliger Anschaffungsbeitrag von 60 Kronen gewährt. Bezüglich der Kinder, auf welche hiebei Bedacht zu nehmen ist, sind die Bestimmungen des zitierten Gemeinderatsbeschlusses vom 19. Dezember 1917 massgebend.

2.) Ausgenommen von den vorstehenden Bestimmungen ist das Arbeitspersonale von Gemeindebetrieben ausserhalb Wiens, für welches ein eventueller Anschaffungsbeitrag unter Berücksichtigung der örtlichen und sonstigen Verhältnisse innerhalb der durch diesen Gemeinderatsbeschluss gezogenen Grenzen vom Stadtrate festzusetzen ist.

3.) Bezüglich der Gewährung eines neuerlichen Anschaffungsbeitrages an die Lehrpersonen wird die Beschlussfassung einen späteren Zeitpunkte vorbehalten.

GR. Hohensinner betont, dass das, was den Beamten gegeben wird, nur ein Tropfen auf einen heissen Stein bedeutet. Redner weist im weiteren Verlaufe seiner Rede auf die Behandlung der Angestellten des Staates und der Gemeinde hin. Er bedauert, dass eine gewisse erregte Stimmung gegen die Lehrerschaft herrscht und betont, dass in dieser Beziehung den Lehrern und Lehrerinnen für ihre aufopferungsvolle Tätigkeit der Dank auszusprechen sei. Redner weist darauf hin, dass bei der Beurteilung der neuen Anschaffungsbeiträge die Lehrer bedeutend schlechter honoriert sind, als die Beamten, und er wünscht, dass auch den eingerückten Beamten, die dem Mannschaftsstande angehören ein Anschaffungsbeitrag bewilligt wird.



STR. Angermayer bespricht im Verlaufe seiner Ausführungen den Grund der jetzt herrschenden enormen Teuerung, die auf die verfehlten und versagenden Massnahmen der Regierung in Bezug auf die Bewirtschaftung und Verteilung der Lebensmittel und notwendigen Bedarfsgegenstände zurückzuführen ist. Die Gemeinde hat vom Beginn des Krieges bis zum Juni 1917. 56,796.000.-- Kronen für die Fürsorge ihrer Angestellten aufgewendet hat. Hierzu kommt, eine neuerliche Erhöhung der Kriegszulagen im Ausmasse des Staates was eine jährliche Mehrbelastung von ca. 21 Millionen Kronen ausmacht, die einmalige Aushilfe vom Dezember 1917 und die abermalige 50 %ige Erhöhung der Teuerungszulagen vom 1.1.1918 an, was eine weitere Mehrbelastung von 30 Millionen Kronen ausmacht, zusammen genommen den Betrag von 100 Millionen Kronen, also ein Drittel des Budgets der Gemeinde Wien. Darinnen sind nicht nur die Kriegszulagen der Gemeinde, sondern auch die Auslagen für die Gehälter der Eingekückten mit abgegriffen. Durch diese Erhöhungen ist aber den Angestellten der Gemeinde Wien nicht geholfen, denn das sind nur Morphiuminjektionen von begrenzter Dauer. Des Weiteren kommt Redner auch auf die Zentralen zu sprechen, deren es jetzt ungefähr 70 gibt und die alles das, was die der Bevölkerung versprochen hat, nicht gehalten. Diese sind geradezu als das Unglück Oesterreichs zu bezeichnen ( Beifall ) Eine Förderung der Produktion durch dieselben ist nicht eingetreten. Eine Umsomme von Nahrungsartikeln ist durch falsche Behandlung verlorengegangen, die Ergreifung der Vorräte ist nicht gelungen. Wenn den Festangestellten die Möglichkeit des Durchhalten verboten werden sollte, so müsste das Uebel mit der Wurzel ausgerottet und die Bewirtschaftung gründlich abgeändert werden. Wenn die Regierung will, dass die Bevölkerung durchhält, dann muss sie den Beweis erbringen, dass in diesem Staate Gerechtigkeit herrscht, es darf nicht sein, dass der Krieg für den einen eine unlaute Erwerbstätigkeit wird und dass andere tausend Existenzen ins Proletariat hinabsinken. Am Schlusse seiner Ausführungen begrüsst der Redner den Antrag und tritt für dessen Annahme ein.

Vize-Bürgermeister Rain übernimmt den Vorsitz und unterbricht die Beratung zur Beschlussfassung über nachstehende Geschäftsstücke, für welche die Anwesenheit von 100 Gemeinderäten erforderlich ist.

Vize-Bürgermeister Hoß legt einen Bericht betreffend die Erhöhung der Gebühren für den Zentralviehmarkt, Pferdemarkt, für die Schlachthäuser und für die Kühlanlagen in den städtischen Approvisionierungsangelegenheiten vor.

GR. Eder erklärt, er müsse sich gegen eine jede Erhöhung der Spesen, die seine Kollegen treffen, aussprechen und er wäre nur für eine Erhöhung der Gebühren, wenn der Referent mit bestem Wissen sagen könne, dass die Erhöhung unbedingt eintreten müsse. Auch sei die Erhöhung um 100 % zu gross.

Redner bemerkt, dass die Kühlanlagen in der Grossmarkthalle sehr viel zu wünschen übrig lassen und stellt fest, dass entgegen den Zeitungsberichten die Fleischhauer in der Grossmarkthalle dasselbe Fleisch wie die Bezirksfleischhauer erhalten und dass es unrichtig sei, dass ein grosses Quantum Fleisch an den Wasenmeister abgegeben werden musste. Redner beantragt, wenn eine Erhöhung schon absolut notwendig sei, dieselbe beim Grossvieh statt um 2 Kronen nur um eine Krone durchzuführen.

Vize-Bgm. Hoß erwidert auf die Ausführungen den GR. Eder, die Erhöhung der Gebühren sei unbedingt notwendig, zumal eine Reihe von Investitionen notwendig geworden sei.

Der Antrag des GR. Eder wird hierauf abgelehnt und die Anträge des Berichterstatters werden mit grosser Mehrheit angenommen.

GR. Knoll schlägt die weitere Stundung des Kaufschillingrestes für eine Liegenschaft des Karl Maria Danzer und Konsorten im 3. Bezirke vor, unter der Bedingung, dass der gestundete Betrag mit 5% halbjährig im Vorhinein verzinst wird. (Angenommen).

Hierauf wird die Beratung über den Anschaffungsbeitrag fortgesetzt.

GR. Skaret Ich kann nicht umhin zu sagen, dass die Art und Weise, wie der Anschaffungsbeitrag für die Lehrer aus dem staatlichen Zuschuss gegeben worden ist, eine schwere Ungerechtigkeit gegenüber den Lehrern involviert. Der Anschaffungsbeitrag im Dezember 1917 sollte als Weihnachtsgabe gelten und hätten nun die Lehrer in der Tat ihren Anschaffungsbeitrag bekommen, dann hätten sie sich erstens einmal etwas helfen können und es wäre nicht zu jenen aufgeregten Szenen gekommen, wie wir sie in letzter Zeit gesehen haben. Es ist gar nicht so notwendig, dass sich die Herren in diesem Saale so sonderlich aufregen, dass die Lehrer in der äussersten Not gestern zu einer Demonstration gegriffen haben. Wohin sollen sie sich denn wenden? Der eine Teil geht, wenn sein Wille nicht erfüllt wird, und demonstriert in der Hofburg, der andere Teil geht dorthin, wo sein Protzgeber ist, ins Rathaus. Ich finde an solchen Demonstrationen in der gegenwärtigen Zeit nicht das geringste, was man irgendwie verbieten könnte und es beweist nur, daß jene Stände, die sich bisher immer als gut loyal patriotisch und christlichsozial gefühlt haben, nunmehr in der äussersten Not nicht mehr aus und ein wissen. Ich bin sehr zufrieden, daß man nunmehr auch der Familien der Eingekückten gedacht hat und ich habe gar nichts dagegen einzuwenden, wenn sie sagen, daß nur die dem Mannschaftsstande angehörenden Angestellten den Anschaffungsbeitrag bekommen sollen. Aber ich bitte Sie doch, die eine Klausel aus dem Antrage zu streichen, die sich auf den Unterhaltsbeitrag bezieht. Was bedeutet denn heute für einen Angestellten, er mag was immer für einer Kategorie angehören, der halbe Gehalt und der Unterhaltsbeitrag von 2 K pro Tag. Nach Bestreitung der Miete wird nicht viel davon übrig bleiben. Ich beantrage daher die Einschränkung bezüglich des Unterhaltsbeitrages fallen zu lassen. Weiters hätte ich an der Vorlage noch eine Ausstellung zu machen. Es heisst, dass nur jene den Anschaffungsbeitrag erhalten sollen, die am 1. Jänner 1918 bereits im Dienste der Gemeinde gestanden sind. Wir haben in der Haupt- und Reparaturwerkstätte der Strassenbahnen ungefähr 75 Arbeiter, die mit erstem Jänner dorthin kommandiert wurden, am 2. Jänner aber mit Rücksicht auf den Feiertag mit der Arbeit beginnen konnten. Ich würde es für ein böses Unrecht ansehen, wenn <sup>diese</sup> Leute von dem Anschaffungsbeitrag ausgeschlossen würden und ich bitte diese 75 Leute von der diesbezüglichen Bestimmung auszunehmen. Was die Bewegung in der Haupt- und Reparaturwerkstätte anbelangt, so muß hier festgestellt werden, daß die Löhne dort heute niedrigere als in allen anderen ähnlichen Betrieben sind.

Wir haben alles aufwenden müssen, damit es nicht zu einem Aufstande gekommen ist. Dazukommt noch die allg. meine Unzufriedenheit mit den Ernährungsverhältnissen. Wir haben jetzt die zweite Woche ohne Mehl, wir haben kein Fett und wenn sie gerecht sein wollen, so sind 20 Deka Fleisch pro Kopf und Woche keine ausreichende Ernährung. Wovon sollen die Leute leben? Wenn sie dennoch leben wollen, dann bleibt ihnen nichts anderes übrig, als es so zu machen, wie es in den Ministerien gemacht wird. Sie müssen dort kaufen, wo es etwas zu kaufen gibt und sie müssen Preise bezahlen, wie sie eben im Schleichhandel Gang und Gebe geworden sind. Dazu reichen die Löhne der Arbeiter nicht aus und dazu kommt noch die überlange Arbeitszeit. Früher hat man von ihnen nur 9 Stunden Arbeit verlangt und jetzt verlangt man von ihnen täglich noch 2 Ueberstunden Arbeitsleistung. Wenn der Anschaffungsbeitrag, wie er in der Vorlage enthalten ist, dem Arbeiter zugeht, so kann er sich damit gerade ein paar Schuhe kaufen, womit er aber auch restlos aufgebraucht ist. Was bleibt da für Wünsche, für Kleider und für das Uebrige, was in der Familie gebraucht wird, übrig? Die Löhne sind unzureichend und der Anschaffungsbeitrag, wie er hier gegeben wird, ist nur eine kleine Abschlagszahlung gegenüber dem, was dem Arbeiter eigentlich gebühren würde. Ich setze voraus, dass auch in dieser Beziehung betreffend eine Teuerungszulage später etwas gemacht wird. Es ist heute für Arbeiter und Fixangestellte ausgeschlossen, mit den Löhnen ihr Auslangen zu finden. Redner kommt des Weiteren auf die tristen Verhältnisse im Ernährungsdienste zu sprechen und gibt seiner Meinung Ausdruck, dass es ihm unbegreiflich sei, dass einzelne Herren immer so stark gegen die Zentralen Stellung nehmen. Da können wir nur eines sagen: Wir Sozialdemokraten sind keine Verteidiger der Zentralen. Aber wollen Sie denn das Kind mit dem Bade ausgiessen, wenn Sie plötzlich einen solchen Kampf gegen die Zentralen führen und für den freien Handel eintreten. Das Schreien nach dem freien Handel bedeutet nichts anderes als die Legitimierung des Schleichhandels, wie er jetzt in voller Blüte steht. Es ist sehr ergötzlich heute, wie plötzlich die christlichsozialen Gemeinderatsmandatäre mit dem Bezirksvorsteher Elasel Arm in Arm für die Zentralen schwärmen. Sie sind ja nur die Nachläufer und fürchten, dass ihnen einige Wähler verloren gehen. Wir sind heute am Ende der staatlichen Bewirtschaftung angelangt. Der Kaiser hat den hungernden Deutschböhmen 10 Millionen Kronen aus Staatsmitteln bewilligt und mit diesem Gelde werden die Taschen der Schleichhändler gefüllt, um nur die Lebensmittel aufzutreiben zu können. - Das nennt man denn doch den Schleichhandel fördern helfen.

GR. Findenigg: Sie verstehen nicht, was Schleichhandel und was freier Handel ist?

GR. Skaret: Ich begreife, dass Sie aufgeregt sind, aber ich glaube, Sie verstehen nicht, was Freihandel ist. Diese Millionen fliessen in die Taschen dieser Schleichhändler. Ich glaube, dass den Zentralen nichts anderes fehlt als eine gute Organisation und eine exekutivgewalt. Es liegen noch Unmengen von Kartoffeln, Rüben u. s. w. bei den böhmischen Grossagrariern. ...

GR. Findenigg: Warum wurden diese nicht erfaast?

GR. Skaret: Ich habe nicht geglaubt, dass ich hier auseinandersetzen muss, dass ein Unterschied ist zwischen einer Zentralstelle und der österreichischen Regierung.

GR. Zatzka: Die Aufbringung ist den Zentralen übertragen.

GR. Skaret: Es fehlt die Staatsgewalt.

GR. Zatzka: Sie sitzen im Reichsrate, geben Sie Vorschläge!

GR. Skaret: An Vorschlägen unsererseits hat es seit dem Oktober 1914 nicht gefehlt.

GR. Findenigg: Sie können eben nichts anrichten

GR. Skaret: Wenn nichts mehr da ist, ist die Regierung gekommen und hat eine Zentralstelle errichtet. Als wir hörten, dass wir kein Fleisch mehr haben und dass unser Viehbestand um 30 bis 40 % gesunken ist, haben auch Sie mit der Regierung an der Richtung dieser Zentrale gearbeitet. Sie werden auch dieselben bösen Erfahrungen machen, weil Ungarn vollständig auslässt.

GR. Skaret gibt schliesslich die Anregung, man möge in das Komitee, welches zur Verteilung von Lebensmitteln in der Reparaturwerkstätte überhaupt auch einige Arbeiter zur Kontrolle hineinnehmen.

GR. Kunschak: Der heutigen Beratung ist durch die Kundgebung eines kleinen Teiles der Wiener Lehrerschaft in durchaus unerfreulicher aber auch unzweckmässiger Weise präludiviert worden. Die Kundgebung hat dem Ansehen des Lehrerstandes starken Abbruch getan. Sie ist nicht spontan und auch nicht durch Leidenschaft erregt, erfolgt, sondern siwar planmässig organisiert. Wenn jemand berechtigt war, eine solche Demonstration zu veranstalten, so waren es in letzter Linie die Wiener Lehrer, wenn jemand verdient hat, dass gegen ihn demonstriert werde, so war es in letzter Linie der Wiener Gemeinderat und der Wiener Bürgerklub. Der Redner zählt sodann die Leistungen der Gemeinde Wien als Schulerhalterin auf und kommt zu dem Schlusse, dass die Gemeinde Wien die beste und fürsergichste Schulerhalterin in ganz Oesterreich während des Krieges gewesen ist. Die Gemeinde Wien habe aber auch die Dienstleistung der Wiener Lehrerschaft in denn Brettkommissionen vom ersten Augenblicke an bezahlt. Während die Lehrer auf dem flachen Lande, die - ohnedies verdienstvolle Tätigkeit der Wiener Lehrerschaft herabzusetzen, eine weit grössere Arbeit mit der Verteilung der Lebensmittelkarten und mit anderen ihnen von der Bezirkshauptmannschaft aufgetragenen Agenden haben, diese Arbeit unentgeltlich leistete wurde dies von der Gemeinde Wien nicht verlangt, weil sich von der Ansicht ausgeht, dass niemand zu einer Arbeit ohne Entgelt verpflichtet werden könne. Die Gemeinde habe aber auch, ohne in Kenntnis zu sein, wie gross die Zuwendung des Staates sein werde, ihnen denselben Anschaffungsbeitrag wie den städtischen Beamten Ende 1917 gewährt und sie sei auch die einzige Schulerhalterin, welche seit dem Beginn des

heutigen Jahres ihnen den um 50 % erhöhten Teuerungszuschlag ausbezahlt. Die Gemeinde Wien geht sogar in der Beziehung weiter, wie das Land Niederösterreich, welches in seiner Fürsorge für die Lehrerschaft weitans an der Spitze sämtlicher Kronländer steht. Trotzdem hat keine einzige Lehrerschaft in ganz Oesterreich irgend eine Kundgebung veranstaltet und einem Teile der Wiener Lehrerschaft blieb es vorbehalten, ohne Ueberlegung sich in einen schreffer Widerspruch zu den Tatsachen zu stellen.



Es wird nun gesagt: Ja, es handelt sich nicht um diese Frage, sondern um den Rechtsstandpunkt. Es lässt sich auch über den Rechtsstandpunkt streiten, aber, wenn die Lehrerschaft einem Schülerhalter gegenüber, der sich stets so gezeigt hat, wie die Gemeinde Wien, einer anderen Rechtsanschauung ist, so gibt das dem Lehrer noch immer nicht das Recht zu einer Demonstration, sondern es legt ihm die Pflicht auf, mit dem Schülerhalter vertrauensvoll zu verhandeln und so seinem Rechtsstandpunkt zur Geltung zu verhelfen. (Lebhafter Beifall.) Gemeinderat Skaret hat gesagt, es habe ihm Mühe gekostet, die Arbeiter der Hauptwerkstätte vom Streik abzuhalten. Diese Arbeiter haben nicht solche Beziehungen zur Gemeinde wie die Lehrer und doch haben es selbst sozialdemokratische Arbeiter als ihre Pflicht erachtet, der aufgeregten Versammlung zu sagen, dass sie nicht berechtigt sei, zu so weitgehenden Schritten, wie sie ihr vorschwebten, sondern abzuwarten hat, bis sich die blanke Unmöglichkeit gezeigt hat, etwas zu erreichen. Ich verstehe nicht wie heute der gleiche Gemeinderat dazukommen kann, hier zu sagen, das, was die Lehrer getan haben, sei gerechtfertigt. Wenn die Lehrer einen Wunsch an den Bürgerklub hatten, so sollten sie den Bürgerklub befragen, aber nicht ihn eine Massenversammlung auf die Gänge stellen. Ich kann diese Demonstration also nur verurteilen.

Was den Rechtsstandpunkt anbelangt, so wird die Lehrerschaft, wenn sie sich auf den Standpunkt versteift, das, was ihr der Staat gegeben habe, sei unantastbar, in der Frage des Anschaffungsbeitrages wohl einen Vorteil haben, wenn ihn aber die Gemeinde akzeptiert und ebenso konsequent ist in der ausschlaggebenden Frage der Teuerungszuschüsse, so wird die Lehrerschaft dann gewaltig den Kürzeren ziehen. Das Abgeordnetenhaus hat ein Schema beschlossen, und dieses soll ja auch sanktioniert werden und wenn sich der Gemeinderat an dieses Schema gebunden erachtet, so werden die Lehrer von Wien an dem Tage, wo dieses Schema Gesetz werden wird, einen Kürzung ihrer Teuerungszulage erfahren, die bis zu 900 Kronen im Jahre gehen kann. Nur vier Kategorien von Lehrern, die über 27 Jahre dienen, den verheirateten Bürgerschullehrer würden eine kleine Summe profitieren. Stellen Sie sich vor, daß der Standpunkt, der gestern durch eine Demonstration so leidenschaftlich vertreten worden ist, von der Gemeinde aufgegriffen wird. Ich bin dabei, tun wir es! Ich möchte fast hier den Antrag stellen, wir beschliessen, der Rechtsstandpunkt der Demonstranten wird auch der Rechtsstandpunkt der Gemeinde. Der Gemeinderat wird 1 1/2 Millionen an Anschaffungsbeiträgen ausgeben und mehr als 3 Millionen bei den Teuerungszulagen profitieren. Das Geschäft wäre kein schlechtes für den Gemeindegeldbeutel. Wie sich die Lehrer das ausmachen würden, das weiss ich nicht. Der blinde Eifer schadet eben nur. Der blinde Eifer hat im vollsten Sinne des Wortes dem Ansehen unseres Lehrstandes geschadet.

GR. Skaret: Die Lehrer werden Sie schon strafen!

GR. Kunschak: Dann nehmen Sie zur Kenntnis: Mein ganzes öffentliches Leben war nie von dem Standpunkt geleitet, Lob oder Tadel zu finden, sondern nur immer von dem Gesichtspunkte des Richtigerkannte offen auszusprechen und mit aller Kraft auch zu verfolgen. (Beifall.) Ich kann Ihnen als Reichsratsabgeordneter (zu Skaret) auch verraten, daß ich seit Wochen tätig bin, das Herrenhaus zu bewegen, daß es diesen dummen Beschluß des Abgeordnetenhauses unter den Tisch wirft und dieses Schema aus der Welt schafft, damit der Rechtsstandpunkt endlich geklärt und die Lehrer des Landes Nieder-

Österreichs und der Stadt Wien nicht finanziellen Schaden erleidet. Deshalb ist mir auch die Demonstration sehr unangenehm gekommen, weil sie meine Arbeit nur hindert. Ich freue mich nur noch feststellen zu können, daß diese Demonstration nicht eine Demonstration der Lehrerschaft war, sondern nur eines kleinen Teiles, von dessen grössten Teil wieder man sagen muß: Verzeihen wir ihnen, denn sie wussten nicht, was sie getan!

Den Ausführungen über die Verhältnisse in der Hauptwerkstätte habe ich nichts hinzuzufügen. Ich habe mich da nur zu berufen auf eine Rede, die ich hier gehalten habe als in den Zeitungen Stimmen für die Verdichtung des Strassenbahnverkehrs laut wurden. Ich habe damals erklärt, dass das Personal am Ende seiner Kraft sei und vermehr eine Mehrarbeit nicht mehr herausgeholt werden könne, die Arbeitszeit müsse verringert werden. Die Direktion der Strassenbahnen hat sich dazu nicht entschliessen können, weil eine Einschränkung des Verkehrs stattfinden würde. Verübergehende Überstundenarbeit ersparen eine Mehrleistung, dauernde Überstundenarbeit bei Herabsetzung der Ernährung bedeutet keinen Gewinn, sondern Vergeudung der menschlichen Kraft. Ich wiederhole nur, es ist auch vom Standpunkte einer rationellen Betriebsführung in der Hauptwerkstätte geboten, die Arbeitszeit herabzusetzen. Was die Ernährungsverhältnisse betreffen, so ist von Seite der Gemeinde geschehen, was geschehen konnte. Ich verweise darauf, dass die Strassenbahndirektion Fleisch angekauft hat, um mit einem Verluste von wöchentlich 25 bis 28.000 Kronen abgegeben hat. Der Wunsch, dass in den Verteilungsstellen auch Arbeiter sitzen sollen, ist heute kein Wunsch mehr. Es wurde die Anregung gegeben, bei den städtischen Unternehmungen einen Apprevisierungsausschuss bestehend aus Arbeitern und Vertrauensmännern einzusetzen; wie weit diese durchgeführt wurden, weiss ich im Augenblicke nicht. Die Direktion hat keinen Grund, dies zu verhindern, sondern kann es nur begrüßen; ich habe bei den Strassenbahnen durchgesetzt, dass die christlich-sozialen Vertrauensmänner hinaus müssen; dies ist mir im Bahnhofe Wienzeile gelungen. Die anderen sind hineingegangen. Die neuen Vertrauensmänner wurden in der nächsten Versammlung schon als Schwindler und Gauner bezeichnet. Das ist eben das Schicksal eines jeden, der mit der Verteilung von Lebensmitteln zu tun hat. Es ist bezeichnend dass ein Grossteil der Bediensteten keine Ahnung hat, dass die Gemeinde

bei 1 1/2 Millionen im Jahre allein draufzahlt und welche Opfer und welche Mühe es kostet, die Ernährungsverhältnisse zu ergänzen. Was nun die Wirkung der Zentralen anbelangt, Es ist gesagt worden, dass die Bediensteten das Geld brauchen um sich auf dem Wege des Schleichhandels etwas zu verschaffen. Das ist gelassen ausgesprochen, nicht im Bewusstsein, welche grosse Wahrheit darinnen liegt, aber auch nicht im Bewusstsein welche schwere Anklage da gegen unser System der Zentralen erheben. Die Zentralen sind ja nicht nur Verteilungsapparate, sondern auch Ergreifungsapparate; und nicht so sehr in der Verteilung allein ist die schlechte Arbeit der Zentralen gelagert. Wir waren als Partei nie für den freien Handel, sondern nur immer für den legitimen Handel; sie haben mit den Zentralen diesen legitimen Handel erschlagen. Sie haben erklärt, der legitime Handel ist nicht imstande, beruhigende Gewähr zu bieten. Nun ist er tot und wir haben zur

Ergänzung eine förmlich gesetzliche Zentralwirtschaft, die die Leute nötigt, von der Gemeinde Teuerungszuschüsse zu verlangen, um sich auf dem Wege des Schleichhandels etwas zu verschaffen. Die Zentralen sind hier als Fürsorgeeinrichtungen für das Volk und nichts ist übriggeblieben, als Fürsorgeeinrichtungen für die Mischpeche und für die Banken. An Stelle des legitimen Handels ist man mit der Drohung der Entziehung des Gewerbes vorgegangen, an seine Stelle ist der Schleichhandel getreten. Gegen den Schleichhandel gibt es den Staatsanwalt und Gerichte - ich sage Gerichte - und beide bedienen sich des Schleichhandels. Ich könnte ihnen Gerichte nennen, in deren Räumen verurteilte Schleichhändler sitzen, die aber von Schleichhändlern Lebensmitteln beziehen müssen, damit die dort befindlichen Schleichhändler nicht verhungern. (Lebhafter Beifall.) Ganze Gemeinden bedienen sich des Schleichhandels. Kann es einen drastischeren Beweis gegen die Zentralen geben, als dass man dem armen Kaiser in das Erzgebirge hinaufschleppt und ihn dort die hungernden Bewohner zeigt, der dann halb tot nach Wien zurückkommt und die Regierung nichts zu anderes zu tun hat, als um den Befehl des Kaisers auszuführen, 10 Millionen Kronen herzugeben, welche den Gemeinden über liefert werden, damit sich diese Gemeinden Lebensmittel durch den Schleichhandel verschaffen. Sehr schmerzlich ist es, dass diese Angelegenheit mit dem obersten Träger der Staatsgewalt, dessen Namen die Verordnungen über den Schleichhandel und die Urteile gegen die Schleichhändler tragen, in Zusammenhang gebracht wird, (Lebhafte Zustimmung)

weil die Zentralen nichts taugen. Es ist förmlich unbewusste Prostitution, wenn sich jemand heute noch für Zentralen einsetzt. Wer vom Brete dieser ist, der kommt sicher daran um. Und den Sozialdemokraten möchte es gesagt sein, ihr Eintreten für die Zentralen hat ihnen in ihrem Lager keine Anhänger geschafft (Sehr richtig!) Ich könnte Ihnen Namen nennen, ich anerkenne, dass eine gewisse Zentrale Zusammenfassung des Betriebes notwendig ist. Der legitime Handel zusammengefasst zu einer Organisation, die in ihren Kreisen viel Sachwissen und Routine besitzt, fehlt, während die Unfähigkeit sich mit denen paart, die von allen Dingen keinen Dunst haben (Beifall). Nur eine Organisation unter Oberaufsicht und Leitung der Staatsgewalt wird uns aus diesem Elend hinausführen. Je mehr wir auf dem Wege der Zentralen fertarbeiten, umso mehr bringen wir den Ernährungsdienst um und treiben die Bevölkerung in das Lager der Revolution! Der Wiener Gemeinderat ist kein Beden, auf dem für die Zentralen eingetreten werden kann. Ich pflichte dem GR. Skaret bei, jede Millien, die wir unseren Bediensteten bewilligen ist keine Millien, die Hilfe bringt, sondern jede Millien, die wir hier bewilligen, trägt nur den Namen Hilfsaktien für städtische Bedienstete. Sie ist aber nur eine Prämie für jene Kreise, die verdienen, dass sie für ihre Dummheit ins Zuchthaus kommen oder sonst we ein elendes Ende finden. (Lebhafter Beifall, Redner wird beglückwünscht)

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters werden die Anträge des Stadtrates unverändert angenommen. Der Antrag an Arbeiter Skaret hinsichtlich Ueberlassung von Stellen zur Kontrolle der Lebensmittelverteilung in der Werkstätte der Strassenbahn wird dem Stadtrate zugewiesen. Der andere Antrag wird abgelehnt.

VBGM. Hoss berichtet die Sicherung des Ufergeländes für den Donau-Oderkanal zur Verhinderung des Bodenerosions

GR. Dr. Stich begrüsst in warmen Worten diesen Antrag und wünscht die Festsetzung des Streifens mit einem Kilometer Breite an beiden Ufern des Kanals. Er wünscht ferner, dass in das Kanalgesetz auch das Enteignungsrecht aufgenommen werde.

STR. Braun berichtet über die Festsetzung des Arbeitsbeginnes der städtischen Gartenarbeiter während der Sommerzeit, sowie über die Bewilligung von Ruhetagen. Die Referentenanträge werden genehmigt.

STR. Schmid berichtet über die Stellungnahme der Gemeinde Wien zum Gesetzentwurf über die Elektrizitätswirtschaft. (Angenommen)

VBGM. Rain berichtet über den Rechnungsabschluss des Wiener Rathhauskellers für die Zeit vom 1. Juli 1916 bis 1. Juli 1917.

GR. Emmerling wünscht einige buchhalterische Aufklärungen insbesondere wünscht er zu wissen, wer dem Rathhauskeller 125.000.-- Kronen schuldig ist.

Ein Zwischenruf „Zeichschulden“ löst lebhaftes Heiterkeit aus.

Der Referent erklärt diese Schulden mit der Bevorschussung von Weinkäufen an Produzenten.

Die Anträge werden sodann genehmigt und die Sitzung geschlossen.

Lübliche Redaktion!

In der Notiz über das Wohlfahrtsfleisch am 1. Bogen, 2. Spalte der Korrespondenz ist richtigzustellen:

Statt an den gleichen Tagen ..... soll es heissen:

An den gleichen Tagen werden in nachfolgenden Stunden und Geschäften der Großschlächtereier:

- XII., Niederhofstrasse
- Schönbrunnerstrasse
- Eichenstrasse
- XIII., Missindorfstrasse
- Mitteldorferstrasse
- Penzingerstrasse
- XIV., Meiselstrasse
- Zollersperggasse
- Storchengasse
- XV., Neubaugürtel
- Löhrgasse
- XVI., Maroltingergasse
- Yppenplatz
- Johann Nep.-Bergerpl.
- XVII., Dornierplatz
- Wattgasse

an die Mindestbemittelten nebst dem Wohlfahrtsfleisch auch die Innereien .....



25. IV. 1918.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Johann Michler,  
Wien. I., Neues Rathaus.

Wien, Donnerstag, 25. April 1918, abends, Nr. 110.

## Eine Ernährungsdebatte im Stadtrate.

Im Verlaufe der heute unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltenen Stadtratssitzung besprach Stadtrat Spalowsky den gegenwärtigen Mangel an Lebensmitteln jeglicher Art in Wien. Er bemerkte, daß der jetzige Ernährungszustand unhaltbar sei. Alle Schritte der Gemeinde, die auf eine Verbesserung der Verhältnisse hinausliefen, seien vergeblich gewesen. Was die Versorgung mit Fleisch anbetreffe, sei der gegenwärtige Zustand unerträglich: Das in geringen Quantitäten vorhandene Schweinefleisch sei außerordentlich teuer, der Lammfleischpreis unerschwinglich, Kalbfleisch werde nur an Spitäler und Sanatorien abgegeben. Die auf den Kopf und die Woche entfallende Menge von Rindfleisch sei bei dem Fehlen aller anderen Nahrungsmittel viel zu gering, dabei lasse auch die Qualität viel zu wünschen übrig. Die Fettversorgung sei vollständig ungenügend. Am schlechtesten aber stehe es gegenwärtig um die Brot- und Mehlversorgung. Seit drei Wochen werde der Wiener Bevölkerung kein Mehl ausgefolgt. Jetzt, da es möglich sei, hie und da Spinat oder anderes Gemüse zu bekommen, fehle es an Mehl zum Einbrennen. Er halte es daher für notwendig, daß der Stadtrat neuerdings bei der Regierung Vorstellungen erhebe, dieser den Ernst der Situation schildere und mit allem Nachdruck Abhilfe fordere. Es müsse als leichtfertig bezeichnet werden, wenn das k.k. Tel. Korr. Bureau die Nachricht ausgibt, daß der 1000. Waggon aus der Ukraine eingelangt ist, wovon aber die Bevölkerung außer Zwiebeln, nicht zu sehen bekommen hat.

Stadtrat Dr. Hein stimmt diesen Ausführungen in allen Teilen zu und erinnert daran, daß die Regierung die feierliche Zusage gegeben habe, daß die verkürzte Mehlquote aufrecht erhalten werde. Diese Zusage wurde nicht eingehalten. Die Regierung müsse aufmerksam gemacht werden, daß für die Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung eine Verantwortung von der Gemeinde nicht übernommen werden könne, wenn nicht ehestens eine Besserung der Ernährungsverhältnisse eintrete. Der Redner spricht sich ebenfalls dafür aus, daß die Gemeindevertretung nochmals und energisch bei der Regierung interveniere.

St. R. Wippel schildert die Zustände im 10., Stadtrat Brauneiß jene im 14. und 15. Bezirk.

St. R. Tomola, der die mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Milch eingehend erörterte, bezeichnete ebenfalls den jetzigen Zustand als unerträglich und bemerkt, daß die Unzufriedenheit immer weitere Kreise ergreife.

V. B. Hierhammer spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung durch verschiedene Mitteilungen in der Presse die Bevölkerung systematisch irreführe. Ein Beispiel hierfür sei die Nachricht über den 1000. Waggon aus der Ukraine. Durch solche Verlautbarungen werde die Bevölkerung nur aufgereizt.

St. R. Knoll hält es für notwendig, daß alles darangesetzt werde, daß wenigstens die Mehlquote eingehalten werde. Er erinnert daran, daß der Bürgermeister schon einmal in schwerer Zeit durch die Beschaffung des deutschen Gleichmehls geholfen habe und wünscht, daß Deutschland jetzt wieder der Wiener Bevölkerung über die schwerste Zeit hinweghelfe. Der Redner schildert sodann eingehend die trostlosen Verhältnisse im 21. Bezirk.

St. R. Müller konstatiert, daß die Hoffnungen auf Verbesserung der Verhältnisse durch die Einfuhr aus der Ukraine sich nicht erfüllt haben. Jetzt räche es sich, daß wir nicht sofort in die Ukraine einmarschiert seien. Die jetzigen Rationen seien gänzlich unzulänglich. Es scheine, daß von den verantwortlichen Regierungsstellen der Ernst der Lage nicht gewürdigt wird.

St. R. Grünbeck stellt fest, daß in den Kaffeehäusern der Leopoldstadt Mehl, das Kilo zu 12 bis 15 K in jeder beliebigen Menge im Schleichhandel erhältlich sei. Solange in der Zentralen-Wirtschaft keine Aenderung eintrete, werde die Bevölkerung nicht befriedigt werden.

St. R. Hohensinner begrüßt ebenfalls die Ausführungen des St. R. Spalowsky. Das Anstellen, das eine Zeitlang aussetzte, nehme wieder überhand und die Leute stellen sich oft schon um 10 Uhr abends an. Schulkinder gehen mit Ueblichkeiten aus der Schule, weil sie der Hunger martert. Die Verheißungen der Regierung auf die infolge der Einfuhr aus der Ukraine bald eintretende Besserung müssen als gewissenlos bezeichnet werden. Auch die Wirtschaft der Bezirkshauptleute sei unerträglich, deren Selbstherrlichkeit müsse ein Ende gemacht werden. An die Schriftleitungen der Tagesblätter soll das Ersuchen gerichtet werden, Mitteilungen, wie „der 1000. Waggon aus der Ukraine“ nicht mehr zu bringen.

V. B. Hoß bespricht die Uebelstände in der Fleischversorgung und deren Ursachen. Der tschechische Teil des Kronlandes Böhmen habe gänzlich versagt. Es werde von dort nur mehr minderwertiges Fleisch eingeführt; da keine Innereien kommen, müsse unbedingt darauf bestanden werden, daß die Rinder im lebenden Zustande nach Wien gebracht werden, insbesondere in den Sommermonaten, in denen das Fleisch leicht dem Verderben unterliegt. Der Redner hält es für zweckmäßig, daß bei der Regierung auch in der Richtung interveniert werde, daß aus der Ukraine so schnell als möglich lebende Rinder eingeführt werden.

St. R. Poyer bespricht den letzten Ausweg der Regierung, den Selbstversorgern das Mehl abzunehmen und glaubt, daß dieser Schritt nicht den gewünschten Erfolg haben werde.

Mag. R. Dr. Roßkopf gibt eine erschöpfende Darstellung über die Mehlversorgung und Mag. Rat Dr. Wanschura erstattet einen eingehenden Bericht über die Fleischversorgung.

Nach dem Antrage des Stadtrates Spalowsky faßte der Stadtrat einstimmig nachstehende Entschliebung:

Der Wiener Stadtrat stellt fest, daß die Ernährungsverhältnisse der Wiener Bevölkerung trotz der wiederholten Zusagen der Regierung nicht nur keinerlei Verbesserung aufweisen, sondern besonders in den letzten Wochen geradezu eine katastrophale Entwicklung genommen haben. Das vollständige Ausbleiben von Kochmehl und die ganz ungenügende Zuteilung von Fett, Milch und Fleisch machen die Befriedigung des notwendigsten Nahrungsbedarfes ganz unmöglich. Angesichts dieses unerträglichen und unhaltbaren Zustandes richtet der Stadtrat an den Bürgermeister das Ersuchen, bei der Regierung neuerlich nachdrücklichst die ungesäumte Zufuhr von ausreichenden Nahrungsmittelmengen nach Wien zu verlangen.



2. Mai 1918,



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Verausgeber und verantw. Redakteur Franz Michler,  
Wien, I., Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 2. Mai 1918. Nr. 115.

**Wiener Gewerbe beim Handelsminister.** Unter Führung des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner haben die gewählten Vertreter der Textilwaren verarbeitenden Zwangsgenossenschaften von Wien und Niederösterreich und zwar die Vorsteher Spevak, Landtagsabg. Breuer, Kommerzialratsfleischmann, Pessl, sowie die Direktoren der Zentraleinkaufsstelle für Textilwaren verarbeitende Gewerbe und zwar: Franz Riedl, GR. Fischer, Karl Renner und Hans Schönfellingner beim Handelsminister vorgeschrieben. Bürgermeister Dr. Weiskirchner schilderte dem Handelsminister in längerer treffender Ausführung die Schwierigkeiten des gewerblichen Mittelstandes und verwies auf die enorme Gefahr einer gänzlichen Auflösung. Die erste Forderung sei daher, dass aus den beschlagnahmten Futterstoffen und den vorhandenen Zwirnen entsprechende Quantitäten vom Handelsministerium durch die neugegründete Zentraleinkaufsstelle zur Verteilung gelangen sollten. Weiters verwies der Bürgermeister auf die Tatsache, dass in einer Reihe von Versammlungen, die er selbst besucht habe, von Seite der Bevölkerung in elementarer Weise bittere Klage geführt wurde über das Vorgehen der Zentralen. Es wäre am Platze, schon jetzt an einen Abbau der Zentralen zu schreiben und momentan damit zu beginnen, dass die Vertreter des gewerblichen Mittelstandes eine entsprechende Vertretung dort selbst erhalten.

Die Ausführungen des Bürgermeisters wurden von den Direktoren Riedl und GR. Fischer ergänzt und hierauf in längerer Aussprache von sämtlichen Audienzmitgliedern die Wünsche der einzelnen Gewerbegruppen vorgetragen.

Der Handelsminister gab in seiner Erwiderung vor allem der Freude Ausdruck, dass sich nun auch der gewerbliche Mittelstand in einer Einkaufszentrale vereinigt hat und ist dieser neuen Einkaufsstelle gewiss eine grosse Zukunft beschieden. Durch Heranziehung derselben zu den Arbeiten des Generalkommissariates für die Uebergangswirtschaft im Handelsministerium weiters durch eine direkte Verbindung mit den Zentralen für Baumwolle, Leinen und Schafwolle wird von Seite des k. k. Handelsministeriums das Möglichste zur Förderung dieser Institution getan werden. Den vorgebrachten Wünschen nach Zuteilung von Futterstoffen, versprach der Handelsminister in der Weise zu steuern, dass er selbst die Vertreter der Baumwollzentrale und die Vertreter des Gewerbes zu einer gemeinsamen Sitzung einberufen und das möglichst gewiss getan werden wird.

Nach 1/2stündiger Dauer war die Audienz beendet und es wurden hierauf Hofrat Dr. Wimmer, Sektionsrat von Bielka, Ministerialsekretär Dr. Sosna, die Wünsche des Gewerbes in speziellen Eingaben überreicht und versprochen die Genannten die möglichste Unterstützung der vorgebrachten Wünsche.

**Die nächste Hauslistenabgabe und Ausgabe der Lebensmittelkarte.** Die nächste Hauslistenabgabe findet am Samstag, 4. d.M. statt. Auf Grund dieser Hauslisten werden Samstag, den 11. d.M. die Brot- und Mehlbezugskarten für die 162. bis 181. Woche, die Mehlkarten und Störbrotmehlkarten für die 162. bis 171. Woche, die Fettkarten für die 87. bis 96. Woche, die Milchkarten für

die 65. bis 74. Woche und die Kartoffelkarten für die 29. bis 40. Woche ausgegeben werden. Da die ordnungsmässige Kartenausgabe von der rechtzeitigen Ueberreichung der Hauslisten abhängt, ist der hierfür angesetzte Termin genau einzuhalten und wird es sich empfehlen, dass die Leser dieser Mitteilung die Hausverwaltung hierauf aufmerksam machen.

**Ausgabe von Wohlfahrtsfleisch.** Mit Genehmigung des Amtes für Volksernährung wird das Wohlfahrtsfleisch in der 55. Woche an die Besitzer der grünen, blauen und gelben Einkaufsscheine gegen Abtrennung der beiden Buchstaben G und H an folgenden Tagen ausgegeben werden: Samstag, 4. d.M. A bis F, Montag, 6. G bis K, Mittwoch, 8. L bis R und Donnerstag, 9. S bis Z. Die Verkaufsstände für Wohlfahrtsfleisch in 13. Bezirk, Lainz, 19. Bezirk Sieving und 21. Bezirk Mendelschgasse werden als solche aufgelassen werden. Die wenigen Mindestbemittelten die daselbst ihr Fleisch bezogen, wollen sich an die ihren Wohnort zunächst gelegene Abgabestelle für Wohlfahrtsfleisch wenden. Die Besitzer von abgestempelten grünen, blauen und gelben Einkaufsscheinen, die hiedurch zum Einkauf von Rindfleisch berechtigt sind, können die ihnen zukommende Fleischmenge von Mittwoch, den 8. d.M. bis Montag, 13. gegen Abtrennung der beiden Abschnitte G bis H bei allen Verschleissstellen mit Ausnahme der Abgabestellen für Wohlfahrtsfleisch zu den für die Inhaber von weissen Einkaufsscheinen geltenden Preisen beziehen.

**Erste österreichische Sparkasse.** Im abgelaufenen Monate April wurden bei der Ersten österreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 36.949 Parteien 28.779.791 Kronen eingelegt, von 17.789 Parteien 21.455.009 Kronen rückgezahlt und belief sich der Einlagestand am 30. v.M. auf 727.106.019 Kronen. Hypothekar-Darlehen wurden 1.588.300 Kronen zur Zeichnung von Kriegsanleihe zugezählt, dagegen 702.331 Kronen rückgezahlt und stellte sich der Stand der Hypothekar-Darlehen am 30. v.M. auf 326.251.166 Kronen. Die Pfandbrief-Darlehen beliefen sich am 30. v.M. auf 18.075.364 Kronen und waren an 60jährigen Pfandbriefen im Umlaufe 18.320.800 Kronen. Wechsel wurden 15.657.816 eskontiert, 17.165.127 Kronen inkassiert und Kassenscheine der Österreichisch-ungarischen Bank 7.000.000 Kronen angekauft. Der Stand des Wechsel- und Salinenum Portefeuilles betrug am 30. v.M. 55.151.901 Kronen.

**Gemeindevermittlungsmänner.** Bei den Gemeindevermittlungsmännern Mariahilf, Neubau und Josefstadt finden Verhandlungen am 8., 15., 22. und 29. ds.M. statt.

**Eine Magistratsabteilung für Sachabrüstung und Uebergangswirtschaft.** Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat im März die sofortige Errichtung einer Magistratsabteilung für Sachabrüstung und Uebergangswirtschaft verfügt, welcher grundsätzlich alle die sachliche Abrüstung und die Uebergangswirtschaft betreffenden Angelegenheiten des selbstständigen, übertragenen und des Wirkungskreises als politische Behörde I. Instanz zur Behandlung überwiesen werden. In den Wirkungskreis des Amtes fallen insbesondere auch alle Veranlassungen wegen Inanspruchnahme der durch die Abrüstung freiwerdenden Sachgüter für den Eigenbedarf der Gemeinde und alle Angelegenheiten, welche die Mitwirkung der Gemeinde bei der Kriegshilfsaktion

für den Kriegsbedürftigen Gewerbebestand zum Gegenstand haben. Die Geschäfte wegen Inanspruchnahme der von den Zivil- oder Militärbehörden während des Krieges errichteten einstweiligen Unterkünfte verbleiben der Magistratsabteilung III a (städtisches Wohnungsamt). Die städtischen Ämter, Anstalten und Unternehmungen sind daher anzuweisen, alle Vorkommnisse, die sich auf die Inanspruchnahme von solchen Unterkünften beziehen, der Magistratsabteilung III a mitzutellen und einen ev. Bedarf an diesen Unterkünften bei dem bezeichneten Amte anzuzeigen. Die Entschädigungsansprüche für die auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes von der Heeresverwaltung in Anspruch genommenen Sachgüter sind nach wie vor von den Magistratsabteilungen 16 und 3 zu behandeln. Zum Vorstände dieser Magistratsabteilung, welche die Bezeichnung „Magistratsabteilung XVII a für Sachabrüstung und Uebergangswirtschaft“ führt, wird Magistratssekretär Dr. Anton Schwarz bestellt. Die neue Magistratsabteilung hat bereits ihre Tätigkeit aufgenommen.

**2. Mai. Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Fußballmusikdirektor C.M. Ziehrer nachstehendes Schreiben gerichtet:** Zur herzlichsten Freude der kunstliebenden Wiener Bevölkerung dürfen Sie, sehr geehrter Herr Direktor, Ihren 75. Geburtstag in voller Frische und Rüstigkeit begehen, und wenn ich mir erlaube, Ihnen meine aufrichtige Gratulation zu diesem seltenen Gedenktage zu übermitteln, so soll es mein erster Wunsch sein, dass Ihnen die Gesundheit, die Ihr Schaffen fördert und ermöglicht, auch in den späteren Tagen Ihres Lebens erhalten bleibe. Mit inniger Dankbarkeit gedenken die Wiener am heutigen Tage Ihrer künstlerischen Wirksamkeit und der Werke, die Sie uns als bleibenden Schatz Wiener Musik geschenkt haben. Möge die Hochschätzung und Verehrung, die Ihnen, sehr geehrter Herr Direktor, das kunstliebende Wien entgegenbringt, Ihre Lebenskraft erfrischen und bewahren ad multos annos!

Wiener Gemeinderat  
Sitzung am 2. Mai 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest den Spendeneinlauf: Uhrenfabrikant Kommerzialrat Philipp Kohn hat den christlichen Armen der Gemeinde Wien 3000 Kronen vermacht. Notar Dr. Guido Müller hat 100 Kronen gespendet.

Schriftführer GR. Philp verliest den Einlauf:

GR. Dr. von Dorn stellt folgende Anfrage: Durch die Ministerialverordnung vom 25. März betreffen die Bereitstellung von bisher für andere Zwecke bestimmten Räumlichkeiten zu Wohnungszwecken wird die schon jetzt bestehende aber später noch in ungeahnter Masse sich steigende Wohnungsnot nur in äusserst ungenügender Masse gemildert werden können. Es scheint daher höchst wünschenswert, dass dem angesichts der bestehenden Notlage steigenden Wohnungsbedürfnisse alle Wohnräume dienstbar gemacht werden, die gegenwärtig ihrem eigentlichen Zwecke entzogen werden; dies sind die von ihren Inhabern benutzten Wohnungen. Hiezu wären vor allem zu rechnen die zahlreichen Paläste des Hochadels und der Hochfinanz, in denen viele Räume vorhanden sind, die für Wohnzwecke geeignet wären und eine erhebliche Anzahl von mittleren und kleinen Haushaltungen aufnehmen könnten. Es würde sich daher dringend empfehlen, sei es durch unmittelbare behördliche Einflussnahme, sei es durch

Erlass einer entsprechenden Verordnung zu bewirken, dass diese Objekte bzw. Wohnungen der Gemeinde behufs Weitergabe an geeignete Parteien übergeben werden. Dass der praktische Durchführung dieser Idee gewiss Schwierigkeiten entgegenstehen, ist nicht zu bestreiten; aber mit gutem Willen und einiger Tatkraft welche nicht vor den Interessen gewisser Gesellschaftsschichten erlahmt, lassen sich die Schwierigkeiten überwinden und der Notstand, zu dessen Behebung auch alle Mitbürger mitzuhelfen verpflichtet sind, würde gewiss alle in der angedeuteten Richtung zu ergreifenden Massregeln rechtfertigen. Vorschläge in diesem Sinne waren übrigens auch schon in der Fachmännerberatung, welche der Erlassung der Verordnung vom 28. März vorangegangen ist, Gegenstand der Erwägung und Besprechung; doch hatte dies weiter keine Folge, was sehr zu beklagen ist. Weiterhin könnte man auch den Ausweg in Auge fassen, dass die unbenutzten und daher für die Inhaber überflüssigen Wohnungen für militärische Zwecke requiriert würden, so dass gegenwärtig in anderen Häusern untergebrachte Militärbüros derhin verlegt und die jetzt von ihnen benutzten Räume der wohnungsbedürftigen Zivilbevölkerung zur Verfügung gestellt werden könnten. Endlich sollten die nach Wien kommandierten Militärs, welche selbstständige Wohn- oder Hotelzimmer für längere Zeit in Anspruch nehmen, in die oben erwähnten Paläste und in Teile übergrosser Wohnungen einquartiert werden. Jedenfalls muss wohl allseits zugegeben werden, dass in gegenwärtiger Zeit eine solche Verschwendung, sozusagen Hamstern von Wohnräumen mit der durch die Umstände gebotenen Notwendigkeit den Ueberfluss der einen dem unabweichlichen Bedürfnis der anderen nutzbar machen, in zuellem Widerspruche steht und dass hier in irgendeiner Form ein gerechter Ausgleich gefunden und ins Werk gesetzt werden muss. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, der Frage der Nutzbarmachung von unbenutzten Wohnungen für die Erleichterung der Wohnungsnot seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und eventuell eine zur Lösung dieser Frage führende Aktion in die Wege zu leiten?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Es ist richtig, dass die von Herrn Interpellanten bezogene Regierungverordnung die steigende Wohnungsnot nur in gewissem Masse mildern können. Man darf ihre Wirkung aber auch nicht unterschätzen und das Wohnungsamt hat schon in der kurzen Zeit seit Bestand dieser Verordnung die Wahrnehmung zu machen können, dass wenigstens keine Verschlechterung des heutigen Zustandes durch weitere Entziehung von Wohnungen in vielen Fällen wirksam verhindert werden konnte. Was die Frage der Nutzbarmachung unbenutzter Wohnungen betrifft, so könnte, da die freiwillige Bereitstellung durch die fragliche Verordnung ohnehin möglichst erleichtert ist, nur eine zwangswise Inanspruchnahme in Frage kommen. Eine solche könnte aber im jetzigen Zeitpunkte aus sehr wichtigen Ursachen nicht empfohlen werden. Zunächst wäre, solange die Regierung dem dringenden Begehren der Gemeinde Wien auf Regelung der Zu- und Abwanderung nicht Folge gibt, gar keine Gewähr geboten, dass diese Wohnungen der bodenständigen Bevölkerung auch wirklich zugute kommen. Im Gegenteil, es wäre zu befürchten, dass bei vorzeitiger Inanspruchnahme der ungenutzten Reserven des Wohnungsbestandes gerade bis zu dem Zeitpunkte, in welchem unsere Krieger zur Heimat zurückkehren gar nichts mehr orhanden wäre. Auch das praktische Ergebnis einer solchen Inanspruchnahme kann nicht sehr hoch eingeschätzt werden. Wie die Wohnungszählung ergeben hat,



ist die Zahl der sehr grossen Wohnungen verschwindend klein. Gewisse Räume der Paläste beherbergen so grosse Kulturgüter, dass sie nur äussersten Falles herangezogen werden können. Der sofort erreichbare Bestand an unbenützten und unverwendbar Wohnungen und Wohnungsteilen ist gegenüber dem Bedarfe nicht erheblich. Berücksichtigt man endlich, dass gerade bei Wohnungen die Gefahr der Verschleppung nicht besteht, wie bei anderen Gegenständen, so dürfte es vollständig berechtigt sein, mit ei er so einschneidenden Massnahme bis zu einem Zeitpunkte zu warten, wo keine andere gleichwertige zur Verfügung steht und auch die Gewähr geboten ist, dass hiedurch jenen geholfen werden soll, welche der Hilfe im vollen Masse bedürftig und auch würdig sind. Ich kann nur wiederholen, was der Gemeinderat so oft schon gesagt hat: Die Entfernung der galauch-jüdischen Flüchtlinge würde den Wohnungsmarkt sofort entlasten. (Lebhafter Beifall bei der Majorität).

GR. Herold weist in einer Interpellation auf die Zweckmässigkeit der Förderung der Kaninchenzucht hin und macht die Anregung, unentgeltliche Kurse zu veranstalten, um auch dem kleinen Mann die Kenntnisse der Kaninchenzucht zu vermitteln. Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Frage der Hebung der Kaninchenzucht und der Errichtung einer städtischen oder von der Gemeinde Wien subventionierten Kaninchenfarm dem Magistrat insbesondere seit Kriegsbeginn wiederholt beschäftigt habe. Die Kaninchenzucht habe zweifellos Vorteile mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Beschaffung von Zuchttieren und mit Rücksicht auf die niedrige Futtermittellage sei während der Kriegszeit an eine Lösung der Frage der Einfuhr von Kaninchenfleisch in Wien zu Approvisionierungszwecken auch nur im kleineren Umfange nicht zu denken.

GR. Dr. Mataja weist in einer Interpellation auf die Mitteilung des „Morgen“ bezüglich der Erklärung des Dr. Blasel über die Freigabe des Handels mit Obst und Gemüse und über die Richtigstellung des Präsidenten Paul hin und fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, durch eine Anfrage beim Amte für Volksernährung festzustellen, welche Mitteilungen der Präsident Paul über die bevorstehende Regelung des Verkehrs mit Obst und Gemüse gemacht hat.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Bei einer Unterredung, die heute eine Deputation des deutsch-österreichischen Gewerbebundes mit dem Präsidenten des Amtes für Volksernährung, Hofrat Paul hatte, bei der sowohl ich wie auch die Herren Interpellanten zugegen waren, hat Präsident Paul erklärt, dass die in der Interpellation zitierte Notiz der Korrespondenz „Wilhelm“ vom Amte für Volksernährung ausgegeben wurde, also eine offizielle Berichtigung der Ausgabe über die Vorgänge beim Dreher ist. (Hört, Hört!) Es steht nach den Erklärungen des Herrn Präsidenten Paul fest, dass keine der berichtigten Mitteilung vom 29. April l.J. auch nur annähernd entsprechende Aeusserung gefallen ist. Ich kann von meinem Standpunkte aus nur bedauern, dass immer wieder solche Mitteilungen hinausgegeben werden, die der Wahrheit nicht entsprechen und die Bevölkerung in Unruhe versetzen. Was die Behauptung des Herrn Dr. Blasel anlangt, dass zwischen den von ihm gemachten Vorschlägen und den Ansichten des Ernährungsamtes beinahe vollständige Übereinstimmung bestehe, konnte Herr Präsident Paul diese Behauptung nur darauf beziehen, dass die Deputation selbst eine Verteilungsstelle für Obst und Gemüse in Vorschlag gebracht hat, mit anderen Worten, ein Antrag der Gemeinde Wien über Betreiben dieser Herren vor einigen Wochen zum Schaden der Marktviktualienhändler zu Falle gebracht wurde.

GR. Stein: Es waren Zeugen dabei!

Bgm. Dr. Weiskirchner: Herr Gemeinderat, Sie verzeihen, wenn ich dem Präsidenten Paul mehr glaube als dem Herrn Dr. Blasel. Ich habe auch in der heutigen Konferenz mit dem Herrn Ministerpräsidenten und Herrn Präsidenten Paul in Übereinstimmung mit sämtlichen Teilnehmern die Aufhebung der „Geos“ gefordert und werde jede Gelegenheit benützen, die kompetenten Stellen der Regierung auf die schweren Schäden aufmerksam zu machen, welche die Tätigkeit der „Geos“ der konsumierenden Bevölkerung zugefügt hat. Ich verweise auch auf die wiederholten Beschlüsse im Gemeinderate. Wir haben keinen Anlass davon abzugehen, wir geben immer der Wahrheit die Ehre, und werden so der Bevölkerung mehr dienen, als mit dämagogischen Schlagworten!

GR. Schlechter urgiert in einer Anfrage seine im März v.J. gestellten Antrag auf Schaffung einer gemeinderätlichen Kommission zur Prüfung der Gebahrung der sogenannten Kriegszentralen und Stellung willkürlicher Anträge an den Gemeinderat.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Wirkungskreis einer solchen Kommission sich nicht leicht feststellen lasse. Selbst im Parlament sei nichts besonderes heraufgekommen, da die Zentralen mit grosser Geschicklichkeit und mit jener Detailkenntnis die eben nur sie haben können, sich verteidigt haben. Der Ministerpräsident habe erklärt, dass er unbedingt auf die Rechnungslegung der Zentralenbestehende (lebhafter Beifall) und dass von Sachverständigen die Rechnungen überprüft werden. Der Gemeinderat könne nichts anderes tun, als seine alte Forderung wegen der Kontrolle der Gebahrung der Zentralen zu wiederholen und wenn das Material dann vorliegt, an der Durchführung der Prüfung sich zu betheiligen.

GR. Partik stellt folgende Anfrage: Immer häufiger werde die Klagen der Hausbesitzer und Bewohner der inneren Gürtelstrasse im 9. Bezirke über das schnelle Fahren der militärischen Lastenautos, durch welches die Häuser bis in die Grundfesten erschüttert werden. Durch diese Erschütterungen leidet nicht nur die Facade der betreffenden Häuser, sondern auch die inneren Räume durch das Abfallen der Verkachelung in den Küchen u.s.w. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, bei den betreffenden militärischen Stellen dahin zu wirken, dass dieser Uebelstand, welcher so häufig zu berechtigten Klagen Anlass gibt, baldmöglichst beseitigt werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Der Magistrat steht seit Jahren in Verhandlung mit den Militärbehörden wegen Behebung, bzw. Milderung der durch den Verkehr der Lastkraftwagen der Heeresverwaltung geschaffenen Uebelstände, unter denen insbesondere das Strassenpflaster und die Strasseneinbauten zu leiden haben. Obwohl seitens des Kriegsministeriums die Fahrgeschwindigkeit der militärischen Kraftwagen auf 9 km in der Stunde herabgesetzt und das Befahren gewisser Strassen mit diesen Wagen überhaupt verboten wurde, sind diese Uebelstände keineswegs beseitigt worden. Der Magistrat hat mit der Zuschrift vom 30. Juli 1917, das Kriegsministerium ersucht, die nötigen Weisungen zu erteilen, dass die nur in Wien verwendeten Militärlastkraftwagen ohne Gleitschutzvorrichtungen fahren, die zum grossen Teile an den Erschütterungen schuld tragen und dass die vorgeschriebenen Geschwindigkeitsgrenzen genauestens eingehalten werden. Das Kriegsministerium hat mit einem Schreiben vom 10. August

mitgeteilt, dass ein Vermeiden des Verkehrs von Lastkraftwagen mit Gleitschutzvorrichtungen innerhalb des Wiener Gemeindegebietes nicht durchführbar und eine weitere Herabsetzung der Geschwindigkeit dieser Wagen den Lastkraftwagenverkehr überhaupt illusorisch machen würde. Der Magistrat wird nicht ermangeln, diesen Anlass zu benützen, um neuerlich wegen Behebung der erwähnten Uebelstände beim Kriegsministerium vorstellig zu werden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner fügt hinzu, dass er finde, dass diese Anordnung des Kriegsministeriums nicht befolgt werden. Wenn die Lastautor in der Frühe über den Rathausplatz fahren so werden das Rathaus und die Fensterscheiben in der ganzen Umgebung geradezu erschüttert.

GR. Stein teilt in einer Anfrage mit, dass eine Gemüsehändlerin am Naschmarkt einen grossen Transport Spinat erhalten habe, nachdem der Markt bereits mit Spinat überfüllt war, habe sie Detaillisten von den anderen Märkten verständigt, dass Spinat am Ostbahnhof leicht zu haben sei. Der Marktkommissär habe diesen Handel verboten, worauf die Gemüsehändlerin telegrafisch die Einsendung weiterer Waren absagte, was einen Schaden für die Approvisionierung bedeute. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, diese Uebergriffe der Kommissäre am Ostbahnhofe abzustellen, die geradezu den Anschein erwecken, als ob die Kommunalverwaltung durch ihre Amtsgorgane einen Druck auf die Detaillisten ausüben wollte, dass sie bei der Kommune einkaufen müssen, zum Schaden der steuerzahlenden Händler und zum Schaden des Publikums, dass verteuerte Ware erhält.

Bgm. Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht des Magistrates, nach welchem die Gemüsehändlerin eine Art Winkelmarkt auf dem Bahnhof abgehalten habe, eine Erscheinung, durch welche das Verschleppen der Ware begünstigt wird und welche auf das Stärkste bekämpft werden muss. Der Marktkommissär hat ihr daher dieses Verhalten verwiesen und mit der Anzeige gedroht. Ein Uebergriff des Marktkommissärs liegt nicht vor. Wenn die Einsendung weiterer Waren telegrafisch abgesagt wurde, so bedeutet dies im gegenwärtigen Zeitpunkt keinen Schaden für die Approvisionierung, weil die Märkte derzeit so reichlich mit frischem Gemüse, insbesondere mit Spinat durch die Erzeugung der Wiener Gärtner versorgt sind, dass vorläufig auf die ungarischen Zufuhren verzichtet werden kann.

GR. Stein weist in einer Interpellation darauf hin, dass die ungarischen Amtsgorgane in der Strecke Oedenburg - Wreustadt den armen Leuten, welche in geringen Mengen Waren in Ungarn einkaufen, nicht nur sämtliche Waren wegnehmen, sondern sie auch misshandeln. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister bei der Regierung wegen dieser Vorgänge vorstellig werden wolle und Repräsentationen gegen Ungarn fordern wolle, falls solche Vorfälle nicht abgeschafft werden.

BGM. Dr. Weiskirchner: Verbürgten Nachrichten zufolge hat Ungarn tatsächlich in jüngster Zeit einen verschärften Kontrolldienst hinsichtlich des Lebensmittelverkehrs an der ungarischen Grenze im allgemeinen, insbesondere in den ungarischen Grenzstationen eingeführt. Den gleichen Nachrichten zufolge sollen die mit der Durchführung dieser Kontrolle betrauten ungarischen Organe bei Durchführung ihrer Aufgabe rücksichtslos vorgehen und selbst die geringsten Mengen von Nahrungsmitteln, die angeblich der Uebertretung der ungarischen Vorschriften über die Grenze gebracht werden sollen, den Betreffenden abnehmen. In dieser Beziehung kann ich mich nur auf die Beantwortung der dieselben Vorgänge in den n.ö. Station Oberhollabrunn betref-

fenden Interpellation des GR. Schäfer in der letzten Gemeinderatssitzung, berufen und dieser Beantwortung nur beifügen, dass ich die vorliegende Anfrage des GR. Stein dem Herrn Ministerpräsidenten mit der Bitte um Mithilfe vorlegen werde.

GR. Fischer stellt folgende Anfrage: Am 20. April wurde im 2. Bezirk 29 Kaffeschänken die Verabreichung von milchhaltigen Getränken untersagt und die Milchzuweisung eingestellt. Da es sich um sogenannte Volkskaffees handelt, ist diese Massnahme mit der Betriebseinstellung identisch, zumal der Ersatz-Tee ohne Zucker, ohne Spirituosen, ohne Milch, ohne Zitronensaft oder ohne Himberaft nicht einmal in den kalten Wintermonaten mundet, geschweige in der wärmeren Jahreszeit. Die getroffene behördliche Verfügung hat den Zweck, den Milchkonsum einzuschränken, und erfolgt auf Grund polizeilicher Erhebung ohne Intervention des magistratischen Bezirksamtes. Das mit der Erhebung betraute Polizei-Organ hat festgestellt, dass in einem Volkskaffee besser angezogene Gäste Kaffee nehmen und gelangte hiedurch zu der Schlussfolgerung, dass diese mit reiner Wäsche versehenen, dem Mittel- oder Beamtenstande angehörenden Gäste ihren Kaffee auch in einem besseren Kaffeehause zu nehmen in der Lage sind und beantragte aus diesem Grunde die Milchziehung. Dass, zufolge der enormen Teuerung nunmehr auch Beamte und besser gekleidete ohne Scheu gezwungen sind, ihr Frühstück in einem Volkskaffee zu nehmen, wo dieser nur 44 h kostet und dass die Ersparnis von 50 Hellern beim Frühstück eine Rolle spielt, wurde nicht in Betracht gezogen und gerade dieser Umstand sollte nach sozialpolitischen Grundsätzen die Volkskaffees fördern, da kleine Beamte, Beamtinnen und sonstige Angestellte, wohl nicht zu den Mindestbemittelten gehören, aber dennoch nicht in der Lage sind, eine Kanne für ein Frühstück in einem Kaffeehause ausgeben zu können. Dieser durch die Verhältnisse ohnedies arg mitgenommene Stand, ist durch diese Verfügung empfindlich geschädigt. Wenn schon die Milchknappheit Einschränkungen notwendig macht, so sollte zumindest das Kontingent auf Kaffeehäuser und Volkskaffees aufgeteilt werden, aber eine Reihe von Volkskaffees zu schliessen und ihre Besucher zu zwingen, entweder ohne Frühstück ihrer Beschäftigung nachzugehen oder sie zu grösseren Ausgaben zu veranlassen, ist inhuman und ungerecht. Es wird gefragt, ob dem Bürgermeister die vererwähnte behördliche Verfügung bekannt ist und ob er geneigt ist, gegen diese Verfügung, durch welche der Mittelstand einerseits und die betroffenen steuerzahlenden Gewerbetreibenden andererseits hart geschädigt werden, Stellung zu nehmen? Und seinen Einfluss dahin geltend zu machen, dass in gewerblichen Angelegenheiten nicht die Polizeiallein Erhebungen pflegt, sondern stets im Einvernehmen mit der Bezirksvertretung bzw. mit dem magistratischen Bezirksamte, wie dies der Autonomie der Gemeinde Wien auch ent-

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Milchlieferungen nach Wien sind bereits auf ca. 135.000 Liter durchschnittlich täglich herabgesunken wovon noch gegenwärtig ca. 12.000 Liter saure Milch in Abzug zu bringen sind. Die gesamte zur Verfügung stehende Milchmenge ist also derart gering, dass sie nicht einmal mehr zur Befriedigung der Kranken und Kinder bis zum 6. Lebensjahre ausreicht. Angesichts dieser traurigen Lage des Wiener Milchmarktes hat sich die k.k.n-ö Statthalterei mit Erlass vom 15. IV. 1918 Z. W-184/92 bestimmt gefunden, die Zahl jener Kaffeehausbetriebe, denen die Bewilligung zur Verabreichung von Milchgetränken gemäss § 3 der Statthaltereiverordnung vom 5. XII. 1917,



3  
E.O. Bl. Nr. 217 erteilt wurde, möglichst einzuschränken und demgemäss jenen Betrieben, deren Gäste nicht unbedingt auf den Genuss milchhaltiger Getränke angewiesen sind, die Ausnahmegewilligung zu entziehen.

Durch die vorliegende Verfügung erscheinen somit die ausgesprochenen Volkskaffeehäuser, das sind jene Betriebe, in welchen unbemittelte Bevölkerungskreise ihre Nahrungstürfnisse befriedigen nicht betroffen. Es wurde vielmehr nur solchen Betrieben, die bisher gehabte Bewilligung der Bestimmungen des § 3 der genannten Statthaltereiverordnung überhaupt nie hätten erhalten sollen; dass die letztgenannten Betriebe vor den Kindern und Kranken bevorzugt werden sollten, dürfte wohl auch im Sinne des Herrn Interpellanten nicht gelegen sein.

Was das von dem Herrn Anfrager angeregte Einvernehmen der Polizeiorgane mit den autonomen Organen der Gemeinde anbelangt, so bin ich in der Lage mitzuteilen, dass die k.k.n.B. Statthaltereie die Verfügung getroffen hat, dass über die von den betroffenen Kaffeehausbesitzern eingebrachten Gesuche um neuerliche Erteilung der Ausnahmegewilligung für Milchkafee die k.k. Polizeidirektion die erforderlichen Erhebungen im Einvernehmen mit der Milchversorgungsstelle zu pflegen haben wird. Die Milchversorgungsstelle wird bei diesem Anlasse selbstverständlich nicht ermangelt, ihrerseits dahin zu wirken, dass etwaigen Betrieben, denen nach h.a. Erhebungen der Charakter eines Volkskaffeehauses etwa doch zukommen sollte, die Bewilligung zum Ausschank von Milchkafee wieder erteilt wird.

Bürgermeister Weiskirchner fügt hinzu, dass täglich 6000 bis 12000 Liter Milch in saurem Zustande in Wien einlangen. Seit dem Jahre 1915 habe die Gemeindeverwaltung wiederholt und rechtzeitig auf die Notwendigkeit der Beistellung von Kühlwaggons aufmerksam gemacht.

GR. Richter weist in seine Anträge darauf hin, dass vielen Gemüsegeärtnern der Pacht um 100 bis 200 % gesteigert wurde und er wünscht analog dem Mieterschutzgesetze ein Pächterschutzgesetz geschaffen werde.

GR. Dr. Mataja stellt folgenden Antrag: An die aus Gemeindemitteln besoldeten Lehrpersonen, sowie an deren Witwen und Waisen wird als nicht rückzahlbarer Vorschuss auf eine etwaigen Anschaffungsbeitrag für das Jahre 1918 ein Betrag in der Höhe des mit Gemeinderatsbeschlusse vom 18. April d.J. den städtischen Angestellten gewährten Anschaffungsbeitrag ausbezahlt. Jene Lehrpersonen, sowie Witwen und Waisen nach solchen, welche aus den staatlichen Zuwendungen (Teuerungszulagen und Anschaffungsbeiträgen) für das Jahr 1918 weniger bekommen, als ihnen nach den Bestimmungen für die übrigen städtischen Angestellten zukäme, erhalten die Differenz als Anshilfe aus den Mitteln der Gemeinde.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Vd. Hierhammer berichtet über die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes der Stadt Wien an Grafen Ottokar Czernin und führt aus: Ich habe mir in dem Ihnen vorliegenden gedruckten Referate erlaubt, jene Gründe auseinanderzusetzen, welche den Stadtrat in seiner Sitzung vom 25. v.M. veranlasst haben, den in der Ge-

meinderatsitzung vom 24. April gestellten Anträgen des Gemeinderates von Steiner und Genossen und Dr. Heia und Genossen auf Ernennung des Grafen Ottokar Czernin zum Ehrenbürger der Stadt Wien zuzustimmen und dem Gemeinderate diese Ehrung des verdienstvollen Staatsmannes zu empfehlen. Ich habe die Tätigkeit des Grafen Czernin während der 16 Monate, da unser Aussenminister war, in grossen Umfassen darzustellen versucht und dankbar jene Ziele gewürdigt, die der Minister im Interesse unseres Volkes und unseres Vaterlandes so energisch und hingebungsvoll verfolgt hat. Die Stadt Wien, in der der Pulsschlag des Reiches pocht und in der daher jede Regung und Wendung des staatlichen Körpers sogleich fühlbar wird, hat die kluge und selbstbewusste Haltung des Grafen Czernin, die ebenso dem Drange reinsten Menschentums wie den Gefühlen der Vaterlandsliebe Rechnung trug, mit Freuden begrüsst und fand in wiederholten Kundgebungen Gelegenheit, dem Grafen Czernin ihre Zustimmung und ihren Dank zum Ausdruck zu bringen. Unsere Bevölkerung hat sich trotz der Greuel und der Verwüstungen des Krieges die Achtung vor Menschenwürde und Menschenliebe bewahrt und hat daher den Intentionen des Ministers, welcher im Sinne der Bestrebungen unseres Kaisers alles daransetzte, dem Kriege durch einen gerechten allgemeinen Frieden ein Ende zu machen, aus tiefstem Herzen zugejubelt. Das unvergängliche Verdienst des Grafen Czernin ist es, zu einer Zeit, da das Wort vom Frieden verpönt war, den Mut besessen zu haben, die Herbeiführung eines baldigen Friedens als das Programm unserer Regierung zu deklarieren. Und wir dürfen mit Stolz feststellen, dass durch die erlösende Tag unseres Aussenministers der Stein ins Rollen gekommen und die Friedensfrage bei allen kriegsführenden Regierungen zur Erörterung gelangt ist. Diese Erörterung führte auf der einen Seite zum Ziele, zu dem Frieden im Osten, auf der anderen Seite im Südwesten und Westen aber wird sie nicht mehr verstummen und wird immer lauter und vernehmlicher denen in die Ohren klingen, die ihren Völkern noch immer vortäusche dass eine Fortsetzung der Kriegsgreuel eine sittliche Pflicht demokratischer Regierungen sei. Graf Czernin hat uns den Frieden mit dem Osten gebracht, seiner Festigkeit und seinem diplomatischen Talente ist es zu danken, dass jene Hindernisse, die die Friedensverhandlungen zu vereiteln drohten, beseitigt werden konnten. Und seine Friedensschlüsse sind die Vorbedingungen und Vorgänger des allgemeinen Friedens. Graf Czernin hat uns aber auch ein grosszügiges Programm für unseren inneren Frieden entwickelt und dieses Programm hat zu unserer Freude und Genugtuung und zum Segen unseres Vaterlandes die Sanktion unseres Kaisers erhalten, welcher die Politik Czernins als richtungsgebend für alle Zukunft bezeichnet hat. Dieses Programm kann man in die Worte kleiden: Treue und Festigkeit. Treue unseren deutschen Brüdern gegenüber, mit denen uns in diesen Stürmen Eisen und Blut zusammengewickelt hat und mit denen wir in ewigem Bunde auch unsere Zukunft bestellen wollen. Und Festigkeit im Innern; sie ist eigentlich nichts anderes als Treue, unbedingte Treue dem Staate gegenüber und seiner Sendung, die durch die Geschichte eines Jahrtausende vorgezeichnet ist. Wir kennen für unser Vaterland kein anderes Heilmittel für seine Gesundheit und die Aufrichtung seines alten Glanzes und seine Wohlfahrt, als dasjenige, das Graf Czernin den Vertretern des Wiener Gemeinderates

bezeichnet hat, als er uns das Wort Goethes zurief:

„Weibisches Zagen, Aengstliches Klagen,  
Wendet kein Elend, Macht dich nicht frei.  
Allen Gewalten zum Trutz dich erhalten,  
Nimmer sich beugen, Kräftig sich zeigen,  
Rufet die Hilfe Der Götter herbei.“

Jawohl wir Deutschen Oesterreicher werden uns nimmer beugen und wir werden uns kräftig zeigen gegen die Gewalten, die sich gegen unser Vaterland erheben, wir wollen uns zusammenschliessen gegen den Verrat, der an der Wurzel unseres Staates nagt, gegen jene innerhalb der Monarchie ihr Unwesen treibend Masaryks, die wie Graf Czernin ausführt, durch einen Sieg der Entente den Krieg zu beenden und ihr Ziel zu erreichen suchen. Wir wissen es ja leider nur zu gut: die Umtriebe dieser Masaryks haben sich ein weites Ziel gesteckt und sie haben sich schon erkühnt, in unsere Stadt, die ehrwürdige deutsche Kulturstadt, des alten Deutschen Reiches Hauptstadt durch Jahrhunderte, ihre Fühler auszustrecken. Aber diese Masaryks mögen wissen: Die Wiener sind gestfreundlich und verständig und wünschen allen Völkern der Monarchie Entwicklung und Fortschritt; aber sie werden unnachsichtig gegen die, welche ihre heiligsten Gefühle, ihre Liebe gegen ihr Volk und Vaterland, zu verletzen sich erdreisten. Die Ehrung des Grafen Czernin ist uns ein Bekenntnis der Treue für unser Vaterland Oesterreich und ein Dank für dessen treuen Schildträger. Ich bitte Sie, dem Stadtratsantrage zuzustimmen. Die Ausführungen des Redners wurden wiederholt mit lebhaften Beifall bekleidet und fanden am Schlusse laute Zustimmung.

GR. Dr. Heia im Namen des Verbandes der freiheitlichen Gemeinderäte und in voller Uebereinstimmung mit den Empfindungen des freiheitlichen Bürgertums habe ich seinerzeit den Antrag gestellt, den Grafen Czernin zum Ehrenbürger zu ernennen. Wir werden daher auch dem Stadtratsantrage zustimmen. Graf Czernin hat während der verhältnismässig kurzen Zeit seiner Amtsführung als Minister des Aussen die Stellung der Monarchie in der Welt und im Rate der Mittelmächte erhöht. Er war unablässig bemüht die Sehnsucht der Bevölkerung nach dem allgemeinen Frieden nach Kräften zu erfüllen. Alle seine Notizen waren von diesem Gedanken und gleichzeitig von dem Gedanken des treuen Festhaltens an den Bündnis mit dem Deutschen Reiche getragen. (Beifall) Unvergessen wird dem Grafen Czernin jene Rede vom 2. Oktober 1917 bleiben, in welcher er als leitender Staatsmann unserer Monarchie die Linien einer zukünftigen Weltordnung gezeichnet hat, einer Weltordnung im Sinne einer allmählichen allgemeinen unter internationaler Kontrolle gestellten Abrüstung, einer obligatorischen Schiedsgerichtspartei und im Sinne eines wirklichen auf dauerhafte Grundlagen gestellten allgemeinen Frieden. Diese Rede wird in aller Zukunft als Grundlage der Friedensbestrebungen dienen, sie hat aber auch in der Gegenwart grosse Erfolge gezeitigt, denn die Folge dieser Rede war jener Funkspruch der russischen Regierung, mit welchem sie in die Einleitung von Friedensverhandlungen ersucht hat, und es war eine Tat, dass Graf Czernin ohne lange nach Legitimationen u.s.w. zu fragen die Friedensverhandlungen eingeleitet hat. Und als sich die Friedensverhandlungen durch das Verhalten des Volkskommissärs Trotzki ins Endlose zogen, da war es wieder eine staatsmännische Tat des Grafen Czernin, dass er wieder gegen alle diplomatischen

Ueberlieferungen und althergebrachten Bedenken mit einer verbenden Macht blitzartig den Frieden abschloss und damit, wie er selbst sagte, die erste Masche von dem Kriegesnetze auflöste, das sich über die ganze Welt gespannt hatte. Es ist richtig, dass heute in der Ukraine noch nicht geordnete Verhältnisse herrschen, das ändert aber nichts an der Tatsache, dass eben deshalb weil er ohne Bedenken auf diesen Frieden eingegangen ist, Graf Czernin den Anfang mit der Verwirklichung des Friedensgedankens gemacht hat und dass diesem ersten Frieden, dann weiter der Frieden mit Grossrussland und der binnen kurzen zur Unterzeichnung kommende Frieden mit Rumänien abgeschlossen worden ist. Durch den Frieden mit der Ukraine wurden, wenn wir sie auch nicht überschätzen dürfen, uns doch gewisse Möglichkeiten einer Besserung unserer Ernährungsverhältnisse geboten. Wir haben die Bahn frei bekommen, wir haben den Arm freibekommen gegenüber den Gegnern im Südwesten und im Westen. Wie immer man sich zu diesem Frieden stellen mag, wie man auch begeistert den Frieden herbeisehnen mag, man kann sich doch nicht darüber täuschen, dass in Verwirklichung des bekannten Sprichwortes auch der Beste den Frieden nicht erreichen kann, wenn es der böse Nachbar nicht will. Die Tatsache ist ja unzweifelhaft festgestellt, dass sowohl die Bevölkerung Oesterreich-Ungarns wie auch der Kaiser und der Minister den Frieden wollten, und es lag nur an den masslosen Forderungen der Entente, dass dieser Frieden nicht zustande gekommen ist. Gewiss, man hat manche Einwendungen erhoben, die sich auf gewisse Schattenseiten dieses Friedens beziehen, man hat eingewendet, dass die Cholmerfrage in einem Sinne gelöst wurde, wie sie dem Wunsche der Polen nicht entsprach. Aber gerade der rasche Abschluss des ukrainischen Friedens war eine unbedingte Notwendigkeit und wenn die Polen an den Friedensverhandlungen teilgenommen hätten, und wir warten hätten müssen, bis sich Polen und Ukraine in dieser Frage einigen, dann wäre der Frieden gewiss nicht so rasch zustande gekommen. Man hat auch die Aeusserungen der Czechen in der bekannten Rede Czernins beanstandet. Graf Czernin hat aber ausdrücklich erklärt, dass er nur jene meinte, die ihre Hoffnungen auf die Entente gründeten und es war Pflicht des Ministers des Aussen, sich gegen jene zu wenden, die mitten im Kriege mit den Feinden Oesterreichs sympathisiert haben und von diesem die Erfüllung ihrer staatsrechtlichen Forderungen erwarteten. Wir in Wien sind Freunde des Aussenen und inneren Verständigungsfriedens, aber wie die masslosen Forderungen der Führer der Entente den Aussenen, so machen auch die masslosen Forderungen der czechischen Führer den inneren Frieden unmöglich. Man hat auch gegen Czernin eingewendet, dass er eine bedeutsame politische Rede vor der Abordnung des Wiener Gemeindevortes gehalten hat. In dem Bunde, das als Muster für alle demokratischen Einrichtungen gilt, hält der leitende Staatsmann alljährlich auf dem Lordmajor



4  
Buckett in der Guildhall ebenfalls eine hochpolitische Rede. Man hat auch eingewendet, dass Czernin die Friedensanbahnung Clemenceaux nicht zur Sprache hätte bringen sollen. Darüber lässt sich sicherlich streiten. Aber unweifelhaft ist durch diese Äußerung festgestellt worden, dass an der Fortsetzung des Krieges ausschliesslich die französischen Machthaber Schuld sind, welche alle Friedensangebote abgelehnt haben. Es sind ja vielleicht infolge dieser Äusserungen manche Dinge zu Tage getreten, die nicht die allgemeine Billigung fanden. Vom Standpunkte des freien bürgerlichen Bürgertums möchte ich feststellen, dass Verhandlungen mit den äusseren Staaten immer unter Wissen unter Mitwirkung und Verantwortung des antretenden Ministers des Aeusseren stattfinden müssen. Unzweifelhaft aber ist die Tatsache, dass Graf Czernin während der ganzen Zeit seiner Amtwirksamkeit im Sinne der Empfindungen des Volkes dem Frieden zugestremt hat, dass er mit lauterer Mitteln nicht etwa im Sinne der allgemeinen Diplomatie, bei der die Rede nach einem Ausspruche Talleyrands da ist, um die Gedanken zu verbergen, sondern mit Offenheit und Wahrheit und mit den besten Mitteln diesen Frieden zugestremt hat und drei Friedensschlüsse tatsächlich erreicht hat. Für diese grossen Erfolge gebührt ihm die höchste Ehre, welche die freigewählte Vertretung der Bürgerschaft der Stadt zu verleihen hat; das Ehrenbürgerrecht der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

GR. Reumann: So verlockend es wäre in Einzelheiten einzugehen, ganz besonders über die letzten Stadien der politischen Tätigkeit des Grafen Czernin, so werde ich mich doch mit Rücksicht auf den von unserem Klub gefassten Entschluss mit einer kurzen Erklärung der sozialdemokratischen Gemeindevertreter begnügen. Unsere Erklärung lautet: „ Auch wir Sozialdemokraten versagen der Persönlichkeit des Grafen Czernin nicht unsere Achtung. Wir erkennen gern an, dass der Graf Czernin die Minister, die aus den Reihen der zünftigen Diplomatie hervorgegangen sind, hoch überträgt und dass er sich von dem Manne, dem gegenwärtig wieder die Leitung der auswärtigen Politik Österreich-Ungarns anvertraut ist, sehr vorteilhaft unterscheidet. (Heiterkeit )

Es hat Zeiten gegeben, in welchen auch wir Sozialdemokraten der Politik des Grafen Czernin unseren Beifall gespendet haben. So damals als er sich zu dem Gedanken des Friedens ohne Annexionen und ohne Kontributionen bekannte; als er in seiner Budapest Reden für die internationale Abrüstung und für die Entscheidung aller Streitigkeiten zwischen Völkern durch obligatorische Schiedsgerichte eintrat; als er mit nichtzuverstehendem Nachdruck hervorhob, dass Oesterreich-Ungarn den Krieg für keine Eroberungen fortsetzen wolle, weder für eigene, noch für deutsche.

Leider war der Graf Czernin zu schwach, diesen Grundsätzen Geltung zu verschaffen. Er hat an dem Friedensschluss von Brest-Litowsk mitgewirkt, wo ein Friede der Gewalt, mit der Verständigung geschlossen wurde ( Oho-Rufe ) Ich sage nochmals „ nicht der Verständigung, sondern der Gewalt“ ( Widerspruch ) Er war nicht im Stande eine Politik zu verhindern, die im ganzen grossen Gebiete zwischen dem weissen und dem Schwarzen Meere das Selbstbestimmungsrecht

der Völker verfälscht und die Klasseninteressen der finnischen Bourgeoisie, der baltischen Barone und der polnischen Schlachzizen gegen die Lebensinteressen der finnischen Arbeiter, der estnischen, lettischen, litauischen, polnischen und ukrainischen Bauern beschützt. Durch all das wurden im Osten Europas Tatsachen geschaffen, die den Friedensschluss im Westen erschweren, dadurch den gegenwärtigen Krieg in die Länge ziehen und den Keim künftiger Kriege in sich tragen.

Graf Czernin hat aber auch mit Rumänien einen Friedensvertrag abgeschlossen, durch den der Grundsatz „ keine Annexionen“ verletzt worden ist. ( Widerspruch ) Sie sind anderer Ansicht und Sie werden gestatten, dass wir auch anderer Ansicht sind. Ich sage Ihnen unsere Ansichten in dieser Angelegenheit.

Haben wir die Theorie des Grafen Czernin gebilligt so müssen wir seiner praktischen Tätigkeit unsere Anerkennung verweigern. Wir werden uns daher der Abstimmung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Grafen Czernin enthalten.

GR. Stein: Namens der auf demokratischen Programm fassenden Gemeinderäte, welche nicht dem fortschrittlichen Verbände angehören, habe ich zu erklären, dass wir uns dem Antrage auf Verleihung des Ehrenbürgerrechtes an den Grafen Czernin anschliessen. Wir erklären, dass wir dem Grafen Czernin unser Vertrauen votieren, nicht weil er ein Graf ist, sondern trotzdem er ein Graf ist. Es soll ihm nicht schaden, dass er ein Graf ist. Wir sind der Ansicht, dass das Volk, das in diesem Kriege mit allen seinen Kräften herangezogen worden ist, auch auf die Angelegenheiten des Aeusseren genau so Einfluss zu nehmen hat und dass es nicht angeht, dem Volke nur die Pflichten aufzuerlegen und es aller Rechte zu berauben. Das Ministerium des Aeusseren ist tatsächlich einer wirklichen parlamentarischen Kontrolle entzogen, es untersteht nur den Delegationen, die doch auch nur ein Fernbild einer parlamentarischen Vertretung sind. Die Tätigkeit des Grafen Czernin selbst kann in bürgerlichen Kreisen nur ungeteilte Zustimmung finden, wenn man von kleinen Fehlern absieht, die angesichts der grossen die ganze Welt bewegenden Fragen bei dieser Menge von Agenden begreiflich sind.

Es hat ja auch ein Bismarck Fehler begangen, wenn aber von den Sozialdemokraten gesagt wird, der Friede von Brest-Litowsk sei ein Gewaltfriede, so ist das eine Auslegung, die wir nicht zu der unseren machen, denn wir haben gefunden, dass es die Entente ist, die uns Gewalt entgegensetzt.

Ich will auch darauf hinweisen, dass wir doch erst abwarten wollen, wie der allgemeine Friede ausschauen wird, dass wir möglichst gekräftigte an Territorien und Völkerschaften hervorgehen sollen. Es kann vom österreichischen Standpunkte aus der Wunsch nach einem einverständlichen Frieden nicht vorbehaltlos befürwortet werden. Es ist der Angriff, den Graf Czernin bei Gelegenheit des Empfanges des Wiener Gemeinderates gegen die czechischen Masaryks gemacht hat, ihm vorgehalten worden und man hat erklärt, dass es eine Ungeschicklichkeit war. Mag sein, dass vom Standpunkte der österreichischen Innenpolitik, die ein Herumtasten bildet, mag sein, dass von diesem Standpunkte aus, der Angriff des Grafen Czernin ein taktischer Missgriff war. Aber vom Standpunkte einer grossen Politik, wel-

che im Auge hat, geregelte Zustände herzustellen, muss man sagen, dass diese Feststellung sehr richtig war. Bei uns kann sich der nackteste Hofrat unbescholten breit machen, bei uns halten die Hofräte Kongresse ab, die nicht verboten werden, dagegen werden Reden, die sich mit Approvisionierung beschäftigen, nicht zugelassen. Gleich nach den Angriffen des Grafen Czernin gegen die Czechen ist in politischen Kreisen laut geworden, dass sich Czernin nicht mehr lange wird halten können. Es ist dann die Affäre Clemenceau gekommen, bei welcher der französische Ministerpräsident die Korrespondenz die Kaisers der Öffentlichkeit übergeben hat. Ich muss sagen, dass der Zug des Kaisers, seinen Völkern den Frieden zu bringen, sehr sympathisch begrüsst werden muss. Es war daher nicht zu verstehen, warum man diesen Brief apokryph bezeichnet hat. Es muss auch darauf hingewiesen werden, dass die Zeit, in der dieser Briefwechsel stattgefunden hat, Uebereinstimmungen in den Besinnungen der Völker vorfand. Es war dies kurz nach der russischen Revolution und man konnte nicht wissen, welche Gestalten die militärischen Verhältnisse annehmen werden und es ist daher wohl zu verstehen, dass diese Aktion von höchster Stelle des Reiches versucht wurde. Wenn man also in allem die Tätigkeit des Grafen Czernin überblickt, so muss man sagen, sie hat den grössten Erfolg gehabt, einen Erfolg, den österreichische Minister seit Jahrzehnten nicht aufzuweisen gehabt haben. Auch in Deutschland wäre vielleicht auch die Tätigkeit eines solchen Mannes allgemein begrüsst worden. Deswegen kann die Bürgerschaft der Stadt Wien nichts anderes tun, als dem Grafen Czernin für seine erfolgreiche Arbeit ihren Dank und ihre Anerkennung aussprechen. Der vorliegende Antrag ist daher nur zu begüssen und werden wir ihm unsere Stimmen nicht versagen.

GR. Steiner führt aus: In dem schmerzlichen Bedauern, welches das Ausscheiden des Grafen Czernin aus seinem so erfolgreich geführten Wirkungskreis, ausgeübt hat, sind als erst die warmen, anerkennenden Worte empfunden worden, welche der Kaiser in einem Handschreiben an den scheidenden Staatsman gerichtet hat und in welchem die Verheissung gsvolle Erwartung ausgesprochen ist, dass sich noch Gelegenheit geben wird, die Dienste des Grafen Czernin für den Staat in Anspruch zu nehmen. Als ich in der letzten Gemeinderatsitzung den Antrag auf Ernennung des Grafen Ottokar Czernin zum Ehrenbürger der Stadt Wien stellte, wusste ich mich eins mit den grossen Massen der Wiener Bevölkerung in der Würdigung der Verdienste, die sich der Minister während seiner Amtstätigkeit um Volk und Vaterland erworben hat. Wir wollen dem Grafen Czernin heute danken für die bereits erfolgten Friedensschlüsse, die seiner gleich zu Beginn seiner Tätigkeit bekundeten und im damaligen Zeitpunkte epochenschaffenden aufrichtigen Friedensbereitschaft und seinen ausserordentlichen Fähigkeiten, die bei den langwierigen Verhandlungen zum Erfolge führten, in erster Linie zuzuschreiben sind. Weiter wollen wir dem Grafen Czernin unseren herzlichsten Dank sagen für das Programm, das er grundlegend für unsere äussere und innere Politik für alle Zeiten festgelegt hat und das nach dem kaiserlichen Worte richtungsgebend bleiben soll. Für unsere äussere Politik hat er das Wort geprägt, dass Oesterreich Ungarn ebenso für Strassburg kämpfen müsse, wie das Deutsche Reich mit uns für

Triest gekämpft hat. Besondere Begeisterung hat es ausgelöst, dass er den Mut gefunden hat, staatsfeindliche Bestrebungen öffentlich zu brandmarken und sich nicht nach bewährtem Muster darum herumgedrückt hat, verräterische Handlungen auch als solche zu kennzeichnen. Graf Czernin hat sich als echter Oesterreicher erwiesen, er hat die gleichberechtigte Stellung aller österreichischen Völker anerkannt, aber in energischer Weise betont, dass Verräter kein Recht haben, sich als Oesterreicher zu bezeichnen. ( Lebhafter Beifall ) Durch diese mannhafte Haltung ist er dem Deutschen in Oesterreich, welche allerzeit stets staatsdreu gewesen sind und mit tiefster Verbitterung empfinden mussten, dass diesen Verhalten nicht in genügender Weise gewürdigt wird, ( Sehr richtig! ) besonders lieb geworden und knüpfen sich auch die Hoffnungen der Deutschen in Oesterreich an seine Wiederkehr zur öffentlichen Wirksamkeit. ( Stürmischer Beifall ) .

Dass Graf Czernin die Äusserungen, die die unmittelbare Veranlassung seines Abganges gegeben haben, nicht vor der versammelten Volksvertretung kundgeben konnte, ist nicht seine Schuld. Das Parlament und die Delegation waren wieder einmal wegen einer inneren Krise vertagt. Diese Vertagungen aus solchen Anlässen sind bereits zur Regel geworden. Die Völker Oesterreichs begnügen sich aber nicht mit solchen, an die Aera des Taaffe'schen Fortwurstelns gemahnenden politischen Ausflüchen. Die Bürger des Jahres 1918 sind nicht mehr so geduldig, wie jene in den 80. Jahren, in der Taaffe'schen Periode. Die Zeiten sind ernst geworden, sie erfordern grosse Taten und grosse Männer, ( Sehr richtig! ) Männer, welche uns aus dem Chaos unserer inneren politischen Verhältnisse herausführen und eine sichere, feste Grundlage für die Zukunft schaffen, auf welche sich die alte Habsburger Monarchie nach Beendigung des Krieges zu neuem, erhöhtem Glanze erheben soll. ( Lebhafter Beifall ) . Und wir haben in Oesterreich wirklich keinen so grossen Ueberfluss daran, dass wir das Ausscheiden eines wirklich grossen Mannes aus seiner Wirksamkeit nicht als einen schweren Verlust empfinden würden. ( Lebhaftige Zustimmung ) .

Wir begrüssen den Stadtman Grafen Ottokar Czernin wenn der Gemeinde den Beschluss gefasst haben wird, aufs Herzlichste als den Ehrenbürger der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien, die ihrem Kaiser und Vaterland immer aufs Innigste ergeben waren und für alle Zukunft bleiben wird, und nun auch ihren Stolz darein setzt, dem treuesten Paladin des Reiches die verdiente Ehrung zuteil werden zu lassen. ( Anhaltender Beifall ) .

Berichterstatter VB. Hierhammer verzichtet auf das Schlusswort. In namentlicher Abstimmung wird der Antrag des Berichterstatters mit 117 Stimmen angenommen. Gegenstimme war keine abgegeben worden.

VB. Hoss übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner berichtet nun über die Aufnahme eines Darlehens von einer Million Schweizer Franken seitens der Gemeinde Wien bei der Berner Kantonalbank. Der Bürgermeister führt aus, dass er bereits in einer Interpellationsbeantwortung heute auf die immer grösser werdende Milchnot hingewiesen habe. Bei diesem Notstande war es eine Pflicht der Gemeinde, alles aufzubieten, um eine Hebung der Milchproduktion zu erzielen. Es habe sich nun die Gelegenheit ergeben, in der Schweiz hochwertige Milch-

Käse anzukaufen, welche auch bereits eingelangt und in Stallungen eingestallt seien, sowie es die Gemeinde schon seitherzeit mit Käsen aus dem anderen Auslande und aus Tirol und Vorarlberg setzen habe.



5  
Da der Export dieser Tiere aber nur bis zu einem gewissen Zeitpunkt möglich war, musste das Geschäft rasch abgeschlossen werden und da die Bezahlung in Francs erfolgen musste, blieb nicht anderes übrig als eine Finanztransaktion vorzunehmen und zwar durch ein Anlehen bei der erwähnten Bank welches in zwei Jahren zurückzuzahlen ist. Man könne ja schliesslich hoffen, in zwei Jahren wenigstens soweit zu sein, um das Anlehen zu halbwegs günstigen Valutabedingungen zurückzahlen zu können. Die Bedingungen, die wir erzielt haben sind wenn auch kriegsmässig, immer noch besser, als bei dem Valutaanlehen des Staates, ich glaube aber nicht, sagt der Bürgermeister, dass es von Vorteil wäre, die Einzelheiten dieser Bedingungen in einer öffentlichen Sitzung bekanntzugeben.

Die Anträge des Bürgermeisters werden schon ohne Debatte einstimmig genehmigt.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

GR. von Steiner berichtet über den Antrag des GR. von Dorn wegen Veröffentlichung der provisorischen Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn und führt aus: Wir haben in früheren Zeiten stets die Erfahrung gemacht, dass sooft seitens Oesterreich irgendwo zur Wahrung einiger Interessen Verhandlungen mit Ungarn aufgerollt wurden, die sofort von der ungarischen Presse als ein Eingriff gegen Ungarn bezeichnet wurden. Wenn heute die Gemeindevertretung Wiens diese Verhandlungen kennen lernen will, so ist es nicht vielleicht Neugierde, sondern die Verhältnisse zwingen dieselbe, pflichtgemäss zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Redner weist darauf hin, dass die im Vorjahre zwischen den beiden Regierungen getroffenen provisorischen Ausgleichsverhandlungen bis heute nicht veröffentlicht wurden, was in allen beteiligten Kreisen die grössten Besorgnisse hervorgerufen hat. Es verlautete, dass die Quote eine Steigerung erfahren haben soll und dass die Kriegskosten nur bis Ende 1917 nach der bisherigen alten Quote aufgeteilt werden sollen. Ferner soll die österreichische Quote auf eine jährliche Herabminderung im Jahre 1937 wieder gleich der alten Quote von 1907 werden. Die Vergebung der Lieferungen für Armee und Flotte, die künftig ziemlich genau nach der Quote erfolgen soll, muss bei der bekannten Haltung Ungarns als höchst ungewisse Gegenleistung erscheinen. Weiters sollen die Getreidezölle unverändert beibehalten, die Vieh- und Fleischzölle hinaufgesetzt werden und ein neuerliches Uebereinkommen mit den Balkanstaaten in der Frage der Vieh- und Fleischkontingente getroffen werden. Vom österreichischen Standpunkte aus erscheint es absolut unannehmbar, dass man nach dem Kriege hinsichtlich der Vieh- und Fleischeinfuhr aus den Balkanstaaten sich wieder auf vorweg gezogene Grenzen und Beschränkungen Ungarn gegenüber festlege. Weiters verlautet, dass bezüglich der Einfuhr von Lebensvieh und Fleisch aus dem Zollauslande im wesentlichen der vor dem Kriege gewesene Zustand aufrecht erhalten werden solle. Im Anhang zum Palagphierungsprotokoll wurde noch vereinbart, dass der Mangel in der Uebereinstimmung die strengere Auffassung zu gelten habe. Redner weist dies weiteren auf die Behandlung der Frage der Einfuhr überseeischen Gefrießfleisches von Seiter der österreichischen Regierung hin, die alle bis heute keine Erledigung gefunden

haben. Durch die noch weiteren Bestimmungen der provisorischen Vereinbarungen würde ein unhaltbarer Zustand einer dauernden Abhängigkeit von Ungarn geschaffen werden. Es ist daher vollkommen verständlich, dass die Bevölkerung nicht länger bloss auf gelegentliche Zeitungsberichte und das was man hierüber spricht und sprechen hört angewiesen ist, sondern dass sie durch eine amtliche Erklärung erfährt, was der Inhalt der betroffenen Vereinbarungen ist. Der Gemeinderat der Stadt Wien kann es daher fordern, von dem Inhalte der Vereinbarungen Kenntnis zu erlangen. Trotz der unterbliebenen Publikation können die Massnahmen angesichts ihrer Dringlichkeit nicht auf später aufgeschoben werden, sondern müssen jetzt schon in Angriff genommen werden. Es wird daher an die Regierung das dringende Ersuchen gerichtet, die provisorischen Vereinbarungen mit Ungarn ehestens öffentlich bekanntgeben zu wollen, da eine solche Veröffentlichung besser als alles andere geeignet ist, die im Volke umlaufenden Gerüchte und Bedenken wegen einer angehenden Plünderung der unverkäuflichen Rechte und Ansprüche Oesterreichs gegenüber Ungarn zu zerstreuen. Der Redner stellt noch folgenden Zusatzantrag: Die Gemeinde Wien spricht die Erwartung aus, dass die bei den gegenwärtig schwebenden Verhandlungen mit Rumänien die Einfuhr möglichst grosser Kontingente an Vieh und Fleisch von jetzt und zwar für solange Zeit nach dem Kriegsende sichergestellt werde.

GR. Herold wendet sich gegen den im Anhang zum Fraphierungsprotokoll angenommenen §; betreffend die Fleisch- und Vieheinfuhr und betont, dass dieser § unklar und undeutlich und dehnbar sein und gibt seiner Verwunderung Ausdruck, dass es möglich war, einen solchen § der Unterschrift des Monarchen vorzulegen. Dieser § ist zum Vorteile Ungarns gestaltet. Redner betont, dass es keine geheimen Abmachungen mehr geben dürfe und stellt den Antrag: Die abzuschliessenden Vereinbarungen mit Ungarn dürfen nicht früher in Kraft gesetzt werden, ehe das Parlament Gelegenheit hat, sich mit ihnen ordnungsgemäss zu beschäftigen. Die endgültige Entscheidung in so tief einschneidenden Fragen und für einen langen Zeitraum wird nur im verfassungsmässigen Wege erfolgen und es werden keinerlei geheime Abmachungen abgeschlossen werden dürfen, welche der Gesetzgebung, die ihr zustehenden Gegenstände entziehen, oder wodurch über die durch das Gesetz gegebenen Bahnen hinausgegangen wird.

Der Redner bespricht sodann das ganze Approvisionnementproblem Oesterreichs beklagt die Saumseeligkeit der Regierung auf vielen Gebieten und deren geringe Widerstandskraft gegen über Ungarn, er zählt die mannigfachen Anregungen auf, welche über seine Initiative vom Gemeinderate der Regierung übermittelt wurden und erklärt, dass die Gemeinde an den jetzigen Zuständen unschuldig sei. Eine Verteuerung der Lebensmittel und eine Knappheit sei ja die natürliche Folge eines jeden Krieges aber so arg hätten sich die Verhältnisse nie und nimmer gestalten dürfen.

Redner tritt dafür ein, dass bei den Verhandlungen mit Ungarn auch ein Hauptaugenmerk auf die Donauschiffahrt gelegt werde, damit es gelinge Wien zu einem grossen Handelsplatze zu machen. Schliesslich tritt Redner für die Schaffung eines Propagandawesens ein, wie es in England und Frankreich besteht.

GR. Rotter: Die Erneuerung des Ausgleiches mit Ungarn war leider immer die Ursache neuer Konflikte, sodass das hässliche Wort von der „Monarchie auf Kündigung“ entstanden ist. Während die Oesterreicher sich immer auf den Standpunkt der Gemeinsamkeit stellen, vertritt man in Ungarn gerade die entgegengesetzte Ansicht und heute haben wir nur mehr den gemeinsamen Monarchen und die gemeinsame Armee, aber auch diese soll ja nicht mehr lange bestehen. Man wirft uns immer vor unsere Regierungen seien zu schwach. Wir hatten ja starke Minister, die blieben aber eben nicht im Amte, wenn sie gegen Ungarn energisch auftraten. Der Weltkrieg hat das Uebergewicht Ungarns nun ins Ungemessene gesteigert. Nach den ungarischen Behauptungen haben überhaupt nur die Ungarn etwas geleistet. Redner wendet sich sodann gegen die Angriffe des Az Est gegenüber Oesterreich und erklärt: „In Ungarn wäre es ganz unmöglich, dass ein Blatt, das so über Ungarn herziehen würde, öffentlich aufliegen und in einer der Hauptstrassen der Stadt ein öffentliches Lokal innehaben könnte.“

Die Ausgleichsverhandlungen zählen sich schon seit 1915 hin. Wir wissen davon nur, dass Körber einen Ausgleich abgelehnt hat, wir wissen nur, dass er so eingenommen werden muss wie in Tisza und Stürgkh gemacht haben. Ungarn will nach dem Kriege dieselbe Politik treiben wie vor dem Kriege. Ungarn ist im Kriege stark geworden, Oesterreich leidet am meisten unter allen kriegführenden Staaten. Die Hauptschuld daran trägt wohl Ungarn. Es kann nicht so weiter gehen. Entweder haben wir eine gemeinsame Monarchie oder nicht; wir verlangen Aufklärungen über die wirtschaftlichen Abmachungen, die Zölle für Fleisch und Vieh müssen geregelt werden, gute Verträge mit unseren Nachbarstaaten müssen wir erreichen. Wir müssen Einspruch erheben gegen eine Kontingentierung der Einfuhr, wir wollen Aufklärung haben über die Getreidezölle über den Aufbau des zerstörten Gebietes über den Rohstoffgehalt das Termenspiel muss aufgelassen werden. Redner fragt, ob Ungarn auch bezüglich der Lebensmittel aus der Ukraine seinen quotenmässigen Anleihen verlangt, obwohl es keine Lebensmittel braucht. Stille ist es in den Eisenbahnschlüssen geworden. Was ist es mit Annaberg und was ist es mit den dalmatinischen Bahnschlüssen? Auch die Tariffragen spielen eine grosse Rolle im Ausgleich. Wie stellt sich Ungarn zur Donauregulierung, in der Frage des Donau-Oderkanals? Man spricht auch von einer Reinkorporierung Dalmatiens, wie mit dem Anschluss Bosniens und der Herzegowina. Ungarn soll im Frieden mit Rumänien einen ca. 20 km breiten und 500 km langen Landstrich bekommen, was bekommt Oesterreich? Es wäre nicht schlecht wenn man sich an massgebenden Orten in friedlicher Weise mit Ungarn auseinandersetzen würde. Wenn Ungarn 80.000 km<sup>2</sup> Gebiet und 3 Millionen Menschen dazu bekommt, so möchten doch auch wir etwas haben. Es wäre keine unberechtigte Forderung, wenn auch Oesterreich etwas bekäme. Es wäre schon vom wirtschaftlichen Standpunkte aus, wenn die Grenze gegen Ungarn etwas weiter nach Osten verlegt werden könnte. Wir brauchen eine Erweiterung nach Osten und es wäre notwendig, dass die zuständigen Faktoren sich mit dieser

Frage beschäftigen. Was ich hier gesagt habe, sind die Ansichten der meisten Oesterreicher. Es muss den Ungarn gesagt werden dass wir nicht immer allein die gebenden bleiben wollen. (Lebhafte Zustimmung).

VB. Hosa: Die Verhandlungen über diesen Gegenstand wird abgebrochen und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gestellt.

Nach dem Antrage des V. Bgm. Hoß wird die Zahl der in der VII. Rangklasse systemisierten Stellen des Bau- und maschinen-technischen Hilfsstatus des Stadtbauamtes um 4 Stellen erhöht.

Nach einem Antrage des GR. Braun wird der „Teerag“ A.-3. ein Baurecht an der Kat.-Parz. 1417/1 und 897 Simmering bewilligt.

Ueber Vorschlag des GR. Breuer wird beschlossen, in der Angelegenheit des Heimatrechtes des Franz Weigl von der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof abzusehen.

GR. Dr. Haas berichtet über die Mietung des Schlosses Neulengbach, welches nach den Plänen des Gemeinderates zu einem Mittelständerholungsheim für 170 bis 200 Personen ausgestattet werden soll.

GR. Reininger wünscht, dass dieses Erholungsheim dem Gewerbebestand gewidmet werde.

GR. Dr. Haas erklärt in seinem Schlussworte, dass die Gemeinde vorderhand nur ein derartiges Heim in Aussicht genommen habe. Wenn dieses nicht genüge, würden weitere Hineinfolgen und dann könnte eines speziell für den Gewerbebestand gewidmet werden. Der Antrag wird sodann genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft und wird die Sitzung geschlossen.



14. Mai 1918.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michler,  
Wien, 1. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 14. Mai 1918. Nr. 125.

**Subventionen.** Der Stadtrat hat an Subventionen bewilligt:

Dem Vereine „Küglingschutz“ 45.000 Kronen;

Dem Vereine „Ottokringer Jugendschutz“ zur teilweisen Deckung von Adaptierungen im Hause 16. Bezirk Rückertgasse 5 einmalig 5000 Kronen;

Dem Vereine zur Errichtung und Erhaltung von Mädchenhorten im 16. Bezirk 5000 Kronen unter der Bedingung, dass in den Horten mindestens 1000 Kinder beaufsichtigt werden.

Dem Verein zur Erhaltung einer Kinderkrippe im 13. Bezirk 2000 Kronen.

Dem österreichischen ungarischen Hilfsverein in Nürnberg 140 Kronen.

Dem Schutzverein für gefährdete männliche Jugend 10.000 Kronen unter der Bedingung, dass dem städtischen Jugendamt 20 Plätze gegen das übliche Kostgeld sichergestellt werden.

Dem Hilfsverein für christliche Ehen 300 Kronen.

Der Zentralstelle für Wohnungsreform in Oesterreich 2500 Kronen.

Dem Deutschmeister Schützenkorps 1000 Kronen für seine Schiessschule.

Dem Kaiser Franz Josef I. Jubiläums-Frauenverein zur Bekleidung und Unterstützung armer alter Frauen 50 Kronen.

Dem österreichischen Zentralkomitee zur Errichtung von Soldatenheimen für das Soldatenheim des Wiener Schützenregimentes Nr. 1 1000 Kronen.

**Anerkennung.** Der Stadtrat hat nach einem Antrage des StR. Tomola dem Gemeinderate Direktor Georg Philp aus Anlass der Zurücklegung der ehrenamtlichen pädagogischen Leitung des Kindergartens 4. Bezirk Starhembergsgasse 10 in Anerkennung seiner langjährigen erspriesslichen Tätigkeit den Dank und die Anerkennung ausgesprochen. Die pädagogische Leitung wurde der Kindergärtnerin Karoline Weywar übertragen.

W i e n e r G e m e i n e r a t  
Sitzung am 14. Mai 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner bringt folgende Mitteilungen zur Kenntnis: Graf Ottokar Czernin hat, nachdem ihm die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes bekannt wurde, aus Abazia folgendes Telegramm an den Bürgermeister gerichtet: Euer Exzellenz und dem Wiener Gemeinderate danke ich herzlichst für die grosse Ehre, welche mir erwiesen worden ist. Ich kann mir keine Auszeichnung denken, welche mir mehr Freude bereitet und mich stolzer gemacht hätte, als die des Ehrenbürgerrechtes von Wien, indem ich Euer Exzellenz bitte diesen meinen Dank dem Wiener Gemeinderate übermitteln zu wollen, bin ich Euer Exzellenz ergebenster Ottokar Czernin.

Im Nachhange zu diesem Telegramm richtete Graf Czernin ausserdem ein Schreiben an den Bürgermeister, in dem es heisst: Wien ist das Herz Oesterreichs. Als Ehrenbürger von Wien bin ich enger als bisher verbunden mit dem deutschen Oesterreich und dies bleibt für mich die schönste Anerkennung für mein kurzes Wirken. Wenn Euer Exzellenz noch die Güte haben wollten, den Herren Antragsstellern für Verleihung meines Ehrenbürger-titels meinen ganz besonderen Dank zu übermitteln, so würden

Hochaleseiben mich sehr verpflichtet. Euer Exzellenz bitte auch mir auch weiter ihr so geschätztes Wohlwollen bewahren zu wollen und zeichne etc. Telegramm und Brief des Grafen

Czernin werden von den Anwesenden mit grossem Beifall zur Kenntnis genommen.

Der Bürgermeister widmet dem verstorbenen Gemeinderat Baron einen herzlich empfundenen Nachruf, der von den versammelten Gemeinderäten stehend angehört wird.

An Spenden sind eingelaufen: von Malvine Trebitsch für die Armen Wiens ohne Unterschied der Konfession 5000 Kronen; für die städtischen Sammlungen von Friedrich Leitner, Inhaber der Firma F. Leitner das Stethoskop, mit welchem Dr. Venus am 10. März 1910 früh die letzten Herzschräge des Bürgermeisters Dr. Karl Lueger abgehört hat.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Wir haben heute in unserer Mitte einen Kollegen zu begrüßen, welcher nach fast zweijähriger Kriegsgefangenschaft in unsere Mitte zurückgekehrt ist. GR. Quirinus Altmayer nahm am 6. Juni 1916 auf dem nordöstlichen Kriegsschauplatz an mehreren Kämpfen teil, wurde verwundet und geriet in russische Gefangenschaft. Er wurde nach seiner Gefangennahme in dem russischen Hospital Rtschikow bei Moskau in Pflege genommen, kam nach seiner Heilung in das Gefangenenlager nach Astrachan, wo er unsägliche Qualen zu erleiden hatte. Hier erkrankte er auch an Malaria, an deren Folgen er auch jetzt noch zeitweise zu leiden hat. Vor einigen Tagen kam er aus der Gefangenschaft nach Durchführung der Kontomatsvorschriften in Wien an.

**GR. Stangelberger** verliest den Einlauf.

**GR. Rummelherdt** fragt, ob der Bürgermeister bei der Militärverwaltung intervenieren wolle, dass der Ueterschuss von dem für die Militärspitäler zu liefernde Getreidevorrat dem allgemeinen Gebrauche für die Zivilbevölkerung zugeführt werde bevor er dem Verderben anheimfällt.

**Vorsitzender BGM. Dr. Weiskirchner** verspricht Erhebungen zu pflegen und das Erforderliche zu veranlassen.

**GR. Dr. Hein** wünscht in einer Anfrage die Protokollierung der für den Gemeinderat bestimmten Interpellationen und Anträge nach dem Zeitpunkte des Einlaufens und die Verlesung in der Reihenfolge des zeitlichen Einlangens.

**BGM. Dr. Weiskirchner** erwidert, er werde die Anfrage als Antrag der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuführen. Wenn Dr. Hein glaube, dass in der Angelegenheit des Ehrenbürgerrechtes für Grafen Czernin eine Prioritätsverletzung stattgefunden habe, so erkläre er, dass GR. von Steiner schon 14 Tage vorher dem Bürgermeister eine Anregung über die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes gemacht habe.

**GR. Schärer** wünscht freie Einfuhr von Rosinen, Mandeln, Feigen, Olivenöl aus der Türkei.

**BGM. Dr. Weiskirchner** erklärt, er werde diese Anregung dem Ministerpräsidenten übermitteln.

**GR. Schärer** stellt eine Interpellation des Inhaltes, dass die Verkäufer von Sauerkraut einen viel höheren Einsatz für das Geschirr leisten müssen, als bei der Rückgabe zurückgekommen.

**BGM. Dr. Weiskirchner** erwidert, dass diese Preise von der Oezeg festgesetzt sind, weshalb der Kleinhandelspreis erhöht wurde, sodass die Kleinhändler noch immer einen entsprechenden Nutzen haben. Allerdings kommen die Verbraucher zu einem gewissen Schaden.

**GR. Schärer** verweist in einer Anfrage darauf, dass es für die gesamte Bevölkerung Wiens von grösstem Vorteil wäre, wenn die im vorigen Jahre geschaffenen Sammelmärkte wieder aufgehoben würden. Es sei selbstverständlich, dass

durch die schwierigen Zufuhrmöglichkeiten und den Mangel an Transportmitteln die Waren auf den auswärtigen Märkten nur verteilt werden

**BGM. Dr. Weiskirchner** erwidert: Die Gründe für die Schaffung der Sammelmärkte für die Gärtner waren der Personal- und Pferdemangel. Die Gärtner waren nicht mehr in der Lage in die Innere Stadt zu fahren, um die Waren abzusetzen. Es hat sich aber auch herausgestellt, dass aus den Spitälern und Kasernen die Feldweibel zu den Häusern hinausgefahren sind und die Waren dort um jeden Preis aufgekauft haben. Dadurch ist eine Preistreiberei entstanden, und wir in Wien konnten einerseits die Ware nicht bekommen, andererseits musste das Publikum selbst in die Gärten hinausfahren. Die Sammelmärkte haben sich jetzt eingestellt und bewähren sich und auch die Gärtner haben davon Vorteil. Ich bin daher persönlich der entgegengesetzten Anschauung, um aber dem Herrn Interpellanten nicht weh zu tun, werde ich diese Interpellation als Antrag behandeln und es wird dann im Gemeinderate entschieden werden, wer recht hat, Herr Schäfer oder ich.

**GR. Stein** stellt folgende Anfrage: In der Vorwoche sind grössere Quantitäten rumänischen Schweine- und Schöpfensfleisches von der Lehr- und Fleischverkehrsgesellschaft auf den Markt gebracht worden. Wie mir mitgeteilt wird, ist ein Quantum von 800 Meterzentnern verfault gewesen und musste vernichtet werden. Das Fleisch war 17 Tage unterwegs, war nicht in Kühlwaggons verladen und es ist kein Wunder, dass bei der heissen Temperatur die im Monate April herrschte, das Fleisch in Verwesung übergegangen ist. Von welcher Bedeutung derartige Vorkommnisse für die Approvisionnement Wiens sind, braucht nicht erst besonders hervorgehoben zu werden. Es scheint, dass die Leitung der Fleischzentrale eben auch in unfähigen Händen liegt. Das Unglück ist, dass unfähige Bürokraten und Streber sich zu allen Stellen vordrängen, und die Fachleute zu verdrängen suchen. Es wird gefragt: Ist der Bürgermeister geneigt, den Ministerpräsidenten auf den geschilderten Vorfall aufmerksam zu machen, und ihn zu fragen, was der Ministerpräsident zu tun gedenkt, um dem Unwesen der unfähigen Beamten zu steuern. Es wird ferner gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, dem Gemeinderate über die Antwort des Herrn Ministerpräsidenten zu berichten?

**BGM. Dr. Weiskirchner**: Ich muss betonen, dass ich nicht geneigt bin, diese Anfrage dem Herrn Ministerpräsidenten zu unterbreiten, weil nach meinen Erkundigungen der Herr Interpellant einfach jemandem aufgesessen sein muss. Oesterreich-Ungarn bezieht aus Rumänien derzeit überhaupt kein Fleisch, es kann daher auch keines verdorben eingelangt sein. Dem städtischen Aemtern ist von einem Einlangen von Fleisch aus Rumänien in der Vorwoche oder in der früheren Zeit überhaupt nichts bekannt. Die vollständige Unvollständigkeit der vorliegenden Anfrage ergibt sich übrigens auch daraus, dass in der vorigen Woche von allen von auswärts nach Wien gebrachten Fleischmengen in der Grosmarkthalle - nur Gortin kommen in der Regel auswärtige Fleischsendungen - nur ein Schöpf und 2 Kitzeln, sowie 21 kg Rindfleisch konfisziert und vernichtet werden mussten und dass dem städtischen Aemtern in der Vorwoche von anderen Behörden Wiens konfiszierte Fleischmengen zur Vernichtung überhaupt nicht übergeben worden sind. Ich muss schon sagen, dass derartige Interpellationen nur geeignet sind, Beunruhigung in die Bevölkerung zu tragen. Es ist ohnehin durch die

Kriegsprovokation begründete Unruhe genug verbreitet und wenn deshalb der Herr Kollege Stein Interpellationen stellt, ohne sich vor ihrer Einbringung über den Sachverhalt genauestens zu unterrichten, so muss er sich schon selber zuschreiben, wenn ich ihm den Vorwurf mache, dass er solche Anfragen aus reiner Sensationallust stellt und damit Unruhe in der Bevölkerung verbreitet.

**GR. Stein** interpelliert den Bürgermeister wegen einer Beschlagnahme von 4 Waggons Lebensmitteln der Wiener Firma Holzer & Schlechtleitner, die seitens des Inspektors Plataneck der „Geos“ verfügt wurde, und welche zur Folge hatte, dass die Waren, es handelte sich um Kraut, Gurken und Zwiebeln, verdorben waren, als sie nach zwei Monaten freigegeben wurden.

Der Bürgermeister erwidert: Es ist weder mir noch den Aemtern von einem solchen Vorfall etwas bekannt und mit Rücksicht auf die Bemerkungen, die ich schon der vorhergehenden Interpellation anhängen musste, kann ich eine solche Anfrage ohne genaueste Prüfung des Sachverhaltes nicht beantworten.

**GR. Stein** bringt eine Interpellation über die Behandlung eines Quantum von 1800 Waggon Kraut seitens der Geos zur Sprache, das hiedurch dem Verderben preisgegeben wurde.

**GR. Stein** beantwortung dieser Interpellation weist der Bürgermeister auf die Behandlung von Nahrungsmitteln durch die Geos und Oezeghin und betont, dass aus dem Berichte der im in den in der Interpellation angeführten Falle erstattet wurde, hervorgehe, dass zwei schwere Fehler von Seiten der Geos bezogen worden sind. Das Kraut, das die Gehrung noch nicht ganz durchgemacht hatte, hätte nicht in undichten Gefässen belassen werden sollen, sondern hätte in Standgefässe gebracht werden sollen. Andererseits hätte dieses Kraut möglichst rasch dem Konsum zugeführt werden sollen. Wir haben von Dezember bis Februar darauf gedrungen, dass das Kraut in den Verkehr gebracht werden sollen, es wurde aber zurückgehalten. Und jetzt wenn wir frisches Gemüse haben, kommt das Kraut zum Vorschein. Es zeigt auch dieser Fall wieder, dass die Zentralen die sachgemässe Behandlung der Waren vernachlässigt und der richtige Zeitpunkt nicht mehr gefunden wird, um sie dem Verkehr zu übergeben. Die Gemeindeglieder können bitten und beschwären, aber es hilft nichts. Und wenn dann dieses minderwertige Kraut verkauft werden muss, wird der Gemeinde die Schuld gegeben (Lebhafte Unruhe und Zwischenrufe im Saale).

**GR. Medizinalrat Dr. Löwenstein** interpelliert in Sachen der Herausgabe einer entsprechenden Regierungsverordnung betreffend die Freigabe des Rucksackverkehrs.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich habe zu wiederholten Malen die Regierung auf die nachteiligen Folgen einer Behinderung der dem Städter durch die Not der Zeit aufgedrungenen Selbsthilfe aufmerksam gemacht. Es ist mir auch gelungen in Wien hinsichtlich der Revisionen des Handgepäckes leidliche Zustände herbeizuführen. Auf die Vorgänge die sich ausserhalb Wiens abspielen, kann ich naturgemäss keinen Einfluss nehmen. Ich kann aber nur sagen, wenn wir nicht den Rucksackverkehr gehabt hätten, wären wir schon lange verhungert. Wohl ist der Rucksackverkehr eine Durchbrechung des Systems der zentralen Bewirtschaftung. Was nützt aber ein System, bei dem man verhungern muss. Die vorliegende Interpellation werde ich neuerlich zum Anlass nehmen, um beim Ministerpräsidenten wegen endlicher Regelung des Rucksackverkehrs vorstellig zu werden.



C





2  
GR. Skarek stellt eine Anfrage über die nicht besetzte Oberlehrerstelle der Volksschule in der Kauergasse und fragt insbesondere: 1. Sind in der Konkurrenzausschreibung vom 6. April d.J. sämtliche zur Zeit erledigten Leiter- und Lehrerstellen enthalten? 2. Ist der Bürgermeister geneigt, die nicht ausgeschriebenen erledigten Lehr- und Leiterstellen unverzüglich zur Ausschreibung bringen zu lassen? 3. Ist der Bürgermeister gewillt seinen Einfluss geltend zu machen, damit seitens der Ortsschulräte endlich einmal gerechte parteilose Vorschläge erstattet werden?

BGM. Dr. Weiskirchner: Die in der vorliegenden Interpellation berührten Angelegenheiten fallen in die Kompetenz der Schulbehörden. Ich stehe jedoch nicht an, nach den von mir gepflogenen Erhebungen mitzuteilen, dass sämtliche zur Zeit erledigten Leiter- und Lehrstellen, insoweit sie nach Massgabe der vorschriftsmässig notwendigen Vorverhandlungen zur Ausschreibung gebracht werden konnten, in der Konkurrenzausschreibung vom 6. April enthalten waren.

Zu Punkt 2 erwähne ich, dass die nicht ausgeschriebenen Leiter- und Lehrstellen, sobald die Vorverhandlungen abgeschlossen sind, ausgeschrieben werden.

Zu Punkt 3 bemerke ich, dass mir als Bürgermeister eine gesetzliche Einflussnahme auf die Vorschläge der Ortsschulräte nicht zusteht.

GR. Baxa fragt, ob der Bürgermeister den Finanzminister über das rücksichtslose Vorgehen der Steuerorgane gegenüber Angehörige des Mittelstandes ganz besonders aber gegen Eingerückte aufmerksam machen und ihn ersuchen wolle, seine unterstehenden Aemter anzuweisen, die mit dem Nahrungskampfe in dieser schweren Zeit begründeten Zahlungsunmöglichkeiten nicht mit den ärgsten Repressalien zu verfolgen, sondern mit Wohlwollen und Entgegenkommen derartigen Steuerzahlungszwang bis zum Eintritt kommender Zahlungsmöglichkeiten zurückstellen.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass er es selbstverständlich als seine Pflicht auffasse mit allem Nachdruck beim Finanzminister auf das Vorgehen der Steuerorgane aufmerksam zu machen. Er selbst erhalte aus allen Bezirken Briefe in welchen auf das vexatorische Vorgehen der Steuerbehörden hingewiesen und darüber Beschwerde erhoben wird.

GR. Zimmermann fragt, ob der Bürgermeister die Verschickung der Flüchtlinge in ein Konzentrationslager veranlassen wolle.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Abtransport der galizischen Flüchtlinge seit einiger Zeit begonnen habe und dass im Laufe der nächsten Wochen bis 40.000 Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren werden.

GR. Kunschak weist in einer Interpellation auf die mannigfachen Uebelstände hin, welche aus der Vereinbarung der Versicherungsgesellschaft Phönix mit dem k.k. Militärwitwen und Waisenfond entstehen und die in dem tiefen Glauben der Bevölkerung bedingt seien, es mit einer staatlichen Wohlfahrtsaktion zu tun zu haben, während es sich in Wirklichkeit um eine reine Geschäftssache einer privaten Versicherungsgesellschaft handle.

Bgm. Dr. Weiskirchner erwidert, dass er bekanntlich bereits im Jahre 1915 im Vereine mit dem niederösterreichischen Landesausschusse ernste Vorstellungen bei der Regierung gegen die Beziehungen zwischen „Phönix“ und Militärwitwen und Waisenfond erhoben habe. Er werde die in der Interpellation angeführten Tatsachen einer eingehenden Prüfung unterziehen und in der nächsten Sitzung ausführlich beantworten.

Die Gemeinderäte Gussenbauer, Nagler, Eglauer stellen einen von einer grossen Anzahl von Gemeinderäten unterschriebenen Antrag, eine Petition folgenden Inhalts an die Regierung zu richten: Es wird beantragt, dass der Gemeinderat der Stadt Wien eine im Sinne der nachstehenden Ausführungen gehaltene Petition an die hohe Regierung richtet. Der Wiener Gemeinderat in Vertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erblickt in der Schaffung des in der staatsrechtlichen Erklärung der südslavischen Abgeordneten vom 30. Mai 1917 verlangten südslavischen Staates einerseits eine ernste Gefahr für den Weiterbestand der Monarchie, andererseits eine schwere Bedrohung der nationalen volkswirtschaftlichen und handelspolitischen Interessen des staatszerstörerischen deutschen Volkes im allgemeinen und jener Wiens im besonderen. Der Weg nach Triest, zum Meer als Welt-handelsstrasse muss unbedingt für den Handel und Verkehr Wiens und jenen des deutschen Volkes überhaupt für alle Zeiten gesichert werden. Deutscher Handel und Verkehr, deutsches Kapital, deutscher Unternehmungsgeist und deutscher Steuergulden haben hauptsächlich diesen Verkehrsweg zum Meere geschaffen, haben Triest zu dem gegenwärtigen Aufschwung und zur derzeit blühenden Entwicklung geführt und haben die südlichen Gebiete der Monarchie befruchtet und ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung gefördert. Die südlichen Gebiete der Monarchie sind nicht rein slavisches Gebiet, sondern zum Teil alter deutscher Kulturboden. Grosgrundbesitz, Handel und Schiffahrt, Bergbau und Industrie sind auch heute noch zumeist in deutschen Händen. Deutsche Minderheiten befinden sich in den meisten Gemeinden; was wäre Triest ohne Wien!

Der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien erhebt feierlichst Protest gegen die staatszerstörerische Absicht der Errichtung eines Südslawenstaates und fordert aus gleichberechtigten Gründen die Errichtung einer deutschen „Nationalen Schule“ in Triest für das Zehnmillionenvolk der Deutschen in Oesterreich.

Der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wiens erblickt ferner in dem treuen Bündnis der Monarchie mit Deutschland die einzige Sicherheit für den Staat und die volle Gewähr für einen dauernden Frieden und für eine glückliche Zukunft ihrer Völker.

GR. Rummelhardt stellt folgenden Antrag:

Der Mangel an Erholungsheimen für rekonvaleszente Lehrlinge und die derzeit bestehende Unmöglichkeit, unterernährte oder schwächliche Lehrlinge zur Erholung auf das Land zu geben, ist sehr oft die Ursache, dass solche Jugendliche der Tuberkulose und anderen Krankheiten leichter zum Opfer fallen, als dies der Fall wäre, wenn sie sich rechtzeitig bei kräftiger Nahrung und gesunder Luft erholen könnten.

Die Unterzeichneten stellen daher den Antrag, der Stadtrat, bezw. der Magistrat wolle in das Statut des von der Gemeinde Wien im Schlosse Neulengbach zu errichtenden Erholungsheimes für den Mittelstand eine Bestimmung aufnehmen, zufolge der 50 Plätze in diese Erholungsheime und zwar 30 für männliche und 20 für weibliche Lehrlinge der Lehrlingsfürsorgekommission des Fortbildungsschulrates in Wien zur Unterbringung rekonvaleszenter Lehrlinge das ganze Jahr hindurch zur Verfügung gestellt werden.

Hiedurch könnten bei Annahme einer monatlichen Rekonvaleszenz für einen Lehrling 600 Jugendliche im Jahre dieser Wohltat teilhaftig werden.

Ferner möge durch das städtische Wohlfahrtsamt dafür Vorsorge getroffen werden, dass bereits im heurigen Sommer schwächliche und unterernährte Lehrlinge zur Erholung aufs Land gebracht werden können.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

STR. Regierungsrat Schmid berichtet sodann in längerer ausführlicher Rede über die Beteiligung der Gemeinde Wien an der zur Uebernahme der Dzieditzer Montan-Gewerkschaft zu gründenden Aktien-Gesellschaft und legt schliesslich die bekannnten Anträge zur Beschlussfassung vor.

GR. Stein begrüsst es vom sachlichen Standpunkte aus, dass eine solche Aktion eingeleitet worden ist, die der Wiener Bevölkerung sicherlich zum Besten ausschlagen wird. Redner geht auf die Einzelheiten des Antrages ein und betont, dass er vom sachlichen Standpunkte dem Antrage zustimme. Wenn er sich kontra zum Worte gemeldet habe, so ist dies auf politische Gründe zurückzuführen. Redner beanstandet, dass in dem Komitee, welches über die Angelegenheit beraten hat, keine Fachleute aus den gewählten Mandataren anwesend sind und findet darin eine Missachtung des Gemeinderates. Redner kann sich in diesem Vorgehen des Präsidiums nicht einvernehmlich erklären und behält sich vor, in der kommenden Budgetdebatte auf diese Uebelstände zurückzukommen. Redner ist dafür, dass die Gemeinde in dieses Geschäft eingetritt, weist aber darauf hin, dass ihm und seinen Kollegen nicht zugemutet werden kann, der Gemeinde in einem solchen Momente das Vertrauen zu votieren, da sie in Verwaltungen nicht mitwirken könne. Wo der Burgfrieden von der Majorität gebrochen wird, sei Redner nicht in der Lage durch sein Votum zu bekräftigen, sondern könne aus politischen Gründen nicht dafür stimmen.

GR. Dr. von Dorn: Es ist das die vierte Kohlendebatte, die wir im Wiener Gemeinderate abführen. Früher hat es sich um allgemeine Massnahmen zur Verbilligung der Kohle gehandelt, heute handelt es sich nicht darum, um Kohle für die Konsumenten sondern um Kohle für den Bedarf der Gemeinde Wien. Es steht in Diskussion, ob es im Prinzip zu loben ist, dass die Gemeinde sich von den besseren Verhältnissen freimacht und ich glaube, dass wir sehr recht daran tun, wenn wir dies bejahen. Zunächst haben wir allerdings für das Gaswerk noch nichts zu erwarten, aber anders steht es beim Elektrizitätswerk. Was die Preisfrage betrifft, so gibt es wohl niemanden, der mit voller mathematischer Sicherheit erklären kann, welches der richtige Preis sei. Wir haben in der Kommission, die ja aus allen Parteien zusammengesetzt war, die Sorgfalt eines ardentlichen Kaufmannes angewendet und schliesslich einen Preis erzielt, der den Verhältnissen so ziemlich entspricht. Ich glaube, dass Sie ohne Bedenken dem Antrage zustimmen können. (Beifall)

GR. Emmerling: Wir sind für den Ankauf der Werke. Zu den Ausführungen des Gemeinderates Stein muss ich bemerken, dass wir auf dem Standpunkte stehen, dass wir auch vom Gegner wenn er uns eine gute Sache vorlegt, oder wenn er imstande ist eine gute Sache durchzuführen, Anträge ohne weiteres annehmen. Soweit kann die politische Gegnerschaft nicht gehen, dass man nein sagt, selbst wenn es sich um eine gute Sache handelt. Was nun die Kapitalanlage betrifft, so hat der Referent schon darauf hingewiesen, dass eigentlich insgesamt mit Investitionen von etwa 50 Millionen Kronen zu rechnen ist. Dabei müssen wir uns vor Augen halten, dass diese Investitionen notwendig sind, um eine Million Tonnen zu fördern. Die Brüxer Werke haben 16 Millionen Kronen investiert, um nahezu 3000000 Tonnen zu fördern. Die Nordbahn hat 74 Millionen Kronen investiert um 10.2 Millionen Tonnen zu fördern. Das sind aber aufgeschlossene Gebiete, und aus einer Zeit, wo die Ergiebigkeit der Investitionen eine weitaus grössere war. Wir dürfen aber nicht damit rechnen, dass es schon im Winter mit der Kohlenversorgung besser werden könnte, denn nahezu die ganze gegenwärtige Förderung ist bis 1920 verpachtet, sodass wir wenn es nicht möglich wird, eine erhöhte Ergiebigkeit zu erzielen, in den nächsten Jahren auf Kohlenzuschüsse für die Gemeinde Wien oder die Bevölkerung nicht mit Absoluter Sicherheit rechnen können. Immerhin halten wir den Ankauf auch unter diesen Umständen für eine gute Sache und werden deshalb für den Antrag stimmen.

GR. von Steiner: Ich habe die Ehre namens der Majorität eine Erklärung abzugeben, welche zugleich die Antwort auf die gemachten Ausführungen des GR. Stein sind. Damit die Bevölkerung der Stadt Wien besser und ausgiebiger mit Brennkohle versorgt werden kann, die städtische Strassenbahn, sowie die gesamte Beleuchtung nicht gedrosselt oder gar sistiert werden muss, Industrie und Gewerbe die angeforderten Betriebsmittel zugewiesen werden können, und im Vertrauen zu dem Komitee, welches aus Vertretern aller Parteien zusammengesetzt war und in dem in eingehender Weise die Erwerbung des Kohlenwerkes Dzieditz geprüft wurde, erkläre ich namens der Mehrheit, dass dieselbe einmütig für den Antrag des Referenten stimmen wird.

GR. Reumann erklärt vorerst, dass die in Verhandlung stehende Sache sicherlich kein Politikum sei.

GR. Stein: Es wurde aber früher so praktiziert.

GR. Reumann: Das ist niemals praktiziert worden.

Es muss immer unterschieden werden, um was es sich handelt. Heute handelt es sich um einen gemeinnützigen Ankauf eines Werkes, welches der gesamten Bevölkerung zugute kommt. Der Redner ergänzt sodann die vom GR. Emmerling gebrachten Ziffern und gibt zu, dass eine Reihe von mageren Jahren eintreten werde es werde aber dann das Werk eine entsprechende Rentabilität haben. Es sei ja ziemlich sicher, dass auch Gaskohle gefördert werden wird, aber selbst wenn dies nicht so bald der Fall sein werde, so werde jedenfalls eine grössere Menge von Kohle zur Förderung gelangen. Es werde nur getrachtet werden müssen, dass günstige Transportverhältnisse bestehen werden. Der Kohlenbedarf der Industrien werde nach dem Krieg ein derartiger sein, dass nicht befürchtet werden müsse, dass der Preis für Kohle gedrückt werde. Auf einen Einwurf des GR. Skarek, es müssen anständige Löhne gezahlt werden, entgegnet der Redner, die Gemeinde Wien zahle immer anständige Löhne, was lebhaften Beifall hervorruft.

GR. Branta beantragt Schluss der Debatte. (Angenommen)



3  
GR. Eglauer gibt seiner Freude Ausdruck, dass die Gemeinde an der Fortentwicklung des alten Programmes des unvergesellschaftlichen Bürgermeisters Dr. Karl Lueger festhalte und kommt auf die Form zu sprechen, in welcher die Gemeinde bei dem künftigen Unternehmen teilhaben soll, die eine ganz moderne ist. Die Frage, ob die Verbindung der Gemeinde mit der Depositionsbank eine vorteilhafte ist, glaubt Redner bejahen zu dürfen. Die Leitung der Depositionsbank befindet sich in den Händen eines neuen Präsidenten, die die Gewähr bietet für eine zweckmässige Entwicklung des Unternehmens. Bezüglich der Leistungen, bezüglich des Wertes und bezüglich der Forderungen müsse man sich auf die Angaben der Fachmänner verlassen, die ja auch im allgemeinen befriedigend erscheinen. Wir können mit gutem Gewissen die Verantwortung dafür übernehmen, dass die Gemeinde einen Versuch macht, von der künftigen Konjunktur des Marktes sich unabhängig zu gestalten und Redner spricht sich für die Annahme des Antrages aus.

GR. Dr. Hein: Wir haben seit jeher den Standpunkt vertreten, dass wirtschaftliche Angelegenheiten beurteilt werden muss und begreifen es nicht, dass vom politischen Standpunkte aus, Einspruch erhoben wird. Wir haben uns beraten und hätte im Verlande jemand eine gegenteilige Meinung gehabt, so hätte ich die Abstimmung freigegeben. Wir sind von der Wichtigkeit des Antrages überzeugt und werden dafür stimmen.

Nach dem Schlussworte des Referenten wird der Antrag mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Bgm. Dr. Weiskirchner dankt dem Referenten für seine Ausführungen und betont, dass die Gemeinde hier ein gutes Werk gesetzt hat, dessen Früchte auch noch den Nachkommen zugute kommen werden.

Uebereinkommen  
Vize-Bgm. Hoß berichtet über ein/zwischen der Gemeinde Wien und der Donau-Regulierungskommission wegen Ueberlassung von derselben gehörigen Gründen im 2. und 20. Bezirke für Approvisionierungszwecke, Erbauung von Strassenbahn-Bedienstetenwohnhäuser, etc. etc.

Vize-Bgm. Hoß berichtet über eine Petition an die Regierung zwecks Einkäumung eines Enteignungsrechtes an die Gemeinde Wien bei Erwerbung von Gründen zur Anlage von Flugplätzen und Flughäfen.

GR. Lohner gibt seiner Verwunderung Ausdruck, dass dieser Antrag gestellt werde, wo doch die geistigen und materialen Interessen des Flugwesens seitens der Gemeinde so geringe Unterstützung erfahren hätten.

Vize-Bgm. Hoß: Oho!

GR. Lohner: Die Gemeinde Wien hat im Jahre 1912 zur Zeit des grossen Aufschwunges des Flugwesens dem Fluge Berlin-Wien mit einer gewissen noblen Geste das Flugfeld zur Verfügung gestellt. In der damals geschaffenen Wiener Flugfeldgesellschaft hatte die Gemeinde Wien einen offiziellen Vertreter zuerst in der Person des früheren Bürgermeisters und dann des Magistratsrates Dr. Loderer. An dem Tage des Thronfolgermordes ist dann die Krise eingetreten. Die Gesellschaft hat durch Abbrechung der Schauflüge bedeutende Beträge verloren und ist mit sehr geringen Kräften und mit einem bedeutenden Schuldenstand in den Krieg eingetreten. Das Flugfeld wurde dann von der Heeresverwaltung erworben und die Interessenten haben dabei ziemlich viel Schaden erlitten. Diesen hätte aber Rechnung getragen werden können, wenn nicht hinter dem Rücken der gesamten Gesellschaft die Gemeindeverwaltung mit der Heeresverwaltung ~~ex~~ Verhandlungen gepflogen hätten und ein Vertrag

abgeschlossen worden wäre, mit dem das Flugfeld auf eine Reihe von Jahren seitens der Gemeinde an die Heeresverwaltung verpachtet wurde. Die Heeresverwaltung hat heute infolgedessen den Interessenten noch keinen Heller ausbezahlt und wird im allerbesten Falle 50 % des im Flugfelde investierten Kapitals herauskommen. Ich wollte dies nur hier feststellen....

Bgm. Dr. Weiskirchner; Zumindestens gehören ihre Ausführungen nicht zum Gegenstande. Das hat doch mit dem Entsignungsrechte nichts zu tun; ich will Sie aber ohne weitere aussprechen lassen, besser wäre es allerdings gewesen, die Sache mit dem Baron Eonomo zu besprechen.

GR. Lohner: Ich finde erst heute Gelegenheit in prinzipieller Hinsicht an dem Vorgehen der Gemeindeverwaltung Kritik zu üben. Im Prinzip ist es sehr schön, wenn man sich bemüht, das Flugwesen zu üben, aber nach dem Geschilderten ist die Gemeinde nicht jene Körperschaft, welche sich moralisch berechtigt fühlen kann, eine derartige Förderung vorzuschlagen. Im Uebrigen ist durch das Interesse einer zu schaffenden Verkehrsgesellschaft bei Hannersdorf eine neues schönes Flugfeld in Aussicht und ich glaube, dass diese beiden Flugplätze reichlich das Bedürfnis Wiens decken werden.

Vize-Bgm. Hoß weist in seinem Schlussworte den Vorwurf des GR. Lohner zurück und erklärt: Jedermann weiss, dass wir jederzeit bereit waren, das Flugwesen zu unterstützen, wir haben auch die Flugfeld-Gesellschaft weitgehendst unterstützt, daß sich Schwierigkeiten in der Gesellschaft selbst ergeben haben, und daß die leitenden Herren untereinander nicht einig geworden sind, dafür kann die Gemeinde Wien nichts. Uebrigens ist auch gar niemand von der Flugfeldgesellschaft zur Gemeinde Wien gekommen und niemand hat die Unterstützung der Gemeinde gefordert, sonst wäre die Gemeinde Wien gewiss zur Verfügung gestanden. Ich habe so manches erfahren und weiss, dass man von verschiedener Seite sogar grossen Wert darauf gelegt hätte, wenn die Gemeinde Wien früher begonnen hätte, mit der Heeresverwaltung zu verhandeln.

Der Antrag des Berichterstatters wird hierauf angenommen.

Vize-Bgm. Hoß berichtet über die Zeichnung von Aktien für die Deutsche Bodenbank. Mit deren Gründung werde die Schaffung eines grossen deutschen Geläunternehmens geplant, das in erster Linie die Erhaltung und Förderung des deutschen Bodenbesitzes und deutscher Besiedlung zum Zwecke hat. Namentlich der mittlere und kleine bäuerliche Besitz soll mit Hilfe der Bank gestärkt werden. Zu diesem Zwecke soll auch mit dem Bodenbesitz zusammenhängende gewerbliche kaufmännische und industrielle Unternehmungen gefördert werden. Weiters soll die Bank Geldverkehrsstelle für die deutschen Schutzvereine sein.

Der Referent beantragte für das Aktienkapital der zu gründenden Deutschen Bodenbank 500 Aktien im Nennwerte von je 400 Kronen, das sind 200.000 K mit dem Zuzählungsbetrage von 206.000 K zu zeichnen. (Angenommen).

STR. Dr. Haas beantragt dem Verein Säuglingsschutz eine Subvention von 45.000 K zu bewilligen.

GR. Dr. Löwenstein spricht sich für die Annahme des Antrages aus und kommt im Laufe seiner Ausführungen auf den Säuglingschutz die Mutterberatungsstellen die Berufsvormundschaft und die Krankenversicherung zu sprechen und weist darauf hin, dass die Säuglingssterblichkeit in letzter Zeit in Wien und Nöderösterreich perzentuell ~~im~~ Rückgehen begriffen ist. Redner richtet an die Regierung die Mahnung, mit den Massnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und für die Säuglingsfürsorge nicht zu zögern und dem Ministerium für soziale Fürsorge, das Ministerium für Volksgesundheit folgen zu lassen.

Nach einem Schlussworte des Referenten wird der Antrag angenommen.

Ein Antrag des GR. Dr. Haas betreffend die Abänderung des Wirkungskreises des Direktors des Kaiser Jubiläumspitals wird angenommen.

Nach einem Berichte des GR. von Steiner wird ein Antrag an Karl Kreindl um Fristerstreckung für die Uebergabe von Gründen in Heiligenstadt an die Gemeinde Wien angenommen.

GR. Hölzl beantragt für den Verein zur Errichtung und Erhaltung von Mädchenhorten im XVI. Bezirk eine Subvention von 5000 Kronen.

GR. Schimek beantragt die Subvention auf 6000 Kronen zu erhöhen und wird dieser Vorschlag im Einverständnisse mit dem Berichterstatter angenommen.

Nach Erledigung der übrigen Referate der Tagesordnung mit Ausnahme der Beratung über die Verlautbarung der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn wird die öffentliche Sitzung geschlossen.



4. Juni 1918.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Witzgen.  
Wien. I. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Dienstag, 4. Juni 1918. Nr. 141.

Eine Rede des Bürgermeisters.

In einer gestern im 13. Bezirk in Hopfner's Parkhotel unter dem Vorsitz des Bezirksvorstehers kaiserlichen Rates Karlinger abgehaltenen Versammlung sprach Bürgermeister Dr. Weiskirchner. Er führte ungefähr aus: Das vierte Kriegsjahr geht zu Ende, Millionen Menschen sind geopfert, Milliarden Werte in materiellen und Kulturgütern sind vernichtet und noch ist ein Abschluss dieses unseligen Völkerringens nicht zu schauen. Mit Bewunderung blicken wir auf die unvergleichlichen Heldentaten unserer Armeen, auf die herrlichen Siege unserer deutschen Waffenbrüder, die gegen eine Welt von Feinden zeigen, dass deutsche Kraft und deutscher Geist unüberwindbar ist. Mit Beschämung blicken wir auf unsere trostlose innerpolitische Lage. Jahrzehntelange Fehler der Regierungen rächen sich jetzt, die Güte und Gnade unseres jungen Monarchen wird mit hochverräterischem Undank gelohnt, die Regierung schwankt in ihren Entschliessungen in einer Zeit, in der nur die feste Hand eines unbeugsamen Mannes das Staatsruder zu führen berufen wäre. In wenigen Tagen muss sich entscheiden, ob das Kabinet des Dr. von Seidler das vertagte Parlament einzuberufen geneigt ist. Ich warne vor der Ausschaltung des Verfassungslebens, die Bevölkerung verträgt keine neue Auflage der Aera Stürkh. In dieser Zeit schwerster Not brauchen wir eine Tribüne des freien Wortes. Und sollten tatsächlich -- was ich aber nicht annehmen will -- Nord- und Südslaven das Volkshaus zerschlagen, dann werden wir Deutsche Innerösterreichs wissen, was unsere Pflicht gegenüber Volk und Staat uns auferlegt. Die erste und vornehmste Pflicht ist aber, alle Deutschen zu sammeln und zu vereinigen. Kein Parteiunterschied mehr! Wie ein eherner Block, an dem die slavischen Wellen zerschellen, rage Oesterreichs Deutschum in die Geschichte unserer ewig dankwürdigen Zeit. Einen mächtigen Trost finden wir in dem Ausbau und der Vertiefung unseres Bündnisses mit dem deutschen Reich und erhoffen uns segensbringende Folgen in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung. Wenn etwas gewaltiger ist als das Schicksal, dann ist es der Mut, der's unerschüttert trägt! Mit diesem Mute haben wir 4 Kriegsjahre der Not und Tränen, der Entbehrungen und zermürbenden Arbeit getragen, diesen Mut müssen wir weiter bewähren.

Drei böse Monate haben wir hinter uns, nun erhoffe ich den Uebergang zur neuen Ernte ohne erhebliche Störung unserer Versorgung.

Bei der Frohnleichnamprozession fleht der Priester Gottes Segen über die Früchte der Erde. Wahrlich!

Möge Gott unsere Ernte segnen!

Was das Ernährungswesen sonst anbelangt, so kann der Tatsache nicht widersprochen werden, dass die Höchstpreispolitik der Regierung bereits im Jahre 1915 versagt hat und im vierten Kriegsjahr zu einer Tragödie geworden ist. Die zentrale Bewirtschaftung wichtiger Lebensmittel hat sich in der Erfassung der Vorräte als unzulänglich erwiesen. Die Lebensmittel entgleiten dem staatlichen Zugriff und tauchen in den Verstößen des Schleichhandels zu Wucherpreisen wieder auf.

Konsumentenvertreter fordern daher die grösste Straffheit im staatlichen Aufbringungsdiensste, halten die bisherigen Zwangsmassnahmen der Regierung für unzureichend und fordern als Krönung des bisherigen Systems die Ausgestaltung der Zentralenwirtschaft als Monopolwirtschaft. Mit schlagenden aus der Praxis geschöpften Argumenten und jähher Leidenschaft fordert eine neue Schule der Freihändler die sofortige Beseitigung der Zentralen und Wiedereinsetzung des Kaufmannstandes in seine langentzogenen Rechte. Nach meiner Meinung wäre die sofortige radikale Beseitigung der Zentralen ein Sprung ins Dunkle. Mit einem Gefühle der Sicherheit wird aber eine ihrer Verantwortung bewusste Regierung nur einen Weg betreten können: Mit dem Abbau der zentralen Bewirtschaftung unter Heranziehung und Einschaltung des legitimen Handels sofort zu beginnen. Versuche, den legitimen Handel unter ähnlichen Vorsichten wenigstens in den Verteilungsapparat grosser Konsumplätze einzugliedern, sind bereits von Erfolg begleitet gewesen. So war zum Beispiel die Gemeinde Wien bei der Verteilung der ihr von der Zentrale zugewiesenen Mehlmengen auf die Verbraucher einer 2 Millionenstadt vor die Frage gestellt, die Aufteilung entweder mit eigenen Abgabestellen und Organen der Gemeinde durchzuführen oder den Handel in einer zweckentsprechenden Weise beizuziehen. Der Versuch, nur im Wege der bestehenden Zwangsgenossenschaften der einschlägigen Handelsgewerbe die Verteilung der Mahlprodukte durchzuführen, war nicht von Erfolg begleitet, da die Genossenschaften mangels eines geschulten kaufmännischen Personales und eines entsprechenden Abgabeapparates (Fuhrwerke etc.) die unbedingt erforderliche rasche Verteilung nicht durchführen können. Da auf diesem Wege die Lösung des Problems nicht gelang, wurde in direkte Fühlung mit der Wiener Kaufmannschaft getreten, welche vermöge ihres aus den Friedenszeiten erhaltenen technischen Apparates und vermöge der genauen Kenntniss der tief eingewurzelten Verhältnisse zwischen Gross- und Kleinhändler einerseits, Kleinhändler und Verbraucher andererseits den hinsichtlich einer prompten und geregelten Verteilung gestellten Ansprüchen gerecht zu werden versprach. Dieser Versuch ist, wie eine mehr als 33jährige Erfahrung bewies, gelungen: Einem Konzern von Grosskaufleuten wurde von der Gemeinde Wien die Aufgabe übertragen, die von der Behörde bestimmten Teilmengen von Mahlprodukten von den Lagerstellen an die Detailabgabestellen zuzustreifen, zur Detailabgabe wurden die Kleinverschleisser in einer der räumlichen Ausdehnung Wiens einerseits und der unbedingt nötigen Kontrolle andererseits entsprechenden Zahl herangezogen. Die Kaufmannschaft besorgt also den technischen Apparat: Der Konzern der Engrossisten übernimmt die für die Ausgabe bestimmten Warenmengen in toto, verrechnet mit der Gemeinde den Uebnahmehpreis im Wege eines Kreditinstitutes, besorgt die Zustreifung der Warenmengen im amtlich festgestellten Ausmasse an die Detailabgabestellen und führt die Abrechnung mit dem Kleinverschleisser durch; Die Detailverschleisser besorgen die unmittelbare Abgabe der Mahlprodukte an die Verbraucher nach den Vorschriften der Verbrauchsregelung. Der geschilderte Apparat arbeitet jedoch unter ständiger Ueberwachung der hiefür bestimmten amtlichen Stelle, welcher neben der Sicherstellung der erforderlichen Mahlprodukte die Errechnung des jeweiligen Bedarfes, Ermittlung und Verrechnung des Lagerrestes jeder einzelnen Abgabestelle und die Kontrolle der eingelösten Marken vorbehalten ist.

Da sich dieses Verteilungssystem nach Ueberwindung einiger Anfangsschwierigkeiten voll bewährt, hat die Gemeinde sich auch bei der Verteilung der andern, nach und nach der staatlichen Bewirtschaftung unterworfenen Artikeln (Petroleum, Marmelade, Gemuse, Fett, Kartoffeln, Zucker, Kaffee, etc.) unter ähnlichen Vorsichten dieses Apparates mit Erfolg bedient. Vielleicht weist dieser gelungene Versuch den Weg zu einer Lösung des schwierigen Problems. Ebenso wie im Verteilungsdiensste kann unter den erforderlichen Vorsichten auch im Aufbringungsdiensste von Lebensmitteln die sukzessive Einschaltung des Handels versucht werden. Diese Gelegenheit wird sich voraussichtlich in der Uebergangswirtschaft ergeben, wo die Befugnisse des Handels, wenn er einmal in den zentralen Apparat eingegliedert ist, schrittweise erweitert werden könnten: Diese Neuordnung musste als natürliche Folge den Abbau der zentralen bewirken. Nicht nur durch diese Wirtschaft wurde unser Handel und Gewerbe schwer geschädigt, sondern auch die Steuerpolitik ist in Wege geraten, welche das bodenständige bürgerliche Gewerbe in den Abgrund führen. Ich und meine Partei wollen den Mittelstand aufrecht halten und seine Wiederaufrichtung nach Kriegsschluss mit allen Kräften fördern, wir sind dies aber nicht im Stande, wenn er früher durch staatliche Massnahmen zugrunde gerichtet wird. Grosse Not herrscht in den Kreisen der Festbesoldeten, die Gemeinde sucht abzuwehren und zwar über die Grenzen ihrer budgetären Verhältnisse, wir sehen aber nur eine Lösung in dem Abbau der Preise für die unentbehrlichen Artikel unserer Lebenshaltung. Der Gemeinderat kennt die Not, die unser Volk drückt und müht sich redlich um Abhilfe. In zielbewusstem Einvernehmen der Parteien arbeiten Bürgermeister, Gemeinderat, Stadtrat und die ganze Verwaltung, die Seuchennot zu bekämpfen, der drohenden Wohnungsnot vorzubeugen, die geistige und körperliche Not der Jugend zu lindern, das Verkehrswesen aufrecht zu erhalten, die Beleuchtung zu sichern, eine zweckmässige Reform der Verwaltung durchzuführen. Wenn die Bevölkerung dieses tüchtige Schaffen und Arbeiten sehen und würdigen könnte, möchte ihr einhelliges Urteil sein: Bürgermeister und Gemeinderat, ihr habt eure Kriegspflicht bis zum Aeussersten erfüllt! (Lok. Bsp.)

Ernennungen. Der Stadtrat hat ernannt: Viktor Busch zum Kontrolleur und Josef Buchinger zum Adjunkten der städtischen Hauptkassa, August Bosak zum Offizial des Wahl- und Steuerkatasters, Josef Schigart und Robert Swoboda zu Offizialen, Richard Pfeifer und Maximilian Mares zu Akzessisten des Exekutionsamtes.

Neue Armenräte. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Dechant die Wahl der Herren Josef Angster, Karl Ritter von Barry, Alois Dechant, Franz Frank, Adolf Peter und Franz Schanz zu Armenräten des Bezirkes Währing, nach eigenem Antrage des StR. Foxer die Wahl der Herren Otto Belousek und Leopold Tree zu Armenräten des Bezirkes Hietzing bestätigt.

Vorrückung von Lehrpersonen. Der Stadtrat hat nach einem Berichte des StR. Tomola Elisabeth Nemeč und Karoline Noltšch zu Volksschullehrerinnen 1. Klasse ernannt.



13. Juni 1918



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur Frans Michew.  
Wien. I. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 13. Juni 1918. Nr. 150.

**Feierlichkeiten im Rathaus.** - Bürgermeister Dr. Weiskirchner nahm heute im Rathaus in der üblichen Weise eine Reihe von Ueberreichungen und Beerdigungen vor. Als erster wurde GR. Leopold Leitner, der bekanntlich als Schriftführer des Gemeinderates fungiert und welchem das taxfreie Bürgerrecht verliehen worden war beerdigt. Hiezu hatten sich eingefunden: die Vizebürgermeister Hierhammer, Hess und Rain, die StRe. Braun, Brauneiss, Dechant, Frass, Grünbeck, Dr. Haas, Dr. Hein Hohensinner, Hötzel, Jung, Kürber, Müller, kaiserlicher Rat Nemetz, kaiserlicher Rat Peyer, Regierungsrat Schmid, Baurat Schneider, Spalowsky und Tomola, die GR. Breuer, Sektionschef Eglauer, Goldeband, Oberbaurat Grünbeck, Medizinalrat Dr. Löbenstein, Kommerzialrat Partik, Paulitschke, kaiserlicher Rat Philp, Rykl, Wiesinger und Domherr Wolny, kaiserlicher Rat, Bezirksvorsteher Kretschek, kaiserlicher Rat Achhorn für den Zentralverein der städtischen Knabenherte, die Obermagistratsräte Dr. Mayr und Dr. Winkler, die Magistratsräte Formanek und Heilingsetzer, Kanzleidirektor kaiserlicher Rat Mayer, etc. Zu den anderen Feierlichkeiten waren noch Bezirks- schulinspektor Schulrat Schwalm, Magistratsrat Dr. Madjera, Magistratssekretär Paul, Branddirektor Jenisch, der Obmann des Verbandes der freiwilligen Feuerwehr Kantner u.a. erschienen.

Vorerst nahm der Bürgermeister die Beerdigung des BR. Leitner vor, wobei er ausführte: Im Jahre 1895 wurdest Du in den Gemeinderat entsendet und das Vertrauen Deiner Wähler ist Dir durch die ganzen Jahre treu geblieben. Mehr als 20 Jahre bist Du Deinen Pflichten unentwegt nachgekommen und warst wie meinem Vorgänger auch mir stets ein treuer Mitarbeiter. Die Verleihung des taxfreien Bürgerrechtes gründet sich auf Deine Verdienste im öffentlichen Leben und es würde wohl zu weit führen, wollte ich alle Kommissionen und Ausschüsse anführen, deren Mitglied Du warst, alle Aktionen der Gemeinde, bei denen Du eifrigst mitgewirkt hast. Seit die Obmänner-Konferenz besteht, warst Du dort der Vertreter unserer Partei und Du weißt, welche sorgenvollen Tage wir mitgemacht, wie sehr wir uns bemüht haben, im Interesse der Bevölkerung zu wirken, um die Unbilden des Krieges möglichst zu mildern, helfend und fördernd einzugreifen. Als treuer Sohn des deutschen Volkes bist Du immer mannhaft für deutsches Volkstum eingetreten und es wird Dir leicht sein, den Bürgereid abzugeben. Nach der Beerdigung wurde der Ausgezeichnete vom Bezirksvorsteher kaiserlichen Rat Kretschek namens der Bezirksvertretung, vom Gemeinderat Josef Grünbeck namens der Direktion der Hernalser Sparkasse, von StR. Grünbeck namens der Vertrauensmänner des 17. Bezirkes und vom GR. kaiserlichen Rat Philp namens der Schriftführer des Gemeinderates beglückwünscht, worauf der Ausgezeichnete seinen Dank für die schöne Feier zum Ausdruck brachte.

Nach der Beerdigung neu ernannter Bürger wurden Bürger- schuldirektor i. P. Jakob Preschern und Volksschullehrer i. P. Edmund Endres, denen das Bürgerrecht mit Rücksicht der Taxen verliehen worden war, vom Bürgermeister in Eid genommen und von Bezirksschulinspektor Schwalm, GR. Paulitschke und Orts- schulrat-Obmann Hoff beglückwünscht.

Nach der Ueberreichung von Feuerwehrmedaillen an verdiente Feuerwehrleute überreichte der Bürgermeister der Wirtschaftlerin Marie Therese Pankl die Ehrenmedaille für 40 jährige treue Dienste, die sie bei der Wiener Familie Proschko ver- bracht hatte. Die Ausgezeichnete wurde auch noch von StR. Spa- lowsky und GR. Paulitschke beglückwünscht.

-----  
W i e n e r G e m e i n d e r a t  
Sitzung am 13. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner macht folgende Mitteilungen:  
In Erwiderung einer vom Bürgermeister Dr. Weiskirchner an die Regierung gerichteten Denkschrift über den Ausbau der Wasserstrassen richtet der Ministerpräsident ein Schreiben an den Bürgermeister, in dem ausgeführt wird, dass die Ueberprüfung des Detailprojektes für den Donau - Oder- kanal wegen der weitgehenden Herabminderung der verfügbaren Arbeitskräfte bisher noch nicht zu Ende geführt werden konnte. Auch die Revision der Kostenvorschläge könne nicht abge- schlossen werden, weil die Materialpreise und Arbeitslöhne ununterbrochen steigen. Die Projektierungsarbeiten für den Schifffahrtskanal vom Donau - Oder - Kanal zur mittleren Elbe ( Prerau - Pardubitzer - Kanal ) wurde im Jahre 1917 begonnen. Ferner wird die Frage studiert, ob der Donau - Oder - Kanal für Boote von 1000 Tonnen Tragfähigkeit ( bisher 600 Tonnen projektiert ) ausgetaltet werden soll. Abgesehen von der Notwendigkeit der Lösung dieser Vorfragen bestehen kaum überwindliche Hindernisse, um den Bau des Donau - Oder - Kanales noch während des Krieges in Angriff zu nehmen. Die Regierung sei sich der grossen Bedeutung der Wasserstrassen- frage für unser Reich voll bewusst. Sie müsse jedoch ihre endgültige Stellungnahme zu den einzelnen Wasserstrassenpro- jekten erst jenem hoffentlich nicht fernem Zeitpunkte vorbe- halten, in welchem alle Vorfragen auf deren rascheste Klär- stellung mit allem Nachdrucke hingewirkt wird, gelöst sein werden.

In Erwiderung einer vom GR. Schäfer in der letzten Sitzung gestellten Anfrage richtet der Statthalter eine Zuschrift an den Bürgermeister, in der es unter anderem heisst: Die Bahnrevisions behufs Hintanhaltung des gemeinlichlichen Schleichhandelsverkehrs werden von der Be- irkshauptmannschaft nur fallweise, höchstens einmal wöchentlich angeordnet und von den Gendameriepostenkommanden und den Ernährungsaufsichts- Organen mit der grössten Nachsicht vorgenommen. Von einer Be- schlagnahme geringfügiger, offensichtlich für den knappen persönlichen Bedarf dienender Mengen staatlich bewirtschafteter Lebensmittel wird abgesehen; nur grössere Mengen, die augenscheinlich dem Schleichhandel dienen, werden sicherge- stellt und für verfallen erklärt.

BGM- Dr. Weiskirchner verliest einen Bericht über die von der Militärverwaltung bereits freigegebenen Schulen und erklärt, dass in der nächsten Zeit neuerliche Besprechungen zwischen der Militärverwaltung und der Gemeinde Wien statt- finden werden, bei welchen er die Forderungen der Gemeinde Wien um Freigabe der restlichen Schulen mit allem Nachdrucke vertreten werde.

Das Ministerium für öffentliche Arbeiten hat zum Ankauf von Brennstoffen für Mindestbemittelte 100.000 Kronen zur Verfügung gestellt.

Die Firma Rudolf Schmidt & Co. hat 5200 Kronen gespendet, darunter 1000 Kronen für Arme des 10. Bezirkes, 1000 Kronen für verarmte Geschäftsleute des 10. Bezirkes und 1000 Kronen zur Erbauung von Soldatenheimen, ferner 10.000 Kronen für das Freyer'sche Kinderspital.

Goldkettenfabrikant Jakob Holzer spendet 300 Kronen zur Anschaffung von Holzsandalen für arme Kinder des 17. Bezirkes und für Ferienausflüge.

Bezirksvorsteher Kuhn spendet 150 Kronen für die Zöglinge des 4. städtischen Waisenhauses, Notar Dr. Guido Müller 100 Kronen für die Armen des 3. Bezirkes und Demolierungsunternehmer Valentin Köffel 100 Kronen für die Armen des 20. Bezirkes.

GR. Hotter fragt, ob der Bürgermeister die Verwendung nicht Deutscher oder nur in der Sprachen uns feindlicher Reiche verfasster Aufschriften in Wien verbieten wolle und ob er dem Gemeinderate eine Vorlage unterbreiten wolle, in der eine Besteuerung von fremdsprachigen Aufschriften beantragt ist.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Beseiti- gung der fremdsprachigen geschäftlichen Aufschriften nur im Gesetzwege möglich sei. Die Polizeidirektion, sowie die magistratischen Bezirksämter haben übrigens schon wiederholt auf die Beseitigung dieser Aufschriften hingewirkt.

Wenn wir auf die Beseitigung der fremdsprachigen Aufschrift- tafeln hinarbeiten, so kann man wohl nicht die Frage der Be- steuerung aufwerfen.

GR. Eglauer wünscht in einer Interpellation das Verbot des Befahrens des Fahrweges auf der Rampe vor der Karlskirche durch schwere Lastkraftwagen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Magistrat sowohl an das Militärkommando, als auch an die Polizeidirektion des Ersuchen gerichtet habe, die Benutzung des bezeichneten Fahrweges zu verbieten, zumal ein zwingender Grund zur Benutzung der Rampen durch Lastkraftwagen nicht besteht.

GR- Dr. Schwarz-Hiller stellt eine Anfrage über eine bes- sere Abfuhr des trockenen Strassen und Pferdemitestes.

BGM- Dr. Weiskirchner zählt die Massnahmen auf, welche er- griffen wurden um eine Verbesserung der Strassensüberung herbei- zuführen, verweist aber auf die ausserordentlichen Schwierigkei- ten, welche die Kriegsfolgen mit sich gebracht haben. Das Stadtbaumeisterbureau biete alles auf, um die Klagen, welche über die Strassensüberung laut werden, zu beheben, solange aber der Krieg dauert, werde es nicht möglich sein, gewisse Uebelstände zu beheben.

Die Gemeinderäte Wimberger und Schäfer besprechen in Interpellationen die unhaltbaren Zustände, betreffend die Lebens- mittelzuweisungen an die Wiener Gastwirte.

BGM- Dr. Weiskirchner bemerkt, dass die Zuweisungen an ohnmaterialien seitens der staatlichen Zentralstellen an die Gastwirte schon seit langen ihrem Küchenbedarfe nicht mehr ent- sprechen, weshalb auch den Anforderungen des Publikums in Gast- wirtschaften nicht immer genügt werden kann. Die Gastwirts- betriebe ersten und zweiten Ranges, welche mit den Zuweisungen der staatlichen Zentralstellen nicht auslangen, decken sich um den Anforderungen ihrer Gäste entsprechen zu können, zu ganz ausserordentlich hohen Preisen und dazu meistens noch im Schleich- handel ein, wodurch die Preise für die zur Verabreichung kom- menden Speisen selbstverständlich eine ganz wesentliche Er- höhung erfahren müssen.

GR- Dr. Schwarz-Hiller stellt eine Interpellation in welcher die Bereitstellung der Stundenhotels für den Frem- denverkehr gefordert wird.

BGM- Dr. Weiskirchner erklärt dass diesbezüglich be- reits Verhandlungen stattfinden und ihr Ergebnis lasse erwar- ten, dass die Stundenhotels unter Mitwirkung der Polizeibehörde im stärkeren Masse für die Fremdenherbergung und für die Transenal- bequartierung herangezogen werden.

GR. Altmayer fragt, was der Bürgermeister gegen die Errich- tung eines tschechischen Nationaltheaters in Wien zu tun gedenke.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass beim Magistrat über diesen Gegenstand noch nichts anhängig sei. Er werde die Angelegenheit mit Aufmerksamkeit verfolgen und wenn Schritte zur Verwirklichung des Entwurfes unternommen werden sollten, dem Gemeinderate Gelegenheit geben hiezu Stellung zu nehmen.

GR. Kubacsek wünscht die endliche Erledigung des Entwurfes für eine neue Bauordnung für Wien.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass Besprechungen zwischen Vertretern des Arbeitsministerium und der Gemeindevien- eingeleitet wurden um eine Ausgleichung der Meinungsver- schiedenheiten dieser beiden Korporationen anzubahnen. Es sei bisher nicht möglich gewesen, die Verhandlungen mit der wünschenswerten Raschheit zu fördern. Es werde jedoch in absehbarer Zeit möglich sein, dass der Ausschuss über die notwendigen Abänderungen beraten und beschliessen und sodann der Gemeinderat über den abgeänderten Entwurf seine Beratung fort- setzen kann.

Eine Fortsetzung der Beratung, wäre nur demersprechend, wenn ein sanktionsfähiger Entwurf vorgelegt wird, wenn die Regierung die Sanktion verweigert, dann müsse der Wiener Gemeinderat die Beratungen von vorne beginnen.



2  
GR. Dr. von Schwarz-Hiller fragt, welche Massnahmen der Magistrat zum Schutze der Wiener Bevölkerung gegen die Gefährdung durch tolle Hunde getroffen hat.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verweist auf die am 9. d.M. in den Wiener Tageszeitungen erschienene amtliche Verlautbarung und bemerkt, dass seit Sonntag, kein neuer Hundswutfall festgestellt wurde. Bei den stark vermehrten Hundestreibungen habe der Wasenmeister bis heute verhältnismässig wenig Hunde eingefangen, ein Zeichen, dass die Hundebesitzer sich im allgemeinen an die neuen Anordnungen halten.

Ich hoffe von Disziplin der Wiener Bevölkerung, dass sie alles aufbietet, durch ihre Mitwirkung den Schutz der Bevölkerung sicherzustellen. Die Hundebesitzer mögen überzeugt sein, dass die Belästigung durch den Leinenzwang erträglicher ist, als die Verbreitung dieser qualvollen und furchtbaren Krankheit.

GR-Dr. von Schwarz-Hiller fragt, in welchem Stadium sich die Angelegenheit betreffend die Uebernahme von zwei Kriegspitäälern durch die Gemeinde Wien für Zivilzwecke sich gegenwärtig befindet.

BGM-Dr.-Weiskirchner verweist auf den Antrag betreffend Steinklamm, der auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht als Beweis, dass die künftige Verwertung der Flüchtlingsfürsorge einrichtung ins Rollen gekommen ist. Im Zusammenhang hiemit dürfte auch die von der Gemeinde angestrebte Freigabe der Kriegspitäälern eins und zwei für die Zivilverwaltung gleichfalls in Bilde der wünschenswerten Lösung zugeführt werden. Der Bürgermeister verspricht, dass er diese Angelegenheit mit derselben Konsequenz wie bisher weiterführen werde.

GR. Kunschak führt in einer Interpellation aus, dass unter den vielen Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung die Eierbeschaffung eine der unangenehmsten sei und dies in einem Zeitpunkte, in welchem die Eierproduktion ihren Höchststand aufweist. Ausserdem hege er nach seinen Erfahrungen lebhaften Zweifel, ob eine ausreichende Bevorrätigung mit Eiern erfolgt. Ein zweites Faktum, dass den lebhaftesten Unwillen der Bevölkerung fortgesetzt hervorrufe, bilde die Belieferung der „Rohö“ mit solchen Mengen Eiern, dass sie nicht nur ihre Mitglieder reichlich versorgen, sondern auch noch an vornehme Kaffees und Restaurants Eier abgeben können.

Der Bürgermeister verweist in seiner Beantwortung auf die Zustände in der Eierbelieferung, welche wir an anderer Stelle darstellen.

GR. W. Meisner fragt, ob der Bürgermeister alles veranlassen wolle, damit den Wiener Wirten und Hoteliers wenigstens ein Teil der Schweine Kälber und Erdäpfel für ihre Betriebe zugewiesen wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass nach den vom Volksernährungsamte getroffenen Anordnungen die städtische Schweineübernahmestelle sämtliche nach Wien von Ländern ausserhalb Oesterreichs einlagende Schweine nur an unmittelbare Verbraucher abgeben darf. Die Belieferung des Wiener Marktes mit Kälbern ist so zurückgegangen, dass seit Wochen nicht einmal mehr der Bedarf der Wiener Spitäälern gedeckt werden kann. Infolge des andauernden Kartoffelmangels sei auch die Abgabe dieser Ware an die Gastwirte und Hoteliers derzeit nicht möglich und werde erst wieder einsetzen können, wenn die Zuschübe an Frühkartoffeln eine entsprechende Höhe erreicht haben.

GR. Dr. Hein ersucht den Bürgermeister in einer Interpellation bei der Direktion der vom Staate subventionierten Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft zugunsten einer durchgreifenden Verbesserung des Verkehrs im Donau-Kanal zu intervenieren und über das Ergebnis seiner Intervention dem Gemeinderate Bericht zu erstatten.

Der Bürgermeister erwidert, dass sich die städtischen Aemter bereits seit einiger Zeit mit der Frage der Belebung des Verkehrs im Wiener Donau-Kanale beschäftigen, dass aber die Studien des Stadtbau-Amtes noch nicht abgeschlossen seien. Der Magistrat werde jedenfalls die Sache betreiben, damit die Angelegenheit ehestens dem Stadtrate unterbreitet werden kann.

GR. Körber interpelliert wegen der Verwüstungen der Parkanlage am Sternplatz im II. Bezirke.

Der Bürgermeister erwidert, dass diese Interpellation voll auf gerechtfertigt sei, denn die Beschädigungen in den öffentlichen Gartenanlagen haben während des Krieges bedauerlicherweise enorm zugenommen. Es werde alles getan, um dem Treiben der Leute möglichst entgegenzutreten und er appelliere von dieser Stelle auch an die Lehrer und Lehrerinnen, dass sie in der Schule auf die Kinder einwirken, damit auch diese, die einen grossen Teil der Verwüstungen verursachen, die Parkanlagen nach Möglichkeit schonen.

GR. Dr. Hein verweist in einer eingehend begründeten Interpellation auf die Verzögerung der Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Russland und fragt, ob der Bürgermeister geneigt sei, die Forderungen des Verbandes der Hilfsgruppen von Angehörigen der Kriegsgefangenen bei den zustimmenden Behörden zu unterstützen.

Der Bürgermeister erwidert, dass er sich in dieser Angelegenheit an Exzellenz Freiherrn von Slatin als dem Präsidenten der Centrale der Fürsorge für Kriegsgefangene wenden und dem Gemeinderate über das Ergebnis seiner Bemühungen berichten werde.

GR. Roth interpelliert ebenfalls wegen der Rückstellung von Schulgebäuden; der Bürgermeister erwidert, dass diese Interpellation bereits durch seine Mitteilungen am Beginne der Sitzung erledigt sei.

GR. Schimek beantragt, den Magistrat zu beauftragen, baldmöglichst geeignete Vorschläge zu machen, dass der Holzkohlenan- und Verkauf im Einvernehmen mit den interessierten Genossenschaften und den städtischen Unternehmungen, dem bereits bestehenden Wirtschaftsamt für Kohlen oder deren städtischen Kohlenverkauf angegliedert werde.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

GR. Regierungsrat Schmid legt das Uebereinkommen mit der Staatsverwaltung betreffend den Bau der Laboratorien der technischen Hochschule im Dritten Bezirke vor. Er begründet dasselbe eingehend und erklärt, der Gemeinderat werde sich ein Verdienst erwerben, wenn er mithilfe, dass endlich einmal die Zustände an der Technik der Reichshaupt- und Residenzstadt würdig werden.

GR. Kunschak: Es ist selbstverständlich, dass das Referat die Zustimmung des Gemeinderates in seiner Gänze finden kann und dass dankbarst anerkannt wird, die Mühewaltung des Bürgermeisters, welcher in erster Linie der Erfolg zuzuschreiben ist, und in zweiter Linie der Wiener Industrie und nicht zuletzt der Tätigkeit der Beamtenschaft des Magistrates. Dennoch muss aber Folgendes gesagt wer-

den- Je höher wir das Verdienst der Gemeinde anschlagen, umso schärfer tritt die zweite Tatsache in Erscheinung. dass es sich hier um ein Pflichtverhältnis im nicht zu gegen eine Pflichtvergessenheit der staatlichen Verwaltung handelt, und andererseits gelangt die überaus mangelhafte Rücksicht auf die Bedürfnisse und Interessen der Stadt Wien zum Ausdruck. Ich habe schon in einer Interpellation an den Bürgermeister darauf hingewiesen, dass in einer Zeit, wo auf den Märkten um einige Eier wahre Kämpfe stattfinden, einer privaten Vereinigung, deren Konfessionellen Charakter ich hier gar nicht in den Vordergrund schieben will, Eier in solchen Mengen zur Verfügung gestellt werden und dass damit nicht nur den Bedürfnisse der Mitglieder Rechnung getragen werden kann, sondern dass daraus auch Gast und Kaffeehäuser bedacht werden können. Von der Antwort des Bürgermeisters möchte ich wünschen, dass sie in ganz Wien plakatiert wird. Das Armeekorps Oberkommando hat der Rohö zwei oder 3 Bezirke in russischen Polen zur Verfügung gestellt und auf dem Boden auf dem sich das christliche Volk verblutet hat, wird nun der Erfolg von einer privaten Gesellschaft geerntet. Während die Angehörigen der Wiener Soldaten in den Schützengräbern täglich dem Tode ins Auge sehen, weiss dieses Armeekorps oberkommando nichts anderes zu tun, und holt es mit dem Dank an diese Helden für vereinbar, einer privaten Organisation im Uebermasse die von der übrigen Bevölkerung so gesuchten Eier zu verschaffen. ( Rufe Skandal ! ) Die Wünsche der Gemeinde Wien lässt man ganz unberücksichtigt aber die Quelle, aus der eine jüdische Frauenorganisation schöpft, muss ungeschwächt weiterhin unerschrocken erhalten werden. Kein Wort ist da scharf genug, auch nicht ein Wort, das einen mit dem Gesetz in Konflikt bringen würde ( Lebhafter Beifall bei der Mehrheit ) Und diesem Verhalten würdig zur Seite steht das Verhalten betreffend die Technik. Diese befindet sich in einem Zustande, der beschämend für die Unterrichtsverwaltung ist, beschämend aber auch gegenüber dem Auslande. Die Staatsverwaltung hat nichts getan, womit der hohe patriotische Sinn der Wiener Bevölkerung Anerkennung gefunden hätte und in allen Dingen, welche die Stadt Wien betreffen, begegnen wir stets zunächst der schärfsten Ablehnung und dann beginnt ein Feilschen, das eher der Judengasse würdig wäre, als der Regierung. Der Redner anerkennt die Vorzüge des vorliegenden Projektes, dankt dem Referenten und gibt dem Wunsche Ausdruck, dass die neuen Institute möglichst bald erstehen mögen. An der Front des Gebäudes möge man eine Erinnerungstafel anbringen, schliesst Redner für die erfolgende Inschrift vor: „ Ein Denkmal grosszügiger Schulpolitik der Gemeinde Wien und der Wiener Industriellen zum Gedächtnisse an die Schätzigkeit der Staatsverwaltung“ ( Lebhafter Beifall bei der Mehrheit ).

GR. Klauy: Die Stadt Wien hat noch dazu in einer Zeit ihrer härtesten Bedrängnis durch die schweren Fehler und Unzulänglichkeiten einer stets danebentreffenden ohnmächtigen Verwaltung eine rettende Tat von grösster Tragweite vollbracht. In Zielbewusstsein grosszügiger Weise hat die Stadt Wien den Wert einer blühenden heimischen Technik für die Zukunft unserer Stadt erkannt und im Vereine mit dem Grosskapital unserer Industrie hat es die technische Wissenschaft gefördert im Gegensatz zur finanziellen Staatsverwaltung, welche stets als

Hemmschuh aufgetreten ist, wemder Weg in der kulturellen Entwicklung Oesterreichs aufwärts geführt hätte. Wegen weniger Millionen hat man uns uneinbringliche Jahre des Rückstandes unserer Hochschulen aufgebürdet. Durch die nationale Politik musste das wenige, was wir für geistige Entwicklung erhalten konnten zersplittert und wertlos zerteilt werden nach Ländern und Nationen. Unsere Grossstadt wurde zum Grosstadtersatz. Unsere Jugend muss nach Deutschland gehen, wenn sie modernste Ausbildung erhalten will, unsere Lehrer müssen ihre wissenschaftliche Betätigung zurückstellen, weil man ihnen die notwendigen Hilfskräfte verweigert. Was die Stadt Wien nunmehr getan hat, ist eine unschätzbare Hilfe aber auch ein grosses freiwilliges Opfer zu Gunsten der Staatsverwaltung.

Es bleibt nur zu wünschen, dass diese Tat nicht zum Präjudiz für die vielen anderen Vernachlässigungen der Stadt Wien durch die Staatsverwaltung wird. Der Redner spricht zum Schlusse neuerlich dem Bürgermeister den besten Dank für seine Bemühungen aus. ( Lebhafter Beifall ).

StR. Schmid berichtet über die Festsetzung der Fahrpreise für die Autobuslinie Pötzleinsdorf Salmansdorf. Die Referenten anträge werden genehmigt.

StR. Schmid berichtet sodann über den Beitritt der Gemeinde Wien zur Wiener Gemüse und Obst - Uebernahme- und Verteilungsstelle.

GR. Herold begrüsst es, dass auf dem Gebiete der Approvisionierung endlich die Selbsthilfe ins Werk treten solle und wünscht, dass in die neue Organisation nur Fachleute hinein kommen mögen.

GR. Prof. Goltz begrüsst das vorliegende Referat im Namen seiner Gruppe auf das Beste, nachdem es gelungen sei, Konsumenten, Händler und Erzeuger in einen Interessenkreis zu vereinigen. Dadurch könne vielleicht den argen Misbräuchen, die im Verjahre durch die Gees und ihre Söldkate platzgegriffen haben, gesteuert werden. Wenn alle Centralen auf dieser Grundlage eingerichtet werden wären, hätte man nichts gegen sie einwenden können.



GR. Angeli begrüsst ebenfalls die Gründung der Gesellschaft weil die Gemeinde Wien in derselben mitzureden habe und auch die Konsumenten zu Werte kommen können. Es sei anzunehmen, dass dadurch auch der Abbau der Zentrallen erfolgen könne. die in der Art, wie sie in Oesterreich geschaffen werden seien der Bevölkerung zum Fluch geworden seien.

GR. Dr. Hein spricht sich ebenfalls für die Neuschaffung aus, weil seine Partei seit jeher gegen die Misstände bei den Zentrallen aufgetreten seien und insbesondere gegen die Ausschaltung des legitimen Handels jederzeit Stellung genommen habe. Leider komme aus Ungarn die Nachricht, dass dort Transportscheine eingeführt würden, das wäre nahezu gleichbedeutend mit einem Ausfuhrverbot und man müsse deshalb entschiedenst dagegen protestieren, dass Ungarn, das uns im Frieden versorgt und sehr gerne versorgt hat, uns jetzt im Kriege im Stiche lässt.

Nach dem Schlussworte des Berichterstatters wird der Antrag des Referenten angenommen.

VBGM. Hierhammer beantragt folgendes: Die Gemeinde stellt an die Regierung das dringende Ersuchen, darauf zu sehen, dass bei der bevorstehenden Festsetzung von Richtpreisen für Werk- und Nutzholz jede vermeidbare Belastung der Verbraucher hintangeworfen werde. insbesondere wäre bei Festsetzung der Richtpreise für Kernholz zu berücksichtigen-, dass für Holz am Stamm selbst, wesentliche Veränderungen der Gestehungskosten nicht stattgefunden haben. Die Gemeinde erachtet es auch als unbedingt erforderlich, dass bei ungerechtfertigten Ueberschreitungen der Richtpreise gegen die Schulden mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln eingeschritten werde. Bei diesem Anlasse verweist die Gemeinde Wien insbesondere darauf, dass durch die Wohnungsnot die Verwendung von Werkholz zu Wohnbauten im grossen Umfange nötig gemacht werden wird, und dass schon deshalb der Festsetzung entsprechender Holzpreise eine erhöhte volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt.

GR. Biber vergleicht den Antrag mit den Anträgen der letzten Tagesordnung und wendet sich vor allem dagegen, dass die Gemeinde für höhere Preise eintrete.

Er bemerkt, dass die Holzpreise, die bei Beginn des Krieges 40 bis 50 Kronen betragen, allmählich auf 80 Kronen stiegen und dann plötzlich 150 bis 160 Kronen. Nach der Preistreibereivereinbarung wurden um diese zuumgehen, Richtpreise erfunden aber auch diese Richtpreise werden um 100 bis 200 % übertreten. Dabei sei noch eine neue Einführung dazugekommen, welche in Friedenszeiten als verückt bezeichnet werden wäre, die Abnahme des Holzes ab jeder Station zu ein und denselben Preisen. Dadurch wurde der Baugewerbetreibende der schrankenlosen Willkür des Handels ausgeliefert. Es sei zu befürchten, dass diese Isenzen auch nach dem Krieg fortgezogen werden. Redner hätte gewünscht, dass das Holz ebenso wie die Kohle der Zwangsbirtschaft unterworfen werde. Der Redner schliesst sich den Anträgen des Referenten in der Hauptsache an und stellt im Sinne seiner Ausführungen mehrere Zusatz- resp. Abänderungsanträge.

GR. Lohnar erklärt: Wir leiden in Oesterreich nicht nur unter der Begehrlichkeit unserer Holzgrossproduzenten, sondern die Wechselbeziehungen zu Ungarn sind auch auf diesem Gebiete so kolossal, dass die Frage einseitig absolut nicht gelöst ist. Es ist daher von grösster Wichtigkeit uns zu einem tatsächlichen Schutz der Verbraucher zu kommen, dass sich in der Holzfrage die österreichische Regierung mit der ungarischen Regierung ins Einvernehmen setzt. Redner stimmt den Ausführungen des Referenten und des GR. Biber im Prinzip zu und bittet, dass die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit Ungarn in geeigneter Form auch in der Entschliessung zum Ausdrucke kommt.

VB. Hierhammer empfiehlt in seinem Schlussworte die Abänderungsanträge des GR. Biber zur Annahme und werden hierauf der Stadtratsantrag und die Anträge des GR. Biber angenommen.

Nach einem Antrage des VB. Hierhammer widmet die Stadt Wien zur Linderung der momentanen Notlage der durch die Brandkatastrophe in Stambul heimgesuchten Bewohner einen Betrag von 10.000 Kronen.

Nach einem Berichte des VB. Haas werden die Vorschüsse auf den Anschaffungsbeitrag der aktiven und pensionierten Lehrpersonen aus etwaigen staatlichen Zuwendungen gegen den bewilligt, dass im Falle eines staatlichen Beitrages der Gemeinde der gewährte Vorschuss vom Staate direkt zurückzuzahlen ist.

StR. Dr. Haas legt die bekannten Anträge auf Uebernahme des Barackenlagers Steinklamm zum Zwecke der Errichtung eines Genesungsheimes vor.

GR. Angermayer stellt den Antrag, dass bei der Errichtung der Barackenanlage ein entsprechende Anzahl von Betten für chirurgisch Tuberkulose aufgestellt werde.

Medizinalrat Dr. Loewenstein stellt folgenden Antrag: Der Gemeinderat spricht sich prinzipiell wegen der Uebernahme des Barackenlagers zum Zwecke der Errichtung eines Genesungsheimes für leichte Formen an Tuberkulose aus. Der Magistrat wird beauftragt, notwendige Verhandlungen sofort einzuleiten und nach deren Abschluss dem Gemeinderate unter Zugrundelegung des Kostenanschlages und einer banlichen Skizze einen Bericht vorzulegen. Zur Unterbringung von 200 Männern und 150 Frauen wird zunächst das Marinelager auf die Dauer eines Jahres übernommen und für die Adoptierung ein Betrag von 100.000 Kronen bewilligt.

GR. Dr. von Schwarz-Hiller bringt verschiedene Wünsche namentlich nach rascherer Vermehrung des Belegraumes umfassendere Vorsorge für den Mittelstand etc. vor und sagt über die Kosten mache ich mir kein Kopfzerbrechen, denn wenn man Millioarden für diesen Menschenwahnsinn, wie es der Krieg ist hat, da muss man mindestens ebensoviele Millionen für die Tuberkulose haben.

Nach dem Schlussworte des Referenten werden dessen Anträge genehmigt und die Anträge Angermayer und Loewenstein dem Stadtrate zugewiesen.

GR. Dr. Stich beantragt die Bestellung eines Baurechtes zur Erbauung der schwedischen Holzhäuser.

Hiezu spricht als erster Redner GR. Professor Goltz.



GR. Goltz glaubt, dass die Versuche mit schwedischen Holzhäusern in Wien kein befriedigendes Ergebnis haben werden. Er wünscht die rascheste Lösung aller Fragen, die geeignet sind, eine Verbesserung der Wohnungsnot herbeizuführen.

GR. DR. Schwarz-Hiller hält den Zeitraum von 45 Jahren für die Bestellung des Baurechtes zu lang. Vielleicht könnte ein Passus in die Anträge hineingenommen werden, dass das Baurecht, schon früher abgelöst werden kann.

Es sprachen dann noch die Gemeinderäte Bretschneider und Biber worauf der Referentenantrag genehmigt wird.

BTR. Tomola berichtet berichtet über die Stellungnahme der Gemeinde Wien gegen die Bestrebungen zur Errichtung eines südslawischen Staates.

GR. Bretschneider erklärt namens seiner Partei dass es nicht notwendig sei, dass der Gemeinderat von Wien ohne Not mit nationalen Fragen befasst wird. Der Antrag Tomola behandle eine Reihe der grössten Fragen in einem Atem. Ueber das deutsche Bündnis und über die Nautische Schule in Triest solle in einem Beschlusse ein Urteil gefällt werden. Diese Fragen zu entscheiden sei der Reichsrat zuständig. Die Regierung machte dies aber unmöglich indem sie um sich selbst zu erhalten das Parlament nicht einberuft und wenn der Gemeinderat sich schon mit politischen Fragen befassen soll, so müsse sein erstes Wort der entschiedenste Protest gegen die Vertagung des Parlamentes sein.

BGM. Dr. Weiskirchner : Sehr richtig, das müssen wir aber auch erst abwarten und dann werden auch wir dagegen protestieren.

GR. Bretschneider fortfahrend : Wir Sozialdemokraten erklären, dass wir für die Verwandlung Oesterreichs in einem Bundesstaat autonomer Nationen anstreben. Wir sind überzeugt, dass die Gewährung der Autonomie an alle Nationen den Interessen Wiens nicht widerstreite. Wir protestieren dagegen, dass eine Gemeinderatsmehrheit von Privilegien-Wahlrechts-Gnaden sich anmasst, im Namen des Wiener Volkes politische Urteile zu fällen. Der Gemeinderat hat erst dann dazu ein Recht, wenn er auf Grund eines demokratischen Wahlrechtes gewählt sein wird. Wir werden daher an der Beschlussfassung an diesen Anträge nicht teilnehmen.

Der Rederent führt in seinem Schlussworte aus: Wenn jemals aus der Seele des Volkes heraus gesprochen wurde, so geschieht es in dieser Resolution. Ueber dessen Gegenstand heute imdeutschen Wien nur eine Stimme herrsch. Wenn die Sozialdemokraten dagegen sind, so erniedrigen sie nur den Gemeinderat, indem sie ihm das Petitionsrecht nehmen wollen. In dem Antrage wird mit keinem Worte gesagt, dass die jetzt bestehenden Verhältnisse in Oesterreich die idealen seien, es wird bloss dagegen protestiert, dass das deutsche Volk in Oesterreich durch die Bestrebungen des südslaven und Tschechen in unerhörter Weise mundtot gemacht und politisch vollständig negiert werden soll. ( Lebhaftige Zustimmung ).

Der Vorsitzende VB. Hierhammer lässt die Abstimmung durch Erheben von den Sitzen vornehmen. Die Majorität erhebt sich geschlossen unter stürmischen Beifall.

Vorsitzender : Der Antrag ist angenommen.

Stürmische Zwischenrufe bei der Majorität: Mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der deutschen Liberalen! Die Liberalen haben sich hinter den Bänken versteckt.

Unter lebhafter Bewegung wird die Sitzung geschlossen.



18. Juni 1918.



Meldung der Hinterbliebenen von Gefallenen oder Vermissten.

Jene Witwen und Waisen nach gefallenen oder vermissten Geglitten oder Mannschaftspersonen, die ihrer Meldepflicht bisher noch nicht nachgekommen sind, werden dringendst aufgefordert, noch in dieser oder spätestens in der nächsten Woche im magistratischen Bezirksamt ihres Wohnortes zwischen 8 und 2 Uhr vormittags oder zwischen 4 und 7 Uhr nachmittags mit den in der Kundmachung vorgeschriebenen Dokumenten zuverlässig zu erscheinen.

Lastfuhrwerksverkehr im 2. Bezirk. Der Magistrat hat die Wahrnehmung gemacht, dass die von der Kronprinz Rudolfstrasse kommenden, zur Augartenbrücke oder Brigittabrücke oder in umgekehrter Richtung fahrenden Lastfuhrwerke statt des vorgeschriebenen Weges ( Nordbahnstrasse, Kleine und Grosse Stadtguttgasse, Kastellezgasse, Obere Augartenstrasse ) vielfach andere, zu diesem Verkehr nicht geeignete oder mit Asphaltpflaster versehene Gassen zur Durchfahrt benützen. Die Besitzer und Lenker solcher Fuhrwerke werden eindringlichst aufmerksam gemacht, dass der vorgeschriebene Fahrweg nicht bloss im Interesse der Verkehrssicherheit, sondern insbesondere wegen der in der jetzigen Zeit bestehenden Schwierigkeiten einer Instandsetzung des Asphaltpflasters unbedingt einzuhalten ist, widrigenfalls der Magistrat über Dawiderhandelnde strenge Strafen verhängen müsste.

Ein Wutfall im 17. Bezirke. Bei einem großen, gelbweißen, langhaarigen, männlichen, herrenlosen Hunde ohne Steuermarke mit abgestreiftem Maulkorbe wurde am 15. d. Wut festgestellt. D. Dieser Hund hielt sich durch ungefähr acht Tage in jenem Teile des Alserbaches, der hinter dem Einkehrgasthofe des Johann Mayer, 17. Bezirk, Neuwaldeggerstrasse 45, gelegen ist, auf und ist auch dort verendet. Zweckdienliche Angaben, die zur Eruiierung des Hundeeigentümers führen könnten, sind beim magistratischen Bezirksamt für den 17. Bezirk zu erstatten. Dergleichen haben sich Personen, welche von diesem Hunde gebissen worden sein sollte, wegen Durchführung der antirabische Behandlung beim magistratischen Bezirkspolizeikommissariate bzw. beim städtischen Bezirksarzte ( 17. Bezirk ) zu melden.

W i e n e r G e m e i n d e r a t

Sitzung am 18. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner :

GR. Dr. Neumayer erneuert eine bereits im Jahre 1914 eingebrachte Interpellation, in welcher darauf verwiesen wird, dass in Wien Fortbildungsschulen mit tschechischer Unterrichtssprache eingeführt werden sollen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verweist in seiner Antwort darauf, dass die Gemeinde auf die Errichtung privater Gewerbeschulen leider keinerlei Einfluss habe.

Die GR. Vágin und Dr. Glasauer beantragen den Verkehr der Linie 58 ( Neuer Markt- St. Veit ) insbesondere in den Früh- Mittag- und Abendstunden zu verdichten.

GR. Stangelberger stellt folgenden Antrag: Zum diesjährigen Minderertrag des Strassenbahnbetriebes trägt sicherlich viel der Umstand bei, dass so viele Fahrgäste umsonst fahren. Es wäre wären nun folgende Bestimmungen anzuordnen: Abschaffung der

baren Fahrpreisbezahlung, daher Beseitigung des lästigen, zeitraubenden Geldwechsels durch den Schaffner. Jeder Fahrgast hat vor dem Einsteigen eine früher gelöste Karte vorzuweisen. Diese Karten sind in den Trafiken erhältlich. Bei den End- und Umsteigstationen sind besondere Organe zur Markierung oder Umtausch dieser Karten bereitzustellen. Bei Bahnhofzügen ist ein Beiwagen für das durchreisende Militär ( Rucksäcke, grosses Gepäck ) anzuhängen. Das Ein- und Aussteigen wäre tunlichst zu trennen.

Die Anträge werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Bgm. Dr. Weiskirchner berichtet über die Stellungnahme der Gemeinde Wien über die Kürzung der Brotmehlquote. Er führt aus: Es ist nicht das erstemal, dass Ernährungsorgen den Wiener Gemeinderat befassen, nicht das erstemal, dass wir gegenüber der Regierung unsere warnende Stimme erhoben haben. Schon im März 1917 begann der Weidensweg, den die Wiener Gemeindeverwaltung in der Brot- und Mehlversorgung zu gehen hatte. Der Redner erinnert an die von ihm einberufene Konferenz der Wiener Abgeordneten, an das Versprechen der Regierung Zubussen zu geben, was nur zweimal der Fall war, an den bekannten Ausspruch des Vorsitzenden des gemeinsamen Ernährungsausschusses Generalmajor Landwehr, welcher auf die Frage, ob genügend für die Bevölkerung vorgesorgt sei, die Antwort gab: „Ich glaube ja“ und an die wiederholten Denkschriften des Gemeinderates, welche eine Fülle von Anregungen enthalten haben. Er erinnert weiters daran, dass ~~wirk~~ der Ministerpräsident anlässlich der Kürzung der Mehlquote sich verpflichtete, die volle Brotquote bis Juli zu geben.

Als die Not der Regierung bis an die Kehle stieg, da wurden die Selbstverbraucher veranlasst ihre Vorräte, die sie bisher nicht abgeliefert hatten, abzugeben und dafür wurden ihnen Prämien in Aussicht gestellt - ein höchst unmoralisches nicht Vorgehen jenen, welche ihren Pflichten nachgekommen waren, zu belohnen.

Die Regierung stellte sich vor, dass hiedurch 10.000 Wagon Brotfrüchte aufgebracht werden, tatsächlich waren es nur 2500 Waggons. Ein einziges Kronland, Niederösterreich, ist seinen Verpflichtungen voll nachgekommen.

Der Bürgermeister Dr. Weiskirchner erinnert an die Ernährungsdebatte am 25. April im Stadtrate, über Antrag des STR. Spalowsky wurde damals eine Resolution beschlossen, welche zur Gänze konfisziert wurde. Redner kommt sodann auf die Wirtschaftsübereinkommen mit Rumänien und der Ukraine zu sprechen. Die Vorräte in Rumänien sind erschöpft, das Uebereinkommen hat nur für die Zukunft eine Bedeutung. In der Ukraine ist es momentan nicht möglich, die Vorräte zu erfassen und nach Oesterreich zu bringen. Es wird von der Vereinheitlichung des Wirtschaftsgebietes gesprochen. Die erste Forderung wäre, dass die Kopfquote, in Deutschland, Oesterreich und Ungarn gleichmässig festgesetzt wäre. Nach dem Vertrage hat Deutschland die Verpflichtung übernommen, 15000 Waggons Getreide aus der Ukraine nach Oesterreich zu bringen. Damit hätten wir das Auslangen gefunden. Was den österreichischen Hofräten und Militärgewaltigen nicht gelungen ist, ist auch den Deutschen nicht gelungen. Deutschland ist mit 2000 Waggons uns gegenüber im Rückstande, gerade jene Menge, die nötig wäre, dass wir auskommen. Auch in

Deutschland wurde die Brotquote gekürzt, aber diese einsohnneidende Massnahme wurde dort einem Monat vorher bekanntgegeben, so dass man sich rechtzeitig darauf einrichten konnte. In Wien wurden am Donnerstag und Freitag noch die Mehlmengen im vollen Ausmasse verteilt und Samstag waren bereits die Bäcker beliefert. Samstag abends kam der Sektionschef des Volksernährungsamtes zu mir, eröffnete mir, dass vom Sonntag an die halbe Brotquote auszugeben sei und ersuchte mich, dies zur Kenntnis zu nehmen. Ich verweigerte diese Kenntnissnahme, protestierte gegen die Verfügung und erklärte, ich werde den Gemeinderat einberufen, damit er zu dieser Angelegenheit Stellung nehme. Ich will ja anerkennen, dass die Herren im Ernährungsamte alles getan haben, um die Katastrophe abzuwehren. Am Sonntag in der Frühe hätte ein Komunique der Regierung über die Kürzung in den Blättern erscheinen sollen. Ich suchte die Verlautbarung in den Zeitungen, fand sie aber nicht. 9 Uhr vormittags telefonierte ich dem Sektionschef im Volksernährungsamte bezüglich der Verlautbarung und er erklärte mir, er habe sie ebenfalls umsonst gesucht; die Verlautbarung wurde vom Ministerratspräsidium inhibiert, die Gründe hiefür kann ich nur vermuten. Montag nachmittags erfolgte dann die Verlautbarung. Ein grosser Teil der Bäcker war bis Montag früh nicht verständigt und gab an die Kunden die volle Brotquote aus. Die Folge davon wird sein, dass diese Leute kein Brot bekommen werden. Es kann unmöglich der gesetzliche Standpunkt so weit verrückt sein, dass das Publikum einen nicht verlaublichen Verordnung oder ein unterdrücktes Komunique befolgen soll.

Der Bürgermeister verweist dann darauf, dass die ganzen Ernährungsverhältnisse in Wien betrübend sind, verweist auf die Eier- und Milchnot und bemerkt, dass in dieser Woche die Zuweisung von einem halben Kilogramm Kartoffeln an die Bevölkerung die letzte sein werde, wenn nicht Zuschüsse noch kommen. Die Opferwilligkeit der Bevölkerung sei gewiss hervorzuheben, aber es gebe einen psychologischen Moment, dass die Tragfähigkeit der Bevölkerung zu Ende und am Rande des Durchhaltens ist.

Der Bürgermeister bringt sodann nachstehenden Telegrammwechsel zur Kenntnis des Gemeinderates:

Telegramm des Bürgermeisters an Exzellenz Ludendorf : Die Bevölkerung der Kaiserstadt Wien bewundert die Ruhmestaten der Heldentaten an der Front und trägt mit hingebungsvoller Geduld und Entsagung die schweren Lasten und Entbehrungen des Aushungerungskrieges. Die heute verfügte Kürzung der Brotquote in Wien, welche eine furchtbare Steigerung der bisherigen Lebensmittelnöten der breiten Massen darstellt veranlasst mich an Eure Exzellenz mit der ergebenen und drängenden Bitte heranzutreten zur Linderung des Notstandes eine Aushilfe mit Mehl aus den deutschen Vorräten sofort verfügen zu wollen.

Exzellenz Ludendorf erwidert: Besten Dank für den Ausdruck Ihrer treuen Gesinnung. Von Herzen gern würde ich der Bevölkerung Wiens in ihren schweren wirtschaftlichen Nöten helfen, aber mehr, wie von deutscher Seite getan wird, ist leider nicht mehr möglich; alle Getreideeinfuhren aus Rumänien, Bessarabien und der Ukraine werden restlos Oesterreich überlassen und auch die für die Westfront bestimmten Sendungen habe ich im April, Mai und Juni trotz eigener schwerer Ernährungsfrage Oesterreich

zur Verfügung gestellt. Jetzt sind aber derartige Reserven nicht mehr vorhanden und ich bin ausserstande, weitere Aushilfen zu leisten. Hoffentlich wird es meinen Bemühungen gelingen, die Ausfuhren aus Bessarabien und der Ukraine zu steigern, dass bald wieder grössere Mengen Oesterreich zugehen können.

Der Bürgermeister an Bürgermeister Dr. von Body, Budapest: Mit Rücksicht auf die andauernde Stockung in der Mehlversorgung musste jetzt sogar die Brotquote in Wien gekürzt werden. Dieser neuerliche furchtbare Schlag trifft die Wiener Stadtverwaltung umso empfindlicher, als schon seit Wochen ein unzureichende gekürzte Mehl- und Fettquote abgegeben wird und keine Eier, keine Kartoffeln zur Verfügung stehen. In dieser schweren Sorge wende ich mich vertrauensvoll an den Bürgermeister unserer Schwesterstadt Budapest, die gewiss gerne und freudig der österreichischen Hauptstadt Mehl oder Hülsenfrüchte zur Verfügung stellen wird. In diesem furchtbaren Notstande ersucht um möglichst rasche Abhilfe Bürgermeister Dr. Weiskirchner.

Bürgermeister Dr. von Body erwidert:

Die schwere Lage der Bevölkerung der Schwesterstadt Wien erfüllt uns umso mehr mit der aufrichtigsten Teilnahme als wir trotz unserer wärmsten Sympathien unter den gegenwärtigen Verhältnissen leider nicht in der Lage sind, die gewünschte Hilfe bieten zu können. Infolge der knappen Vorräte waren auch wir genötigt unsere Brot- und Mehration herabzusetzen und schon seit geraumer Zeit leben wir ohne irgendwelche Reserve von heute auf morgen. Hülsenfrüchte stehen uns schon seit monaten überhaupt nicht zur Verfügung und frisches Gemüse kommt nur in so geringen Mengen auf den Markt, die weit hinter den Bedarf unserer Bevölkerung zurückbleiben. Die Gemeinde Budapest kann überhaupt nicht über ihre Lebensmittel frei verfügen, denn sie kann die von Landesernährungsamt zugewiesenen Mengen nur gegen Karten zur Verteilung bringen und darf dieselben anderweitig nicht verwenden. Wenngleich wir socherart zu unserem lebhaftesten Bedauern der Stadt Wien nicht die gewünschte Hilfe leisten können, sind wir doch bestrebt die Erfüllung Ihres Wunsches nach Tunlichkeit zu ermöglichen, weshalb ich das Telegramm Euer Exzellenz dem ungarischen Ernährungsminister übermittelt und ihn mit dem Ausdrucke der wärmsten Sympathie und der aufrichtigsten brüderlichen Gesinnung ersucht habe der Stadt Wien all die Hilfe zu leisten die die Stadt Budapest selbst zu bieten zu ihrem grössten Leidwesen nicht in der Lage ist.

Weiters hat der Bürgermeister folgende Telegramme abgesendet:

An den kgl. ung. Ernährungsminister Prinzen Windischgrätz: Lebensmittelknappheit in Wien aufs Außerste gestiegen, Kürzung der Brotration eingetreten, weshalb eine Besserung der Kartoffelversorgung unbedingt notwendig ist. Ich stelle die dringende Bitte, die für Wien bestimmten Sendungen ungarischer Frühkartoffeln möglichst zu beschleunigen.

An den kg. bayrischen Ministerpräsidenten von Dandl: Lebensmittelknappheit in Wien aufs Außerste gestiegen, Kürzung der Brotration eingetreten, Stimmung der Bevölkerung erregt, weshalb Besserung der Kartoffelversorgung unbedingt notwendig ist. Derzeit ist diese Versorgung unzulänglich, da nur mehr für diese Woche 4 kg pro Kopf ausgegeben werden kann. Ich beehre mich die dringende Bitte zu stellen, möglichst



grosse Zuschübe von Altkartoffeln nach Wien zu veranlassen. Mit Rücksicht auf den Umstand, dass in Deutschland genügend Vorräte vorhanden sein sollen, hoffe ich zuversichtlich auf Gewährung meiner Bitte. Hiemit verbinde ich zugleich den herzlichsten Dank für die bisherige Aushilfe an Kartoffeln welche uns in schwerer Zeit zur Wohltat wurde.

An den Reichskanzler Graf Hertling:  
Lebensmittelknappheit in Wien aufs Aeusserste gestiegen, Kürzung der Brotration eingetreten, Stimmung der Bevölkerung erregt, weshalb Besserung der Kartoffelversorgung unbedingt notwendig ist. Derzeit ist diese Versorgung gänzlich unzulänglich, da nur mehr für diese Woche 4 kg pro Kopf ausgegeben werden kann. Ich beehre mich die dringende Bitte zu stellen, möglichst grosse Zuschübe von Altkartoffeln nach Wien zu veranlassen. Mit Rücksicht auf den Umstand, dass in Deutschland genügend Vorräte vorhanden sein sollen, hoffe ich zuversichtlich auf Gewährung meiner Bitte. Ausserdem ersuche ich die Deutsche Reichsregierung, auf die Zuweisung der zur Ausfuhr nach Deutschland bestimmten 600 Waggons ungarischer Frühkartoffeln zu verzichten und werde ich beim österreichischen Ernährungsamt vorstellig werden, dass diese 600 Waggons zur Gänze der Gemeinde Wien zu Gute kommen.

Bei Verlesung des Telegrammes an den Prinzen Windischgrätz bemerkte der Bürgermeister: In der Vorwoche wurden 29 Waggons Frühkartoffel aus Ungarn nach Wien disponiert, die in Hünserndorf standen und dann über Intervention des Ernährungsamtes nach Prag gesendet wurden. Ich sage ganz offen, wenn die Prager Krawalle diese Wirkung haben, dann können die Herren von der Regierung auch Wiener Krawalle haben (Lebhafter stürmischer Beifall, Rufe: „Die Hochverräter kriegen die Kartoffel“)

BGM. Dr. Weiskirchner wendet sich in entschiedenen Worten gegen die heutigen Ausführungen eines Mittagblattes (Mittagszeitung), in welchem der Stadtverwaltung Vorwürfe aus den gegenwärtigen Verhältnissen gemacht werden. Die Ausführungen des Blattes seien eine Beleidigung nicht nur des Bürgermeisters sondern auch des gesamten Gemeinderates und pflichttreuen Beamten, welche seit 4 Kriegsjahren mit voller Hingebung ihren Dienst pflichtgetreu erfüllen. Er weise solche schmähende Ausdrücke mit aller Antrüstung zurück. (Lebhafte Zustimmung)

Zum Schlusse legt der Bürgermeister die heute vormittags vom Stadtrate gefasste Entschliessung zur Annahme vor.

GR. Dr. Hein führt aus, dass selbstverständlich alle Redner sich den Ausführungen des Referenten anschliessen und für die Resolution stimmen werden, da ja diese Kürzung in der Tat den Bankrott der Verwaltung bedeutet, weil sie beweist, dass wir in diesen 4 Kriegsjahren nichts gelernt haben. So ist es gekommen wie es kommen musste, denn unsere rechtzeitigen und wiederholten Warnungen vor dem Hand in den Mund leben haben nichts genützt. Wir sind jederzeit bereit, derartige Beschlüsse einmütig zu fassen, aber gerade mit Rücksicht auf den letzten Passus der Resolution möchte ich aufmerksam machen, dass der Burgfriede auch von allen Parteien eingehalten werden soll und dass die Not der Zeit auch zu antisemitischen Hetzereien ausgenützt werden darf.

BGM. Dr. Weiskirchner: Sagen Sie das auch dem Dr. Salkind.

GR. Dr. Hein: Wir sprachen uns immer gegen jede Art von Wucher aus, ob er nun von Juden oder Christen ausgeht, aber wir müssen es bedauern, wenn in einer Versammlung, die unter dem Vorsitze des Bürgermeisters tagt, derartige Aeusserungen möglich sind, wie sie GR. Kunschak am Sonntag getan hat. Wir müssen jene Ruhe und jenen Ernst bewahren, welcher dieser Zeit angemessen ist und müssen bedenken, dass ohnedies viel Mühsal in der Bevölkerung aufgehäuft ist. Im Uebrigen schliesse ich mich der Resolution an und empfehle die einstimmige Annahme.

GR. Hohensinner: In einem bekannten Worte heisst es, „Paris ist Frankreich“ und es soll heissen „das Paris das Herz Frankreichs ist. Dieses Wort könnte auch auf Wien Anwendung finden, denn auch Wien ist das Zentrum des Reiches, aber in welcher Weise Wien von Seite der Regierung vernachlässigt wird, hat sich nie deutlicher gezeigt, als in diesen 4 Kriegsjahren und wenn Wien noch nicht verhungert ist, so hat es dies gewiss nicht der Regierung zu verdanken. Die Regierung möge nicht glauben, dass die Wiener Bevölkerung gesonnen ist, noch weiter zu dulden, aber die Regierung sieht dies nicht und will auch nichts sehen, dass der Geist des Bolschewikismus immer weiter umherschreift. Es kommt dies daher, weil wir in Oesterreich, keine Konstitution haben und das Parlament nur ein Scheinparlament führt. Die Regierung hätte diesen Schritt wohl nie gewagt, wenn wir ein wirkliches Parlament hätten. GR. Dr. Hein hat auf die Ausführungen des Landes-Ausschusses Kunschak reagiert. Ich würde es nicht getan haben, denn ein jeder Redner kann reden, wie es ihm schliesslich beliebt. Aber eines möchte ich ihm doch zu bedenken geben; Mit solchen Reden dient er nur der Regierung, den ihr ist es nur Recht, wenn mit solchen Reden die Aufmerksamkeit von ihm auf andere Schichten der Bevölkerung gelenkt werden. Im Uebrigen erkläre ich, dass ich der Resolution in allen ihren Teilen zustimme und ich glaube, dass es sich empfehlen würde, wenn der Gemeinderat der Regierung die grösste Entrüstung aussprechen würde.

GR. Reumann: Wenn ich zu dieser Angelegenheit das Wort nehme, geschieht es, weil infolge der Ereignisse, die sich durch die Kürzung der Brotquote abspielen, die Vertretung der Arbeiterschaft ungemein stark reagiert ist an den Folgen dieser Verfügung. Wir haben es seit Beginn des heurigen Jahres mit einer anhaltenden Erregung unter der Arbeiterschaft zu tun, die uns immer mehr zu Befürchtungen veranlasst, dass durch irgendwelche unberechenbare Ereignisse ein Moment eintreten könnte, welches zu katastrophalen Ereignissen führt. Ich glaube, dass sie alle mit mir in der Meinung einig sind, dass gerade im gegenwärtigen Moment diese Ernährungskatastrophe im allerschlimmsten Wirken muss, und geeignet ist, uns weitere Katastrophen zu bereiten. Es ist natürlich unser Urteil auch in dem Punkt mit Ihnen einig, dass unsere Staatsgewalt keinerlei Eignung gezeigt hat, dieser Katastrophe vorzubeugen. Wenn wir die Zeit von 1914 bis heute übersehen, so finden wir, wie von Etappe zu Etappe unsere Regierung alles getan hat, damit das Ansehen unseres Staates untergraben und wir zur Einflusslosigkeit verdammt werden. Wenn wir immer von Ungarn sprechen, muss ich sagen, dass unsere Regierung nie etwas getan hat, um unseren Einfluss Ungarn gegenüber irgendwie zu kräftigen oder zu stärken. Wenn gegenwärtig irgendeine dringende Notwendigkeit besteht, so ist es die, dass diese Regierung einer anderen Platz mache, und man versu-

che, ob nicht doch irgend ein Mann sich in Oesterreich findet, der geeignet ist, im letzten Augenblick helfend und rettend einzugreifen. Durch das Wort vom „Brotfrieden“ in Brest-Litowsk haben wir uns in falsche Hoffnungen einwiegen lassen, die in keiner Weise begründet waren, deren Fehlschlagen wir jetzt so bitter verspüren. GR. Dr. Hein hat sich darüber aufgeregt, dass in der Volkshalle von jüdischen Wucherern gesprochen worden ist. Da müsse man aber auch die Frage stellen, wodurch es den Wucherern, ob sie nun Christen oder Juden sind, möglich ist, diese Preistreiberien zu begehen und woher sie die Vorräte haben, mit denen sie wuchern. Die Erfahrungen, die wir bis jetzt mit dem freien Handel machen, sind nicht sehr günstig. Die Regierung scheint selbst von der Katastrophe überrascht worden zu sein und die Nachrichten über das Ausbleiben erst am Freitag erhalten zu haben. Das Kommuniqué wurde Sonntag deshalb nicht verlautbart, weil der Chef der Regierung der Meinung war, dass die Brotquote erst von Dienstag an gekürzt werden wird. Die jetzige Lage muss mit grösstem Ernst behandelt werden. Wir können wohl die Verwahrung gegen die Massnahme der Regierung einlegen, wir sind aber moralisch verpflichtet, uns der Verantwortung nicht zu entschlagen. Wir müssen alles was in unserer Macht steht, aufbieten, um eine Milderung der gegenwärtigen Zustände herbeizuführen. Ich wünsche dass diese Verpflichtung auch Ausdruck in der Resolution fände. Mit welchem Gefühl muss der Mann in der Früh in die Arbeit gehen, wenn er weiss, dass seine Familie zu Hause hungert? Aber auch der Ernährungsdienst im Heere ist gefährdet und wie sollen unter diesen Umständen die Erfolge herbeigeführt werden, die ja den von uns allen so sehnsüchtig erwarteten Frieden bringen sollen? Wir wollen nicht hoffen, dass als letzter Schritt, nachdem alles andere versagt hat, das Standrecht und die Maschinengewehre kommen werden. Die Kürzung der Brotquote bedeutet aber auch die Verdorrung der Zukunft unseres Volkes, bedeutet das Ende der Tragfähigkeit der Bevölkerung und kein Apell an den Patriotismus wird die Friedenssehnsucht unterdrücken können. Haben wir die Gewähr, dass die gekürzte Brotquote auch noch in den nächsten Wochen gegeben werden kann? Ich glaube, der ganze Wiener Gemeinderat ist mit mir der Ansicht, dass die hungernden Wiener nicht mit Maschinengewehr kugeln gesättigt werden können. So sehr unsere Hilfe beschränkt ist, so müssen wir doch alles tun, was in unseren Kräften ist und wenn Waren zum Verteilen hier sein werden, so müssen wir die Bewirtschaftung übernehmen, alles was aufgebracht wird soll durch die Gemeinde verteilt werden, damit es in entsprechender Weise verteilt wird. Es muss im Präsidium eine Stelle errichtet werden, die in Permanenz in Verwendung steht, die jeden Moment bereit ist, einzugreifen, wenn es notwendig ist. Es ist selbstverständlich, dass es nicht möglich sein wird, Ueberstunden und Nacharbeit zu machen. Es darf aber auch nicht der Fall eintreten, dass man die aus Mangel an Nahrung arbeitsunfähig gewordenen Arbeiter in die Fabriken und Werkstätten hineintreibt. Das System der staatlichen Bewirtschaftung darf nicht durchbrochen werden; und wir bedauern die Fehler, die seitens der Regierung gemacht wurden. Wir müssen in die Resolution auch sagen, dass die gegenwärtigen Erscheinungen begreiflich sind, dass die Bevölkerung nicht mehr in der Lage ist, so schwere Opfer weiter zu ertragen. Wir müssen mit aller Schärfe sagen, dass die Verkürzung der Brotquote die Regierung durch ihre Lässigkeit verschuldet hat,

durch eine Summe von Unterlassungen, die seit dem Kriege erfolgt sind, dass infolgedessen die Bevölkerung nicht in der Lage ist, einen unerlösten Krieg zu ertragen, dass das Friedensbedürfnis der Bevölkerung dadurch begreiflich wird, dass man in keiner Weise dafür vorgesorgt hat, das Durchhalten ihr zu ermöglichen. (Beifall.)

GR. Dr. Mataja: Niemand hätte dem leichtlebigen Wiener Volke diese ausserordentliche Widerstandsfähigkeit zugemutet, die wir bis jetzt an ihr bewundert haben. Man kann auf eine Widerstandsfähigkeit einer Bevölkerung bauen, man darf sie doch nicht auf ihr sündigen und eine Versündigung ist die Verfügung, die sie wie ein Blitz aus heiterem Himmel traf. Wenn der Zeitpunkt zwischen der Verlautbarung und dem Inkrafttreten der Verfügung länger gewesen und wenn der nur eine allgähliche Verkürzung eingetreten wäre, so wäre auch dies furchtbar gewesen, aber diese katastrophale Wirkung wäre nicht eingetreten. Die Folgen sehen wir schon an den Schleichhandelspreisen mit Brot von 8 Kronen bis ein Laib Brot auf 35 Kronen in der Leopoldstadt hinaufgeschneilt. Niemand kann an die Bevölkerung die Anforderung stellen, mit dieser Quantität Brot das Auslangen zu finden und niemand kann die Verantwortung übernehmen, dass Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten werden können, wenn der Hunger die tierischen Instinkte aufstachelt, sind Uebergriffe zu gewärtigen. Auf unseren Schultern ruht eine natürliche Mitverantwortlichkeit für die Handlungen der Regierung, wir können uns vom Staate nicht lossagen. Sollen wir hinaustrreten und die Bevölkerung zur Ruhe und Mässigkeit mahnen, das ist eine höchst unedle Aufgabe. Wir müssen der Regierung nahe legen, dass sie diese ernste Situation nicht voll erfasst hat. In den Jahren vorher ist immer ein Wunder eingetreten, das uns über die kritischen Zeiten weggeholfen hat. Heuer ist das Wunder nicht eingetreten, es folgte der Umschmiss.

Die Wiener Bevölkerung kennt keinen Ministerpräsidenten noch weniger die anderen Minister, sie kennt nur den Kaiser und den Bürgermeister. Diese beiden Personen haben immer die Verantwortung zu tragen. Die Regierung hat die Pflicht, sich vor den Kaiser zu stellen und sich nicht hinter den Kaiser zu verstecken. Es ist ausgeschlossen, dass wir wochenlang nur mit einer gekürzten Brotquote durchhalten. Der Fehler der Regierung liegt nicht bloss darin, dass sie für die jetzige Zeit nicht im geringsten vorsorgen konnte, sondern auch darin, dass sie erst im letzten Moment die Verlautbarung erliess und dass die Verlautbarung in einer so kurzen nöcheren Weise erfolgte. Sie hätte in einem grossen Edikt und mit offenen Worten die Sache erklären und an die Bevölkerung appellieren sollen, damit hätte sie immerhin ihre Fehler noch etwas verringern können. (Lebhafter Beifall.)

GR. Stein erklärt, dass die demokratische Vereinigung des Wiener Gemeinderates der vom Bürgermeister vorgelegten Resolution vollständig zustimmen werde. Er verlangt, dass Ungarn uns Hilfe bringe, ferner verlangt er, dass der Wirtschaft durch die privaten Zentralen ein Ende gemacht werde und die staatliche Bewirtschaftung der Lebensmittel unter Heranziehung des legitimen Handels durchgeführt werde. Er hätte gewünscht, dass die energische Sprache, welche der Bürgermeister heute gegen die Regierung anschlug, schon früher in diesem Saale ertönt hätte. Es wäre aber auch notwendig gewesen, dass der Bürgermeister sich an die



höchste Stelle des Reiches um Abhilfe gewendet hätte. Von Seite Ungarns findet jetzt auch wieder beim Obst die unerhörteste Auswucherung Oesterreichs statt. jenes Ungarns, das nur durch die Söhne unserer Alpenländer davor bewahrt wurde, dass die Russen, Rumänen und Serben nicht in Budapest standen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als dass sich unser Bürgermeister an den Kaiser wende, wie es sein Vorgänger Zelinka in einem kritischen Augenblick getan, um ihm die Not und den Jammer des Volkes zu schildern und vom ihm als den obersten Faktor im Reiche Abhilfe zu erbitten.

GR. Körber führt aus, dass er noch ganz unter dem niederschmetternden Eindrucke des Ernährungsamtes von Samstag abend stehe, denn er, dessen Gewähr in engster Fühlung mit der Bevölkerung sich befinde, wisse am besten die verheerende Wirkung dieser Verfügung zu beurteilen. Am Samstag sei den Bäckern auch versprochen worden, noch in den Sonntagsblättern eine beruhigende und aufklärende Notiz zu veröffentlichen. Diese Notiz sei aber in der letzten Minute vom Presse-Departement untersagt worden. Die Regierung habe aber nicht den Mut gehabt, der Bevölkerung die wahre Sachlage bekanntzugeben, sondern es den Gewerbetreibenden überlassen, sich mit der Bevölkerung auseinanderzusetzen. Ein zweites Versprechen, das nicht eingehalten würde, war die Zusage, dass den Bäckern ein Plakat zur Aufklärung des Publikums übersendet werde. Man musste sich denken, dass dieses Plakat die Aufschrift: „K.k. Amt für Volksernährung“ und die Unterschrift des Ministers tragen werde. Statt des Plakates kam aber bloss ein Schreiben mit der Aufschrift: „Bäckergenossenschaft Ueber diesen „Mut“ des Ernährungsamtes müsse man einfach starr sein, das seien mehr als traurige Zustände. Unsere Soldaten plagen sich tapfer an allen Fronten und kämpfen mit Heldenmut und wir wollen nicht, dass der Feind durch die Kopflosigkeit der österreichischen Regierung einen Sieg über uns erringe.“

GR. Kunschak: In der Geschichte Oesterreichs und die des Krieges hat es manchen schwarzen Tag gegeben und als ein solcher im bösesten Sinne muss der 15- Juni d- J- bezeichnet werden- Ein schwarzer Tag für die Bevölkerung, ein schwarzer Tag für die Helden an der Front und ein schwarzer Tag für die Regierungsweisheit, mit der wir in Oesterreich beglückt sind. Die Behandlung der Bevölkerung durch die Regierung ist eine solche, wie sie landläufig als „schuhfetzenmäßig“ bezeichnet wird. Aber nicht allein die Form ist so aufreizend und beleidigend für die Bevölkerung, sondern auch das ganze Wesen unseres Ernährungsamtes ist derart, dass es dagegen nur einen Schrei der Entrüstung der Entrüstung und des Protestes geben kann. Unsere Lebensmittelration ist nach dem Urteil ernster Gelehrter bereits eine derart geringe, dass sie als Hungerration bezeichnet werden muss und diese Hungerration noch zu kürzen, ist ein frivoles Beginnen, ein Attentat an der Gesundheit des Volkes.

Im Oktober des Jahres 1917 war sich die Regierung nach den Erklärungen des damaligen Ministers Höfer auch darüber im Klaren und es wurden der Bevölkerung alle möglichen Zubeußen versprochen und nun stehen wir vor solchen Verfügungen. Da müssen wir uns doch die Frage vorlegen, ob diese ganze Trostlosigkeit der Lage unserer Regierung wirklich erst am Abend des 15- Juni zur Erkenntnis gekommen ist. Ist es so, dann müsste man ja unsere Regierung einfach zum Teufel jagen, denn dann haben wir es mit keinem Minister mehr, sondern mit gewissenlosen Dilletanten zu tun, die mit den heiligsten Gefühlen des Volkes ihr Spiel treiben. Dass wir so weit gekommen sind, ist eine Folge unserer schlechten Wirtschaft mit den Lebensmittelvorräten, denn unsere Vorräte

würden zusammen mit den Zufuhren von aussen, die Sicherheit des Durchhaltens bis zur nächsten Ernte gewährleistet haben. Da es nicht der Fall war, ist dies nur ein Beweis für die unweckmässige und nicht gewissenhafte Bewirtschaftung unserer Lebensmittel. Es wären sicher auch jetzt noch Lebensmittel bei uns vorhanden, z- B. im tschechischen Teil Böhmens, nur müsste man den Mut haben, sie zu erfassen. So bitter und schwer die Situation jetzt ist, so ist es doch noch nicht der Gipfelpunkt der Not und die Gemeinde wird, wenn auch schweren Herzens mit ihren geringen Vorräten noch zurückhalten müssen, um dann, wenn dieser Gipfelpunkt erreicht ist und er droht uns für die nächste und übernächste Woche, rettend eingreifen zu können. Vielleicht wird dieser traurige Moment, den wir uns ja nicht wünschen, der Bevölkerung die Augen öffnen und ihr zeigen, dass die Gemeinde im Bezug auf den Ernährungsdienst alles restlos erfüllt hat, was sie allein hat tun können.

Wir erleben eine solche Affäre bereits zum zweitenmal, und zwar in einem nicht weniger wichtigen Augenblicke, wie er am Beginne der Verhandlungen von Brest-Litowsk war. Jetzt stürzen sich an der Front unsere Helden todesmutig dem Feinde entgegen, bereit ihr Leben für Weib und Kind hinzugeben, und in diesem Augenblick müssen sie erfahren, dass statt des Jubelrufes der Dahergebliebenen über ihren Opfermut der Not- und Angstschrei der Angehörigen zu ihnen dringt. Es ist mehr als fraglich, ob sich unsere Regierung auch nur einen Augenblick dieses Umstandes bewusst geworden ist, denn sonst hätte sie wohl andere Vorkehrungen getroffen.

Ich schliesse mit dem Wunsche, dass der liebe Gott verhüten möge, dass der schwere Feldzug dem tüchtigen Generale und todesmutige Soldaten die Wendung zum Siege gegeben haben, nicht um den Preis gebracht werde, durch die Dummheit und Gewissenlosigkeit im Hinterlande. ( Lebhafter Beifall ) Bgm. Dr. Weiskirchner ( zum Schlussworte ) bemerkt, dass der Gemeinderat sich seiner Pflicht bewusst sein werde, wenn Herr von Seidler versuchen sollte, das Parlament auszuschalten und eine absolutistische Regierung mit dem § 14 einzuführen. Dr. von Seidler täuscht sich, wenn er glaubt, durch die Ausschaltung des Parlamentes die Bevölkerung mundtot machen zu können. Wir leiden momentan nicht blos unter den schlechten Ernährungsverhältnissen, sondern auch unter der trostlosen innenpolitischen Lage. Für die in Verhandlung stehende Verfügung kann niemand von uns die Verantwortung übernehmen, denn wir wurden nicht vorher gefragt, und die Verlautbarung erfolgte so spät, dass wir unsere warnende Stimme <sup>nicht</sup> dagegen/erheben konnten. Ich darf aber die Erklärung dass der Gemeinderat nach wie vor seiner ernstesten verantwortungsvollen Pflicht bewusst ist, nach Massgabe seiner Mittel in dieser schweren Stunde der Bevölkerung hilfsbereit beizustehen. Handelt es sich doch nicht nur um die Opfer, die wir alle an Gut und Blut zu bringen haben, sondern in erster Linie um unsere Kinder, und um die Zukunft unseres Staates. Wir wollen durchhalten, aber es muss uns auch die Möglichkeit gegeben werden, dass wir dies im Stande sind. Der Bürgermeister bittet schliesslich um die einstimmige Annahme der Resolution, welche auch der Regierung unterbreitet werden wird ( lebhafter Beifall ) Bei der folgenden Abstimmung wird die Resolution einstimmig genehmigt.

Es wird hierauf an die Beratung des Budgets geschritten.



VB. Hoss legt den Rechnungsabschluss für das Jahr 1915/16 vor. Er bemerkt, dass es aus technischen Gründen nicht möglich war, den Rechnungsabschluss so wie sonst dem Gemeinderate vor der Beratung mit dem Hauptvoranschlag des nächstfolgenden Jahres zu unterbreiten und bittete um die Genehmigung.

Der Hauptrechnungsabschluss wird ohne Debatte genehmigt.

VB. Hoss gibt bekannt, dass es möglich sei, den Voranschlag für das Jahr 1916/17 heuer zu beraten und teilt mit, dass der Rechnungsabschluss mit einem Abgabe von 2,210.811 Kronen abschliesst. Nachdem ein Abgang von fast 16 Millionen Kronen veranschlagt war, ist die Gebahrung um rund 14 Millionen günstiger als der Hauptvoranschlag. Der Berichterstatter bittet, diese Ziffern vorläufig zur Kenntnis zu nehmen.

VB. Hoss berichtet sodann über den Hauptvoranschlag für das Jahr 1918/19. Er streift die militärische Lage, gedenkt der tapferen Soldaten an der Front und der Wiener Bevölkerung, die bewunderungswürdiger Art bemüht sei, die Schrecken des Krieges zu ertragen und bemerkt dann, dass in den gegenwärtigen Budget schon wichtige Uebergangsstrahlen vorbereitet werden, wobei vor allen sozialen Fragen die grösste Aufmerksamkeit geschenkt werde. Redner bespricht den Gegensatz zwischen der Betätigung der staatlichen und der Gemeindemaschine. Durch die Ohnmacht der staatlichen Verwaltung in der Erfüllung ihrer wichtigsten Aufgaben wurde die Gemeindeverwaltung vor die Wahl gestellt, entweder sich auf ihren gesetzlichen eingegrenzten und althergebrachten Wirkungskreis zu beschränken und so ihre Finanzen zu schonen, oder an Stelle des versagenden höheren Faktors helfend einzugreifen, Aufgaben zu übernehmen, die seit jeher nicht die ihren waren und so ihre Finanzen zu gefährden. Das Gefühl der Pflichterfüllung im Interesse der Bevölkerung hat Bürgermeister und Gemeinderat keinen Augenblick zweifeln lassen, welcher Weg zu beschreiten war. So ist die Stadtvertretung in die Bresche getreten und hat insbesondere in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln das Versagen der staatlichen Organisation - soweit es noch ausser den staatlichen Zentralen und sonstigen nicht ganz zweckmässigen Schaffungen möglich war, mit Anstrengung aller Kräfte in Ordnung zu bringen, übernommen was zum Grossteile tatsächlich auch bisher noch gelang. Die Uebernahme dieser Aufgabe war sicherlich nicht dankbar, denn nur zu leicht verkennt die Bevölkerung die wahren Ursachen des Uebels und macht die unmittelbare Abgabestelle verantwortlich für die Fehler der Organisation der Aufbringung, die lokale in ihrem Machbereich naturgemäss beschränkte Behörde für die Sünden der Zentralregierung. Auch andere eigentlich staatliche Aufgaben musste die Gemeinde übernehmen, so die Wohnungs-

Arbeits-, Tuberkulosen- und Jugendfürsorge. Die Gemeinde Wien habe den Beweis erbracht, dass sie befähigt ist, neue Aufgaben voll zu erfassen und den Forderungen der Zeit gerecht zu werden.

Der Berichterstatter verweist sodann auf die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinde Wien, hervorgerufen durch die unmittelbaren Kriegsfolgen hauptsächlich aber durch die Schwäche der staatlichen Betätigung und die dadurch bedingte Erweiterung des Wirkungskreises der Gemeinde, sowie durch die Hemmnisse dass der Gemeinde die von ihr verlangte Bewilligung von Zuschlägen zur Einkommen- und Kriegsgewinststeuer nicht gegeben wurde. Wenn die finanziellen Sorgen der Gemeinde Wien auch ziemlich gross seien, so sei doch zu hoffen, dass bei allen Parteien des Gemeinderates und bei der Bevölkerung die richtige Auffassung für das ernste Streben der Gemeindeverwaltung um den zur Erfüllung ihrer ersten Aufgaben notwendige Opfermut zu finden sein werde. ( Lebhafter Beifall ).

Die Debatte wird sodann unterbrochen und wird morgen fortgesetzt werden.



20. Juni 1918.



Bewendungen für die städtischen Angestellten. Der Stadtrat hat in seiner heutigen Sitzung nach einem Antrage des VB. Hoss nachstehenden Beschluss gefasst: Den nicht zum Militärdienst eingerückten oder zu persönlicher Kriegsdienstleistung herangezogenen aktiven und im Ruhestand befindlichen Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Unternehmungen, einschliesslich der Lehrpersonen, sowie den Witwen und Waisen nach Angestellte wird für das Verwaltungsjahr 1918/19 ( 1. Juli 1918 bis 30. Juni 1919 ) eine Kriegszulage im gleichen Ausmasse und nach denselben Bestimmungen gewährt, wie sie der Gemeinderatsbeschluss vom 19. Dezember 1917 für das erste Halbjahr 1918 festgesetzt hat. Eine Ergänzung dieser Bestimmungen erfolgt dahin, dass ledige Angestellte, die mit Eltern, Grosseltern, oder Geschwistern in gemeinsamen Haushalte leben, den verheirateten ohne Kinder gleichgehalten werden können, wenn sie erwiesenermassen den Unterhalt dieser Verwandten zum Überwiegenden Teil bestreiten.

2. Allen Angestellten einschliesslich der Lehrer, sowie den Witwen und Waisen nach Angestellten wird im Juli 1918 ein einmaliger Anschaffungsbeitrag im gleichen Ausmasse und nach denselben Bestimmungen gewährt, wie sie der Gemeinderatsbeschluss vom 24. April d.J. festgesetzt hat. Dieser Anschaffungsbeitrag gebührt den aktiven Angestellten nur dann, wenn sie am 1. Mai d.J. bereits im Gemeindedienste gestanden sind, das Dienstverhältnis am Tage der Auszahlung des Anschaffungsbeitrages noch fortbesteht und die Angestellten, sofern sie nicht eingerückt sind, die Kriegszulage beziehen. Ledige Angestellte, die mit Eltern, Grosseltern, oder Geschwistern in gemeinsamen Haushalte leben, können unter den angegebenen Voraussetzung den verheirateten ohne Kindern gleichgestellt werden. Für die Bezüge, die Frage des aktiven Dienstes und die Klassenzugehörigkeit ist der Stand vom 1. Juli 1918 massgebend.

3. Den Lehrpersonen sowie deren Witwen und Waisen werden Kriegszulage und Anschaffungsbeitrag als Vorschuss auf etwaige staatliche Zuwendungen für die Jahre 1918 und 19 gewährt.

Städtische Strassenbahnen. Str. Knoll hat in der Gemeinderatsitzung vom 24. April d.J. beantragt, zu untersuchen, ob den beim Floridsdorfer Spitz bestehenden Schwierigkeiten im Verkehr der Linien 31 und 32 nicht durch die Weiterführung der Linie 32 zur Endstation Esslinggasse abgeholfen werden könnte. Str. Schneider brachte in der heutigen Sitzung des Stadtrates einen Bericht der städtischen Strassenbahnen zur Verlesung, nach welchem eine Weiterleitung der Linie Floridsdorf Spitz - Fragerstrasse - Jadersee bis zur Esslinggasse infolge der durch die Absperrung der Bahnschranken zur Nordwestbahn verursachten Störungen mit Schwierigkeiten verbunden ist. Dazu komme noch, dass schon in der nächsten Zeit durch den Fortschritt des Baues der Franz Josefs-Brücke empfindliche Verkehrseinschränkungen werden eintreten müssen und dass die Weiterführung der Linie eine Vermehrung der Betriebsmittel nötig machen würde, die derzeit ausgeschlossen sei. Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen und nach dem Antrage des Berichterstatters beschlossen, von einer Weiterführung der Linie vorläufig Abstand zu nehmen.

Die gekürzte Brotquote und die Brutgutscheine. Da durch die jüngste Kürzung der Brotquote alle Brotabgabestellen für die Gutscheinsabschnitte 3 und 4 der Zentralstelle 1. Bezirk Neues Rathaus gültig für die Zeit vom 23. Juni bis 13. Juli und vom 14. Juli bis 3. August nur mehr  $\frac{1}{2}$  Laib pro Abschnitt ausfolgen dürfen, wird die Zentralstelle der Fürsorge 1. Bezirk Neues Rathaus diese und die folgenden Abschnitte ins solange die Brotkürzung in Kraft bleibt nur mehr mit 36 Heller einlösen.

Der 60. Geburtstag Kirchl's. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat an den Komponisten und Ehrenchormeister des Schubertbundes Adolf Kirchl nachstehendes Schreiben gerichtet: Es gereicht mir zum besonderen Vergnügen, Euer Hochwohlgeboren zu Ihrem 60. Geburtsfeste meine aufrichtigsten Glückwünsche übermitteln zu können. Sie werden an diesem Tage einen erhebenden Rückblick halten dürfen auf ein Leben voller Arbeit und Erfolge, auf ein Leben, das neben der Berufsarbeit auch in hervorragendem Masse der Kunst geweiht war. Die Verdienste, die sich Euer Hochwohlgeboren um das deutsche Lied erworben haben und Ihre künstlerische Tätigkeit an der Spitze des Schubertbundes sichern Ihnen die bleibende Hochachtung und Verehrung, sowie den Dank der Wiener Bevölkerung. Dieses schöne Bewusstsein, das Sie an Ihrem 60. Geburtstage beselen darf, wird Ihnen diesen Geburtstag gewiss verschönern. Wir aber haben den innigsten Wunsch, dass Sie nach mehrjähriger Abwesenheit wieder bald in Ihre Heimat zurückkehren, auf den Boden, auf welchen Ihre Kunst am edelsten gedeiht.

Wiener Gemeinderat  
Sitzung am 20. Juni 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest folgende Zuschrift des Leiters der Auskunftstelle für Kriegsgefangene Freiherrn von Slatin als Antwort auf eine von GR. Dr. Heingestellte Interpellation aus einer der letzten Sitzungen: Seit den Verhandlungen in Brest-Litowsk und dem Friedensschluss sind über 500.000 Mann in die Heimat zurückgekehrt. Ganz richtig ist es, dass der grössere Teil derselben durch eigene Initiative das Vaterland erreichten, aber sie wurden, wo immer es möglich war, von den Angehörigen unserer Schutzmacht, respektive deren Delegierten unterstützt und ihnen die Reise erleichtert, sowie allgemeine Hindernisse womöglich aus dem Wege geräumt. Die Abreise der Kriegsgefangenen hat sich aus politischen und technischen Gründen verzögert, doch waren schon vorher Intendent von Raabl und mehrere andere Herren in Petrograd, um im Interesse der Kriegsgefangenen, wo weit es eben möglich war, zu wirken. Nun ist die Kommission in Petrograd vereint und hat zu ihrer Hilfe eine grosse Anzahl von Offizieren, die selbst in Gefangenschaft waren und die russischen Verhältnisse kennen, dort bei sich zurückbehalten. Die Kommission ist mit ausserordentlich grossen Geldmitteln versehen und wird alles mögliche getan, um in Verein mit neutralen Delegierten, die schon seit längerer Zeit im Interesse unserer Kriegsgefangenen tätig sind, den Abtransport möglichst zu regeln. Den allgemeinen Prinzipien nach, kommen zuerst die Invaliden und Schwerkranken, dann die an Jahren meist vorgeschrittenen und am längsten in Gefangenschaft weilenden zum Abtransport. Dies auch der Grund, warum alle Bemühungen des Kriegsministeriums, respektive der Kommissionen und der Schutzmacht nicht veröffentlicht werden können, weil da-

durch die russische Regierung Kenntnis erhalten würde und möglicherweise gegen die Art des Abtransportes unserer Gefangenen Protest einlegen würde. Was die einzelnen Lager anbelangt, so wird durch Delegierte und Abgesandte Geld hingeschickt und dort wo keine Gage bezahlt wird, oder die Leute arbeits- und mittellos sind, wird Hilfe geleistet. Jedenfalls können Herr Bürgermeister versichert sein, dass vom Kriegsministerium, sowie von den betreffenden Behörden aus, das Menschenmögliche getan wird, um die Gefangenen ihrer Heimat und ihren Angehörigen wiederzugeben. Dem Ansuchen, dass Mitglieder der Hilfsverbände sich der Kommission anschliessen, um Berichte über die in Russland unter den Gefangenen herrschenden Verhältnisse zu senden, kann wohl aus politischen Rücksichten nicht stattgegeben werden, und die russische Regierung würde wahrscheinlich nicht erlauben, dass derartige Herren sich in Betersburg oder überhaupt in Russland aufhalten. Die Telegraphen-Verbindung mit Russland funktioniert nicht tadellos und ist auch nicht zu verlangen, dass regelmässige Nachrichten telegraphisch über die Verhältnisse in den einzelnen Lagern hienher geschickt werden. Die Angehörigen der Kriegsgefangenen mögen sich aber beruhigen, da eben, wie früher erwähnt, alles getan wird, um den Abtransport zu beschleunigen und dort wo Hilfe nützlich, eingeschritten wird. Die nun häufig an kommenden Züge mit Kriegsgefangenen laufen zu den Quarantainestationen, wo die Gefangenen forschrittmässig empfangen und ihren Kadern überstellt werden, von wo aus sie ihren regelmässigen Urlaub antreten können.

Es wird sodann die Beratung des Hauptvoranschlags für das Jahr 1918/19 ( Berichterstatter VB. Hoss ) fortgesetzt.

GR. Rummelhardt führt als erster Redner aus:

Keiner von uns hat sich wohl gedacht, dass wir noch im Jahre 1918 in die traurige Lage versetzt werden, ein Kriegsbudget zu beraten und es ist daher selbstverständlich, dass eine Budgetdebatte im 4. Kriegsjahre bei den Bednern aller Parteien Stimmungen auslösen muss, deren Ausdruck weit über den Rahmen der Beratungen des Stadthaushaltes hinausgeht.

Die fürchterliche Not der Zeit, die durch schwere Fehler der österreichischen Regierung noch verschärft wird, zwingt den Wiener Gemeinderat, bei der Beratung über die Verwaltung der Stadt Wien, die Verwaltung des österreichischen Staates zu besprechen und an derselben berechnete Kritik im Namen der gesamten Wiener Bevölkerung zu üben.

Es ist nicht unsere Schuld, dass wir dazu gezwungen werden; gerne würden wir diese Aufgabe den hiezu zunächst berufenen gesetzgebenden Körperschaften überlassen; allein das österreichische Parlament tagt nicht und die Landtage bestehen nicht mehr und so ist der Gemeinderat der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien auch derzeit wieder, wie dies im Laufe des Krieges schon oft der Fall war, als Vertretungskörper der grössten Stadt unseres Vaterlandes, das einzige Forum, in welchem die Not des Volkes in entsprechender Weise der Regierung zu Gehör gebracht werden kann.

In der Geschichte dieses Krieges wird diese Tätigkeit des Wiener Gemeinderates nicht verschwiegen werden können und objektive Beurteiler der jetzigen Zeit werden dem Wiener Gemeinderate die Anerkennung dafür nicht versagen können, dass er der getreue Eckhart in schwerer Kriegszeit war, der den wechselnden österreichischen Regierungen zur rechten Zeit War-

nungen zukommen liess und wertvolle im Interesse der Bevölkerung gelegene Ratschläge erteilte; leider wurden die Wahrnehmungen von den Regierungen nicht immer beachtet und die Ratschläge nicht immer befolgt.

Es ist daher selbstverständlich, dass sich auch die jetzige Regierung, die mit demselben Fehler behaftet ist wie ihre Vorgängerinnen, in diesem Saale eine Kritik gefallen lassen muss, die für sie keineswegs schmeichelhaft ist und es wäre zu wünschen, dass sie daraus jene Konsequenzen zöge, die im Interesse des Volkes unbedingt notwendig sind, entweder zu gehen und einer besseren und verständigeren Platz zu machen oder sich gründlich ihrer Pflichten bewusst zu werden. Und da muss ich vor allem, sowohl ihr als jeder künftigen Regierung zurufen: Weg mit der bisher üblichen Unterschätzung der Stadt Wien und ihrer gewählten Vertreter. Es hat sich die Unsitte in einzelnen Regierungskreisen eingeschlichen, Wien nicht höher einzuschätzen als irgend eine Provinzstadt. Man hört, dass die Regierung der Meinung ist, wenn sie den Bürgermeister von Wien zu Rate ziehen soll, müsste sie die Bürgermeister aller österreichischer Städte befragen.

Meine Herren, ich bin der letzte, der nicht im Gemeindevorsteher des kleinsten Dorfes in Oesterreich einen freigewählten Vertreter sieht, der gehört werden muss, wenn er die Interessen seiner Gemeinde vertritt; aber ich bin der Ansicht, dass der Wiener Bürgermeister in erster Linie gehört werden muss, denn er vertritt - wenn er sich eins mit dem gesamten Gemeinderate weiß - 2 1/2 Millionen Menschen, er ist der Repräsentant der Reichshaupt- und Residenzstadt, des Herzens unseres Vaterlandes, dessen Pulschläge bis an die Grenzen unseres Reiches gespürt werden.

Die Haltung der Wiener Bevölkerung in dieser ersten Zeit ist richtunggebend und diese Haltung ist bis jetzt eine beispiellos patriotische, eine von Kaiser und Regierung selbst bewundernswürdig anerkannte, aber meine Herren, wehe dem Vaterlande, wenn diese Haltung eine andere würde.

Darum rufe ich jeder österreichischen Regierung zu: Höre den Bürgermeister von Wien, höre die Vertreter dieser Stadt, sie allein kennen die Psyche der Bevölkerung, die der hohen Bürokratie zum grössten Teile fremd ist, sie wissen von der Not des Volkes und wie dieselbe gegebenenfalls gelindert werden könnte.

Regierung unterschätze Wien nicht, damit Du es nicht fürchten lernen musst!

Im Uebrigen haben die Erfahrungen der letzten Stunden gezeigt, wie gut und wertvoll es ist, den Ratschlägen des Wiener Bürgermeisters und der Wiener Stadtvertretung zu folgen.

Schon am Samstag abends, als ein Vertreter des Ernährungsamtes dem Bürgermeister, ganz unvermittelt, die niederschmetternde Nachricht gebracht hatte, dass die Brotquote für Wien auf die Hälfte gekürzt werde und der Bürgermeister die Kenntnisnahme dieser Mitteilung unter energischem Proteste verweigerte, gab er dem Vertreter des Ernährungsamtes den Rat, an Ungarn die Aufforderung zu richten, in dieser kritischen Lage Oesterreich beizustehen.

Dies wurde damals noch von dem staatlichen Organ als zwecklos bezeichnet.

Als dann der Bürgermeister selbst telegrafisch die Hilfe Budapests vom dortigen Bürgermeister erbat, scheint auch die österreichische Regierung denn doch eingesehen zu haben, dass sie den Rat des Bürgermeisters befolgen und mit der ungarischen Regierung nochmals diesbezügliche Verhandlungen pflegen



Wiener Kinder in die Schweiz- Aus St. Moritz wird der Rathaukorrespondenz telegraphiert: Die durch die abermalige Aktion der Frau von Finem in die Schweiz gebrachten 220 Wiener Kindern sind nach Vereinigung mit Grezer, Linzer und Egerländer Kindern unter Führung der Herren Sieglbauer (Wien) und Greewitz (Graz) mit 15 Begleitdamen in ihren Stationen St. Moritz und Einsiedeln gesund angekommen und von den lieben Schweizern herzlichst empfangen worden.

müsse.

Dieselben waren nach den Mitteilungen des Ministerpräsidenten an die Pressevertreter denn doch nicht ganz zwecklos, denn Ungarn hat sich bereit erklärt, uns Nahrungsmittel, vor allem eine grössere Menge von Frühkartoffeln zu überlassen.

Hiefür sind wir den Ungarn sehr dankbar und ich bin glücklich, bei diesem Anlasse feststellen zu können, dass es sich nach den Aeusserungen des ungarischen Ernährungsminister nicht nur um eine momentane Aushilfe durch Frühkartoffeln handelt, sondern dass Ungarn auch gewillt ist, von der zu gewärtigenden Ernte überhaupt Lebensmittel an Oesterreich abzugeben.

Namentlich aber möchte ich den Bürgermeister von Budapest Herrn Dr. Body aufs herzlichste für die ritterliche Art der Zurückweisung danken, die den Ausführungen des Stadtverordneten Dr. Weigart bezüglich der Bitte des Wiener Bürgermeisters um Lebensmittel zuteil ward. (Lebhafter Beifall).

Insbesondere aber erfüllen uns die Worte des Budapester Bürgermeisters, die er bei diesem Anlasse gesprochen hat, mit besonderer Freude.

Er erkannte gerechter Weise die Hilfe Wiens an Budapest mit Industrieartikeln an und hat als öffentlicher Funktionär, als Haupt der königlichen Residenzstadt Budapest zum erstenmale öffentlich die moralische Verpflichtung Ungarns anerkannt, den Oesterreichern im Durchhalten beizustehen. (Neuerlicher lebhafter Beifall).

Die Worte des Budapester Bürgermeisters, die er in der gestrigen Sitzung des Budapester Gemeinderates gesprochen hat und die da lauten: Die Bevölkerung der Stadt Wien, die mit uns zusammen kämpft und blutet, ist nicht unser Feind, den wir verhungern lassen können, wir dürfen sie nicht ohne Hilfe lassen, sondern müssen, wenn wir können, helfen, werden ihm die Wiener nie vergessen, sondern sie werden dieselben in Dankbarkeit immer im Gedächtnisse behalten (Abermaliger anhaltender Beifall).

Sowohl die Haltung Ungarns als auch der Beweis der treuen Bundesgenossenschaft Deutschlands, der dadurch erbracht wird, dass es trotz der eigenen Knappheit und der Versorgung Oesterreich eine bestimmte Menge Getreide vorschussweise zur Verfügung stellt und dass es getreu dem Sprichworte: „Doppelt gibt, wer schnell gibt“ sofort diese Hilfe leistet, haben die gestern noch äusserst kritische Stimmung der Bevölkerung Wiens etwas gebessert. (Lebhafte Zustimmung).

Die Bevölkerung würde es mit Genugtuung anerkennen, dass der Bürgermeister im Namen des Gemeinderates es dem energischen Auftreten des Wiener Gemeinderates

und seiner schnellen Intervention durch die an Exzellenz Luden-dorff und Bürgermeister Dr. Body gerichteten Telegramme gelungen ist, auch die Oesterreichische Regierung aus ihrer Hilflosigkeit aufzurütteln, und so der ärgsten Not und ihrer Folgen vorzubeugen. Die Bevölkerung wird es nie vergessen, dass Wien einen Bürgermeister hat, der es versteht, in so ernster Zeit das richtige Wort zu sprechen und die richtige Tat zu setzen. (Neuerlicher Beifall).

Was die Reform des Gemeindevahlrechtes anbelangt, muss ein Unterschied zwischen der gesetzgebenden Reichsvertretung und einem Verwaltungskörper gemacht werden. Der in seinem Aufenthaltsort fluktuierende Oesterreicher behält immer sein Interesse an Staate, nicht aber an der Gemeinde in der er nur vorübergehend Aufenthalt nimmt. Trotzdem ist unsere Partei keineswegs ein Gegner der Demokratisierung, denn es wird sich gewiss ein Ausweg finden. Ob aber eine solche Reform gerade die Hoffnung erfüllen wird, die gestern von einem Redner der Sozialdemokraten ausgesprochen wurde, kann weder er mit Gewissheit voraussagen, noch ist einer von uns in der Lage, irgendwie zu prophezeien. Der Redner der Sozialdemokraten möge aber nicht glauben, dass die Arbeiterschaft noch in kompakten Massen hinter seiner Partei steht, wie es vielleicht vor dem Kriege der Fall war.

Was das Frauenwahlrecht anbelangt, bin ich, vielleicht im Gegensatz zu manchem Parteigenossen, kein unbedingter Gegner derselben, denn ich glaube, dass die Witwe eines Gewerbetreibenden, eine Lehrerin, eine selbstständige Geschäftsfrau mehr Interesse an der Gemeinde hat, als als die Angehörigen der fluktuierenden Bevölkerung. Trotzdem muss ich sagen, dass die Frage des Frauenwahlrechtes noch gar nicht reif ist. Gelegentlich einer Frauenversammlung, die ich im Vorjahr einberufen habe, erklärten gerade jene Frauen, von denen ich das Eintreten für das Wahlrecht am ersten erwartete, dass ihnen Brot, Mehl und sonstige Lebensmittel für sich und ihre Familie wichtiger seien; Eine Voraussetzung der Einführung des Frauenwahlrechtes müsse man aber unbedingt in der Einholung des Plebiszites der Frauen sehen. Es ist nur eigentümlich, dass auch die Liberalen für das Frauenwahlrecht eintreten, denn gerade sie werden den wenigsten Vorteil davon haben, da sich dann die Wahlkämpfe ausschliesslich zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten abspielen werden. Sie wissen das selbst auch sehr genau, den GR. Dr. Granitsch hat gestern im Gespräche mit mir gemeint: Na, viel weniger als wir jetzt sind, können wir ohnedies nicht mehr werden. (Heiterkeit).

Nach Besprechung einzelner Hauptpunkte der bisherigen Debatte fährt Redner fort: Ein Ruf, der in jeder Budgetdebatte erhoben wurde, ist verschwunden der Vorwurf der Kontrolllosigkeit des Stadtrates, denn jetzt hat die Opposition wenigstens zwei Kontrolloren drinnen. Jetzt geht ihr Ehrgeiz weiter und sie wollen nicht nur kontrollieren sondern auf referieren. (Heiterkeit) Der Bürgermeister wird gewiss nichts dagegen haben, wenn sie einmal auch an

Referententische erscheinen. Dass die Sozialdemokraten auf einmal den Stadtrat nicht mehr kontrollieren wollen, ist sehr schön, denn es zeigt, dass sie mit der Kontrolle durch die Liberalen zufrieden sind.

Ich glaube, dass ich auf keinen Widerstand, seitens der Opposition stosse, wenn ich sage, dass wir anlässlich der Budgetberatung im 4. Kriegsjahre unserem Bürgermeister den grössten Dank dafür auszusprechen verpflichtet sind, für die rastlose und nimmermüde Arbeit, die er sich im Dienste des Volkes und der Stadt auferlegt hat. Wir können stolz und froh sein, dass wir ihn haben und ich habe nur den einen Wunsch, Gottverhalte seine Spannkraft und Gesundheit weiter. Bei diesem Anlasse dürfen wir auch seiner getreuen Mitarbeiter der Vizebürgermeister nicht vergessen. Seitdem der Kriegszug Land gezogen, gibt es keinen Tag, an dem sie nicht von früh bis spät abends hier im Rathause mit dem Bürgermeister tätig sind. Wenn wir heute ein ernstes und aufrichtiges Wort aussprechen, müssen wir sagen, dass die Bezüge der Vizebürgermeister die sie für die Ausübung ihres Amtes bekommen derart sind, dass wohl der grössere Teil ihrer Arbeit im freiwilliger genannt werden muss, dargebracht auf dem Altar der Stadt Wien. Wir sind daher auch ihnen zum grössten Danke verpflichtet.

Redner schliesst mit einem begeisterten Apell zum Dank für die Helden an der Front, welche Wien vor der Bedrohung durch die Feinde bewahrt und in harter Kriegsnot die Fahne Deutschlands und Oesterreichs siegreich gegen alle Feinde vorgetragen haben.

GR. Melcher hält es für notwendig weniger politische und mehr wirtschaftliche Ausführungen im Gemeinderate zu halten. Er bespricht einzelne Posten des Budgets. Die Kommissionsgebühren für Beamte seien entsprechend den jetzigen Verhältnissen zu erhöhen. Die veranschlagten Einnahmen von 1,200.000.-- Kronen für die Bodenerwerbssteuer seien zu niedrig ausgesetzt. In die städtischen Steinbrüche wäre mehr Kapital zu investieren, da der Bedarf an Steinen nach dem Kriege ein ungleich grösserer sein wird. Die für Hochbauten eingesetzten Beträge wären fast sämtlich zu streichen, da im Verwaltungsjahre 18/19 alle diese Bauten kaum zur Durchführung kommen werden; Zur Erhöhung der Sicherheit wäre die Zahl der Polizeiorgane zu vermehren; es könnten ja auch Männer über 50 Jahre herangezogen werden. Er wünscht weiters die endliche Fertigstellung der Aspernbrücke.

Für die durch die Kriegsfolgen verarmten wäre ein eigener Armenrat einzusetzen. Redner wendet sich gegen die Erhöhung der Tarife und der Fahrpreise der städtischen Strassenbahnen und der städtischen Gaswerke. Das Defizit sollte nicht bloss von den jetzt Lebenden getragen werden müssen, sondern es wäre durch einen Kriegskredit zu decken. Die Bedenken, die Zinsheller und Umlagen zu erhöhen, seien in gewisser Hinsicht gerechtfertigt, weil ja dann die Zinsen nicht bloss um diesen, sondern um einen ungefähr 50% erhöhten Betrag gesteigert werden müssen. Redner bespricht sodann das Mieterschutzgesetz und hält eine Abänderung desselben für notwendig, mindestens aber müssten die nachteiligen Folgen dem Hausbesitzer durch den Staat vergütet

werden. Gerade so ungeheuerlich seien die Preise für verschiedene Baumaterialien gestiegen. Ziegel, welche vor kurzer Zeit noch 142 Kronen kosteten, kosten jetzt bereits ab Ziegelofen 150 Kronen und es stellen sich einschliesslich der Zufuhr z.B. in die innere Stadt 1000 Stück Ziegel auf 320 Kronen gegen 40 bis 50 Kronen vor dem Kriege. Welchen Umfang die Wohnungsnot angenommen habe, könne man aus verschiedenen Symptomen ersehen. Als Charakteristikum könne angeführt werden, dass als vor einigen Tagen ein Inserat über den Verkauf einer Villa im 18-Bezirk in einer Wiener Zeitung erschien, ganze Kolonisten von Käufern vor dem Hause zu sehen waren, jeder Einzelne hatte bereits das Geld mitgebracht und die erste Frage war stets, wann ist die Villa zu beziehen, erst in zweiter Linie wurde um den Kaufpreis gefragt. Gelegentlich des Referates über den Bau von schwedischen Häusern in Wien wurde in das Abkommen auch der Passus aufgenommen, dass die Gemeinde Wien die Garantie für den Ausfall der Mietzins übernimmt. Das ist die Lösung der Wohnungsnot, das nämlich eine Stelle da ist, und ich habe hier die Staatsverwaltung im Auge, welche den Bauherren den Ausfall vergütet. Dieser Passus sollte der Regierung als Muster vorgelegt werden.

Redner spricht dann über die Elektrifizierung der Stadtbahn und wiederholt seinen seinerzeitigen Antrag auf Verführung der Baumaterialien in der Baubewegung durch die Strassenbahn und beantragt die Einsetzung eines Komites zum endlichen Studium dieser Frage. Zum Schluss bespricht Redner Approvisionierungsfragen und verlangt, dass bei den Untersuchungen weiblicher Reisender auch Lebensmittel in den Grenzstationen ausschliesslich Frauen verwendet werden dürfen.

GR. Hützel wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen des GR. David über die Firma Wachalowski, Eysler & Co., die völlig unbegründet seien. Die Firma, die sich durch die Tätigkeit des Firmenchefs eines der anerkanntesten Fachmänner auf dem Gebiete des Motorenbaues aus kleinen Anfängen zu einem grossen am ganzen Kontinente bekannten Unternehmen entwickelt habe, brachte lediglich auch für die kommende Friedenszeit für ihre Angestellten und Arbeiter, deren Zahl sich derzeit auf etwa 2000 belaufe Arbeit und Verdienst zu schaffen und zwar durch Umgestaltung eines Teiles des Betriebes auf Lokomotivreparaturen, wozu eben auch einige Aenderungen in der äusseren Situation der Fabrik notwendig seien. Die Vertreter der Gemeinde haben lediglich im Interesse des Bezirkes, dem es daran gelegen sein müsse, eine so grosse und mustergültig geleitete Fabrik in seinen Grenzen zu erhalten, den angesuchten Baubewilligungen zugestimmt. Wenn GR. David irgend etwas anderes vermute, müsse er sehr falsch informiert worden sein.



GR. Dr. Hein : Ist ein normales Budget schon zum gros-  
sentheile aus fiktiven Ziffern zusammengesetzt, so gilt es  
in noch viel höherem Masse für ein Kriegsbudget. Der Redner  
wendet sich zunächst gegen die exorbitante Erhöhung der  
Fahrpreise der Strassenbahnen und bespricht dann die Erle-  
digung der Geschäfte im Stadtrate, über die er im grossen  
und ganzen sich anerkennend äussert. Er wünscht bloss eine  
andere Verteilung der Referate, so dass auch die oppositio-  
nellen Mitglieder des Stadtrates Gelegenheiten haben, im Gemein-  
derate an den Referententisch zu treten, ferner eine Entlas-  
tung des Stadtrates von minderwesentlichen Geschäftsstücken  
und ein unmittelbares Zusammenarbeiten zwischen Magistrat und  
Stadtrat. Er wünscht weiters auch eine Vertretung der Minder-  
heit im Armen- und Ortsschulrat mindestens in jenen Bezirken  
in denen sich eine Minderheit auch im Bezirksrat befindet,  
ferner eine Heranziehung der Opposition im Heimats- und Bür-  
gerrechts-Ausschuss sowie in allen anderen Ausschüssen.  
Das gleiche und direkte Wahlrecht mit Proporz müsse auch im  
Gemeinderate zur Geltung kommen, <sup>auf</sup> gewisse Sicherheiten zum  
Schutze der bürgerlichen Partei könne allerdings nicht ver-  
zichtet werden. Das Frauenwahlrecht werde sich auf die Dauer  
nicht aufhalten lassen, allerdings stehe er nicht auf dem  
Standpunkte, dass bloss erwerbende Frauen wahlberechtigt sind,  
sondern dass die Frauen, welche dem Haushalte vorstehen, oder  
die sich im öffentlichen verdienstvoll betätigen, das gleiche  
Recht haben müssen. Redner plaidiert zum Schlusse für das  
eintrüchtige Zusammenwirken aller Gemeinderäte in den wich-  
tigen wirtschaftlichen Fragen, deren Lösung der Gemeinde-  
verwaltung jetzt und nach dem Kriege obliegt, bei Aufrecht-  
haltung der politischen Anschauungen der einzelnen Parteien.

GR. Stein bespricht in schärfsten Worten die Zentralen-  
Wirtschaft überhaupt und das Vorgehen der einzelnen Zentra-  
len im besonderen. Alle diese Leute, die durch ihre wirtschaft-  
lichen Verhältnisse den Hunger des Volkes im Hinterlande verschuldet haben,  
gehören vor ein Kriegsgericht, ihnen geschieht nichts, dafür  
aber sei er wegen einer solchen Rede vom Staatsanwalt wegen  
Aufreizung gegen die Staatsgewalt nach § 303 St.G. in straf-  
gerichtliche Untersuchung gezogen worden. Redner sei nach  
wie vor gegen die unverzügliche Abschaffung der Zentralen  
und Heranziehung des legitimen Handels.

Redner sagt weiter, dass die städtischen Betriebe  
sich im Kriege mustergültig erwiesen haben und die gesamte  
Bevölkerung der Beamtenschaft dieser Betriebe zu grösstem  
Danke verpflichtet sei, dass sich Verkehr und Vertrieb trotz

des Krieges im Grossen und Ganzen klaglos abgewickelt hat.

Gegen die geplanten Tarifierhöhungen sei er gleich den  
anderen oppositionellen Parteien, es müssten dafür andere  
Einnahmequellen ausfindig gemacht werden.

Was die Rede des Gemeinderates Kunschak anbelange,  
könne nach erhaltenen Aufklärungen, dass sich Kunschak bloss  
gegen das Treiben gewisser jüdischer Flüchtlinge gewendet hab  
diese Rede nicht als eine antisemitische Hetze betrachtet  
werden. ( Lebhaftes Hören - Rufe ).

Redner erhebt eine Reihe von Anklagen gegen die Flücht-  
lingszentrale und wünscht die Einsetzung einer Untersuchungs-  
kommission. Er wünscht dann einer Vertretung seiner Partei  
in den Ausschüssen und wendet sich gegen die Obmännerkonferenzen  
die viele Geschäfte an sich reisse, die dem Gemeinderat vor-  
zubehalten sind. Er spricht sich schliesslich für eine  
Abänderung der Gemeindevahlordnung in demokratischem Sinne  
aus, wobei die Interessen gewisse Bevölkerungsgruppen gewahrt  
werden müssen. Für das Budget könne seine Partei nicht stimmen  
weil sie an der Verwaltung nicht teilnehmen und deshalb keine  
Verantwortung übernehmen könne.

GR. Dr. Ritter von Schwarz-Hillerschildert seine  
Tätigkeit in der Flüchtlingszentrale, welcher er seine  
ganze Zeit, seine ganze Kraft, sein Vermögen und seine  
bürgerliche Existenz geopfert habe, auf die er aber mit  
Stolz zurückblicken könne. Mit der Einsetzung einer  
Untersuchungskommission sei er vollständig einver-  
standen, er fürchte sie nicht. Er könne mit Genugtuung sagen,  
dass er in einer Zeit, in welche so viele Menschen verdient  
haben, nicht nur nichts verdient, sondern sein Geld zuge-  
setzt habe. Er könne ruhig behaupten, dass er seine Pflicht  
als Mensch, als Bürger der Stadt Wien, als österreichischer  
Staatsbürger und als Angehöriger des jüdischen Volkes voll  
und ganz erfüllt habe. Die beiden kaiserlichen Auszeich-  
nungen, die ihm verliehen wurden, habe er nicht angestrebt  
er habe sie aber mit Freude angenommen, weil sie ein öffent-  
liches Zeugnis dafür waren, dass seine Ehre unversehrt sei.  
Diese Auszeichnung verdanke er nicht dem Bürgermeister Dr.  
Weiskirchner, dem er nie eine politische Gefälligkeit er-  
wiesen habe und von dem er andererseits nie für sich eine  
Gefälligkeit verlangt habe.

Die Ausführungen des Redners wurden auch von  
der Mehrheit mit grosser Aufmerksamkeit verfolgt und wieder-  
holt mit Beifall aufgenommen.

Redner betont dann noch, dass er sich auch in die Obmänner-  
konferenz nicht hineingedrängt habe, sondern nur durch  
den Zufall, dass er bei Kriegsausbruch, in Wien anwesend  
war, berufen wurde, was zwei Monate später von einer Sit-  
zung seiner Partei einhellig gebilligt wurde. Der Redner  
bespricht dann einige Hauptpunkte der Budgetdebatte.

Nach den Ausführungen dieses Redners wird die  
Sitzung abgebrochen.



Die Vertreter der christlichen Arbeiterschaft bei der Regierung. In Ausführung des Beschlusses der Zentralstellen der christlichen Arbeiterorganisationen sprachen heute unter Führung des Landes-Ausschusses Kunschak die Herren Abg. Anderle, Werkmann der k.k. österr. Staatsbahnen Haider, GR. Ullreich und der Sekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Oesterreichs Untermüller beim Ministerpräsidenten Dr. Ritter von Seidler vor um den Standpunkt der christlichen Arbeiterschaft in der Frage der Brotverkürzung und der Ernährungsverhältnisse überhaupt zum Ausdruck zu bringen. Der mehr als einstündigen Aussprache wohnten bei der Minister des Innern Pitter von Geyer, ferner Finanzminister Freiherr von Wimmer, der Eisenbahnminister Freiherr von Banhans und der Minister für soziale Fürsorge Dr. Mataja, ferner in Vertretung des Ministers für Volksernährung Oberst Wallerstorfer. Landesausschuss Kunschak legte in eindringlichen Worten die schwere Belastung der Arbeiterschaft und der Bevölkerung durch die Verkürzung der Brotration dar und brachte den Wunsch der christlichen Arbeiterschaft zum Ausdruck, durch Verabreichung anderer Lebensmittel den Entgang erträglich zu machen. Er verwies sodann darauf, dass die Regierung trotz des schon im Jänner vorgebrachten Protestes neuerdings einseitig mit den Sozialdemokraten als Vertretern der Arbeiterschaft verhandelt hat. Der Sekretär der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften Untermüller betonte, dass von Seiten der christlichen Gewerkschaften zur Erleichterung der durch die schwierigen Ernährungsverhältnisse herbeigeführten Notlage entsprechende soziale Massnahmen seitens der Regierung gefordert wurden, die sich jedoch nicht nur auf die Munitions- und Staatsarbeiter, sondern auf die gesamte Arbeiterschaft und Angestellten erstrecken müssen. Der Vorsitzende des Reichsverbandes christlicher Eisenbahner Oesterreichs Haider nahm unter anderen Gelegenheit auf die ungemein schwierigen Verhältnisse des Eisenbahnpersonales zu verweisen und trat für die Ehesten und weitestgehende Erfüllung der *künftig* von den Eisenbahnerorganisationen überreichten Forderungen ein. Obmann des christlichen Tabakarbeiterverbandes Oesterreichs Ullreich verwies auf die Lage der Staatsarbeiter namentlich der Tabakarbeiter, die einer besonderen Fürsorge in Bezug auf Lohn, Lebensmittel und Urlaub bedürfen. Landesausschuss Kunschak verwies auf die unzulängliche Lebensmittelversorgung der städtischen Bediensteten insbesondere jener, der drei kontinuierlichen Betriebe Gas, Elektrizitätswerke und Strassenbahnen. Schliesslich brachte Landesausschuss Kunschak und GR- Ullreich die ungleichartige Behandlung des Lebensmittelvereins der christlichen Arbeiterschaft „Hilfe“ hinsichtlich der Belieferung von Lebensmittel zur Sprache. Ministerpräsident Dr. von Seidler gab der Abordnung die Zusicherung, dass die vorgebrachten Wünsche möglichste Berücksichtigung finden werden. Sämtliche Minister, die der Konferenz anwohnten besprachen dann die einzelnen Forderungen soweit sie ihre Ressorts betrafen und sicherten ebenfalls deren tunlichste Berücksichtigung zu.



17. September 1918.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Johann Michalek.  
Wien, 1. K. u. k. Rathaus.

W i e n e r G e m e i n d e r a t  
Sitzung am 17. September 1918.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner konstatiert die Beschlussfähigkeit und eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Die an alle kriegsführenden Mächte gerichtete Friedensnote unseres Ministers des Aeussern ist ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung, das in allen Schichten der Wiener Bevölkerung mit tiefer Genugtuung und innigem Danke begrüsst wird. Wir sind uns alle dessen bewusst, dass die Monarchie durch diesen Schritt ein Denkmal sittlicher Grösse gesetzt hat, einen Markstein der Menschlichkeit im Meere der Verwüstung und des Hasses. Diese Stimme der Besinnung erschallt zu einer Zeit, da die blühendste Jugend Europas in dem münnermordenden Rasen von 4 Kriegsjahren in die Erde gebettet wurde und in allen Ländern Tausende dahinsiechen an den Opfern und Entbehrungen, die der Krieg mit sich bringt, und sie erhebt sich auf einem Lande, das wahrlich genug Beweise entschlossener Widerstandskraft und unübertrefflichen Heldentums gegeben hat, ( Rufe: Richtig! ), aber darüber niemals vergessen hat, dass unser Geschlecht die ungeheure Verantwortung für das jammervolle Elend, in das bei der ziellosen Fortsetzung des Kampfes auch ferner Generationen gestürzt werden müssen, vor Gott und den Menschen zu tragen hat ( Zustimmung ).

Der Vorschlag unserer Regierung, dass sich Vertreter der kriegsführenden Mächte an einem neutralen Orte zu unverbindlichen Besprechungen in der Friedensfrage zusammenfinden sollen, kann an den Völkern unserer Gegner nicht achtlos und ohne Eindruck vorübergehen; denn bei ihnen reißt die Erkenntnis, dass die Dinge dieser Welt letzten Endes nicht durch Gewalt entschieden werden. ( Lebhaftes Zustimmung ) Wir sehnen den Tag herbei, an dem diese Erkenntnis von den Herzen aller Menschen Besitz ergriffen hat, den Tag, an dem die Greuel der gegenseitigen Vernichtung ihr Ende erreicht haben und die Völker, wiedererstandenen aus namenlosem Unglück, sich zusammenfinden in einem Völkerbunde, der die Werkzeuge des Massenmordes für immer vergräbt. ( Rufe: Ja! Richtig ! )

Auch der gewesene Minister des Aeussern Graf Czernin hat getreu den erhaltenen Intentionen Seiner Majestät, unseres vielgeliebten Kaisers, der seit seinem Regierungsantritt alles daran setzt, seinen Völkern den Frieden zu bringen, die hohen Ideen von der allgemeinen Abrüstung, dem Schiedsgerichte und dem Völkerbunde zum ersten Male in das Programm der Staatspolitik aufgenommen und es der ganzen Welt verkündet. Die derzeitige Aktion unserer Regierung ist geschöpft aus dem Willen, Fühlen und Denken der Völker unseres Vaterlandes; Barum begleiten wir sie

dankbaren Herzens mit dem innigsten Wunsche: mögen die Völker der Erde sich besinnen und die Menschheit bald zurückkehren zur Liebe und Achtung vor sich selbst! ( Beifall und Händeklatschen ). Sie haben, meine sehr geehrten Herren, durch Ihr Erheben von den Sitzen dieser Kundgebung des Wiener Gemeinderates einhellig zugestimmt, ich werde mir erlauben, sie der k.u.k. Regierung zu unterbreiten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verliest sodann den Spendeneinlauf Eduard Kumpfoher 1000 Kronen, Franz Zaworka, Bezirksrat für die Armen des 6. Bezirkes 200 Kronen, Franz Stamm 200 Kronen, Dr. Hermann Kaane, Notar in der Verlassenschaftssache des Hofrates Otto Wagner 200 Kronen, Melanie Holding für die Armen der ehemaligen Gemeinde Währing 100 Kronen, Friedrich Schneid 360 Kronen und 100 Kronen als Kranzablösung anlässlich des Ablebens des Gastwirtes und Armenrates Josef Tenschert, Leiser Leon Forschal 100 Kronen, Leo Halpern 100 Kronen, Dr. Otto Brestl als Enkel und Leopold Völk, als Sohn des verstorbenen Leopold Völk dessen goldene Salvator - Medaille zu Gunsten der Armen Wiens.

GR. Dr. Glassauer und Genossen stellen an den Bürgermeister die Anfrage, welche Schritte zur Wiederaufnahme des vollen Verkehrs der städtischen Strassenbahnen von Seite der Direktion der städtischen Strassenbahnen unternommen wurden, um den Bewohnern der peripheren Bezirkteile wieder die ein gelegten Verkehrsmittel zurückzugeben.

BGM-Dr. Weiskirchner erwidert, dass alles aufgegeben werden wird, die Einschränkungen wieder aufzuheben, aber leider sind die Verhältnisse heute noch nicht so weit, dass man dazu schreiten könnte.

GR. Steiner und Genossen stellen folgende Anfrage:

Die durch den Krieg bedingten ausserordentlichen Verhältnisse haben an und für sich schon durch die Verminderung und Abnutzung der Betriebsmittel eine wesentliche Erschwerung des Reisens im Allgemeinen mit sich gebracht. Wenn auch immer wieder die Mahnung an die Bevölkerung gerichtet wird, die Reisen so viel als möglich einzuschränken, so werden öffentliche Interessen, dringende Familienangelegenheiten, oder wichtige Geschäfte, immer noch eine namhafte Zahl der Wiener Bevölkerung zu Ortsveränderungen veranlassen, die gewiss jeder vermeidet, der nicht unausweichlich dazu gezwungen ist. Die durch den Krieg erklärten Schwierigkeiten erfahren aber noch eine erhebliche Steigerung durch den Mangel einer zielbewussten Vorsorge der Bahnverwaltungen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Bahnhöfen und Zügen. Die Besorgung der Fahrkarten in den Verkaufsstellen erfordert einen beträchtlichen Zeitaufwand, nicht minder die Aufgabe des Gepäckes, dessen Schicksal zudem noch in Frage steht. Sind alle diese Mühseligkeiten überwunden, so beginnt der Kampf um den Zutritt auf den Bahnsteig, der für gewöhnliche Sterbliche, die nicht so glücklich sind, ein ärztliches Zeugnis oder „Beziehungen“ aufweisen zu können, mit Gefahren für Leben und Gesundheit verbunden ist. Ist auch dies überstanden und ist man endlich im Zuge angelangt, dann finden, wenigstens die Reisenden I. und II. Klasse in der Regel bergits alle Plätze voll besetzt und zwar nicht nur von berechtigten Insassen, sondern auch noch von solchen Fahrgästen III. Klasse, die einfach damit rechnen, dass eine Kontrolle in dem vollgepackten Wagen nicht durchführbar ist und sie daher nicht zu befürchten haben, dass sie im Sinne der Betriebsordnung zu einer Nachzahlung verhalten werden. So kommt es, dass fast bei jedem von Wien abgehenden Zug ein Teil der Reisenden, besonders der höheren Wagenklassen, entweder zurückbleiben, oder mit einem Stehplatz in den Gängen der III. Klasse Vorlieb nehmen muss. Das reglementarische Recht der Bahn, die Beförderung zu verweigern, wenn sie mit den normalen Betriebsmitteln das Auslangen nicht findet, kann wohl nur dann geltend gemacht werden, wenn sie alles vorkehrt, um dem durch die Lösung einer Fahrkarte erworbenen Rechte des Reisenden auf die bezahlte Gegenleistung, Genüge zu leisten und dazu gehört, dass sie dem Passagier einen ihm gebührenden Platz in jener Wagenklasse anweisen lässt, die er bezahlt hat. Sind die Bahnverwaltungen ausserstande, Ordnung zu halten und durch ent-

sprechende Massnahmen, wie etwa Zahlung der für die einzelnen Wagenklassen verausgabten Fahrkarten an einer Ausgabestelle, Verhinderung der Besetzung der höheren Klassen durch Reisende mit hiefür ungültigen Fahrkarten,

Abhilfe zu schaffen, dann erübrigt nur das radikale Mittel der Auflassung der I. und II. und Beschränkung auf eine einheitliche Wagenklasse. Die besonderen Verhältnisse, die der Krieg im Bahnverkehre hervorgerufen hat, bedingen auch ausserordentliche Massregeln. Die Bevölkerung muss sich vor Augen halten, dass der Krieg auf allen Gebieten Opfer fordert und sie zeigt sich auch gewillt, solche auf sich zu nehmen, es darf ihr aber nicht zugemutet werden - wie es die Bahnverwaltungen speziell den Passagieren I. und II. Klasse gegenüber handhaben, ganz unerhört hohe Fahrpreise zu bezahlen und dafür nicht einmal einen Platz in den für diese Wagenklassen bestimmten Abteilen gesichert zu erhalten, weil sich die Bahnverwaltungen nur um die Erhöhung ihrer Einnahmen kümmern, im Übrigen aber es dem Reisepublikum überlassen, sich seinen Platz zu suchen, wo es ihn findet. Es entstehen durch die herrschende Rücksichtslosigkeit, die eine der traurigsten Kriegerscheinungen ist, Schädigungen der Allgemeinheit, welche das Eingreifen der berufenen öffentlichen Faktoren erheischen. Es wird daher gefragt:

Was gedenkt der Bürgermeister zu unternehmen, um den berechtigten Forderungen der Bevölkerung hinsichtlich der Wahrnehmung ihrer Interessen bei der Abwicklung des Bahnverkehrs in der Kriegszeit entgegenzukommen?

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Magistrat über seinen Auftrag schon vor längerer Zeit bei der Staatsbahndirektion über verschiedene Uebelstände im Bahnverkehr Beschwerde geführt habe. Gelegentlich der Behandlung der Antwort der k.k. Staatsbahndirektion hat der Stadtrat in seiner Sitzung vom 22. August d.J. beschlossen, der Staatsbahndirektion mitzuteilen, dass nach Anschauung des Stadtrates der bevorzugte Einlass auf den Perron ausschliesslich auf Kranke beschränkt werden soll, da derzeit die Züge notorisch im vorhin von bevorzugten Personen voll besetzt werden. Der Magistrat hat im Sinne des Stadtratsbeschlusses ein Schreiben an die Staatsbahndirektion gerichtet, eine Antwort ist bisher nicht erfolgt. Die vorliegende Anfrage behandelt im wesentlichen den gleichen Uebelstand; der Magistrat schlägt vor, soe sowohl der Staatsbahndirektion als auch - da es sich um eine Angelegenheit handelt, die nicht nur die Staatsbahn, sondern auch die Privatbahnen betrifft - auch dem Eisenbahnministerium zur entsprechenden Würdigung eine Abhilfe zu übermitteln.

GR. Schäfer stellt folgende Anfrage: Im Namen sämtlicher Etablissementbesitzer Wiens, aller Gasthausinhaber, Cafetiers, Hoteliers und Theaters, sowie der Ausflugsorte in der Umgebung von Wien, wird gefragt, ob die Strassenbahn Direktion bereits den Bericht über den Stand der Herstellungsarbeiten erstattet hat und zu welchem Zeitpunkte die derzeit herrschende Verkehrs-Misere behoben sein wird, da die gesamte Bevölkerung unter diesem auf die Dauer einer Grosstadt unwürdigen Zustande sehr leidet und sich ihres einzigen Verkehrsmittels beraubt sieht. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, im Interesse der so schwer geprüften Bevölkerung Wiens Abhilfe zu schaffen und Alles daran zu setzen, damit der Strassenbahnverkehr - das einzige für die Wiener Bevölkerung in Betracht kommende Verkehrsmittel - in kürzester Zeit nach Möglichkeit verlängert werde?

BGM-Dr. Weiskirchner: Die vom Gemeinderate genehmigten Verkehrseinschränkungen auf der elektrischen Strassenbahn haben es der Direktion ermöglicht, die dadurch frei gewordenen Motorwagen sofort zur Verdichtung der Intervalle auf den Linien und Linientellen zu verwenden, welche die grösste Ueberfüllung aufgewiesen haben - Dies und die am 28. August eingeführte Tarifernöhung hatte tatsächlich auf viden Linien eine geringere Besetzung der Wagen zur Folge, was zu deren Schonung beiträgt. Die gleichzeitig mit allen Mitteln einsetzenden Verbesserungen in den Arbeiten zur Wiederherstellung der schadhaften Motorwagen sowohl durch Vermehrung der Arbeitskräfte als auch durch Beschaffung und Bereitstellung der wichtigsten Materialien: Glimmer, Schellak, Baumwolle, haben es ermöglicht, dass der Stand an Motorwagen seit Anfang August nicht mehr gesunken ist; es zeigen sich auch viel versprechende Ansätze zu einer Besserung der Verhältnisse, welche aber noch nicht lange genug anhält um daraus einen einwandfreien Schluss für später ziehen zu können. Die uns von der Heeresverwaltung zugewiesenen Arbeitskräfte arbeiten sich von Tag zu Tag besser ein; eigene Arbeiter, die eingezogen waren, kehren von der Front zurück - Da andererseits auch die bestellten und freigegebenen Materialien und Maschinenteile in absehbarer Zeit, die sich aber immerhin auf einige Monate beläuft, beliefert werden sollen, so besteht die begründete Hoffnung, dass bis zum Eintritt des Winters der Wagenpark wieder in einem solchen Zustand sein wird, der es ermöglicht mit grösserer Beruhigung der schlechteren Witterung entgegenzusehen und mit dem Abbau der Einschränkungen zu beginnen - Vorläufig erscheint dies unkundig und muss vielmehr auf die Bevölkerung die Bitte gerichtet werden, zur Vermeidung viel grösserer Nachteile im Winter vorläufig die Verkehrseinschränkungen als ein unvermeidliches Kriegsoffer hinnehmen zu wollen -

GR. Kunschak fragt, ob der Bürgermeister Auftrag geben wolle, dass dem Stadtrate unverzüglich ein Antrag, betreffend Erhöhung der Gebühren für die Arbeit der Schuldienner in den Brotkommissionen unterbreitet werde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Erhöhung der Schuldiennergebühren beim Magistrat bereits anhängig sei.

GR. Gussenbauer stellte eine Anfrage über die Vollendung der Kaiser Franz Josefs Brücke und wünschte eine Heranziehung des Kriegsrars zur Tragung eines Teiles der erhöhten Baukosten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die Verzögerung der Fertigstellung der Brücke durch die gegenwärtigen ausserordentlichen Verhältnisse verursacht sei. Er werde die Anfrage der Donau Regulierungskommission zur entsprechenden Würdigung übermitteln.



GR. Kunschak stellt folgende Anfrage: Im ungarischen Reichstage hat der Ministerpräsident Dr. Weckerle die Erklärung abgegeben, dass die Verhältnisse in Galizien die Rückkehr sämtlicher Flüchtlinge ohneweiters ermöglichen. Nach Berichten aus Ungarn greift dortselbst auch die Regierung energisch zu und steht nicht an, auch unter Anwendung von Brachialgewalt die Flüchtlinge, die sich auch in Ungarn als wahre Landpflege erwiesen haben, über die Grenze abzuschleppen. Weit ärger noch als in Ungarn ist das Treiben der galizischen Flüchtlinge in Oesterreich, vor allem in Wien und machen sich auch hier die Folgend weit fühlbarer als in Ungarn, dessen Verpflegsverhältnisse weit günstigere sind als die unserigen. Die Ernährungsverhältnisse, noch mehr aber der einer Katastrophe zutreibende Wohnungsmangel allein rechtfertigen die Forderung, dass Wien endlich einmal von den galizischen Flüchtlingen befreit werde. Leider sehen sich die Verhältnisse so an, als ob Wien der Flüchtlinge überhaupt nicht mehr los werden und die Bevölkerung wehrlos den galizischen Flüchtlingen überantwortet bleiben soll. Die Wiener Bevölkerung ist ob dieser Tatsache aufs Ärgste erbittert und fordert, dass wie man anderwärts sich der galizischen Flüchtlinge entledigt, dies endlich auch einmal in Wien geschehe. Es wird daher gefragt: Ist der Bürgermeister bereit, bei der Regierung neuerlich und nachdrücklichst Vorstellung dahin zu erheben, dass die galizischen Flüchtlinge in kürzester Frist abgeschoben werden. Ist der Bürgermeister ferner bereit, zu verfügen, dass sämtlichen galizischen Flüchtlingen unbeschadet, ob sie noch unter Flüchtlingsfürsorge stehen oder nicht, innerhalb kürzester Frist sämtliche Lebensmittelbezugskarten entzogen werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: ad 1: Ich werde meine Bemühungen bei der Regierung fortsetzen. ad 2: Ich werde den Antrag dem Magistrat zur Berichterstattung zuweisen.

GR. Herold interpelliert über den Stand der Anbauaktion der Gemeinde Wien im Gebiete von Görsz.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Es bestanden tatsächlich gewisse Schwierigkeiten im Görszischen wegen Ausfuhr des Gemüses. Aber infolge meiner Intervention und dank dem Entgegenkommen der beteiligten Staatsbehörden sind diese Schwierigkeiten nunmehr behoben.

GR. Herold fragt, ob nicht auf den brach liegenden Gründen der Güter der Gemeinde Wien die Schaffung von Ziegenfarmen bewerkstelligt werden könnten, um auf diese Weise die Milchmenge für die Stadt Wien zu vermehren.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die Gemeinde Wien hat den grossen Vorteil der Ziegenhaltung erkannt und daher schon vor 2 Jahren aus Albanien eine grössere Menge Ziegen eingeführt. Leider waren die gewonnenen Erfahrungen sehr ungünstig. Die Tiere langten infolge des langen Transportes und aus diversen anderen Gründen krank an und mussten vielfach sehr bald der Notschlachtung zugeführt werden. Trotz des teilweisen Versagens der ersten Aktion hat sich die Gemeinde Wien bemüht, auch in weiterer Folge Ziegen und zwar aus dem Fürstentum Liechtenstein für Wien zu beschaffen; leider scheiterten die diesbezüglichen Verhandlungen. Es steht ausser allem Zweifel, dass Ziegen für den Wirtschaftsbetrieb einer Familie, in dem sie sorgfältige Pflege und Aufsicht geniessen, von bedeutendem Wert sind. Ziegenfarmen jedoch bieten mannig-

fache Schwierigkeiten. Die Gemeinde Wien hätte lediglich an der Lobau geeignete Flächen zur Haltung von solchen Farmen. Die mit Erfolg eingeleitete Aktion in der Lobau lässt es jedoch vorteilhafter erscheinen, vorerst den ungleich wichtigeren Feldbau dortselbst weiter auszudehnen, weshalb zahlreiche Wiesen gestürzt werden müssen. Für die Ziegenfarmen verblieben somit nur die Auebestände. Die Genügsamkeit der Ziegen würde aber nicht einmal die Rinde geschweige denn die kleinen Triebe verschont lassen, weshalb daher die Bestände binnen kurzem dem Untergang geweiht wären. Eine Beaufsichtigung, die imstande wäre, derartigen Schaden zu verhindern, ist aber derzeit insbesondere infolge Personalmangels gänzlich ausgeschlossen. Das Landwirtschaftsamt wird jedoch keine Gelegenheit ausser Acht lassen, um möglichst viele Ziegen nach Wien zu bringen, die an Einzelbesitzer abzugeben wären. Ausserdem ist die Gemeinde bemüht, die Schafhaltung in der Lobau in grösserem Stile schon derzeit durchzuführen. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen werden für die Einrichtung von Ziegenfarmen richtunggebend sein.

GR. Bretschneider stellt folgende Anfrage: Die Situation jener Familien, die durch Kündigung einen Wohnungswechsel zu vollziehen haben, wird immer kritischer. Die Zahl der Wohnungen wird von Viertel zu Viertel kleiner und damit für oben bezeichnete Familien, die Möglichkeit eine Wohnung zu finden, immer geringer. Wenn zu der Sorge der Lebensmittelbeschaffung diese Sorge auch noch dazukommt, wird die Lage dieser Familien eine unerträgliche. Obwohl nun im Wohnungsfürsorge-Ausschuss mit weiterer Genehmigung durch den Gemeinderat eine Reihe ganz zweckmässiger Beschlüsse gefasst wurden, deren Ausführung sich aber in einem ungemein langsamen Tempo vollzieht, wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, über den Stand des Baues von 1000 Kleinwohnungen, sowie über die Durchführung der weiteren Beschlüsse des Wohnungsfürsorge-Ausschusses Mitteilung zu machen und ferner Veranlassen zu wollen, dass diese gemeinnützigen Beschlüsse des Gemeinderates auch von Staat und Land finanziell unterstützt werden. Ist der Bürgermeister ferner geneigt, alles zweckdienliche Veranlassen zu wollen, damit eine Beschleunigung der Arbeiten herbeigeführt und dadurch, auf dem Gebiete der Kleinwohnungen, wenigstens teilweise behoben wird.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Die Durchführung der grossen, vom Gemeinderat unter Zustimmung aller Parteien beschlossenen und auch vom Herrn Interpellanten als ganz zweckmässig erachteten Programmes bildet einen Gegenstand meiner ständigen Sorge und Aufmerksamkeit.

Was speziell die bei der ersten Frage des Interpellanten erwähnten 1000 Kriegswohnungen betrifft (die Gemeinde beabsichtigt übrigens nicht nur 1000 sondern 2000 sogenannte Kriegswohnungen herzustellen), so habe ich schon auf eine frühere Interpellation des Herrn GR. Skaret darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit einer Bauführung erst in letzter Linie von den Massregeln der Gemeinde Wien abhängt. Alles was von der Gemeinde Wien im eigenen Wirkungskreise gemacht werden kann, geschieht auch und auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird ja ein sehr erheblicher Kredit zur Beschaffung von Baumaterialien angesprochen.

Die weiter Durchführung des Programmes der Gemeinde Wien bedarf aber unbedingt der Unterstützung der Regierung und hiemit komme ich auf die zweite Frage des Herrn Interpellanten. Selbstverständlich bin ich der Ansicht, dass die gemeinnützigen Beschlüsse des Gemeinderates von Staat und Land finanziell unterstützt werden sollen und es ist auch sofort nach der Schlussfassung des Gemeinderates an diese Faktoren herangetreten worden. Soviel ich bisher beurteilen kann und wie dies auch bei eingehenden Beratungen über die Forderungen der Gemeinde Wien zum Ausdruck gekommen ist, scheint die Regierung sich der Zweckmässigkeit unseres Programmes nicht zu verschliessen und zu seiner Unterstützung geneigt zu sein.

Ich muss aber mit aller Nachdruck betonen und ich habe dies erst auch in der letzten Zeit dem Herrn Ministerpräsidenten eindringlichst klargelegt, dass rasches Handeln not tut und dass uns nicht mit dem allgemeinen Wohlwollen der Regierung, sondern nur mit konkreten, sofort durchzuführenden Massnahmen gedient ist, welche die Gemeinde ganz genau bezeichnet hat, und zu deren tatkräftigen Durchführung in Gemeinschaft mit den anderen Faktoren sie jederzeit bereit ist. Bemerken möchte ich, dass im deutschen Reiche die Bereitstellung eines Betrages von 300 Millionen Mark für Wohnungszwecke aus Reichsmitteln im Zuge ist unter der Bedingung der Mitwirkung der anderen Faktoren, also jene Lösung der Frage, welche wir in Oesterreich bisher vergeblich erstreben.

GR. Dr. Hein polemisiert in einer Interpellation gegen den vom BGM. Dr. Weiskirchner in der österreichischen Volkszeitung publizierten Artikel über die Gemeindefürsorge und stellt schliesslich die Anfrage, ob der Bürgermeister geneigt ist, den Wahlreformausschuss mit grösserer Beschleunigung einzuberufen.

BGM. Dr. Weiskirchner: Es ist ganz merkwürdig, dass Dr. Hein eine Veröffentlichung von mir zum Anlass nimmt, mich darüber zu interpellieren. Ich lasse mir mein staatsbürgerliches Recht meine Meinung durch Druck zu veröffentlichen durch Dr. Hein nicht nehmen. Ich darf doch auch über kommunale Angelegenheiten meine Ansicht haben und die in der Öffentlichkeit zum Ausdruck bringen. Der Artikel über die Wahlreform ist kein Gesetzentwurf, sondern eine Ansicht, die ich habe und die ich auch im Kreise des Gemeindestes vertreten werde. Jedenfalls kann der Artikel nicht Gegenstand einer Interpellation sein. Der Ausschuss wird anfangs Oktober zu einer Sitzung einberufen werden und ich hoffe, dass bis dahin eine Vorlage den Mitgliedern des Ausschusses zugehen wird. Diese, nicht aber mein Zeitungsartikel, wird dann der Gegenstand von Beratungen sein.

GR. Dr. Hein fragt ob der Bürgermeister einen Bericht über den zu schaffenden Ersatzverkehr für die Einschränkung des Strassenbahnverkehrs dem Gemeinderat erstatten wolle.

BGM. Dr. Weiskirchner erwidert, dass der Ersatzverkehr der Pferdestellwagen bisher nicht eingerichtet werden konnte, weil die städtische Stellwagenunternehmung die hierzu nötigen Pferde noch nicht besitzt. Die Vorbereitungen für den nächtlichen Stellwagenverkehr sind abgeschlossen und es wird die bezügliche Vorlage dem Stadtrate sofort unterbreitet werden, wenn geeignete Pferde beschafft werden können.

Überdies werden auch wegen allfälliger Einrichtung eines Ersatzverkehrs mit Autobussen Vorverhandlungen durchgeführt.

Der Verkehr auf der Stadtbahn wurde bereits verdichtet und auch auf die späteren Abendstunden ausgedehnt. Wegen der Verdichtung des Verkehrs auf der Vororte Linie ist der Magistrat auf Grund des Stadtratsbeschlusses vom 22. August d. J.

an das k-k. Eisenbahnministerium herangetreten. Im Donaukanale wurde ein Lokalschiffverkehr für die Freudenufer Rennen eingerichtet - Ein weitergehender Lokalverkehr war bei dem Mangel an Dampfern nicht zu erreichen.

GR. Dobek beantragt die Aufstellung eines Warteäusens bei der Haltestelle Gumpferlingstrasse im 17. Bezirk.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschrieben.

Vize-Bürgermeister Hierhammer beantragt die Bewilligung eines Betrages von 2 Millionen Kronen für die Beteiligung Armer ohne Unterschied der Zuständigkeit mit Schuhen im Jahre 1918/19.

GR. Reumann: Wir müssen heute über den Begriff der Würdigkeit, mit Armenschuhen beteiligt zu werden, weit hinaus gehen. Die Schuhe haben schon einen derartigen Preis angenommen, dass es dem Mittelstand schon unmöglich ist, sich ein Paar Schuhe zu kaufen. Die Zeit wird kommen, wo eine grosszügige Schuhaktion in's Leben gerufen werden muss. Gleichzeitig mache ich auf die kollektiven Preistreiberien, die in Schuhen gemacht werden aufmerksam. Die Bewirtschaftung der Schuhe und Leder lässt viel zu wünschen übrig, wie wir jüngst im Laufe einer Debatte des Abgeordnetenhauses erfahren. Von den gegenwärtig arbeitenden 70.000 österreichischen Meistern würden nur 20 % des Leders aus der staatlichen Bewirtschaftung verarbeitet, 80 % müssen im Schleichhandel gekauft werden, wo für Soglenleder 120 und für Oberleder 160 Kronen für das kg begehrt wird. Daher ist es natürlich, dass auch die bemittelteren Stände nicht mehr in der Lage sind, Schuhe zu beziehen. Deshalb ergibt sich die Notwendigkeit, dass die Gemeinde nicht nur Armenschuhe zu verteilen hat, sondern dass es auch ihre Aufgabe ist, dahin zu wirken, dass bei Bewirtschaftung von Leder und Schuhen anders verfahren werde, wie bisher. Dringendst notwendig ist daher eine Aktion, die der Bevölkerung Schuhe beschaffen muss. Zum Schluss fragt der Redner den Referenten, ob die Beteiligung mit Schuhwaffen für die Armen als Armenunterstützung betrachtet werde.

GR. Hein: Ich billige selbstverständlich den Antrag, aber ich muss darauf bestehen, dass wir zu dieser Frage keine Stellung nehmen. Es ist ausser Zweifel, dass der Mittelstand an der Schuhnot leidet und dass dieser Frage an den zuständigen Stellen nicht das nötige Interesse entgegengebracht wird. So hat der Kriegsminister in einem Interview erklärt, dass ein Quantum von 100.000 kg Leder für die Zivilbevölkerung freigegeben wurde, doch bezeichnen Fachleute dieses Quantum als einen Tropfen auf einen heissen Stein. Ich verlange eine beschlussweise Stellung in dieser Sache, da in kürzester Zeit Verhandlungen wegen Freigabe eines grösseren Lederquantums stattfinden werden und beantrage, da der Gemeinderat an die Militärverwaltung das dringende Ersuchen stellt, ein genügendes Quantum Leder zur Verfügung zu stellen, damit das Bedürfnis der Bevölkerung, insbesondere



des Mittelstandes nach Schuhen wenigstens einigermaßen Befriedigung findet. Weiters beschäftigt sich der Redner mit den Misständen in der Hüte- und Lederzentrale und schlägt dem Gemeinderate vor, gegen die Aufhäufung von Gewinnen in den Zentralen deren Missbilligung auszusprechen.

GR. Goltz erklärt, dass auch seine Fraktion für die Bewilligung des Betrages stimmen würde und erinnert daran, dass es Pflicht sei, mit der grössten Energie, sich gegen die in den Zentralen herrschenden Zustände zu richten, die zum Zwecke der Hilfe, nicht aber um Raubbau zu treiben, ins Leben gerufen wurden. Die Laamsgeld der Wiener Bevölkerung könne endlich einmal auch reissen. Im Schlusswort erklärt VB. Hierhammer auf die Anfrage des GR. Reumann, dass bereits seit Kriegsanfang derartige Zuweisungen nicht als Armenunterstützungen angesehen werden, worauf der Antrag des Referenten angenommen wird.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner verweist den Zusatzantrag, der genügende Unterstützung findet, an den Stadtrat.

Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wird der Ankauf von Bereifungen für die städtische Feuerwehr zum Preis von K 20.984 genehmigt.

VB. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

VB. Hoss legt die bekannten Anträge auf Gewährung eines Anschaffungsbeitrages für die städtischen Angestellten einschliesslich der Lehrpersonen und Bestimmung von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen vor.

GR. Hohensinner: Ich will nicht die gestellten Anträge weiter begründen, sondern nur zum zweiten Teile betreffend die Beschaffung von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln durch die Gemeinde sprechen, weil dieser Punkt mir viel wichtiger erscheint als die Anschaffungsbeiträge. Die Durchführung einer derartigen Aktion ist eine Existenzfrage der Festbesoldeten, denn die staatlich anerkannten Rationen reichen für ein Gespenst aus und machen das Menschen zu Verbrechern, da sie für Ausserachtlassung der Verordnungen auf dem Weg des Schleichhandels geführt werden. Bei dieser Geistesart kann ich der christlich-sozialen Partei den Vorwurf nicht ersparen, dass diese Aktion viel zu spät kommt; so spät, dass sie die erzielte Wirkung nicht mehr erreichen wird. Die Festangestellten, der ganze Mittelstand ist so weit gekommen, dass ihm beinahe nicht mehr geholfen werden kann. Zwischenrufe: Das wäre traurig! Ich halte es daher für notwendig, dass die Regierung in schärfster Form angegangen wird, dass sie diese Aktion unterstützt. Gehat Du zur österreichischen Regierung, so sei die Davina, eine Peitsche mit!

GR. Skaret bemängelt, dass die sogenannten Kriegshilfsleistungen seien so kontoristisch oder in einem Betrieb tätig, in diesen Anträgen ausgenommen seien, da lediglich von aktiven Angestellten gesprochen wird.

und stellt den Antrag, dass alle Angestellten, die seit 1. Juli 1918 im Gemeindegeld stehen, an diesen Aktionen Anteil haben. Zum Schlusse betont der Redner nochmals die Notwendigkeit, die Festbesoldeten zu unterstützen und weist die bisherige Entschuldigung, man könne einzelne Fälle nicht besser machen, zurück. Er schliesst mit den Worten: Ich glaube, es gibt nur ein Mittel, dem Mittelstand zu helfen, das ist der Friede und ich wünsche, dass derselbe sobald als möglich seine Segnungen über Oesterreich ergiessen möge. (Bravo! -Rufe!).

GR. Körber begrüsst ebenfalls die Anregung wärmstens und sagt, dass dieselben notwendig geworden seien, da es sich neuerdings erwiesen habe, dass die staatlichen Einrichtungen für die Belieferung mit Bedarfsmitteln vollständig versagt haben. Da bleibe eben der Gemeinde nichts anderes übrig, als selbst die Einrichtungen zu treffen, bei denen die Angestellten ihren Bedarf decken können.

Wir alle wissen, dass unsere Angestellten furchtbar unter den Verhältnissen zu leiden haben, aber in diesen schweren Zeiten leiden auch andere Berufsstände, so die Gewerbetreibenden und unter diesen wieder die Kleingewerbetreibenden. Redner möchte daher darauf aufmerksam machen, dass bei Errichtung dieser Stellen die Kleingewerbetreibenden nicht zu Schaden kommen, da sich speziell die Kleingewerbetreibenden wie dies Minister Czapp im Abgeordnetenhaus ausdrücklich konstatierte, auch bei Armeelieferungen bestens bewährten.

Referent Vize-Bürgermeister Hög betont in seinem Schlusswort gegenüber den Ausführungen des GR. Hohensinner, dass seitens der christlich-sozialen Gemeinderäte seit Beginn des Krieges unzählige Male die Naturalbelieferung gefordert wurde. Dem Wunsche des GR. Körber werde so weit als möglich Rechnung getragen und gegenüber dem GR. Skaret könne bemerkt werden, dass sich die Anträge auf alle seit 1. Juli 1918 im Dienste der Gemeinde stehenden Personen beziehen.

Die Anträge werden sodann alle einstimmig genehmigt.

Vize-Bürgermeister Hög beantragt für die Tuberkulosen-Fürsorge nachstehende Subventionen zu bewilligen: Dem Hilfsverein für Jungenkranke „Viribus unitis“ für seine Fürsorgestellen im III. IX. und X. Bezirk 15000 K, dem patriotischen Hilfsverein vom Roten Kreuz in Niederösterreich für seine Fürsorgestelle im IX. Bezirk 7000 K und dem Zweigverein Landstrasse desselben Vereines für seine Fürsorgestelle im III. Bezirk ebenfalls 7000 Kronen.

GR. Dr. Loewenstein begrüsst die Anträge auf das wärmste, da sie im Interesse der so ungemein wichtigen Tuberkulosenbekämpfung liegen. Trotzdem müsse aber immer wieder betont werden, dass alle Aktionen so wohlthätig sie an sich sein mögen nichts nützen, so lange man nicht die genügenden Räume und die erforderlichen Decken habe um die schwer Tuberkulösen von der Familie zu entfernen. Da es der Gemeinde jetzt unmöglich sei selbst Baracken zu errichten, so müsse immer wieder von der Militärverwaltung die Bereitstellung verfügbar gewordener Baracken gefordert werden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat in der letzten Sitzung des Herrenhauses diese Forderungen eingehend begründet und entsprechende Anträge gestellt, trotzdem wir aber jetzt das Ministerium für Volksgesundheit haben ist eine Erledigung noch immer nicht erfolgt. Wir müssen daher diesen unseren Standpunkt gegenüber der Regierung neuerlich zum Ausdruck bringen, denn sonst nützt auch die Errichtung noch so vieler Fürsorgestellen von denen die Gemeinde bisher in dankenswerter Weise deren 15 errichtet hat, nichts.

Der Redner wünscht ferner, dass die mit 2 Jahren festgesetzte Ausbildungszeit für Fürsorgeschwestern stark herabgesetzt werde. Auch ein 6 monatlicher Kurs, welcher jetzt zur Ausbildung von solcher Schwester abgehalten wird,

sei noch immer zu lang und es werde auch von den Teilnehmern des Kurses derzeit zu viel verlangt. Es müsse unter allen Umständen getrachtet werden in kürzester Zeit möglichst viele Fürsorgeschwestern auszubilden.

Nach dem Schlusswort des Bedächterstatters wird der Referentenantrag genehmigt.

Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Hoss tritt die Gemeinde Wien der niederösterreichischen Bodengenossenschaft m. b. H. als Mitglied mit 100 Geschäftsanteilen von je 20 Kronen bei.

Nach einem Antrage des Str. Hützel wird das Haus Ottakringerstrasse 219 um 80.000 Kronen angekauft.

Ferner werden Gründe in Ottakring um den Preis von um 61955 Kronen erworben.

Nach einem Antrage des Stadtrates Hoyer wird eine Liegenschaft in Hütteldorf im Ausmasse von 8365 Quadratmeter um 155.400 Kronen angekauft.

Stadtrat Schmidt berichtet über die Beteiligung der Gemeinde Wien an einer zu gründenden Wiener Baustoff Akt. Ges.,

GR. Melcher begrüsst diesen Antrag umso mehr, weil ein Teil eines von ihm schon vor 7 Jahren gestellten Antrages durch die in Beratung stehende Vorlage erledigt wird. Der Redner bemerkt, dass gegenwärtig nicht blos Lebensmittel, sondern auch Baumaterialien, wie Ziegel und Zement nur im Schleichhandel erhältlich sind. Die Bildung dieser Gesellschaft sei geeignet nicht blos die Materialpreise und die Preise für das Fuhrwerk zu verbilligen, sondern es werde nunmehr auch möglich sein, des Bauschwinds Herr zu werden. In den Bestimmungen werde der Gemeinde Wien ein bedeutender finanzieller Vorteil dadurch eingeräumt, dass sie die Materialien um 10 % billiger erhält. Redner meint ferner, dass infolge der Gründung der neuen Gesellschaft die Gemeinde Wien endlich auch ihr eigenes Ziegelwerk erhalten werde. Die Errichtung der Gesellschaft sei auch im Interesse der Wohnungsfürsorge lebhaft zu begrüssen und es sei nur zu bedauern, dass der österreichische Staat bis jetzt für die Wohnungsfürsorge kein Geld hatte während für die reichsdeutschen Städte schon hunderte von Millionen gewährt wurden. Redner ersucht den Bürgermeister, er möge ungeachtet der bisherigen erfolglosen Schritte neuerlich alles in Bewegung setzen, damit die bereits begonnenen Häuser, deren Bau seit 4 Jahren unterbrochen wurde, fertiggestellt werde und bittet schliesslich um einstimmige Annahme der Stadtratsanträge.

Gr. Dr. von Schwarzhiller macht einige allgemeine Bemerkungen, die sich auf die Gründung ähnlicher Unternehmungen beziehen. Die heutige Gründung sowie noch andere Gründungen, die den Gemeinderat passiert haben

sind ein Markstein auf dem Wege der modernen Kommunalisierung verschiedener Industrien. Der Redner beleuchtet aber auch die verschiedenen Schäden, die der Gemeinde daraus erwachsen, pflichtet auch der von seinem Vorredner angeregten Errichtung eines Ziegelwerkes bei meint aber, dass alle derartigen Gründungen der Wohnungsnot kaum abgeholfen wird. Lediglich die Hebung der Bautätigkeit der aber eine Reihe von Hindernissen gegenüberstehen, könne der Wohnungsnot abhelfen. In erster Linie sei Arbeitermaterial aus dem Stappenlande zu beanspruchen und weiters in energischer Weise von den massgebenden Stellen Baumaterialien anzufordern. Der Redner verweist auf die furchtbaren Wohnungskrawallen in Berlin nach dem Kriege 1871/71 und beleuchtet die Gefahren der Wohnungsnot. Der Gemeinderat der grössten Stadt der Monarchie habe daher die Verpflichtung alles daranzusetzen, dass die massgebenden Stellen endlich von diesen Gefahren richtig unterrichtet werden.

Nach einem Antrage des Vizebürgermeisters Rain tritt die Gemeinde Wien der Geflügelübernahme und Verteilungstelle Gemeinnützige Gesellschaft m. b. H., mit einer Stammeinlage von 350.000 Kronen bei.

Nach einem Antrage des Stadtrates Schner wird zur Herausgabe der Gedichte Ferdinand Sauters eine Subvention von K 2500.-- bewilligt.

Nach einem Antrage des Stadtrates Tomola wird der leitenden Kommission der Denkmäler der Tonkunst in Oesterreich eine Subvention von K 5000 Kronen bewilligt.

Stadtrat Zatska stellt die bekannten Anträge auf Genehmigung des Kredites von 5 Millionen Kronen zur Beschaffung von Baustoffen und Baubestandteilen, welcher vorzugsweise aus den Investitionsanleihen vom Jahre 1914 zu bestreiten ist.

Hiersuf wird die öffentliche Sitzung geschlossen.



G. ORA. 1918.



# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantw. Redakteur *Johann Michow.*  
Wien. I. Neues Rathaus.

21. Jahrgang. Wien, Mittwoch, 9. Oktober 1918. Nr. 350.

Am dem Stadtrate. Nach einem Antrage des StR. Zatzka werden die Kosten für die Inneneinrichtung der neuen Schlachthalle im Schlachthaus Meidling in der Höhe von 38.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Schmid wird die Anschaffung von drei Kesselblechaltern für die Zentrale Engertstrasse der städtischen Elektrizitätswerke mit den Kosten von 14.600 Kronen genehmigt. - Die Aufstellung eines Pumpenaggregates in der Zentrale Engertstrasse der städtischen Elektrizitätswerke wird mit den Kosten von rund 70.000 Kronen genehmigt. - Für die Errichtung einer Transformator- und Schaltanlage Kottlingbrunn wird ein Betrag von 177.000 Kronen bewilligt. - Nach einem Antrage des VB. Hierhammer wird die Zahl der für die Prämierung von Schrebergärten bewilligten Preise von je 10 Kronen von 750 auf 800 erhöht. - Die Anschaffung von Dezimalwagen für die städtischen Kohlenlagerplätze wird mit den Kosten von 16.000 Kronen genehmigt. - Nach einem Antrage des StR. Schneider wird der monatliche Mietbetrag für Gasbügeleinrichtungen vom 1. November an auf 50 h erhöht. - Ein Antrag des StR. Müller, über alle provisorischen Angestellten, die bisher nicht definitiv geworden sind, ehe baldigst eine Vorlage dem Stadtrate zu unterbreiten, wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Stiftungen. Im November gelangen die Zinsen der Georg und Anna Fillgrader'schen Stiftung zur Verteilung. Anspruch auf Beteiligung haben nur Bürger von Wien, welche infolge von Unglücksfällen in momentane Notlage gekommen sind: Bürger der ehemaligen Vorstadt Laingrube genossen vor allen anderen Bewerbern den Vorzug. Gesuche sind bis längstens 15. Oktober in der Kanzlei des Bezirksausschusses Mariahilf einzubringen. - Bei der Bezirksvorsteherung Josefstadt werden die Zinsen der Stiftung Strozzigrund an solche Arme, welche längere Zeit am ehemaligen Strozzigrund wohnen, zur Verteilung gelangen. Gesuche sind bis 16. d.M. unter Anschluss des polizeilichen Meldzettels, der pfarrämtlichen Lebensbestätigung und eines Armutszugnisses in der Kanzlei des 8. Gemeindebezirkes zu überreichen.

Zur Abgabe der Türklinken und Metallgegenstände.

Vom Stadtrate wurden am 9. August gegen die Abnahme der Türklinken und die neuerliche Ablieferung von Metallgegenständen im Wiener Gemeindegebiete ernste Vorstellungen an das Ministerium für Landesverteidigung erhoben. In deren Erwiderung gelangte ein Erlass dieses Ministeriums an den Stadtrat, der in der letzten Sitzung zur Kenntnis gebracht wurde. Dieser Erlass beinhaltet, dass von der Durchführung der Metallklinkenabnahme nicht abgegangen werden kann, doch wird diese Aktion in Wien nicht früher einsetzen, als bis in Ungarn nicht nur ein gleichzeitiger Beginn, sondern auch eine gleichmässige intensive Fortsetzung der Klinken-Austauschaktion ernstlich gewährleistet sein wird. Der Zeitpunkt, zu dem diese Voraussetzung vorliegen wird, wird vom Landesverteidigungsministerium seinerzeit bekanntgegeben werden. Bezüglich der Ablieferung weiterer Metallgegenstände im Sinne der Ministerialverordnung vom 25. Juni 1917 wurde vom Ministerium

angeordnet, dass diese Ablieferungsaktion ehestens durchzuführen ist.

Der Stadtrat nahm nach einer Wechselrede, an der sich VB. Rain, und die Stadträte Grünbeck, Dr. Hein, Hötzel und Zatzka beteiligten, die Antwort des Landesverteidigungsministeriums mit Bedauern zur Kenntnis, konnte sich jedoch nicht der Meinung anschliessen, dass der Ersatz der Schäden, die durch die Abnahme der Klinken verursacht werden, undurchführbar sei. Der Stadtrat stellte von neuem die Forderung auf, dass das Landesverteidigungsministerium die Schäden, die durch diese Massnahmen entstehen, ersetze.

Todesfall. Gestern starb *Dr. Wattersee* an den Folgen der spanischen Grippe der pensionierte Direktor des Wiener Konskriptionsamtes Julius Berger. Er war durch viele Jahre als Leiter in der Konskriptionsamtsabteilung für den 14. und 15. Bezirk, dann in leitender Stellung im Konskriptionsamte im Rathause tätig und hat durch seine persönliche Liebenswürdigkeit und seinen Pflichteifer sich allgemeiner Wertschätzung und Beliebtheit erfreut. Er war auch viele Jahre als Revisor im Stenographenamte des Wiener Gemeinderates und des n.ö. Landtages tätig.

W i e n e r G e m e i n d e r a t .

Sitzung vom 9. Oktober 1918.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und hält dem Gemeinderate August Schmidt einen warmempfundenen Nachruf, in welchem er ausführt:

Wer unseren verbliebenen Kollegen gekannt hatte, musste ihm gut gesinnt sein. Ein echter Wiener, vereinte er alle Bürgertugenden, die die Bewohner unserer Stadt auszeichnen. Hilfreich, wo immer er einem Bedrängten beistehen konnte, jederzeit bedacht auf das Wohl und Interesse seiner Mitbürger und liebenswürdig und entgegenkommend im Verkehr mit seinen Kollegen. August Schmidt war uns ein hochgeschätzter und vor allen geachteter Kollege. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Mehr als 18 Monate sind seit dem denkwürdigen Tage verstrichen, da der Gemeinderat im Namen der Wiener Bevölkerung in diesem Saale die Bestrebungen unseres Ministers des Aeussern einhellig und herzlichst begrüßte, die dahin gingen, es sollen die Kriegführenden auf dem Boden der Gerechtigkeit Verhandlungen zur Erzielung des Friedens einleiten. Und unvergessen bleiben uns die Worte des Grafen Czernin, mit welchen er sein menschenversöhnendes Programm von dem Aufbau einer neuen Weltordnung, dem allgemeinen Völkerbund, dem internationalen Schiedsgericht und der allgemeinen Abrüstung entwickelte.

Mit voller Zustimmung begrüßen wir heute den neuerlichen gemeinsamen mit den Verbündeten gemachten Vorschlag der k.u.k. Regierung zur Vorbereitung des Friedens.

Der Friede, den die Völker sehnlichst erhoffen, soll, damit er nimmer von den Menschen weiche, das Recht und die Gerechtigkeit bringen für alle Länder und Völker.

Auf dem Boden der Gerechtigkeit soll ein neues Oesterreich mit freien Völkern erblühen und seine Mission im Völkerbunde erfüllen. Wenn das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum Weltprinzip erhoben wird, dann wollen wir Deutsche in Oesterreich dieses Recht, das alle anderen Nationen für sich begehren, auch für uns voll und ganz in Anspruch nehmen. Wir rechten nicht mit der Vergangenheit, unser Blick ist mit ernster Ent-

schlossenheit nach der Zukunft gerichtet, die mehr denn je die Einigkeit aller Deutschen in Oesterreich verlangt. (Neuerlicher lebhafter Beifall).

Und so darf der Gemeinderat der Stadt Wien als Vertreter des größten deutschen Gemeinwesens der Monarchie in diesen hochernsten Stunden nicht verfehlen, an die Deutschen in Oesterreich die dringende Mahnung zur Einigkeit zu richten. Der Gemeinderat gibt der Erwartung Ausdruck, daß sich alle Deutschen Oesterreichs in fester Geschlossenheit zusammenfinden und selbstbewußt und mit Zielsicherheit die Geschicke des deutschen Volkes in Oesterreich in die Hand nehmen. (Anhaltende neuerliche Zustimmung).

Gespendet haben: Cälestine Buechele für die Armen des 20. Bezirkes K 2000.--, Gräfin Luise Fünfkirchen zugunsten von alten Pfründnern und Pfründnerinnen K 1000.--, Emilie Nedomansky für Arme des 4. Bezirkes K 500.--, Dr. Guido Müller für die Armen des 3. Bezirkes K 200.-- und Anna Schnelzer für wohltätige Zwecke K 100.--

*Schriftführer G.R. Stangelberger warnt vor dem Einheits.*

GR. Erueuer fragt in Angelegenheit der seit einigen Wochen tief beunruhigende Nachrichten bezüglich Gründung staatlicher Grosswarenhäuser, ob der Bürgermeister geneigt sei, in dieser bedeutamen Angelegenheit bei den massgebenden Stellen unter Rücksichtnahme auf die nachdrückliche Versicherung des Finanzministers, dass die Regierung keinerlei Absichten habe, solche Betriebe ins Leben zu rufen, sich Klarheit zu verschaffen und mit allem Nachdrucke dahin zu wirken, dass diese Erklärung des Finanzministers trotz aller Gegenströmungen und Beeinflussungen dauernd aufrecht erhalten bleibe?

Der Bürgermeister erwiderte, dass er bereits den Magistrat beauftragt habe, das ganze Material zur Beurteilung des Gegenstandes zu sammeln. Das Referat ist bereits fertiggestellt und wird morgen im Stadtrat behandelt werden, wo es sich zeigen wird, ob mit Beschlüssen dieser Körperschaft Genüge getan ist oder ob diese hochwichtige alle Gewerbetreibenden und alle Organisationen des mittelständigen Gewerbes betreffende Angelegenheit dem Gemeinderat vorgelegt werden soll.

GR. von Steiner stellt folgende Anfrage: Die Wohnungsnot in Wien steigt von Tag zu Tag. Dass eine gründliche Abhilfe, wie sie das grossezügige Wohnungsprogramm des Gemeinderates vorsieht, erst nach Friedensschluss möglich ist, sieht jedermann ein. Mit Recht aber kann die Bevölkerung erwarten, dass wenigstens die vorhandenen Wohnungen restlos zur Verfügung stehen und dass mit ihnen kein Wucher getrieben werde. Für die Unterbringung der Flüchtlinge und der Fürsorge-Einrichtungen für dieselben sind in den verschiedenen Bezirken zahlreiche Gebäude und Wohnungen in Anspruch genommen worden; die Bevölkerung erwartet, dass diese Wohngelegenheiten nach Abzug der Flüchtlinge nicht der privaten Preistreibererei, sondern durch die Gemeinde den Wohnungsuchenden zugänglich gemacht werden. In dieser Beziehung hat auch der Gemeinderat Beschlüsse gefasst. Es ist mir aber nicht bekannt, ob und welche Ergebnisse erzielt wurden. Gerechte Erhaltung verursacht der Wucher, welcher mit möblierten Wohnungen und mit Ablösegeldern getrieben wird. Während der Hausbesitzer durch die Mieterschutzverordnung schwer betroffen und oft in bedrängter Lage sich befindet, sind es jetzt vielfach die Mieter selbst, welche förmlichen Schleichhandel mit Wohnungen treiben. Auch in dieser Beziehung ist nach Zeitungenachrichten die Gemeindeverwaltung bereits an die Regelung herangetreten, eine Erledigung ist jedoch nicht bekanntgeworden. Es wird daher gefragt:

Ist der Bürgermeister bereit, mitzuteilen, welches der Stand der fraglichen Angelegenheit ist und welche Anordnungen von den Behörden getroffen wurden, um die von der Bevölkerung mit Recht aufs schärfste verurteilten Uebelstände zu beseitigen?



*Diese Interpellation beruht nun vorwiegend auf dem besprochenen Fragebogen des H. M.*  
Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Schon auf Grund des

Gemeinderatsbeschlusses vom 21. März d.J. habe ich mich an die Regierung gewendet, um alle Flüchtlingsfürsorge-Einrichtungen in Wien der Gemeinde zu sichern. Ich habe die Regierung darauf aufmerksam gemacht, dass die Forderung unbedingt in einer dem Kriegsteilungsgesetze gleichartigen Weise ermöglicht werden müsste. Am 8. April, am 3. Mai und am 16. Juli bin ich an das Ministerium des Innern, unterm 3. August an den Ministerpräsidenten herangetreten. Unterm 17. September d.J. habe ich neuerlich dringend an den Ministerpräsidenten geschrieben. Auch mündlich habe ich jede Gelegenheit ergriffen, die besondere Dringlichkeit der Erledigung zu betonen. Trotz alledem ist sie bis heute noch immer nicht erfolgt.

Ganz ähnlich verhält es sich mit den Uebelständen, welche in der Wohnungsvermietung eingetreten sind. Ich habe unterm 20. August d.J. dringend bei dem Justizminister und bei dem Minister für soziale Fürsorge Strafmassregeln gegen den Unfug der Ablösegehalte und gegen den Wucher mit möblierten Wohnungen gefordert. Auch hierauf ist mir noch immer keine Erledigung zugekommen. Die Wurzel des Übels sitzt aber viel tiefer, sie besteht in der anarchischen Gestaltung unseres Wohnungswesens überhaupt. Die Gemeindeverwaltung hat schon vor Jahren erkannt, dass das Wohnungswesen und das Wohnungsrecht einer allgemeinen Regelung bedürftig sind. Indem ich in dieser Beziehung auf die Gemeinderatsbeschlüsse vom 20. Juni 1913, vom 28. November 1913 und vom 27. März 1914 verweise, habe ich besonders hervor, dass schon damals die Erlassung eines Wohnungsgesetzes als notwendig bezeichnet und die ehestige Veröffentlichung des schon damals fertiggestellten Gesetzentwurfes verlangt wurde. Schon damals hat der Gemeinderat die gesetzliche Sicherstellung eines zwangswaisen Wohnungsnachweises gefordert. Alle diese so berechtigten Forderungen der Gemeinde Wien haben keine Erledigung gefunden. Nicht einmal die bescheidene Bitte nach Veröffentlichung eines schon fertiggestellten Entwurfes wurde erfüllt.

Es lässt sich jetzt aktenmässig nachweisen, dass bei rechtzeitiger und voller Erfüllung der Forderungen der Gemeinde Wien die Uebelstände, welche der Frage gestellt darlegt, vollständig hätten vermieden werden können. Wenn z.B. durch den allgemeinen Wohnungsnachweis für einen so wichtigen Lebensbedarf, wie es die Wohnung darstellt, der bisher gänzlich fehlende geregelte Markt geschaffen worden wäre, hätte der Schleichhandel in Wohnungen keine Gelegenheit zur Tätigkeit gefunden und der Erfolg wäre umso durchgreifender gewesen, als die Wohnungen keine Ware darstellen, die man verschleppen kann. Aber alle Vorstellungen der Gemeindeverwaltung sind unbeachtet geblieben und das Uebel ist heute so weit gediehen, dass ich sehr befürchte, es werde, selbst wenn die Regierung in letzter Stunde sich zu einem Entschlusse aufraffen sollte, zur Abhilfe schon zu spät sein. Es ist immer dasselbe Bild: wenn die Ware weg ist, kommt die Regierungsverordnung. Ich verkenne keineswegs, dass die Regierung mit vielen und schweren Sorgen belastet ist, aber ich glaube, die Bewohner Wiens haben ein gutes Recht darauf, dass so wichtige Angelegenheiten auch die gebührende Beachtung finden und die autonome Verwaltung der Stadt Wien kann eine andere Behandlung ihrer, wie die Erfahrung zeigt, ebenso richtigen wie vorausschauenden Forderungen erwarten. *Die Regierung hat immer, immerhin ist immer alles Ockerreich im Aufklärung begriffen. (H. M. Weiskirchner)*  
Die Gemeinde Wien war immer bereit, ihren Teil an der Verantwortung, ihren Teil an der Last der Arbeit zu übernehmen, ja noch viel mehr zu übernehmen, als ihr gesetzlich zukam. Aber eines müssen wir uns bedingen: die Regierung muss wenigstens die gesetzlichen Voraussetzungen für unsere Tätigkeit schaffen, nicht aber uns mit getundenen Händen allen Uebelständen überantworten und ruhig zusehen, dass die schlecht berichtete Bevölkerung *und nun folgt informierte Presse* der Gemeindeverwaltung die Schuld an Uebelständen zuschiebt, welche einzig und allein auf die Untätigkeit unserer Regierung zurückzuführen sind.

GR. Loewenstein stellt folgende Anfrage: Das Umweggreifen der spanischen Grippe hat für die Bekämpfung derselben bisher nur zwei Massnahmen gezeitigt u.zw. Schliessung sämtlicher Schulen und Bereitstellung von Baracken für die an spanischer Grippe erkrankten Personen. Es wird gefragt: 1.) ob die erwähnten Massnahmen die einzigen Vorkehrungen für die Bekämpfung und zur Hintanhaltung der Verbreitung dieser Krankheit sind, 2.) wie gross der Bettbedarf der Baracken ist, welche zur Aufnahme der erkrankten Personen dienen sollen, 3.) ob genügende Transportmittel für die Ueberführung der Erkrankten bereitstehen, 4.) ob eine genügende Menge von Medikamenten sichergestellt wurde und 5.) ob eine entsprechende Anzahl von Ärzten für die Behandlung der Zivilbevölkerung vorhanden ist.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Ich möchte diese Interpellation so verallgemeinern, dass sie an den Minister für Volksgesundheit gerichtet werden kann. Die Begründung für die Schaffung des Ministeriums kann durch sein jetziges Verhalten nicht gefunden werden. Was im Wirkungskreis der Gemeinde gelegen war, ist sofort geschehen. Ohne die Verfügung der Oberbehörden abzuwarten, habe ich Montag die Schliessung sämtlicher Schulen verfügt. Der Landes-Sanitätsrat hat Montag nachmittags darüber Beschluss gefasst.

Was die Beantwortung der einzelnen Fragen betrifft, so bemerke ich folgendes: Der Landes Sanitätsrat hat sich nur für die beschränkte Anzeigepflicht ausgesprochen. Durch Vermehrung von 300 Betten und Abgabe der Kranken an das Kriegsspital Nr. 1 und die Krankenhäuser, sowie durch Bereitstellung von 400 Betten im Kriegsspital Nr. 2 und ~~auch~~ <sup>im</sup> das Notspital Meidling sind mehrere 100 Betten bereitgestellt. Transportmittel sind dormalen ausreichend. Bezüglich des Medikamentenbedarfes haben über meine Initiative Verhandlungen mit dem Apotheker-Hauptgremium stattgefunden und in einer dringlichen Eingabe an die deutsche Reichsregierung wurde um die Überlassung der für Wien notwendigen Medikamente ersucht. Ich habe weiters interveniert, damit die im Militärdienst stehenden Aerzte zur Behandlung der Kranken zur Verfügung stehen und habe <sup>in Wien</sup> gerner ersucht, dass eine Anzahl von Magistern, die <sup>in Wien</sup> in militärischen Diensten stehen, ihre Dienste ~~dem~~ <sup>in Wien</sup> widmen können. Die Sache steht so, dass tatsächlich auch hier wieder durch das Zögern der Regierungsorgane eine Beunruhigung in der Bevölkerung platzgegriffen hat. Wir verlangten, dass erhoben werde, welchen Umfang die Krankheit annimmt und dazu ist eine Anzeigepflicht nötig.

Wenn die Zivil und Militärverwaltung zusammenwirken, so wird es hoffentlich bald möglich sein, die Ausbreitung der Krankheiten einzudämmen.

GR. Emmerling stellt folgende Anfrage: Die Einschränkung des Strassenbahnverkehrs hat auf der Linie 40 das Krankenhaus der Wiener Kaufmannschaft vom Verkehr vollständig abgeschnitten. Um diesen Uebelstände teilweise zu mildern, stellt ich am 13. August im Gemeinderat den Antrag, auf der Strassenbahnlinie 41 bei der Max-Emanuelstrasse eine Haltestelle zu errichten. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bis heute ist nichts geschehen. Es wird daher gefragt, welchen Wert ein einstimmiger Gemeinderatsbeschluss hat, wenn die Strassenbahndirektion ihn nach sieben Wochen noch nicht durchgeführt hat, obwohl es sich nur um die Errichtung einer Haltestelle handelt; ferner, was gedenkt der Bürgermeister zu tun, um der Strassenbahnverwaltung klar zu machen, dass die Beschlüsse des Gemeinderates durchzuführen hat?

BGM. Dr. Weiskirchner: Der Antrag auf Errichtung der Haltestelle liegt seit 7. September beim Eisenbahnministerium. Ich werde die Sache dort urgieren und ich lade auch den Herrn Kollegen Emmerling ein, er möge im Ministerium diesbezüglich intervenieren.

GR. Stein stellt folgende Anfrage: Als gestern vormittag die Arbeitseinstellung der Strassenbahnbediensteten erfolgte, kam es bei dem Betriebslokal in der Franzensbrückenstrasse zu einem scharfen Konflikt zwischen den Schaffnerinnen und dem Ingenieur der Strassenbahn Ernst Muhr. Dieser schrie die Schaffnerinnen an, riss sie bei den Fahrtaschen und verlangte schliesslich von der einstweilen erschienenen Wache die Arretierung der Schaffnerinnen, die nicht den Dienst antreten wollten. Die tausendköpfige Menge, die durch das Benehmen des Ingenieurs auf das höchste erregt war, nahm bereits eine drohende Haltung ein und nur das Dazwischentreten des Bezirksvorstehers Dr. Elasel, der die Arretierungen rückgängig machte, verhinderte Tätlichkeiten. Ingenieur Muhr schrie unausgesetzt, ich war 40 Monate an der Front und bin dekoriert und scheint damit sein rüdes Benehmen gegen die Schaffnerinnen begründen zu wollen. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, anzuordnen, dass alles schaffmacherische Vorgehen der Strassenbahn-Direktion sofort eingestellt werde, um die hochgradige Erregung der ganzen Bevölkerung nicht unnötig zu steigern. Auch in der inneren Front ist nur mehr ein Verständigungsfriede zu erlangen, Gewalt ist heute das schlechteste Mittel.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Die städtischen Strassenbahnen haben über diese Angelegenheit einen ausführlichen Bericht erstattet, der im wesentlichen von dem Inhalt der vorliegenden Anfrage abweicht. Nachdem ich aus dem Berichte entnehme, dass gegen den Bezirksvorsteher Dr. Blasel die gerichtliche Strafanzeige erstattet wurde, so will ich die Beantwortung bis zur Klarstellung durch die Gerichtsverhandlung vertagen.

GR. May weist in einer Anfrage darauf hin, dass im Epidemiespital Zwischenbrücken im 20. Bezirk die an Scharlach erkrankten Personen 42 Tage zubringen müssen und von jedem Verkehr mit der Aussenwelt abgeschlossen sind. Die bereits Genesenen dürfen sich nicht einmal im abgetrennten Hofraume im Freien ergehen, damit keine Uebetragung der Krankheit stattfinden könne. Da in der Spialsbaracke, in welcher die Scharlachkranken untergebracht sind nur ein Krankensaal vorhanden sei, müssen sich dort <sup>in Wien</sup> Genesene, sowie an Scharlach neu erkrankte Personen aufhalten. Es wird gefragt, ob der Bürgermeister Massregeln treffen wolle, damit dieser unhaltbare Zustand verschwinde.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert, dass die geschilderten Verhältnisse in normalen Zeiten eine allseitig zufriedenstellende Lösung erfahren könnten. Das Bestreben, sie zu bessern, liege wohl vor, könne jedoch derzeit nicht zum gewünschten Ziel gelangen.

GR. Hohensinner fragt, ob der Bürgermeister bereits Schritte unternommen hat, um die Freigabe des für Schulzwecke unbedingt notwendigen Arbeitsmaterials für den Handarbeitsunterricht an den Mädchen-Volks- und Bürgerschulen zu erwirken.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwidert: Seitens der Schulbehörde wurde bereits am 16. August d.J. der n.ö. Landesschulrat ersucht, beim Handelsministerium darauf hinwirken zu wollen, dass den städtischen Lieferanten für Handarbeitsmaterialie solches zugewiesen werde. Ausserdem wird bemerkt, dass den Schulen grössere Mengen von Wolle durch Vermittlung des n.ö. Landesschulrates (Kriegsfürsorge) bereits zur Verfügung gestellt wurden. Die Bestellung weiterer Mengen von Strick- und Stopfwolle erfolgt durch das städtische Wirtschaftsamt. Eine Beistellung von Zwirn und Leinwand jedoch kann mit Rücksicht auf die derzeitige Unmöglichkeit der Beschaffung solcher Artikel nicht erfolgen; übrigens wurde, der Not der Zeit gehorchend, den Intentionen des Bürgermeisters entsprechend, darauf gesehen, dass der Handarbeitsunterricht in den Schulen in der Art erfolge, dass von den Kindern schadhafte Wäsche in die Schule gebracht und daselbst ausgeteilt werde.



Gr. Schäfer weist in einer Anfrage auf die grosse Gefahr hin, welche durch die spanische Grippe entsteht, die eine grosse Beunruhigung in der Bevölkerung hervorruft. Es wäre daher besonders wichtig, dass Gemeinde und Staatsorgane, ansteckende, epidemische Krankheiten treffen, welche durch zurückkehrende Mannschaften eingeführt werden könnten und sofortige Massnahmen bezüglich Baracken, Kriegsspitälern etc. in Angriff nehmen, da wir bei dem Mangel an Spitalern und Aerzten nicht imstande wären, beim Ausbruche einer epidemischen Krankheitsdieselben Herr zu werden. Die jetzige spanische Grippe wäre ein Fingerzeig für die grosse Gefahr, welche eine weitere infektiöse Krankheit bei dem mangelhaften Stand an Ärzten, Medikamenten und Spitalern hervorrufen würde. Es ist unbedingte Notwendigkeit, bei den überfüllten Strassenbahnwagen eine Vermehrung des Betriebes zu bestimmten Tageszeiten eintreten zu lassen und zwar um die Zeit von früh 7 bis 9 Uhr, mittags 12 bis 2 Uhr und abends 6 bis 8 Uhr, da durch die Ueberfüllung der Waggons die Ansteckungsgefahr eine sehr grosse ist. Es wäre daher die Strassenbahndirektion aufmerksam zu machen, dass es von grösster Wichtigkeit ist, eine tägliche genaue Reinigung und Desinfektion der Waggons vorzunehmen und wären hiebei auch alle Stadtbahnen und andere Bahnen mit einzubeziehen.

Der Bürgermeister erwiderte: Die Interpellation des Gr. Schäfer ist eigentlich schon mit der Anfrage des Gr. Koswstein beantwortet und es ist zweifellos, dass die Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung alles zu beherrschen hat und dass sich die Regierungs- und Gemeindebehörden bemühen müssen, alles gegen diese auszuweichen. Gegen die jetzige Krankheit kann weiter kein anderes Mittel als der Schutz jedes Einzelnen gegen die Ansteckung empfohlen werden. Die Grippe hat seit jeher eine Verbreitungsweise gezeigt, die unbeeinflusst von Zeit und Ort von Witterungs- und Ernährungsverhältnissen von der sozialen Schichtung der Bevölkerung, wie eine Naturerscheinung vom Westen nach Osten fortschreitet. Sie kam vor Jahrzehnten von Amerika diesmal über England nach dem Kontinent, hervor von Spanien und hat in den heissen Sommermonaten in der Schweiz unter der gut genährten Bevölkerung ebenso viele Opfer gefordert, wie in dem nördlich gelegenen Schweden mit seinem kühlen Herbsttagen und Herbstnächten. Nicht unerwähnt soll bleiben, dass die Grippe-Epidemien an einem Ort nur kurze Zeit, einige Wochen - dauern (1889/90 in Wien beiläufig 6 Wochen). Da eben wegen der raschen Verbreitung der Krankheit der nicht immune Teil der Bevölkerung bald durchsucht ist. Die Anregung von der Verdichtung des Strassenbahnverkehrs hängt aber leider davon ab, ob ich genügend Wagen und genügend Fahrpersonal zur Verfügung habe.

Gr. Dr. Klotzberg stellt folgende Anfrage: Der polnische Regentenschaftsrat erlässt an das polnische Volk einen Aufruf, in welchem besonders die Vereinigung aller polnischen Gebiete verlangt, und der territoriale Besitzstand aus Deutschland und Oesterreich herausgeschnitten wird.

Zum Schutze Galiziens haben wir den Krieg im Osten geführt. Zum Schutze für Galizien haben Deutsche ihr Blut und ihr Leben geopfert und für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Galiziens wurden von Oesterreich viele, viele Millionen geopfert, ohne dass diese vielen Millionen und die Kriegskosten, welche auf das Kronland Galizien entfallen, irgendwie sichergestellt sind.

Und während unsere Väter, Brüder und Söhne zu abertausenden ihr Blut und ihr Leben für Galizien opferten, haben in Wien abertausende aus Galizien nach Wien Geflüchtete, uns betrogen, bestohlen, die Lebensmittel aufgekauft, mit höchsten Preisen im Schleichhandel verkauft, und die sesshafte Bevölkerung Wiens in der gemeinsten Weise geschädigt.

Noch heute befinden sich Tausende von solchen galizischen, jüdischen Parasiten in Wien - die selbst den Wiener - Juden schon zu wider sind - die nur von Schleichhandel und vom Betrüge leben.

Leute die längst von der Polizei interniert, sowie in Haft genommen werden sollten, Leute die nach Wien zerlumpt, und zerfetzt gekommen sind, der deutschen Sprache kaum mächtig, haben sich sofort auf den Handel sowie Schleichhandel geworfen, alles aufgekauft und haben tausende, ja in vielen Fällen, Millionen verdient, und die sesshafte Wiener Bevölkerung, die angestaunten Bewohner Wiens betrogen und bestohlen.

Auf betrügerische Weise haben diese Parasiten aus Galizien - die wie schon früher erwähnt, selbst den Wiener Juden lästig sind - , schweres Geld erworben, und sind zu Hunderten auch Wiener Hausherrn geworden, und betreiben mit den Wohnungen den grössten Wucher und schädigen auf solche Weise die arischen Wiener Hausherrn.

Der sesshafte Wiener Hausherrnstand vom alten Schrott und Korn verhält sich feierlichst mit diesen Wucherern in einen Topf geworfen zu werfen.

Nun frage ich Seine Excellenz den Herrn Bürgermeister ob derselbe derselbe Schritt bei der Regierung in energischer Weise unternehmen will, damit diese tausende von galizische Parasiten endlich von Wien abgeschoben werden und obwohl, wie früher erwähnt, dieselben in der gemeinsten Weise die Wiener betrogen und bestohlen haben, ohne dass den selben ihr betrügerisches Handwerk gelegt wurde und wenn, dann waren die Strafen viel zu gering-, wo eigentlich Rad und Galgen am Platze gewesen wären. ( Bravo-Rufe )

Der Bürgermeister erwidert: Da ich es für notwendig erachte, die in dieser Anfrage enthaltenen Angaben amtlich überprüfen zu lassen, so behandle ich sie als Antrag und übergebe sie dem Magistrat zur Berichterstattung.

Gr. Frasz & Kollegen beantragen, der Gemeinderat wolle beschliessen, an das Abgeordnetenhaus und an die Regierung das Verlangen zu richten, die Gehaltsverhältnisse der Privatangestellten einer gesetzlichen Regelung zuzuführen, Mindestanfangsgehälter festzulegen und die Bestimmungen zu treffen, dass im Falle ausserordentlicher Teuerungen besondere Zulagen gewährt werden müssen und in welchem Ausmass dies zu geschehen habe.

Gr. Frasz & Kollegen beantragen, der Gemeinderat wolle den Stadtrat beauftragen, an das Ministerium für soziale Fürsorge und an die gesetzgebenden Körperschaften mit dem Verlangen heranzutreten, nicht nur für die Staatsbediensteten, sondern auch für die Privatbeamten eine Entschuldungsaktion in die Weg zu leiten. Bis zur Erledigung der Angelegenheit durch die Gesetzgebung ist die Regierung zu ersuchen, Massnahmen zu schaffen, die es der Privatbeamtschaft ermöglichen, billige Darlehen für die Dauer der jetzigen Verhältnisse zu erhalten. Dies könnte insbesondere in der Art geschehen, dass ein namhafter Betrag den fast in allen Kronländern

bestehenden Unternehmungen für Kriegsfürsorge für Privatangestellte, oder einem eigenen zu schaffenden Ausschuss gewährt wird.

Gr. Körber und Genossen beantragen, inselange der Autobusverkehr Pötzleinsdorf - Neustift am Walde durch ein Gebrechen der Autos unterbleibt, den Strassenbahnverkehr an der Pötzleinsdorferstrasse bis zur Endstation fortzusetzen.

Gr. Huschauer beantragt, der Gemeinderat wolle beschliessen, dass vom Austausch der Messingklängen und der weiteren Abgabe von Metallgegenständen Abstand genommen werde. Die Anträge wurden der gesetzgebenden Körperschaft zugewiesen. Nach Erledigung des Einlaufes macht Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgende Mitteilung:

Mit atemloser Spannung erwartet die Welt die Antwortnote Wilsons auf das Friedensangebot der Mittelmächte. Ich habe heute das Telegraphen Bureau ersucht, falls eine Antwort einlaufen sollte, mir dieselbe sofort zu übermitteln, um sie dem versammelten Gemeinderat zur Kenntnis bringen zu können. Die Antwort, welche ich hier in den Händen habe, bezieht sich nicht auf das Oesterreicher Friedensangebot, sondern ist an die deutsche Regierung gerichtet.

Nach Verlesung der Depesche des Korn-Bureaus spricht der Bürgermeister:

„Ich bitte Sie dies zur Kenntnis zu nehmen, Trotz der ungemein ernsten Lage, in der sich die Mittelmächte und mit ihnen Oesterreich in dieser schweren Stunde befinden, glaube ich, hat der Gemeinderat unentwegt seine Pflicht zu erfüllen und wir gehen daher zur Tagesordnung unserer heutigen Sitzung über.“

Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

Gr. von Steiner legt ein Uebereinkommen zwischen der Gemeinde Wien namens des allgemeinen Versorgungsfonds und dem Hofarar bezüglich der Gründe in der Lobau vor (Angenommen).

Gr. Tomola beantragt die Erhöhung des Requisitenpauschales für Schulen um 100%. (Angenommen).

Nach einem weiteren Antrage des Gr. Tomola wird ein Betrag von 23.000 Kronen für die Ausgestaltung der Tagessportholungsstätte am Schafberg für den Winterbetrieb genehmigt.

Nach einem Berichte des Gr. von Steiner wird behufs Schaffung einer staatlichen Fachstelle für Arznei- und Nutzpflanzenbau in der Nähe der Kaiser Karl-Kriegerheimstätten in Aspern mit dem k.k. Aerar ein Baurechtsvertrag abgeschlossen.

Gr. Hötzel legt ein Uebereinkommen über den Tausch von Gründen im 16. Bezirke zur Erweiterung des Ottokringer Friedhofes vor. (Angenommen).

Gr. Hötzel beantragt die Auflösung der Bezirksvertretung des 16. Bezirkes wegen eingetretener Beschlussunfähigkeit.

Gr. Nach Einwendungen des Gr. David, die sich auf die Vorgänge bei der seinerzeitigen Konstituierung der jetzt aufzulösenden Bezirksvertretung beziehen, werden die Anträge des Referenten genehmigt.

Gr. Hötzel beantragt den Ankauf des Hauses Ottokringerstrasse 147 um 82.000 Kronen zur Ermöglichung der Eröffnung der Krugergasse.

Gr. Melcher wünscht, dass auch in anderen Bezirken derartige Hauseinlösungen etwas rascher vor sich gehen, um manche Terrains der Regulierung und der jetzt so dringenden Verbauung zur Abhilfe der Wohnungsnot zuführen zu können.

Die Referentenanträge werden schliesslich genehmigt.

Vize-Bgm. Rein berichtet über die Widmung eines Betrages von 10.000 Kronen für die Opfer der Wöllersdorfer Explosionskatastrophe.

Gr. Stein gibt hiebei dem Wunsche Ausdruck, dass eine Untersuchung eingeleitet werden möge, um das Verschulden der beteiligten Faktoren festzustellen, damit in Zukunft derartig grosser Katastrophen vermieden werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.  
Vize-Bgm. Hertelmann übernimmt den Vorsitz.  
Vize-Bgm. Rein legt den bereits bekannten Bericht des Wiener Magistrates über dringende Approvisionsanträge vor, und sagt:  
Allgemein ist die Meinung verbreitet, dass die Gemeinde das Preis-Einkaufrecht habe, was leider aber nicht der Fall ist, denn sie ist auf die Zentralstellen ebenfalls angewiesen. Ebenso erwiesen ist die Tatsache, dass die zentrale Bezirksverwaltung Schlichtungsgeldern hat und die Zentralstellen stehen. Trotz hundert von Verordnungen blüht der Schleichhandel mehr wie früher, was Geld hat kann alles bekommen, doch

tansende des Proletariats und des Mittelstandes sind in schwerster Sorge das Wichtigste für sich aufzubringen. Die heutige Debatte soll in letzter Stunde eine Meinung an die Regierung sein, sich über ihre Aufgabe gegenüber der 2 Millionenbevölkerung bewusst zu werden, welche um Recht hat, für ihre 9 jährige Treue im Krieg zu fordern, Ordnungsgewalt bewahrt zu bleiben. Vor  
Vor Beginn der Debatte machte der Bürgermeister Mitteilung von der Antwort auf die Referentenanträge - ungarische Friedensnote.



GR. Skaret : Ich glaube, dass sowohl hier in der Gemeinderatsstube als auch von Franzensring aus genügend Anforderungen an die Regierung ergangen sind, aber es hiesse dieser Regierung oder der verflochtenen viel zu viel Ehre antun, wenn man hofft, von ihr Abhilfe zu erlangen. Die Mahnung in letzter Stunde klingt ganz schön, aber wir müssten eine Regierung haben, die die Fähigkeit besitzt tatsächlich auf dem Gebiete der Verwaltung und dazu gehört die Lebensmittelfrage, etwas zu leisten. Von der Regierung angefangen bis hinunter zu den Bezirkshauptmannschaften und von diesen bis zu den einzelnen Gemeindevorstehern, ist alles in den desolatesten Verhältnissen und ist von dieser Seite eine Abhilfe nicht zu erhoffen. Angesichts der vorliegenden und zu gewärtigenden Kriegserklärungen hat Deutschland bereits im Jahre 1914 alle Lebensmittelzölle aufgehoben, um noch einführen zu können, was einführen möglich war. Die österreichische Regierung verhandelte mit der ungarischen ob die Zölle aufzuheben seien, letztere natürlich weigerte sich wie immer es kam zu keinem Ergebnis und erst man im neutralen Ausland die Ausfuhr verbote erliess, erst dann und in Oesterreich überdies noch 2 Monate später wurden erst die Lebensmittelzölle aufgehoben.

Wenn unsere Regierung ihre Abhängigkeit von Ungarn nicht beseitigen kann, so hat sie nichts gelernt und nichts vergessen. In der Fürsorge für die Provisionierung steht unsere Verwaltung noch auf demselben Standpunkte wie im August 1914. Sie lässt die Not bis zum Gipfelpunkt anwachsen und wenn dann nichts mehr zu machen ist, kommt eine Verordnung.

Der Redner wendet sich sodann gegen die Bemerkungen des Berichterstatters hinsichtlich der Zentralenwirtschaft, gibt seiner Meinung darüber Ausdruck, dass durch den freien Handel die Sache nicht nur nicht besser, sondern sicherlich schlechter geworden wäre und erklärt, dass bei einer ordnungsmässigen zentralen Bewirtschaftung diese sich bewährt haben würde. Der Redner stellt schliesslich folgenden Zusatzantrag: Die Regierung wird aufgefordert, die Verhandlungen mit der ungarischen Regierung und mit den Verbündeten nachdrücklich zu führen und so zu ermöglichen, dass die Brot- und Mehlversorgung in Oesterreich jener dieser Länder gleichgestaltet und dass die gleichmässige Versorgung bis zum Schlusse des Wirtschaftsjahres 1918/19 sichergestellt werde. Das Brotpreise des Wirtschaftsjahres 1917/18 sind allgemein wieder herzustellen. Der Redner bemerkt sodann: Recht bezeichnend ist es, dass Wilson nur die Note Deutschlands beantwortet hat, jene Oesterreichs aber nicht. Wir bilden also eigentlich nichts mehr als ein Anhängsel während des ganzen Krieges fragen aber die ganzen ungeheuren schweren Opfer des Krieges.

GR. Dr. Hein erklärt sich mit den vorliegenden Anträgen einverstanden. Es sei notwendig, dass der Wiener Gemeinderat in dieser furchtbaren Ernährungsfrage seine Stimme erhebt auf die Gefahr hin, dass es uns nichts nützt, dass die Bestrebungen der Gemeinde an der Indolenz der Regierung an der Unfähigkeit unserer ganzen Verwaltung abprallen. Er wendet sich gegen beide Arten des Garantiefondes, da die Fabriken genügend Gewinn einheimst hätten und die Produzenten, Agrarier, die genug auf Kosten der Wiener Bevölkerung verdient hätten. Es sei keine Notwendigkeit, derartige geheime Fonde zu stiften, die merkwürdiger Weise stets verwaltet werden. Die Absichten Schleichhandels als Hochverrat zu behandeln, sei nicht notwendig, denn es sei überflüssig, die Zahl der Hochverräter in Oesterreich zu vermehren, denn schliesslich würde es dann nichts anderes hier, als Hochverräter geben. Der Redner wendet sich sodann in scharfen Worten gegen den schleppenden Gang der Kompensationsverhandlungen mit Ungarn und spricht sich überhaupt gegen an zu Ungarn leistende Kompensationen aus. Eine solche Abwehr die Verantwortung von sich abzuwälzen, wäre bloss die von ihm oft erwähnte Niederlegung der Gemeinderatsmandate. Seine Partei stimme zwar den Anträgen zu, doch verspreche sie sich nicht viel davon. Die Situation lässt sich nicht einen Tag länger halten.

GR. Abg. Mayer: Unter dem Eindruck der beiden hier verlesenen Noten fällt es mir eigentlich schwer, über die Ernährungsfrage zu sprechen, über die so oft in diesem Saale leider ohne die geringste Befriedigung debattiert haben. Wenn wir es dennoch tun, machen wir es nur, um unserer Pflicht nachzukommen und um der Bevölkerung zu zeigen, dass wir uns nicht versagt machen lassen und wiederum unsere Stimme zur Regierung erheben. Wir können weder die desolaten Wirtschaft beseitigen, noch den Einfluss der Oesterreichischen auf die ungarische Regierung so stärken, dass das werde, was wir im Jahre 1914 schon verlangt haben: Eine gemeinsame Schlüssel, aus der Oesterreich und Ungarn zu gleichen Teilen seine Bevölkerung beteiligt. Das Problem der Zwangswirtschaft hat vollkommen versagt und alle an sie geknüpften Hoffnungen nicht erfüllt. Es hat aber <sup>Zustände geschaffen</sup> ~~ausser dem Zustand~~, die schlechter sind, wie die grössten Auswüchse, die eventuell die freie Wirtschaft mit sich gebracht hätte. Die Zwangswirtschaft hat zum Schein Preise gezeitigt, aber auch den Schleichhandel, der viel höhere Preise gerbaucht hat, viel höhere als es der freie Handel getan hätte. Zur Hebung der Produktion hat es nicht beigetragen, da jeder Anreiz fehlte. Das zweite Uebel ist das unglückselige Verhältnis zu Ungarn, das Schuld ist an einem Niederbruch der inneren Front, was wohl sich auch bitter an jenen rächen wird, die dazu geführt haben. Wenn wir die heutige Politik in Ungarn betrachten, beweist dies nur den Umstand, dass Ungarn auf sich selbst sieht und uns vollkommen ignoriert. Wir verlangen daher von der Regierung Ordnung im eigenen Lande und geordnete Verhältnisse mit Ungarn. So lange wir dies nicht miterleben, so werden unsere Debatten nutzlos sein. Es ist die heiligste Pflicht der Regierung, endlich auf Ungarn einzuwirken, dass es uns ein weiteres Durchhalten ermöglicht.

GR. Hoheninner verweist zuerst auf den ganz kolossalen Unterschied in den Versorgungsverhältnissen mit Nahrungsmitteln zwischen Deutschland und uns, der sich nicht bloss in einer reichlicheren Versorgung äussere, sondern noch viel mehr in den sogenannten Schleichhandelspreisen zum Ausdruck kommen, die bei uns schon lange eine Höhe erreicht haben, die in Deutschland noch lange unbekannt bleiben wird. Eine Ursache der völligen Deroute unserer Lebensmittelversorgung liegt darin, dass Oesterreich der Schauplatz der schwersten innerpolitischen Kämpfe ist und nicht zum geringsten in unserem Sklavenverhältnisse Ungarn. Heute kann man es ruhig sagen, dass der Dualismus sich überlebt hat. Eine weitere Ursache unserer Verhältnisse liegt in dem Herrschen einer ohlärklichen - feudalen Kaste, die nicht nur den ganzen Grossgrundbesitz in Händen hält, sondern auch in allen Banken sitzt und die allein in Oesterreich die Minister auswählen.

Ueber Antrag des GR. Lux wird Schluss der Debatte und über Antrag des GR. Rotter Wahl von Generalrednern beschlossen. Sämtliche Redner sind pro gemeldet.

GR. Spalowsky (Generalredner): bespricht die Ursachen des Schleichhandels und die Mängel der staatlichen Bewirtschaftung. Letztere sei eigentlich nur eine Bewirtschaftung bei der der Staat die Mauer mache. Es werde eine Verordnung zur Bildung einer Zentrale erlassen, eine jüdische Bank finanziere sie und die Masse der Bevölkerung werde ausgeplündert, während wenige sich bereichern. Der Redner bespricht sodann die Versorgung der Bevölkerung mit einzelnen Artikeln. Unser ganzes Ernährungswesen habe bankerott gemacht, weil die Durchführung es an dem notwendigen Ernst und Entschiedenheit hatte fehlen lassen.

Zurückkommend auf die einzelnen Lebensmittel spricht er zuerst über die Herstellung der Mehlquote, die bis heute trotz der Verheissungen des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhaus und Deputationen gegen über noch immer die gleiche geblieben sei, und zwar 1/4 kg von schlech-

tester Beschaffenheit. Mit den Kartoffeln werden wir von Woche zu Woche hinausgezogen. Die Regierung hat sich bereit gefunden einzelne Haushaltungen 100 kg beziehen zu lassen, was einer Wochenration von 2 1/2 kg entspricht. Infolgedessen habe der Stadtrat beschlossen, dass die übrige Bevölkerung im gleichen Ausmass zu betheiligen sei und zwar mit Anrechnung des Umstandes, dass diejenigen, welche ein Wochenquantum beziehen, auf die Herabsetzung der Quote im Frühjahr werden rechnen müssen, 3 kg erhalten. Heute hat die Regierung eine Quote von 2 kg festgesetzt, was eine Missachtung des Stadtrates von Seiten des Ernährungsamtes bedeutet, wenn man die Forderungen desselben nicht erfüllt und nicht direkt gegen den grössten Teil der Bevölkerung, der sich mit 2 kg abfinden soll, vorgeht. Man denkt auch an die Einführung fleischloser Wochen. Die heutige Ration ist eine so geringe und die Preise zu denen sonst noch Fleisch zu haben ist, sind so enorme, dass die weitesten Kreise der Bevölkerung schon lange den Fleischgenuss abgewöhnt haben. Wenn man auch noch diese Ration einstellen möchte, wäre es eine Herausforderung der Bevölkerung, weil bei der Fleischverteilung noch immer Ungerechtigkeiten vorkommen, da ganze Konsumentenorganisationen (Rufe Rohö) mit grösseren Rationen beliefert werden. Wenn sich der Gemeinderat heute neuerdings mit dem Ernährungswesen beschäftigt, und neuerdings an die Regierung herantritt, damit Massnahmen getroffen werden, um diesen Missständen ein Ende zu machen, so geschieht dies in Erfüllung der Pflicht und um die Regierung auf ihre Verantwortung aufmerksam zu machen, die sie allein zu tragen hat. Der Gemeinderat lehne jede Verantwortung ab, denn er ist überzeugt, dass die Bevölkerung sich das nicht lange mehr wird gefallen lassen. Auf dem Gebiete der Preistreibeerei und des Schleichhandels wird es sich wohl nicht abweisen lassen, dass es die Juden (Hohensinner: Bauer) sind, welche beschuldigt sind, die zur entsprechenden Verantwortung gezogen werden sollen. Er erklärt, dass er für den Antrag stimmen werde, der dem Willen der Bevölkerung Ausdruck geben soll. An der Regierung liegt es nun, sie habe ihre Pflicht zu erfüllen, dass die Wiener Bevölkerung nicht weiter mit Hunger so gepeinigt werde, wie bisher und damit ihr 4 jähriger Opfermuth nicht so wie bisher entlohnt werde.

VB. Rain sagt in seinem Schlusswort: GR. Dr. Hein hat unter anderen erklärt, dass es am besten wäre, wenn der Gemeinderat aus Demonstration die Mandate zurücklegen würde. Ich halte das für einen der unglücklichsten Schritte, weil die Gemeinde Wien gerade in der jetzigen schweren Zeit verpflichtet ist, auf ihrem Posten auszuhalten.....

BGM. Dr. Weiskirchner: Ja wohl wir sind verpflichtet, auf unserem Posten auszuhalten.

VB. Rain: ... auszuhalten, was da kommen wolle.

GR. Hohensinner sagt in einer tatsächlichen Berichtigung unter anderem, dass nicht die Juden allein an der Preistreibeerei schuldig seien, sondern sich Christen und Juden da gar nichts vorzuwerfen haben.

Lebhafte Zwischenrufe: Er als Christ muss die Juden schützen!

GR. Hohensinner: Es handelt sich für sie bei diesen Zwischenrufen nur um ein Parteiinteresse und ebenso auch für mich (Lebhafte Heiterkeit).

Bei der Abstimmung werden die Referentenanträge mit sämtlichen Zusatzanträgen angenommen.

BGM. Dr. Weiskirchner: So schliesse ich denn diese ereignisreiche Sitzung.

Wilhelm Singer: Morgen (Donnerstag) führt sich der Sterbetag des verdienten Vollen Wiener Publizisten und Präsidenten der internationalen Pressvereinigungen Wilhelm Singer. Dank dem entgegenkommen der Gemeinde wurde eine würdige Urbestattung auf dem Heitzinger Friedhofe für den Verstorbenen gewidmet. Hier wird auch ein Grabdenkmal aufgestellt werden, entsprechend der Bedeutung Singers, der nicht nur im Interesse sämtlicher Publizisten unablässig sich betätigte, sondern auch ein fürsorgender Vater für alle Angestellten seines Unternehmens war.



